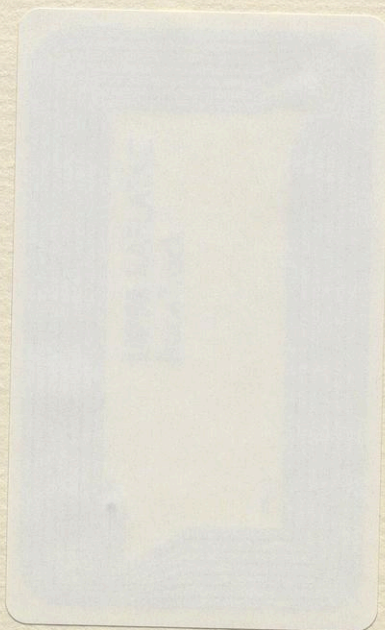




N12<522840625 021



ubTÜBINGEN



70.71
B. 1. 1990

JAHRBUCH

für Schlesische
Kirchengeschichte

70·1991

98
1105

Thorbecke

38.—

JAHRBUCH FÜR SCHLESISCHE KIRCHENGESCHICHTE

JAHRBUCH für Schlesische Kirchengeschichte

Neue Folge:
Band 70/1991

Unter Mitarbeit von Johannes Grünewald,
Ulrich Hutter-Wolandt, Reinhard Hausmann, Ludwig Petry,
Christian-Erdmann Schott
herausgegeben von Dietrich Meyer



Jan Thorbecke Verlag Sigmaringen
1992



Gh 6269-70

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Jahrbuch für Schlesische Kirchengeschichte. –

Sigmaringen: Thorbecke.

Erscheint jährl. – Früher im Verl. Unser Weg,

Lübeck. – Aufnahme nach N.F. Bd. 69. 1990 (1991)

ISSN 0075-2762

N.F. Bd. 70. 1991 (1992)

© 1992 by Jan Thorbecke Verlag GmbH & Co., Sigmaringen

Alle Rechte vorbehalten. Ohne schriftliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, das Werk unter Verwendung mechanischer, elektronischer und anderer Systeme in irgendeiner Weise zu verarbeiten und zu verbreiten. Insbesondere vorbehalten sind die Rechte der Vervielfältigung – auch von Teilen des Werkes – auf photomechanischem oder ähnlichem Wege, der tontechnischen Wiedergabe, des Vortrags, der Funk- und Fernseh-sendung, der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, der Übersetzung und der literarischen oder anderweitigen Bearbeitung.

Dieses Buch ist aus säurefreiem und alterungsbeständigem Papier hergestellt.

Gesamtherstellung:

M. Liehners Hofbuchdruckerei GmbH & Co. Verlagsanstalt, Sigmaringen

Printed in Germany · ISSN 0075-2762 · ISBN 3-7995-3870-4

INHALTSVERZEICHNIS

Christian-Erdmann Schott, Mainz

- Die Neuordnung der schlesischen Kirche nach 1924 in veröffentlichten und unveröffentlichten Erinnerungen von Generalsuperintendent Schian 7

Dietmar Neß, Wolfsburg

- Die kirchenpolitischen Gruppen Schlesiens während der Weimarer Zeit 25

Ulrich Hutter-Wolandt, Bonn

- Die Innere Mission und das diakonische Wirken der Evangelischen Kirche in Schlesien in der Weimarer Zeit. Mit einem Quellenanhang 53

Bernhard Buschbeck, Landau/Pfalz

- Kirche und Schule in der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung in Schlesien 73

Eva Brand, Essen

- Ulrich Bunzel. Pastor in Schlesien.
Eine Biographie zu seinem 100. Geburtstag am 19. Juli 1990 85

Reinhard Buschbeck, Karlsruhe

- Die Singbewegung in Schlesien in der Weimarer Zeit 129

Wilfried Hilbrig, Lauterbach

- In den Jahren des Grollens vor dem politischen Umsturz. Erlebnisbericht nach den Tagebüchern der Jahre 1929–1932 135

Dagobert Liers, Berlin

- Der Schlesier Otto Dienel in Berlin und sein Verhältnis zur Orgelbauanstalt Schlag & Söhne, Schweidnitz 157

Krzysztof R. Mazurski, Wrocław (Breslau)

- Das Schicksal evangelischer Kirchen in Niederschlesien nach 1945 ... 163

Werner Bellardi, Herrenberg

- Erinnerungen und Erfahrungen im polnisch besetzten Schlesien 1945–1946 173

<i>Fritz Straßmann, Duisburg</i>	
Rösnitz	181

DOKUMENTE

<i>Joachim Rogge: Die Zukunft unserer in der schlesischen Oberlausitz gelegenen evangelischen Kirche</i>	183
<i>Hans-Jochen Kühne: Evangelische Kirche in der schlesischen Ober- lausitz</i>	199

BUCHBESPRECHUNGEN

<i>Herbert Patzelt: Geschichte der evangelischen Kirche in Österrei- chisch-Schlesien (Dietrich Meyer)</i>	209
<i>Peter Baumgart (Hg.): Kontinuität und Wandel. Schlesien zwischen Österreich und Preußen (Dietrich Meyer)</i>	211
<i>Konstanty Kalinowski: Barock in Schlesien (Ulrich Hutter-Wolandt)</i> .	213
<i>Hellmuth Heyden: Die Evangelischen Geistlichen des ehemaligen Regierungsbezirktes Stralsund (Johannes Grünewald)</i>	215
<i>Jan Harasimowicz (Hg.): Kultura artystyczna dawnej Legnicy (Rainer Sachs)</i>	219
<i>Ulrich Schmielewski: Verlegt bei Korn in Breslau. Kleine Geschichte eines bedeutenden Verlages von 1732 bis heute (Christian Erdmann- Schott)</i>	221
<i>Gerlind Schwöbel: »Ich aber vertraue«. Katharina Staritz eine Theo- login im Widerstand (Christian Erdmann-Schott)</i>	222
<i>Ulrich Hutter u. Hans-Günther Parplies (Hg.): Martin Luther und die Reformation in Ostdeutschland und Südosteuropa (Dietrich Meyer)</i>	223
Mitteilungen des Vereins für Schlesische Kirchengeschichte	226
Adressen der Vorstandsmitglieder	228
Verzeichnis der Mitarbeiter	228

Die Neuordnung der schlesischen Kirche nach 1924 in veröffentlichten und unveröffentlichten Erinnerungen von Generalsuperintendent Schian

VON CHRISTIAN-ERDMANN SCHOTT

Die Neuordnung der schlesischen Kirche¹ gemäß der »Verfassungsurkunde für die Evangelische Kirche der altpreußischen Union«, die am 1. Oktober 1924 in Kraft trat, deren Durchführung aber erst mit dem 1. April 1925 beginnt², war Teil und Folge der Umstrukturierung, zu der die preußische Landeskirche nach dem Ersten Weltkrieg gezwungen war. Mit dem Summepiskopat des Königs war auch die rechtliche Grundlage für die enge Anbindung der evangelischen Kirche an den Staat in Wegfall gekommen. Die Kirche sah sich über Nacht in eine Freiheit entlassen, die nach innen organisiert und nach außen gegen die Ansprüche des nunmehr republikanischen Staates verteidigt werden mußte, ohne jedoch damit die zumindest partielle Verantwortung des Staates für die Kirche als grundsätzlich zweifelhaft erscheinen zu lassen. Das war ein schwieriger Vorgang und ein langer Prozeß³. Bis es zum Inkrafttreten der neuen Kirchenverfassung kam, von der aus dann die Neuordnung geregelt vorgenommen werden konnte, sind sechs Jahre vergangen.

Die wichtigsten Stationen dieser Entwicklung verdienen hier kurz festgehalten zu werden:

1918 Am 9. November bricht die Revolution aus. Wilhelm II. dankt ab und geht ins Exil. Damit ist das Ende des landesherrlichen Kirchenregimentes gekommen.

1 Nachdruck eines Vortrages, der auf der Arbeitstagung des Vereins für Schlesische Kirchengeschichte vom 14.–16. 9. 1990 in Wertheim/Main gehalten wurde. Das Gesamtthema dieser Tagung hieß: Die schlesische evangelische Kirche in der Weimarer Republik.

2 Martin SCHIAN, (Unveröffentlichte) Lebenserinnerungen nur für die Meinigen, S. 272.

3 Zum gesamten Zeitrahmen: Karl KUPISCH, Die deutschen Landeskirchen im 19. und 20. Jahrhundert, in: Die Kirche in ihrer Geschichte, Bd. 4, Göttingen 1966, R 100–115. Hermann PRIEBE, Kirchliches Handbuch für die evangelische Gemeinde unter besonderer Berücksichtigung der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union. Zugleich ein Beitrag zur Kirchenkunde der Gegenwart, 3. Aufl. Berlin 1929. Joachim ROGGE, Artikel »Evangelische Kirche der Union«, in: Theol. Realenzyklopädie (TRE) Bd. X, 1982, S. 677–683.

Der Evangelische Oberkirchenrat (EOK) bestellt am 13. November aus Vertretern aller kirchenpolitischen Richtungen einen Vertrauensrat, der eine neue Kirchenverfassung vorbereiten soll.

- 1919 Obwohl der Staat auf der einen Seite das Prinzip der Trennung von Staat und Kirche verfolgt und propagiert, werden auf der anderen Seite vom Preußischen Landtag drei evangelische sozialdemokratische Minister mit der Wahrnehmung der Rechte des bisherigen landesherrlichen Kirchenregimentes beauftragt. Das heißt, daß der neue, republikanische Staat trotz seiner Trennungsabsichten in die Nachfolge der Rechte des Landesherren gegenüber der Kirche einzutreten gedenkt.

Am 26. März wird dagegen vom EOK Verwahrung eingelegt⁴. Der EOK vertritt den Rechtsstandpunkt, daß die Episkopalrechte im 16. Jahrhundert von der Kirche freiwillig auf den Landesherren übertragen worden sind. Darum fallen sie beim Rücktritt des Landesherren an die Kirche zurück⁵. Das heißt, die Kirche verlangt ihre Freiheit vom Staat.

Am 2. April wird die Verwahrung des EOK durch den Generalsynodalvorstand bekräftigt.

Am 11. August tritt die neue Reichsverfassung in Kraft (Weimarer Verfassung), deren Artikel 135–141 sich mit dem Verhältnis Staat – Kirche befassen.

Dort heißt es in Art. 137 unter anderem: »Es besteht keine Staatskirche. Die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften wird gewährleistet ... Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes ... Die Religionsgesellschaften bleiben Körperschaften des öffentlichen Rechts, soweit sie solche bisher waren ... Die Religionsgesellschaften, welche Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, sind berechtigt, auf Grund der bürgerlichen Steuerlisten nach Maßgabe der landesrechtlichen Bestimmungen Steuern zu erheben.«

In Art. 138 heißt es unter anderem: »Die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften werden durch die Landesgesetzgebung abgelöst. Die Grundsätze hierfür stellt das Reich auf.«

4 Georg BURGHART, Der Evangelische Oberkirchenrat in den Jahren 1900–1950, in: Oskar SÖHNGEN (Hg.), Hundert Jahre Evangelischer Oberkirchenrat der altpreußischen Union 1850–1950, Berlin-Spandau 1950, S. 37.

5 Walter ELLIGER (Hg.), Die Evangelische Kirche der Union. Ihre Vorgeschichte und Geschichte, Witten 1967, S. 127.

Art. 139 stellt fest: »Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt.«

Art. 140: »Den Angehörigen der Wehrmacht ist die nötige freie Zeit zur Erfüllung ihrer religiösen Pflichten zu gewähren.«

Art. 141: »Soweit das Bedürfnis nach Gottesdienst und Seelsorge im Heer, in Krankenhäusern, Strafanstalten oder sonstigen öffentlichen Anstalten besteht, sind die Religionsgesellschaften zur Vornahme religiöser Handlungen zuzulassen, wobei jeder Zwang fernzuhalten ist.«

In dem besonders wichtigen und heftig umstrittenen Art. 149, den Religionsunterricht betreffend, wird festgehalten, daß der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach an den Schulen, abgesehen von den bekenntnisfreien, weltlichen Schulen, ist. Seine Erteilung soll allerdings freiwillig sein und der Schulgesetzgebung, die wiederum Ländersache ist, unterliegen⁶. Die theologischen Fakultäten an den Hochschulen bleiben erhalten.

1920 Am 19. Juni beschließt eine außerordentliche Generalsynode, daß eine verfassungsgebende Kirchenversammlung einberufen und daß Gemeindewahlen durchgeführt werden sollen, bei denen nun auch Frauen das aktive und passive Wahlrecht haben. Ferner beschließt sie ein »Gesetz zur Ausübung des Kirchenregiments in der evangelischen Landeskirche der älteren preußischen Provinzen«, in dem die bisherigen Rechte des Landesherren auf den »Evangelischen Landeskirchenausschuß« übertragen werden. Dieser Ausschuß soll aus dem EOK und dem Generalsynodalvorstand bestehen.

Am 8. Juli werden diese Gesetze vom Staat bestätigt. Die drei Minister werden zurückgezogen, die Kirche regelt ihre Angelegenheiten selbständig, so, wie es die inzwischen beschlossene Staatsverfassung vorsieht.

1921 24.–30. September tagt die außerordentliche preußische Kirchenversammlung. Sie ist bestimmt von der Arbeit an der neuen Kirchenverfassung.

1922 29. August–29. September zweiter Tagungsabschnitt. Am 29. September wird die neue Kirchenverfassung mit 126 gegen 77 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Sie wird veröffentlicht unter dem eingangs schon zitierten Titel: »Verfassungsurkunde für die Evangelische Kirche der altpreußischen Union«⁷.

⁶ Vgl. hierzu im einzelnen den Beitrag von Bernhard Buschbeck in diesem Jahrbuch.

⁷ Hier hat vorgelegen der amtliche Text mit den dazugehörigen Gesetzen. Evangelischer Preßverband für Deutschland, Berlin-Steglitz 1928.

1924 Am 8. April erfolgt die Anerkennung des Staates. Am 1. Oktober tritt die neue Kirchenverfassung in Kraft.

1925 Ihre Durchführung beginnt aber erst am 1. April 1925. Die Neuordnung auch der schlesischen Kirche beginnt also streng genommen erst mit diesem Zeitpunkt.

Die Gemeindekörperschaften, die synodalen Organe werden neu gebildet, die Struktur der kirchlichen Behörden der neuen Verfassung angepaßt.

Am 5. Dezember beginnt die 8. ordentliche Generalsynode. Sie wählt den Kirchensenat, der am 9. Dezember die Leitung der Landeskirche übernimmt.

1927 April bis Mai findet die außerordentliche Tagung der 8. Generalsynode statt. Herausragende Beschlüsse sind das Vikarinnengesetz, das einen ersten Schritt in der Frage der Zulassung von Frauen zum geistlichen Amt darstellt und – nach leidenschaftlicher, kontrovers geführter Diskussion mit 109 gegen 103 Stimmen bei drei Enthaltungen – die Ablehnung des Bischofstitels für die Leitenden Geistlichen (Generalsuperintendenten) in den Provinzen⁸. Die Bischofsfrage war damit jedoch nur vorläufig von der Tagesordnung verbannt.

Versucht man, sich die neuen Elemente, die in der Verfassungsurkunde zum Tragen gekommen sind, klar zu machen, dann fällt einem zunächst auf, daß es die Königlich-Preußische »Landeskirche« nicht mehr gibt. Statt dessen heißt es jetzt »Evangelische Kirche der altpreußischen Union«. In den »Einleitenden Bestimmungen« formuliert Artikel 1: »Die Kirchengewalt steht ausschließlich der Kirche zu. Die Kirche ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes.« Artikel 2 fährt fort: »Die Kirche, ihre Provinzial- und Kreissynodalverbände, ihre Gemeinden und Gemeindeverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechtes.« Das heißt, die evangelische Kirche ist keine Staatskirche mehr. Die entsprechenden Artikel der Weimarer Staatsverfassung haben in der kirchlichen Verfassungsurkunde ihre Berücksichtigung gefunden.

Aber durchaus nicht nur das. Die Selbständigkeit, die der evangelischen Kirche jetzt zugefallen ist, war spätestens seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ein Thema, das aus vielerlei Gründen die Gemüter bewegte. Es lag im Grunde auch in der Tendenz der innerkirchlichen

⁸ Oskar FOELLMER, Geschichte des Amtes der Generalsuperintendenten in den altpreußischen Provinzen, Gütersloh 1931, S. 121.

Entwicklung⁹. Erinnert sei hier beispielhaft nur an das Problem der geistlichen Schulaufsicht, die der Kirche letztlich vom Staat aufgezwungen worden war, die von vielen Geistlichen aber gern niedergelegt worden wäre, wenn sie es gekonnt hätten¹⁰. Erinnert sei aber auch an die notwendige Revision der Kirchengemeinde- und Synodalverfassung von 1873. Sie war jetzt rund 50 Jahre in Gebrauch und mußte erneuert werden. Ohne den Zwang der Situation nach dem verlorenen Weltkrieg wäre die Revision sicher nicht so bald und in dieser Form durchgeführt worden¹¹.

Wenn wir uns nun der Verfassungsurkunde selbst zuwenden, fällt vor allem auf, daß man die alte Obrigkeits- und Behördenkirche nicht mehr will. Das wird besonders deutlich in Artikel 4(1): »Die Kirche baut sich aus der Gemeinde auf.« Dieser Grundgedanke ist in der Kirchenverfassung aber nur ansatzweise durchgeführt, vor allem in dem Punkt, daß man die Gemeinden unmittelbar an den Wahlen zu den Provinzialsynoden beteiligt hat. Das heißt, man ist davon abgegangen, die Provinzialsynoden von den Kreissynoden wählen zu lassen. Sie wurden nun nach einem Gruppen- oder Listen-Verfahren von den Gemeindekörperschaften gewählt. Aber das führte natürlich zu einer Überbetonung des Gruppen- und Parteienwesens in der Kirche.

An der Spitze einer Kirchenprovinz steht der Provinzialkirchenrat, zu zwei Dritteln aus Wahlen der Provinzialsynode hervorgegangen, zu einem Drittel aus Mitgliedern des Konsistoriums bestehend. Den Vorsitz hat der Präses der Provinzialsynode. Das zeigt, daß Präses und Synode deutlich aufgewertet werden.

Um die geistliche Komponente in der Kirche stärker zum Tragen zu bringen, wurde, einem lange gehegten Wunsch der Pfarrerschaft entsprechend¹², das juristische Element zurückgedrängt. Praktisch zeigt sich das daran, daß der Einfluß der Generalsuperintendenten verstärkt wird auf Kosten des Konsistoriums. Bis dahin hatte der Präsident des Konsistoriums, also ein Jurist, die Gesamtleitung der Kirchenprovinz inne. Nun heißt es in Artikel 100(1): »Die geistliche Leitung der Kirchenprovinz liegt den Generalsuperintendenten ob.« Der Präsident des Konsistoriums wird auf die Leitung der Verwaltung beschränkt und führt von jetzt ab den Titel

9 M. SCHIAN, Die äußere Gestalt der evangelischen Kirche in Schlesien seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Jahrbuch des Vereins für Schlesische Kirchengeschichte (Correspondenzblatt) XXVI. Band, Heft 1, Liegnitz 1936, S. 4 ff.

10 M. SCHIAN, Kirchliche Erinnerungen eines Schlesiers, Görlitz 1940, S. 140 und DERS., Die äußere Gestalt (wie Anm. 9), S. 16.

11 DERS., Die äußere Gestalt (wie Anm. 9), S. 16.

12 DERS., Kirchliche Erinnerungen (wie Anm. 10), S. 116–122; 127 f.; 143 ff.

Konsistorialpräsident. Den Vorsitz im Konsistorium hat von jetzt an ein Generalsuperintendent, der Konsistorialpräsident ist sein Stellvertreter. Beide, der Generalsuperintendent und der Konsistorialpräsident haben der Provinzialsynode auf ihren Tagungen Tätigkeitsberichte zu erstatten.

Die entsprechende Gewaltenteilung findet sich dann im Rahmen der Gesamtkirche wieder: An der Spitze steht der Kirchensenat. Er hat die Kirche »zu leiten. Auf ihn gehen ... die Befugnisse über, die nach bisherigem Rechte dem König als Träger des landesherrlichen Kirchenregiments zustanden« (Art. 126). Ihm gehören der Präses der Generalsynode, die Vorsitzenden der Provinzialkirchenräte, zehn weitere Mitglieder der Generalsynode, der Präsident und der Vizepräsident des EOK, »sowie ein geistliches und ein weltliches Mitglied dieser Behörde, die von dem Präsidenten für den einzelnen Fall bestimmt werden«, und schließlich die Vorsitzenden der Konsistorien, also die Generalsuperintendenten, an, soweit sie die Geschäftsführung im Konsistorium innehaben (Art. 128). In Entsprechung zu den Provinzialkirchenräten heißt es in Artikel 129: »Vorsitzender im Kirchensenat ist der Präses der Generalsynode.«

Versucht man weitere Neuerungen, die die Verfassungsurkunde von 1922 beziehungsweise 1924 gebracht hat, kurz zu umreißen, dann sind es vor allem noch die folgenden: Das Konsistorium heißt nicht mehr »Königliches« sondern »Evangelisches Konsistorium«.

Das Vorschlagsrecht für die Ernennung der Superintendenten geht auf die Generalsuperintendenten über.

In die Provinzialsynoden werden von jetzt ab auch »Fachvertreter« berufen, das heißt Vertreter einzelner kirchlicher Vereine, Berufsgruppen, Institutionen.

Die Kreissynoden bekommen größere Rechte und mehr finanzielle Mittel. Sie können so zum Beispiel Kreiswohlfahrtsdienste schaffen, Arbeitersekretäre einsetzen und anderes.

Die Pfarrer in den Gemeinden wurden gleichgestellt und sollen im Vorsitz des Gemeindekirchenrates und der Leitung der Pfarramtsgeschäfte alle vier Jahre wechseln.

Obligatorisch vorgeschrieben wurden jetzt auch jährliche Gemeindeversammlungen. Diese Vorschrift wurde allerdings nicht immer im Sinne der Verfassung ausgeführt, nicht selten wurde sie auch umgangen, manchmal sogar sabotiert.

Alles in allem wird man die neue Kirchenverfassung einen Kompromiß nennen müssen, in dem versucht wird, das juristisch-konsistoriale Element zurückzudrängen zu Gunsten einer Balance zwischen dem kirchengemeindlichen, dem synodalen, dem geistlich-episkopalen und dem konsistorialen Faktor. Dabei war offensichtlich das Ziel bestimmend, der evangeli-

schen Kirche auf diese Weise institutionelle Kontinuität und Festigkeit zu geben.

Gerade wenn man das so sieht, wird das Urteil des Präses der ordentlichen schlesischen Provinzialsynoden von 1925 und 1927, Pastor prim. Emil Kraeusel, fragwürdig, der in seinen Erinnerungen erklärt: »Die nunmehr zur Geltung gelangte neue Verfassung bedingte eine völlige Neugestaltung in der Struktur und Organisation der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union¹³.« Was Kraeusel dann als Beleg dafür anführt, rechtfertigt diese Auffassung jedoch nicht. Es bestätigt eher die Sicht von Jochen Jacke, der 1976 aus größerem zeitlichem und geschichtlichem Abstand zu der Auffassung kommt, daß die Verfassungsurkunde von 1922 beziehungsweise 1924 im wesentlichen eine Fortschreibung und Anpassung der in der Zeit des Staatskirchentums entwickelten Verfassungsstrukturen zeigt und nicht als grundlegende Neuordnung zu bewerten ist. Jacke: »Im Ergebnis wird man sich dem Urteil nicht entziehen können, daß das Schwergewicht innerhalb der Institution weiterhin sehr einseitig bei den Kirchenbehörden und den geistlichen Amtsträgern lag, also die vom Staatskirchentum entwickelten hierarchischen Strukturen und obrigkeitlichen Elemente ungebrochen aufrechterhalten wurden¹⁴.«

Diese Beobachtung wird auf ihre Weise bestätigt durch die Auffassung von Generalsuperintendent Schian, der in seinen unveröffentlichten Erinnerungen festhält: »Was die neue Kirchenverfassung eigentlich bedeutete, das ist der Öffentlichkeit niemals voll verständlich geworden. Dazu hätte ja auch ein viel größeres Verständnis für die Fragen der evangelischen Kirche gehört, als die gebildeten Schichten des Volkes besaßen¹⁵.« Das heißt doch, daß sich für das Kirchenvolk beziehungsweise für die Öffentlichkeit mit der neuen Kirchenverfassung erkennbar gar nicht so viel geändert hat. Die Kontinuität der Institution im Übergang von der Staatskirche zur staatsfreien Kirche trat stärker ins allgemeine Bewußtsein als die neuen Elemente, die zum Tragen gekommen sind. Das Gefühl eines Bruches oder Umbruches war nicht vorhanden. Und das ganz zu Recht. Denn einen Bruch wollte man damals ganz bewußt vermeiden.

13 KRAEUSEL, I. R. (sc. In Ruhe). Das ist Zeitphasen und Zeitfragen, Persönliches u. a. Im Rahmen eines Lebensbildes, Breslau 1931, S. 86.

14 J. JACKE, Kirche zwischen Monarchie und Republik. Der preußische Protestantismus nach dem Zusammenbruch von 1918, Hamburg 1976, S. 301.

15 M. SCHIAN, Lebenserinnerungen (wie Anm. 2), S. 273.

Martin Schian (1869–1944)¹⁶ und Otto Zänker (1876–1960)¹⁷ sind die beiden schlesischen Generalsuperintendenten, die von den Auswirkungen der Neuordnung der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union unmittelbar betroffen waren. Zugleich sind sie auch die letzten Generalsuperintendenten der evangelischen schlesischen Kirche gewesen. Zänker, der sein Amt als Generalsuperintendent 1925 angetreten hatte, wurde 1933 Bischof für die ganze Kirchenprovinz. Die zweite Generalsuperintendentur wurde damals gestrichen. Schian, der dieses Amt im Juli 1924 angetreten hatte, wurde am 6. September 1933 in den Ruhestand versetzt. Beide haben also acht beziehungsweise neun Jahre mit der neuen Verfassung gelebt und gearbeitet. Schian stand als Nachfolger von D. Wilhelm Haupt (Generalsuperintendent 1905–1923) dem Sprengel Liegnitz vor, der sich im wesentlichen mit dem Regierungsbezirk deckte, Zänker leitete als Nachfolger von D. Theodor Nottebohm (Generalsuperintendent 1905–1925) den Sprengel Breslau-Oppeln, der ebenfalls weitgehend mit den Regierungsbezirken übereinstimmte.

Schian nun hat sich über seine Tätigkeit als Generalsuperintendent und die Umstände, unter denen sie begann und dann ausgeübt wurde, wie auch über die Neuordnung der schlesischen Kirche und die damit verbundenen Probleme verschiedentlich geäußert. Alle diese Äußerungen zusammen stellen heute eine einmalige Quelle zur Geschichte der schlesischen Kirche für die Zeit von 1924 bis 1933 dar, weil hier aus der unmittelbaren Führungsverantwortung heraus Begebenheiten und Erfahrungen festgehalten werden, die damals selbst der Pfarrerschaft weitgehend verborgen geblieben sein dürften.

Genannt werden muß hier vor allem seine Autobiographie: »Kirchliche Erinnerungen eines Schlesiers«, (C. A. Starke-Verlag, Görlitz 1940, 208 Seiten). Diese offiziellen Erinnerungen hat Schian ergänzt durch »Lebenserinnerungen nur für die Meinigen«, die handschriftlich erhalten sind und sich im Besitz seines Sohnes, Kirchenrat Walter Schian in Göttingen¹⁸, befinden. Es ist Kirchenrat Schian sehr zu danken, daß er sie für unseren Zweck zur

16 Günther ROTH, Artikel »Martin Schian«, RGG³, Bd. V (1961), Sp. 1403; Hans POSSELT, D. Dr. Martin Schian – Theologe und Kirchenmann. Ein Gedenkwort zum 100. Geburtstag, in: JSKG 47/1968, S. 88–93; W. REINHARDT, Martin Schians Schrifttum. Chronologische Übersicht von 1895–1938, in: JVSKG, XXIX/1939, S. 93–100. Diese Übersicht ist nicht vollständig. Sie findet sich erneut abgedruckt JSKG NF Bd. 48/1969, S. 93–98.

17 Hans HOHLWEIN, Artikel »Otto Zänker«, RGG³, Bd. VI (1962), Sp. 1860; Wilhelm RAHE (Hg.): Bischof Otto Zänker (1876–1960). Ein Beitrag zur jüngsten Kirchengeschichte Schlesiens und Rheinland-Westfalens, Ulm 1967.

18 Von ihm und seinem Lebensweg zeugt das Buch: Walter SCHIAN, Dank und Verantwortung. Ein Beitrag zu einem halben Jahrhundert evangelischer Krankenhausar-

Verfügung gestellt hat. Bei dem Teil der unveröffentlichten Erinnerungen, der hier wichtig ist, handelt es sich um 41 mit gotischer Schrift eng beschriebene nummerierte DIN A5 Seiten, wobei einige Seiten, wohl aus Versehen, doppelt vorhanden sind und eine Seite nicht gezählt wurde. Zum Verhältnis der nichtveröffentlichten zu den veröffentlichten Erinnerungen erklärt Martin Schian: »... ich habe dort (sc. in den Kirchlichen Erinnerungen eines Schlesiers) absichtlich alles Persönliche beiseite gelassen und manches Amtliches, das sich nicht für die Öffentlichkeit eignete, übergangen. Daher fällt dieser Niederschrift die Aufgabe zu, das in den Kirchlichen Erinnerungen Gesagte zu ergänzen, namentlich nach der persönlichen Seite hin¹⁹.« Diese Aussage zeigt auch, daß die »Lebenserinnerungen nur für die Meinigen« nach den »Kirchlichen Erinnerungen eines Schlesiers« entstanden sind. Schian selbst nennt das Jahr 1940²⁰.

Zu diesen Erinnerungen müssen aber noch zwei kleinere Arbeiten gestellt werden, die sich ebenfalls mit der kirchlichen Neuordnung nach dem ersten Weltkrieg befassen. Nämlich einmal der Aufsatz: »Der Protestantismus im XX. Jahrhundert nach dem Weltkrieg« vom Jahre 1929²¹ und zum anderen der Beitrag: »Die äußere Gestalt der evangelischen Kirche in Schlesien seit der Mitte des 19. Jahrhunderts« von 1936²².

Den Abschnitt der »Lebenserinnerungen nur für die Meinigen«, auf den wir uns hier beziehen, hat Schian in zwei Hauptteile gegliedert: a) Die Anfangszeit (S. 252–271) und b) die Einführung der neuen Kirchenverfassung (S. 272–292). Ich halte es für sinnvoll, diese Gliederung zu übernehmen und zunächst von den Erfahrungen zu berichten, die Schian bei seinem Amtsantritt in Breslau gemacht hat.

Dabei ist eindeutig das unangenehmste Erlebnis die Tatsache, daß für den neuen Generalsuperintendenten keine Wohnung vorhanden war. Wohnungen wurden bewirtschaftet, der Wohnungsmangel war groß. Schian war gezwungen, seine kranke Frau und seine Kinder in Gießen, wo er bis dahin Professor der Praktischen Theologie gewesen war, zurückzulassen und als »möblierter Herr« ein Unterkommen zu suchen: »Die Existenz als möblierter Herr war sehr übel. Ich habe in drei verschiedenen Wohnungen hausen müssen, weil es sich nicht anders machen ließ. Am peinlichsten war das Wohnungssuchen; es war sehr anstrengend, aber ausserdem nieder-

beit. Herausgegeben vom Verein zur Errichtung evangelischer Krankenhäuser e.V., Berlin (West) 1972.

19 M. SCHIAN, Lebenserinnerungen (wie Anm. 2), S. 251.

20 Ebd., S. 277.

21 M. SCHIAN, Der Protestantismus im XX. Jahrhundert nach dem Weltkrieg, in: Der Protestantismus der neueren Zeit in Wort und Bild, Wiesbaden 1929, S. 623–647.

22 DERS., Die äußere Gestalt (wie Anm. 9), bes. S. 17ff.

drückend. Als Generalsuperintendent möblierte Zimmer suchen, die Fragen der Vermieter beantworten: höchst ärgerlich²³.« »Am drückendsten waren die einsamen Abende. Aussichten auf eine Familienwohnung schienen sehr schlecht ... Ich begann sehr zu fürchten, daß ich in absehbarer Zeit gar keine Wohnung bekommen würde, und dachte allen Ernstes daran, das neue Amt mit dem Direktorat des Predigerseminars zu vertauschen. Ich geriet in meiner Einsamkeit in Depressionszustände herein, die keineswegs leicht waren. Ihren Höhepunkt (besser: Tiefpunkt) erreichten sie Anfang Dezember 1924, als ich am 6. Dezember eine Predigt aus Anlaß der Schlesischen Missionskonferenz in der Magdalenenkirche zu halten hatte; ich war damals nahe am Verzagen²⁴.«

Weihnachten 1924 ließ Schian sich in Gießen ärztlich untersuchen. Der Arzt erklärte, »die geschilderten Zustände seien rein nervös. Ich konnte aber längere Zeit nicht eine Kanzel besteigen, sagte daher Predigten, um die ich gebeten wurde, ab«²⁵.

An anderer Stelle heißt es schließlich: »Die Arbeit in Breslau, das Leben als möblierter Herr erhöhten (wohl: erschwerten) den Dienst. Die mir ungewohnte Büroarbeit, die Vormittage mit sich jagenden Besuchen in meinem Amtszimmer strengten mich so an, daß ich zeitweis meinte, der Nervenanstrengung nicht gewachsen zu sein²⁶.«

Erst nach acht Monaten konnte Familie Schian eine eigene Wohnung vorläufig beziehen. Vorläufig deshalb, weil inzwischen von anderen, besonders von Präses Kraeusel, der Plan gefaßt worden war, eine Generalsuperintendentur zu bauen. Dieser Bau in der Gabitzstraße 118/120 war im Sommer 1926 abgeschlossen. Er bestand aus einem Doppelhaus für beide Generalsuperintendenten mit einem dazwischenliegenden Saal, der von beiden genutzt werden konnte. Das Wohnungsproblem war damit gelöst.

Ein anderes, ebenfalls nicht freundliches Erlebnis der Anfangszeit war, daß sich die evangelische theologische Fakultät Breslau weigerte, Schian den Titel und die Funktion eines Honorarprofessors zu verleihen. Es war damals weithin üblich, daß die Generalsuperintendenten zugleich zu Honorarprofessoren an den jeweiligen Landesuniversitäten ernannt wurden. So war D. Erdmann jahrzehntelang Honorarprofessor in Breslau gewesen, Gennrich war es in Königsberg, Kawerau in Berlin, Klingemann in Bonn. Außerdem war Schian ja 16 Jahre lang Universitätsprofessor gewesen und hatte ein beachtliches wissenschaftliches Œuvre vorzuweisen. Auf sein Ersuchen hin wurde ihm jedoch durch den Professor Bornhausen mitge-

23 M. SCHIAN, Lebenserinnerungen (wie Anm. 2), S. 257.

24 Ebd., S. 258. Vgl. auch: Kirchl. Erinnerungen (wie Anm. 10), S. 158.

25 M. SCHIAN, Lebenserinnerungen (wie Anm. 2), S. 259.

26 Ebd., S. 255.

teilt, daß die Fakultät bei den Prüfungen der Kandidaten stärker beteiligt zu werden wüßte. Man erwarte hier von ihm eine Lösung. Die Ernennung blieb aus.

Nun konnte Schian diesen Wunsch der Fakultät gar nicht erfüllen, weil das nicht in seinen Möglichkeiten lag. Erst als zwischen Staat und Kirche die Sache grundsätzlich geregelt war, hat man Schian ernannt. Das war 1928. Zu dem ablehnenden Bescheid der Fakultät bemerkt Schian: »Die einzelnen Ablehnungsvoten sind sehr verschieden begründet gewesen. So, wie sich mir die Sache darstellt, hat die nicht erfolgte stärkere Beteiligung von Professoren zu den theol. Prüfungen für mehrere Mitglieder den entscheidenden Grund abgegeben (siehe Bornhausen), wahrscheinlich hat auch der Fachvertreter sich durch die Sorge vor unerwünschter Konkurrenz bestimmen lassen. Das Kultusministerium wollte nicht dem EOK zuliebe die Fakultät ärgern, so blieb die Sache eben liegen ... Wahrscheinlich ist die Mehrheit der Fakultät ganz klein gewesen (wohl 4 gegen 3); zu ihr gehörten sicher nicht Steuernagel, Lohmeyer, Schaeder, aber sehr wahrscheinlich außer Bornhausen auch Steinbeck, wohl auch Hoennicke aus allgemeiner Abneigung gegen die Kirche heraus. Wie Kohlmeyer gestimmt hat, weiß ich nicht; aber er muß wohl die Mehrheit haben bilden helfen²⁷.« Schian fügt hinzu: »Ich habe es persönlich allerdings sehr schmerzlich empfunden, daß die Fakultät mir gegenüber so wenig schön verfuhr²⁸.«

Die Arbeitsbedingungen im Konsistorium – wobei hier zunächst nur von den äußeren Arbeitsbedingungen die Rede sein soll –, die der neue Generalsuperintendent vorfand, waren denkbar bescheiden. Das Konsistorium befand sich in Breslau, Schloßplatz 8. Es war die ehemalige Friedrichsschule mit dem Rücken gegen die Hofkirche. Hier befand sich das Amtszimmer des Generalsuperintendenten und hier hat er auch in der Regel die Pfarrer und Superintendenten zu Besprechungen empfangen. Hier im Konsistorium befanden sich die Akten, waren die Beamten, hier fanden die theologischen Prüfungen und die Sitzungen statt. Die Bedeutung des Konsistoriums stand aber in deutlichem Gegensatz zu seiner Ausstattung: »Das ganze Haus ... mit überaus genauer Raumausnutzung dennoch nicht ausreichend und aufs kärglichste eingerichtet, bot einen mehr als deutlichen Beweis für die Armut und Bescheidenheit der evangelischen Kirche²⁹.«

Wie das zu verstehen ist, zeigt die folgende Schilderung aus den unveröffentlichten Erinnerungen: »Die Diensträume waren nur mit Gas beleuchtet (1924). Elektrisches Licht gab es noch nicht. Die Zimmer hatten Ofenheizung. Ein Zimmertelefon hatten nur Schuster (D. Paul Schuster, Präsident

27 Ebd., S. 261–263. – Vgl. Kirchl. Erinnerungen (wie Anm. 10), S. 162f.

28 Ebd., S. 263.

29 SCHIAN, Kirchl. Erinnerungen (wie Anm. 10), S. 159.

des Konsistoriums von 1906 bis 1925) (dienstlich) und Nottebohm (auf eigene Kosten). Das allgemeine Diensttelefon befand sich in einer sehr dünnwandigen Zelle auf dem Korridor und war ohne Beleuchtung. Wollte ich bei Dunkelheit telefonieren, so mußte ich ein Licht beschaffen und mit Streichhölzern operieren: eine abscheuliche Sache. Selbstanschluß gab es noch nicht; man mußte kurbeln und so das Amt anrufen. Ein Wartezimmer gab es nicht; gewartet wurde auf dem Korridor. Dort hörten die Besucher unfreiwillig die Telefongespräche mit. Völlig unmögliche Verhältnisse³⁰.«

Der Gerechtigkeit zu Ehren wird aber daran zu erinnern sein, daß die Verhältnisse offensichtlich nicht nur in Breslau so waren. Vom Berliner Konsistorium ist aus der Zeit vor dessen Umzug in die Lindenstraße, also vor 1913, ähnliches bekannt³¹.

Aber es gibt auch Erfreuliches zu berichten. Im Breslauer Konsistorium war für beide Generalsuperintendenten zusammen eine Sekretärin eingesetzt, Fräulein Helene Knauerhase. Ihr unterstellt war noch eine Hilfskraft (Stenotypistin), die vor allem Reinschriften zu besorgen hatte. Fräulein Knauerhase scheint es vermocht zu haben, ihren beiden Herren zur Zufriedenheit zu dienen. Jedenfalls ist Schian ihres Lobes voll. Er rühmt ihr nach, daß sie schnell und sicher schrieb und eine gute Systematik in der Aktenführung einführte, so daß sie die Schriftstücke stets schnell fand. Sie entwickelte Eigeninitiative, erinnerte an Termine, stellte die Unterlagen für die Prüfungen und Sitzungen zusammen und war in allem »absolut verlässlich«. »Eine hervorragende Kraft³².« Ich kann hinzufügen: Aus Erzählungen älterer Pfarrer ist mir bekannt, daß »Die Knauerhase« auch in der Kirchenprovinz einen guten Namen hatte.

In der Anfangszeit waren D. Schuster und D. Nottebohm noch in ihren Ämtern. Sie schieden zum 1. April 1925 aus, ungern, aber loyal. Schuster war noch im vollen Besitz seiner Kraft, Nottebohm dagegen »bereits

30 DERS., Lebenserinnerungen (wie Anm. 2), S. 270.

31 »Der Präsident berichtete nun zum ersten Mal über die Zustände im Dienstgebäude; sie seien wirklich unerträglich geworden. Gennrich erhält kein Dienstzimmer, der Generalsuperintendent arbeitet im kleinen Sitzungssaal. Dort werden vormittags Klausuren geschrieben, nachmittags finden Prüfungen statt. Die Kandidaten halten sich im Wartezimmer des Präsidenten und der Generalsuperintendenten auf. Der große Sitzungssaal ist für 25 Mitglieder zu klein, der Lärm der Straße verbietet die Öffnung der Fenster, so daß die Luft während der Beratungen immer schlechter wird. Die Registraturräume sind feucht und fußkalt, zum Teil haben sie Steinboden.« (Karl THEMEL, Die Mitglieder und die Leitung des Berliner Konsistoriums von 1900–1925, IV. Teil, in: Jahrbuch für Berlin-Brandenburgische Kirchengeschichte, 44. Jg., Berlin 1969, S. 59.) An anderer Stelle wird darüber geklagt, daß in der Regel zwei, mitunter auch drei Dezernenten sich in ein Zimmer teilen müssen. Wenn noch ein weiterer Generalsuperintendent für Berlin ernannt würde, wäre für ihn kein Platz vorhanden (ebd. S. 65).

32 M. SCHIAN, Lebenserinnerungen (wie Anm. 2), S. 278ff., bes. S. 281.

überaltert«. »Er empfand es sehr bitter, daß man gelegentlich einmal ihn das merken ließ.« Beide hatten dem EOK von einer Ernennung Schians zum Generalsuperintendenten abgeraten³³, Schuster wohl, weil er ihn für einen »Umstürzler« hielt³⁴. Schuster hat sich aber dann, als die Ernennung erfolgt war, freundlich zu Schian gestellt, während Nottebohm eine gewisse Reserve nie ganz überwinden konnte. Die Zusammenarbeit mit ihm verlief »reibungslos«, »aber es kam keine unbefangene Herzlichkeit des Verkehrs zustande. Ihm fehlte es an jeder Leichtigkeit im Verkehr ... wir haben tagelang in den Prüfungen neben einander gesessen, haben in vielen Sitzungen mit einander beraten, und es gab keine Spannungen. Ich habe für den alten Kollegen eine sehr grosse Hochachtung besessen, die mich davor bewahrte, mich an gewissen Eigenheiten zu stoßen. Er war ohne Zweifel sehr umständlich und geneigt, ärgerlich zu werden, wenn er sich nicht ausreichend geachtet glaubte; auch neigte er zu fast eigensinnigem Festhalten an eigenen Formulierungen und Vorschlägen«³⁵. »Seine große Kunst der Verwaltungsführung war wirklich der Bewunderung wert. Dabei war er von absolut einwandfreier Sachlichkeit durchdrungen. Aber er war eine Natur, die am liebsten allein bestimmte und sich sehr schwer vor dem Urteil Anderer beugte«³⁶.

Das änderte sich, als Ernst Bender und Otto Zänker ihre Ämter antraten. Bender war Oberkonsistorialrat in Breslau gewesen und wurde 1925 Schusters Nachfolger. Er war Konsistorialpräsident bis 1933. Zänker war Westfale, seit 1912 Direktor des Predigerseminars in Soest, seit 1914 Konsistorialrat im Münster. Nun war er als Nottebohms Nachfolger Spezialkollege von Generalsuperintendent Schian. Die Zusammenarbeit zwischen Zänker und Schian verlief offensichtlich gut, obgleich beide recht verschieden waren und auch verschiedenen kirchenpolitischen Gruppierungen angehörten. Schian gehörte zur »Evangelischen Volkskirchlichen Vereinigung«, der sogenannten preußischen Mittelpartei, an deren Wiederbelebung er 1905, damals noch Pfarrer in Görlitz, mitgewirkt hatte³⁷; Zänker zählte sich zur lutherischen Gruppe³⁸. Aber beide haben offensichtlich auch deswegen gut miteinander gearbeitet, weil sie immer wieder klare Absprachen getroffen haben, an die sie sich dann auch gehalten haben. So haben sie zum Beispiel bei den theologischen Examen nicht nach Sprengeln getrennt, sondern Schian übernahm für die ganze Kirchenprovinz die Vorbereitung und

33 Ebd., S. 265.

34 Ebd., S. 266.

35 Ebd., S. 266f.

36 Ebd., S. 268.

37 M. SCHIAN, Kirchl. Erinnerungen (wie Anm. 10), S. 135ff.

38 Ebd., S. 170.

Durchführung des ersten, Zänker die Leitung des zweiten Examens. Diese Einteilung, die auf einen Vorschlag Schians zurückging, berücksichtigte, daß Schian von der Universität und Zänker vom Predigerseminar herkam³⁹. Zusammenfassend konnte Schian über diese Zusammenarbeit urteilen: »Jedenfalls gestaltete sich unser Verhältnis nicht bloß zu einem reibungslosen Nebeneinander, auch nicht nur zu einem friedlichen Miteinander, sondern allmählich zu einer freundschaftlichen Gemeinsamkeit⁴⁰.«

Trotzdem hat Schian die Tatsache, daß Schlesien, wie andere Kirchenprovinzen zum Teil auch, seit 1905 zwei Generalsuperintendenturen hatte, nicht ohne Vorbehalte gesehen. Ihm ist deutlich, daß auf diese Weise ein intensiverer Kontakt zu den Gemeinden und Pfarrern möglich ist. Er sieht aber auch, daß das Ansehen der führenden Männer der Kirche nach außen wie auch dem Konsistorium und seinem Präsidenten gegenüber gemindert wird⁴¹.

Zur Charakterisierung des Anfangs und der Zeit der beginnenden Amtsausübung mag das genügen, so daß wir uns jetzt der Einführung und der Arbeit mit der neuen Kirchenverfassung zuwenden können. Dabei zeigt sich, daß der problematische Punkt die Zusammenarbeit mit dem Konsistorialpräsidenten ist, und das offensichtlich für beide Generalsuperintendenten. Der Grund ist sehr verständlich: Nach der Verfassungsurkunde mußte der Konsistorialpräsident die Leitung der Kirchenprovinz an den vorsitzenden Generalsuperintendenten abgeben und sich mit der Leitung des Konsistoriums als Verwaltungsbehörde begnügen. Das bedeutete einen deutlichen Einflußverlust und war wohl mit einer der Gründe dafür, daß schon Präsident Schuster »mit der ganzen neuen Verfassung nicht zufrieden war«⁴². Präsident Bender war es mit Sicherheit auch nicht.

Das allein erklärt die Schwierigkeiten, von denen Schian berichtet, aber noch nicht. Sie erklären sich vielmehr auch aus dem Umstand, daß der EOK eine Geschäftsordnung erlassen hatte, die die Zuständigkeiten zwischen dem Vorsitzenden und dem Konsistorialpräsidenten regeln sollte, tatsächlich aber weithin nicht zufriedenstellend regelte, weil sie aufgrund der gegebenen Struktur kaum regelbar waren. In dieser Geschäftsordnung war festgelegt, daß der Präsident jeden Ausgang abschließend zu zeichnen und das Recht hatte, jedes Schriftstück anzuhalten oder auch, etwa im Falle der Verhinderung des Vorsitzenden, zu ändern. Ihm unterstand der Geschäftsgang des Hauses, ihm oblag die Anstellung der mittleren und unteren Beamten, er hatte auch bei der Anstellung der höheren Beamten mitzureden. Er teilte die Arbeit unter den Dezernenten auf, hatte die Verfügung über das Dienstge-

39 Ebd., S. 171.

40 Ebd., S. 170.

41 M. SCHIAN, Die äußere Gestalt (wie Anm. 9), S. 17.

42 DERS., Lebenserinnerungen (wie Anm. 2), S. 265.

bäude – zum Beispiel die Zimmerverteilung –, wenngleich der Vorsitzende dabei ein gewisses Mitspracherecht hatte. Zusammen mit dem Vorsitzenden hatte er die Urlaubsgesuche der Pfarrer zu bearbeiten. Er hatte die alleinige Verfügung über den Etat, ihm unterstand das Kirchliche Amtsblatt.

Der geschäftsführende Generalsuperintendent war zwar Vorsitzender in den Sitzungen des Konsistoriums, aber schon die Tatsache, daß jeder Ausgang der Genehmigung des Präsidenten unterlag, stellt ihn in gewisser Hinsicht auch wieder unter diesen. Auf jeden Fall ist es zu ständigen Reibereien im Konsistorium gekommen, oft über durchaus kleine Dinge, über die Schian anschaulich berichtet, weil die Kompetenzen zu ungenau festgelegt waren und der Konsistorialpräsident in seinem Verhältnis zum Vorsitzenden nicht klar abgegrenzt wurde. Schon, daß er weiterhin den Titel Präsident führte, war problematisch und erinnerte nur allzu deutlich an die frühere führende Stellung des leitenden Juristen in der Provinzialkirche. Der Generalsuperintendent blieb als Vorsitzender weiterhin abhängig. Im Kollegium des Konsistoriums konnte er »jederzeit überstimmt werden; in der Besetzung von Pfarrstellen, aber auch in Disziplinarfragen drang er keineswegs immer durch. Die Neuierung trug alle Anzeichen der Halbheit«⁴³.

Zu diesen Schwierigkeiten schreibt Schian: »Ich besitze eine Eigenschaft, die mich für die Austragung solcher kleinen, ins Persönliche übergreifenden Schwierigkeiten sehr ungeeignet macht. Namentlich wo es sich um die eigene Person handelt, widerstrebt es mir aufs Äusserste, in solchen Dingen scharf vorzugehen. Vielleicht habe ich infolgedessen auch die Stellung des Vorsitzenden des Konsistoriums nicht nachdrücklich genug gewahrt«⁴⁴.« Die Schwierigkeiten verschärfen sich zum Teil auch dadurch, daß sich die mittlere Beamtenschaft mit einmischte: »Jedenfalls war da ein Mann (oder eine Gruppe), die sich an der durch die neue Verfassung gegebenen Stellung der Generalsuperintendenten ärgerte und sie zu sabotieren suchte; Rückhalt fand sie in der mittleren Beamtenschaft. Und der Präsident trat ihr nicht entgegen, weil er innerlich gleichfalls nicht mit der ihm durch die Verfassung gegebenen Stellung einverstanden war. ... Und bei den juristischen Konsistorialräten war die Neigung groß, das Konsistorium mit dem Präsidenten an der Spitze als die allein maßgebende Instanz anzusehen, den Generalsuperintendenten aber unter diese Behörde zu stellen, jedenfalls seine Stellung als Vorsitzenden des Konsistoriums nach Möglichkeit unwirksam zu machen«⁴⁵.

Schian fährt fort: »Dahin gehörte auch die Frage der Vertretung des Konsistoriums bei kirchlichen Versammlungen. Jeder Generalsuperinten-

43 M. SCHIAN, Die äußere Gestalt (wie Anm. 9), S. 18.

44 DERS., Lebenserinnerungen (wie Anm. 2), S. 278.

45 Ebd., S. 283 f.

dent hatte das Recht, die evangelische Kirche und das Konsistorium in seinem Sprengel zu vertreten; der Vorsitzende aber bei allgemeinen Tagungen. Aber der Präsident sprach sehr oft bei großen Tagungen nach dem Generalsuperintendenten auch noch als »Vertreter der Kirchenverwaltung«. Er fragte mich dann wohl vorher, ob ich einverstanden sei; ich mochte nicht Nein sagen, obwohl ich diese Rede unsinnig fand. Es kam auch vor, daß ein juristischer Konsistorialrat auf der gemeinsamen Reise zu einem kirchlichen Fest mich fragte, ob er – da ich ja als Generalsuperintendent im Gottesdienst sprechen würde – im Namen des Konsistoriums begrüßen dürfe. Darauf sagte ich dann, daß ich bereits die Wünsche des Konsistoriums zum Ausdruck bringen würde. Ich habe den Eindruck, daß in diesem Vorgehen ein fester Plan der Kirchenjuristen verwirklicht war. Wahrscheinlich war er auf Konferenzen der preussischen Kirchenjuristen verabredet worden. Der Konsistorialpräsident hielt in Breslau regelmäßig Sitzungen der juristischen Mitglieder, in denen viele, natürlich vorwiegend ins Fach der Verwaltung gehörende Sachen vorbesprochen wurden. Kamen diese Dinge dann vor das Plenum, so war zwar vorgearbeitet, aber oft auch der Entscheidung bereits vorgegriffen. Daß wir die theologischen Räte unsererseits zu ähnlichen Sitzungen versammelt hätten, ist mir nicht in Erinnerung. Aber wir haben natürlich zuzeiten, z.B. in Sachen der Ordnung der Kirchenvisitationen der Superintendenzen, gemeinsam als eine Art Ausschuß einen Entwurf angefertigt und beraten⁴⁶.«

Trotzdem bleibt festzuhalten, daß die Generalsuperintendenten durch die neue Verfassung eine größere Selbständigkeit bekommen haben. Zum Beispiel konnten sie jetzt, auch ohne zu fragen, ihre Dienstreisen ansetzen. Aber sie blieben im Ganzen doch auch wieder eingefügt in das Konsistorium und in das Konsistorial-Kollegium. Eine Disziplinargewalt etwa stand ihnen nicht zu, auch wenn das in der Pfarrerschaft vielfach angenommen wurde⁴⁷.

Sehr wesentlich gehoben war durch die Verfassungsurkunde die Stellung des Präses der Provinzialsynode, der ja auch Präses des Provinzialkirchenrates war. Zu Schians Zeiten war das vor allem Pastor Emil Kraeusel. Er gehörte zur Positiven Union. Das Verhältnis zwischen Schian und Kraeusel war offensichtlich freundlich und gut. Trotzdem hält Schian fest: »Ein imponierender Präses ist er nicht gewesen. Aber er hat das Amt ausgefüllt. Daß er nachher unter dem Titel »J. R. (sc. Im Ruhestand) Lebenserinnerungen« schrieb und sie auf eigene Kosten drucken ließ, wirkte insofern nicht glücklich, als er dieses Heft dann selber unter den Pfarrern abzusetzen suchte,

46 Ebd., S. 284f.

47 Ebd., S. 274.

sogar persönlich eigenhändig am Anfang bei Konferenzen. Diese Erinnerungen bringen nicht viel, was zur Charakterisierung jener Zeit dient⁴⁸.« Zum Nachfolger Kraeusels wurde 1930 von der Provinzialsynode Superintendent Erich Schultze aus Ohlau gewählt. Auch er gehörte zur Positiven Union. Offensichtlich war auch mit ihm die Zusammenarbeit gut⁴⁹.

Die Bedeutung der neuen Verfassung wird man jedoch nicht nur in den rechtlichen Bezügen sehen dürfen. Die Verfassungsurkunde war ein Dokument der neuen kirchlichen Unabhängigkeit, das in vielen Bereichen neue Kräfte und neue Initiativen mit freigesetzt hat. Die evangelische Kirche konnte jetzt ohne Rücksichten auf die Gebundenheit an den Staat ihren Erfordernissen und den an sie gestellten Herausforderungen gerecht zu werden versuchen. So ist es zu verstehen, daß zugleich mit der neuen Verfassung und mit der Staatsunabhängigkeit neues Leben aufblüht. Erinnert sei hier nur an die Kinder- und Jugendarbeit, den evangelischen Wohlfahrtsdienst, die Dorfkirchenbewegung, die Annäherung an die Vereinsarbeit, die Erkenntnis von der Wichtigkeit der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Der Begriff Volkskirche hat einen positiven Klang. Man entdeckt die Kirche als Volkskirche neu und versteht sie zugleich als Kirche für das Volk. Schian hat diese neuen Regungen und Bewegungen begrüßt und von seinem bewußt volkskirchlichen Standpunkt aus gefördert, wo er nur konnte⁵⁰.

Auf der anderen Seite wird man jedoch nicht verschweigen dürfen, daß die neue Verfassung auch ihre Mängel hatte, die im Lauf der Jahre immer deutlicher hervortraten. Für Schian liegen diese Mängel in der Art der Wahlen zur Provinzialsynode, in den zu kurzen Abständen zwischen ihren Zusammenkünften, in der zu starken Betonung des Parteien- und Gruppenwesens, in dem unklaren Verhältnis zwischen dem vorsitzenden Generalsuperintendenten und dem Konsistorialpräsidenten, in dem zu aufgeblähten Provinzialkirchenrat, zu dem ja mit beratender Stimme auch sämtliche Mitglieder des Konsistoriums gehörten⁵¹.

Aber Schian war nicht der einzige, der in der neuen Verfassung Mängel sah. 1936 schreibt er im Rückblick: »In den ersten sechs oder sieben Jahren des Gebrauchs der Kirchenverfassung sammelte sich eine Anzahl von Revisionswünschen an, die sorgfältig für eine Neufassung gesammelt wurden. Zu irgend einer näheren Prüfung dieser Reformwünsche ist es infolge der Ereignisse des Jahres 1933 nicht gekommen⁵².«

48 Ebd., S. 288.

49 M. SCHIAN, Kirchl. Erinnerungen (wie Anm. 10), S. 176.

50 DERS., Der Protestantismus im XX. Jahrhundert (wie Anm. 21), bes. S. 632–643.

51 M. SCHIAN, Lebenserinnerungen (wie Anm. 2), S. 292.

52 DERS., Die äußere Gestalt (wie Anm. 9), S. 20.

Die kirchenpolitischen Gruppen Schlesiens während der Weimarer Zeit

VON DIETMAR NESS

Wie jede »polis«, jedes Gemeinwesen nach bestimmten inneren Grundsätzen und äußeren Ordnungen gestaltet werden muß und die Menschen braucht, die sich dieser Aufgabe annehmen, so auch die Kirche. Und im Zusammenhang allgemeiner Demokratisierung bilden sich, ganz entsprechend den politischen Parteien, um die Mitte des 19. Jahrhunderts auch im kirchlichen Raum Gruppen oder Zusammenschlüsse von Personen, die, in theologischen Überzeugungen und aus ihnen gefolgerten Grundsätzen der inneren und äußeren Ordnung der Kirche und ihrer Aufgaben *eins*, diese auch gemeinsam in der Kirche durchsetzen wollen, kirchliche Parteien also, oder, wie man zu sagen pflegte und ich darum in leichter Abwandlung des mir gestellten Themas auch tun will, kirchenpolitische Gruppen. Doch gilt, daß der Begriff »Partei« – und entsprechend für die kirchlichen Parlamente, die Synoden, der Begriff »Fraktion« – durchaus angemessen ist und gebraucht wurde.

I Eine kurze Charakterisierung der Gruppen

Am Beginn stehe eine Charakterisierung der Gruppen, in äußerster Kürze, wie wir sie am Ende des ersten Weltkrieges vorfinden¹. Von »rechts« nach »links« sind dies seit vier Jahrzehnten in Schlesien diese vier: der Lutherische Verein, die Positive Union, die Evangelische Vereinigung und die Liberalen (Freunde evangelischer Freiheit).

Der Lutherische Verein war am 31. Mai 1848 in Gnadenberg gegründet

1 Vgl. zum Thema meine theologische Magisterarbeit »Die kirchenpolitischen Gruppen der Kirchenprovinz Schlesien von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Jahre 1933«, Hamburg 1980, masch.-schriftlich; fortan zitiert: NESS, Gruppen. – Unveränderte, jedoch um 10 Dokumente sowie Orts-, Sach- und Personenregister erweiterte Nachdrucke sind u. a. zugänglich im J. G. Herder-Institut Marburg, der Bücherei des deutschen Ostens Herne, den Universitätsbibliotheken Breslau, Berlin, Göttingen, Greifswald, Leipzig und Tübingen. Der vorliegende Aufsatz nimmt auf diese Arbeit vielfältig Bezug, teils kürzend, teils ergänzend, verzichtet aber in der Regel auf ausdrückliche Verweise und auf die Kennzeichnung von Zitaten aus jener Arbeit.

worden; damals stand noch die Forderung nach Auflösung der Union und Bildung einer lutherischen Landeskirche im Programm, auch hatte er sich damals noch gegen alle kirchlich-synodalen und folgerichtig auch alle politisch-parlamentarischen Bestrebungen gewandt².

Das freilich lag lange zurück: Im 20. Jahrhundert wollte man lutherisch sein innerhalb der als Rechts- und Verwaltungsunion – nicht Bekenntnisunion – verstandenen preußischen Landeskirche, und den Parlamentarismus hatte man auf inzwischen 16 Provinzialsynoden zur Durchsetzung eigener Ziele kräftig zu nutzen verstanden. Man fordert die konfessionelle Volksschule, bekennntismäßigen Religionsunterricht, »Zuchtmittel gegen Irrlehrer« und will »alle kirchlichen Fragen und Aufgaben vom Standpunkte des lutherischen Bekenntnisses aus gelöst sehen«³.

Ein wenig weiter zur Mitte hin, aber doch noch so nahe, daß beide Parteien oft als »vereinigte Rechte« und immer in überwiegender Mehrheit auf den Provinzialsynoden den Ton angeben, folgt den Vereinslutheranern die Positive Union⁴. In den theologischen, kirchlichen, kirchenpolitischen Grundfragen sind zwischen ihr und den Vereinslutheranern kaum Differenzen auszumachen außer der klar bejahten Union und gleichberechtigten Anerkennung des reformierten Bekenntnisses; aber selbstverständlich waren sie alle gut lutherisch, bekennntnistreu, aber nicht exklusiv. Die Positive Union besteht seit 1880, seit 1908 unter Vorsitz von D. Gerhard Eberlein⁵.

Zur dritten Gruppe hin, der Evangelischen Vereinigung – auch »Mittelpartei« genannt – sind die Differenzen wieder deutlicher. Als sie unmittelbar nach der ersten ordentlichen schlesischen Provinzialsynode 1875 sich

2 Das »Programm des Evangelisch-lutherischen Provinzial-Vereins« von 1849 Mai 31 bei NESS, Gruppen, Anhang I, aus dem Evangelischen Kirchen- und Schulblatt, zunächst für Schlesien und das Großherzogtum Posen, Breslau, Jg. 4, 1849, Sp. 195–197.

3 Programm vom Jahre 1906; Texte: Evangelische Kirchenzeitung, Jg. 1906, S. 25–27; Allgemeine Evangelisch-lutherische Kirchenzeitung, Jg. 40, 1907, S. 1046–1047.

4 Das Programm der Landeskirchlichen Vereinigung der Positiven Union von 1922 November 22 ist u. a. gedruckt in der Zeitschrift »Positive Union«, Jg. 20, 1924, S. 3–4. Dieses Programm wird von der schlesischen Gruppe diskutiert und angenommen 1922 Oktober 3; Evangelisches Kirchenblatt für Schlesien (fortan zitiert: EKBSchl) Jg. 1922, S. 321.

5 Gerhard Friedrich Viktor Johannes Eberlein, geb. 16. 1. 1858 in Freiburg/Schlesien, ordiniert 22. 9. 1882, Pfarrvikar in Rybnik, 1884 P. in Royn, 1897 Groß Strehlitz, Superintendent der Ephorie Strehlen, Vorsitzender des Pfarrervereins 1896, Präses der Provinzialsynode 1920, † 8. 8. 1923. – Literatur: Nachruf von Gen. superintendent NOTTEBOHM in: EKBSchl 1923, S. 214; Ulrich BUNZEL, D. Eberlein, in: Schlesischer Evangelischer Volkskalender 1925, S. 55–56; P. G. Eberlein, Ein Führer der schlesischen Pfarrerschaft, in: JSKG, Jg. 37, 1958, S. 12–23; »Er war der heimliche Generalsuperintendent von Schlesien« schreibt in einem Nachruf die »Positive Union«, Jg. 20, 1924, S. 5–6.

bildete, geschah das aufgrund der Erfahrung auf eben dieser Synode, auf der eine starke »Rechte« sich gegen eine kleine, aber straff organisierte »Linke« durchsetzte, die große Mehrheit der Synodalen zwischen den beiden Extremen aber nicht zu einer gemeinsamen Stimme fand⁶. Sie organisierte sich auf provinzial- wie landeskirchlicher Ebene im Jahre 1905 neu⁷; aus der damals beschlossenen »Programmatistischen Kundgebung« heben wir zur Charakterisierung der Gruppe folgende Aussagen hervor: a) »Wir scheiden uns«, heißt es, »auf der einen Seite von denen, welche den Inhalt des evangelischen Glaubens an einmal gegebene Formen und Formeln gebunden erachten und die Bekenntnisschriften als rechtlich geartete Lehrgesetze handhaben wollen [...] Wir vermögen daher Gemeinschaft des Glaubens auch da anzuerkennen, wo die christliche Erkenntnis nach ihrem Maß und ihren Formen verschieden ist. Wir scheiden uns auf der anderen Seite ebenso von denen, welche in den Glaubensaussagen früherer Jahrhunderte nur ein belastendes Erbe sehen: wissen uns vielmehr mit dem Glauben unserer Kirche, wie er in den reformatorischen Bekenntnissen einen Ausdruck gefunden hat, dem Wesen nach auch da eins, wo wir ihren Buchstaben nicht als den zutreffenden Ausdruck für den darin beschlossenen Glaubensgehalt ansehen können.« b) Die Union, die lebendige Ortsgemeinde, die soziale Betätigung liegen ihr am Herzen. c) Freiheit in Forschung und Lehre verbunden mit dem Dienst an Kirche und Gemeinde soll die Theologie leisten⁸.

Ein kleines Häuflein hält die linke Position im vierfarbigen Parteienspektrum: eine »kirchlich-liberale Vereinigung« in der Tradition des 1869 gegründeten, dann eingegangenen Schlesischen Protestantenvereins bildet sich unter Führung des Breslauer Propstes Erdmann Julius Moritz Decke⁹ neu im Jahre 1903. Ihr Selbstverständnis mag zitiert werden nach der Zusammenfassung eines Referates, die das Evangelische Kirchenblatt für Schlesien gibt: »Von der Reformation her hat der kirchliche Liberalismus

6 Der »Aufruf der Freunde der positiven Union« [sic!] von 1875 April 10 bei NESS, Gruppen, Anhang VI, aus dem Schlesischen Protestantenblatt, Jg. 5, 1875, S. 67.

7 M. SCHIAN, Die Neuorganisation der preußischen Mittelpartei, in: Christliche Welt, Jg. 11, 1905, S. 661–667.

8 Deutsch-evangelische Blätter, Jg. 30, 1905, S. 359–362. – Eine Neufassung des Programms auf landeskirchlicher Ebene in: Preußische Kirchenzeitung, Jg. 16, 1920, Sp. 109–114.

9 Erdmann Julius Moritz Decke, geb. 19. 10. 1843 in Festenberg, ord. Breslau 15. 12. 1870, Lektor an St. Bernhardin, 1873 Diakonus, 1885 Senior und Archidiak., 1898 Pastor und Propst z. Hl. Geist, 1906 Städt. Kircheninspektor. 1912 D. Theol. von Breslau, emeritiert 1. 10. 1921, † 16. 5. 1925. – Ein Nachruf im EKBSchl 28, 1925, S. 185/86. – Eine kleine Druckschrift, 24 S., »D. Decke 1843–1925. Ein Gedächtnisblatt« mit Beiträgen von Pfr. Lic. K. Müller und Stadtdekan Spaeth im Archiv der Gemeinschaft evg. Schlesien.

den Grundsatz der freien, selbständigen Prüfung und der religiösen Souveränität des individuellen Gewissens übernommen. Die Heilige Schrift weiß er zu würdigen nicht nur als Urkunde einer Geschichte, die jeder kennen muß, sondern als das Denkmal der tiefsten religiösen Erfahrungen der Menschheit [...] Die dogmatischen Ausprägungen der Glaubensgedanken wertet er als Ausdruck des jedesmaligen, natürlich begrenzten Verständnisses des Evangeliums und der Heiligen Schrift. Aber ein Joch dürfen die Glaubensgedanken der Vergangenheit für die Gegenwart nicht werden¹⁰.«

Seit 1910 nennt sich die Gruppe »Freunde evangelischer Freiheit«, seit 1920 mit dem Zusatz »Zweigverein des Deutschen Protestantenvereins«; Vorsitzender ist seit 1907 Richard Adolph Spaeth, Pastor primarius an der Breslauer Erlöserkirche.

II Der Umsturz der alten Ordnung

Der Zusammenbruch des Reiches, die Abdankung Wilhelms II. bedeuten für die preußische Landeskirche den Fortfall des landesherrlichen Kirchenregimentes und damit die Notwendigkeit einer grundlegenden Neuordnung. Dabei ist der Grundsatz der zu erstrebenden Trennung von Staat und Kirche auf beiden Seiten unbestritten; hier nicht darzustellen sind die beiderseitigen anfänglichen Verwirrungen, nicht darzustellen die Einzelheiten der Verhandlungen, die schließlich zu den drei Kirchengesetzen vom 19. Juni 1920 führen: einem Gemeinde-Wahlgesetz, einem Gesetz über eine Verfassungsgebende Kirchenversammlung und einem Gesetz, das die Ausübung der Kirchengewalt durch den Landeskirchenausschuß bis zur Verabschiedung der neuen Verfassung regelt. Diese Verfassungsgebende Kirchenversammlung, immer wieder auch kurz »Konstituante« genannt, tritt – nach zwei vorausgegangenen Wahlen, in denen im Januar 1921 die Gemeindekörperschaften (Gemeindekirchenräte und Gemeindeversammlungen) und im Juni desselben Jahres von diesen die Abgeordneten zur Konstituante gewählt werden – im September 1921 zusammen, die ausgearbeitete neue Verfassung tritt am 1. Oktober 1924 in Kraft¹¹.

In diesen nur angedeuteten Rahmen fügen sich die kirchenpolitischen

10 EKBSchl 7, 1904, S. 193. – Das Statut des Schlesischen Protestantenvereins von 1869 März 15 bei Ness, Gruppen, Anhang V, aus der Schlesischen Zeitung 127 von 1869 März 17.

11 Vgl. die allgemeinen Darstellungen, z.B. Walter ELLIGER (Hg.), Die Evangelische Kirche der Union, ihre Vorgeschichte und Geschichte, Witten 1967; Karl KUPISCH, Die deutschen Landeskirchen im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1966; Kurt NOWACK, Evangelische Kirche und Weimarer Republik. Zum politischen Weg des deutschen Protestantismus zwischen 1918 und 1932, Göttingen 1984.

Gruppen der Kirchenprovinz Schlesien ein. Sie waren in den Fraktionen der Provinzialsynoden während des zurückliegenden halben Jahrhunderts zu Mitträgern des Kirchenregimentes geworden, bei ihnen war Motivation und Sachkunde, sich im gegebenen Rahmen an der Neuordnung zu beteiligen.

Es ist aber zunächst zu untersuchen, wie die kirchenpolitischen Gruppen auf den sie gänzlich unvorbereitet treffenden Umsturz der bisherigen Ordnung reagieren.

Zu Beginn des Weltkrieges hatten sie einen »Burgfrieden« geschlossen¹², ganz gemäß jenem berühmten Satz Wilhelms II. am Vorabend des Krieges: »Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche¹³.« Es hatte auch die Arbeit der Gruppen weitgehend geruht: die vom Schlesischen Pfarrerverein initiierte, seit 1892 alljährlich in der ersten Oktoberwoche in Breslau veranstaltete »Kirchliche Woche« fand 1914 und 1916 nicht statt, 1915 und 1917 ohne die üblichen Zusammenkünfte der kirchenpolitischen Gruppen. Und aus dem Jahre 1918 ist nur eine Oktoberversammlung der Positiven Union belegt, die sich mit der Weiterentwicklung der Synodalordnung beschäftigt. Die Synoden »müssen selbständig neben dem staatlichen Kirchenregiment stehen«, lautet eine zentrale Forderung des Referenten, P. prim. Julius Rademacher¹⁴. Daß dieses »selbständige Nebeneinander« so bald auf der Tagesordnung der Geschichte stehen würde, hat sicher weder er selbst noch einer seiner Zuhörer sich an jenem 8. Oktober ausmalen können.

Erstaunlich schnell reagiert auf die gänzlich neue Situation der Konvent der Breslauer evangelischen Geistlichkeit: drei Tage nach der Revolution, am 12. November, ruft er einen »evangelisch-kirchlichen Arbeitsausschuß« ins Leben, über dessen Tätigkeit das Evangelische Kirchenblatt für Schlesien folgendes berichtet: »Der Ausschuß gab sofort im Auftrage des Konvents einen Aufruf an die Gemeindeglieder der 12 evangelischen Parochien heraus, der am Bußtage und Totensonntage [i. e. 20. und 24. November] in 50 000 Exemplaren in den Gottesdiensten verteilt wurde. Auf Anregung des Ausschusses hielten sämtliche Gemeindegörperschaften sofort Sitzungen ab, in denen das Thema: Trennung von Staat und Kirche besprochen wurde und je 2 Abgeordnete in den Ausschuß gewählt wurden. Dieser erweiterte

12 Vgl. die Preußische Kirchenzeitung, Jg. 10, 1914, S. 627; Jg. 11, 1915, S. 234; Jg. 12, 1916, S. 253–257; ELLIGER (wie Anm. 11), S. 119: »Der Ausbruch des Krieges brachte alle konfessionellen und kirchenpolitischen Gegensätze zum Verstummen.«

13 Stenograph. Berichte des Reichstags, Bd. 306, S. 2.

14 EKBSchl 21, 1918, S. 341; Positive Union 16, 1919, S. 26–27. – Julius Rademacher, geb. 27. 9. 1857, ord. 14. 3. 1883, P. in Aslau, 1892 Stroppen, emeritiert 1. 11. 1932, † 5. 4. 1937. Seine Autobiographie: Erinnerungen eines alten Pfarrers, Diesdorf 1933, 48 Seiten.

Ausschuß trat am 29. November zusammen und bildete aus seinen sämtlichen Mitgliedern vier Arbeitsgruppen für Verfassungsfragen, Finanzfragen, Wahlfragen und Schulfragen. Den Vorsitz bilden zwei Pastoren (Prof. D. Hoffmann¹⁵ als Vorsitzender, Pastor Just¹⁶ als Schriftführer) und vier Nichtgeistliche. Geschäftsstelle ist die Evang. Zentralstelle, [Breslau] I, Predigergasse 2. Für Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags 3 Uhr hatte der Ausschuß eine evangelische Volksversammlung in den Zirkus Busch einberufen, der [...] von 5000 Besuchern bis auf den letzten Platz gefüllt war. Die Scharen, die keinen Einlaß mehr finden konnten, wurden sofort zur Elisabethkirche gewiesen, die bald auch mit 2000 Personen gefüllt war¹⁷.«

»Das Gebot der Stunde« war das Thema je mehrerer kurzer Ansprachen; und worum es inhaltlich ging, zeigen folgende fünf Forderungen an die Politik: »1. Die evangelische Kirche soll Volkskirche bleiben; ihre gegenwärtigen Mitglieder und deren Kinder gehören ihr ohne weiteres zu. 2. Die evangelische Kirche ordnet nach Aufhebung des landesherrlichen Kirchenregiments ihre inneren und äußeren Angelegenheiten in völliger Unabhängigkeit vom Staat nach ihren eigenen Grundsätzen. 3. Die evangelische Kirche behält den Charakter eines öffentlich-rechtlichen Verbandes mit dem Recht der Besteuerung ihrer Mitglieder. 4. Die bisherigen finanziellen Zuschüsse werden vom Staat weitergezahlt mit Rücksicht auf die bisher anerkannten Rechtsansprüche und die Dienste, die die Kirche durch Pflege des sittlichen und kulturellen Lebens dem Staate leistet. 5. In allen öffentlichen Schulen wird der Religionsunterricht nach den Grundsätzen der betreffenden Konfession unter Wahrung der Freiwilligkeit erteilt¹⁸.«

Ich schweife ein wenig von meinem Thema ab, wenn ich einige andere Notizen aus jenen Wochen des Umbruchs beibringe:

a) die evangelischen Frauenvereine der Stadt Breslau richten insgesamt sechs Kurse ein, »um die evangelische Frauenwelt zur Ausübung des Wahlrechts vorzubereiten«¹⁹;

15 Georg Hoffmann, geb. 24. 11. 1869 in Münsterberg, ord. 4. 11. 1884, Hilfsprediger an St. Bernhardin, 1885 Pastor daselbst, 1906 Dr. habil., 1919 ao Honorarprof., Mitglied der Provinzialsynode seit 1908, Mitglied des Prov.synodalvorstandes seit 1914, Mitglied des Prov.-Kirchenrats seit 1925, Mitglied der preuß. Generalsynode seit 1908. † 25. 6. 1930. – Nachrufe im Kirchlichen Amts-Blatt des Evangel. Konsistoriums der Kirchenprovinz Schlesien (fortan zitiert: KABSchl) Jg. 1930, S. 91; Preußische Kirchenzeitung 26, 1930, S. 313–314; Felix HAASE, Die schriftstellerische Tätigkeit der Breslauer theologischen Fakultät von 1811–1911, Breslau 1911, S. 194.

16 Alfred Just, geb. 26. 9. 1875 in Breslau, ord. 12. 6. 1901, Pfarrvikar in Gleiwitz, 1904 Breslau-St. Salvator, † 17. 3. 1927.

17 EKBSchl 1918, S. 400; vgl. auch Positive Union 1919, S. 84.

18 EKBSchl 1918, S. 409.

19 Ebd., S. 400.

b) in Liegnitz wird am 1. Adventssonntag das Thema »Die Zukunft der Kirche« in allen Gottesdiensten behandelt²⁰;

c) in Hermsdorf (Waldenburg) gründen am 17. November sozialdemokratische Arbeiter und Arbeiterinnen einen »Volksbund kirchentreuer evangelischer Christen« und fordern in einem Aufruf »von unserer Parteileitung und unseren Abgeordneten, daß auf die Lebensbedürfnisse der Kirche Rücksicht genommen wird«. »Wir wollen nicht, daß unsere evangelische Kirche durch die Neuordnung der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse geschwächt und in ihrer heilsamen Arbeit an der Seele unseres Volkes gehindert werde«²¹;

d) ähnliche Forderungen wie die aus Breslau zitierten stehen auch in einem Flugblatt, das der Pfarrkonvent des Kirchenkreises Ohlau verteilen läßt²².

Genug solcher Hinweise; sie sollten der Veranschaulichung der Situation dienen und belegen, daß man begriffen hatte, was ein nicht genannter Superintendent in jenen Tagen so ausdrückte: »Das Eisen ist weißglühend; es muß geschmiedet werden«²³.

Die Notwendigkeit, jetzt dem Staat gegenüber mit *einer* Stimme zu sprechen, bringt ebenfalls im November die Vorstände der vier kirchenpolitischen Gruppen der schlesischen Kirchenprovinz²⁴ zusammen. Man ist sich einig, daß die theologischen Differenzen ebenso wie aller kirchliche Streit jetzt zurückstehen müsse zugunsten der Neuordnung der preußischen Landeskirche und der hier nötigen Mindestforderungen der Kirche an Staat und politische Parteien²⁵. Wir dürfen die wesentlichen Grundforderungen aller vier Gruppen zur Neuordnung des Verhältnisses von Staat und Kirche als identisch mit den zitierten fünf Punkten des Breslauer »evangelisch-kirchlichen Arbeitsausschusses« ansehen; der Entschluß zur Zusammenarbeit ist also sachlich berechtigt²⁶.

20 Ebd., S. 407.

21 Ebd., S. 412.

22 Ebd., S. 407.

23 Ebd.

24 Dasselbe wird aus der brandenburgischen Provinzialkirche berichtet: dort veranlaßt durch den Protestantenverein; Preußische Kirchenzeitung 1918, S. 399; dort wird auch mitgeteilt, daß in Schlesien die Initiative von der Positiven Union ausgegangen sei.

25 EKBSchl 1918, S. 400, 407.

26 Zur Präzisierung der Vorstellungen der Gruppen zur Neuordnung: a) Luth. Verein: EKBSchl 1918, S. 386–387; Evangelische Kirchenzeitung 92, 1918, S. 418–421. b) Positive Union: EKBSchl 1918, S. 426; vgl. auch S. 401–403 »Zur kirchlichen Lage« von G. Eberlein. c) Stellungnahmen der Evangelischen Vereinigung und der Freunde evang. Freiheit liegen uns aus diesen Wochen nicht vor; es darf aber unbedenklich angenommen werden, daß ihre Vorstellungen über die Kirche der Zukunft ihre auch praktisch sehr wirksame Ausprägung in den Aktivitäten des »evang.-kirchlichen Arbeitsausschusses« zum Ausdruck kommt, denn in ihm arbeiten D. Hoffmann, Vorsitzender der Evg. Vereinigung,

Wie vom Pfarrerverein²⁷, wie von den hier gemeinsam auftretenden kirchenpolitischen Gruppen, die bisher schon die Arbeit der Provinzialsynoden getragen haben, gefordert, tritt vom 28. Januar bis 5. Februar 1919 die Provinzialsynode zusammen²⁸. Es ist eine außerordentliche, also zusätzliche Synode gewesen; und wenn auch viele laufende Geschäfte erledigt, viele über die Kriegsjahre liegengebliebene Probleme erörtert, Beschlüsse gefaßt, Finanzen geregelt werden mußten: die Verfassungsfrage als Folge der Revolution sollte sein und war der wesentliche Verhandlungsgegenstand. Gerhard Eberlein hat in einer Vorschau, »Die kommende Synode«, ihre Notwendigkeit sehr schön begründet: »Es ist aber wirklich hohe Zeit, daß die geordnete Vertretung der Gemeinde sich zur kirchlichen Lage hören lassen kann. Es schien auch kirchlich sich alles auflösen zu wollen. Überallher boten sich geschäftige Köpfe und Hände an, einen kirchlichen Neubau auszudenken und auszuführen. Es ist wirklich genug mit all den Volkskirchenräten, den Vereinigungen jeglicher Art, längst bestehenden und expreß erfundenen, die die Volkskirche bauen wollen und meinen, daß sie gerade auf ihre Weise gebaut werden müßte. Man greift sich doch an seinen Kopf und fragt sich unwillkürlich: Ja, was wollen denn diese guten Menschen alle eigentlich? Sie planen einen Kirchbau, aber ist denn die Kirche selber nicht mehr da? Gott sei Dank, sie besteht doch noch [...] Diesem Wirrwarr im kirchlichen Lager gegenüber freuen wir uns, daß endlich die Kirche selber in einer ihrer geordneten Instanzen auf den Plan tritt [...]»²⁹.

und Propst Decke, Vorsitzender der Freunde evg. Freiheit, maßgeblich mit. – Ohne hier näher darauf eingehen zu können, sei noch angemerkt, daß es nach links hin in der Breslauer Geistlichkeit auch Sympathien für radikal-demokratische Anschauungen und Zusammenarbeit mit Arbeiter- und Soldatenräten gegeben hat. So berichtet z.B. das Konsistorium in seinem Geschäftsbericht für 1918/19, daß »in den ersten Revolutionstagen aus Kreisen der Breslauer Geistlichkeit mit der Begründung, daß das »landesherrliche Kirchenregiment zusammengebrochen« sei, der Versuch unternommen (wurde), dem Konsistorium einen nach dem Muster des russischen Räteystems gebildeten kirchlichen Arbeiterrat mit dem Ansinnen an die Seite zu setzen, die behördlichen Verfügungen und Anordnungen vor ihrem Erlaß diesem »Rat« zur Begutachtung und Genehmigung vorzulegen, – ein Versuch, der allerdings sofort mit vollem Ernst zurückgewiesen wurde...«; Staatsarchiv Breslau, Akten des schlesischen Konsistoriums I, 2522, 350.

27 EKBSchl 1918, S. 399.

28 »Mit Rücksicht auf die Wahlarbeiten zur deutschen und preußischen Nationalversammlung« vom ursprünglichen Termin 1919 Januar 7 verschoben; EKBSchl 1919, S. 16; vgl. KABSchl 1918, S. 144; 1919, 1. Der Hinweis auf eine »kommende Synode« zu November 1918, gegeben auf der Oktoberversammlung der Positiven Union Breslau – vgl. EKBSchl 1918, S. 341 – bleibt unverständlich.

29 EKBSchl 1918, S. 425/26; vgl. auch sein Einführungsreferat »Zur Frage des Verhältnisses von Kirche und Staat« auf der Synode, in: Verhandlungen der Außerordentlichen Schlesischen Provinzial-Synode zu Breslau vom 28. Januar bis 5. Februar 1919, S. 55–65.

Dieser hier von Eberlein beschworene geordnete Weg bestimmt dann auch die Verhandlungen der Synode³⁰. Es ist alles wie gewohnt und bewährt:

- man trifft sich am Abend vorher gruppenintern;
- die Gruppenvorstände einigen sich in Vorgesprächen auf die Zusammensetzung aller Kommissionen im Proporz der sich den vier Gruppen zuordnenden Synodalen;
- die zur Bearbeitung der Verfassungsfrage gebildete Kommission behandelt die zur Sache vorliegenden Anträge und formuliert Beschlußvorlagen für das Plenum, die durch Superintendent Eberlein und Superintendent Bronisch³¹ eingebracht und begründet werden;
- danach kann im Plenum ein Vertreter der Rechten sich noch einmal gegen das passive Wahlrecht für Frauen wenden, »unter Bezugnahme auf den Apostel Paulus«, wie das Protokoll ausdrücklich vermerkt;
- es kann ein Vertreter der Linken fordern, daß der Satz »Urwahlen müssen selbst unter Sicherungen abgelehnt werden« aus der Beschlußvorlage gestrichen wird;
- es kann ein Vertreter der Evangelischen Vereinigung zu Protokoll geben, er lege weniger Wert auf die Rechtsform als auf den inneren Geist bei der Umgestaltung der Verfassung³² der Kirche;

am Ergebnis, der Annahme der zuvor ausgehandelten Anträge und Entschließungen zweifelt niemand mehr. So hebt denn auch ein Pressebericht ebenso wie das Konsistorium die »erfreuliche Einmütigkeit« der Synodalen bei allen wesentlichen Beschlüssen hervor; doch mag eine Marginalie uns hindern, allzu unkritisch an eine allgemeine Harmonie der Gruppen zu glauben: nicht, wie es offiziell hieß, aus Rücksicht auf sein Alter legte der langjährige Präses der Provinzialsynode, Freiherr von Zedlitz auf Neukirch, überraschend am zweiten Tage sein Amt nieder, vielmehr hatte die Positive Union als stärkste Fraktion und Eberlein als ihr Führer diesen

30 Für das folgende vgl. a) den gedruckten offiziellen Verhandlungsbericht, s. vorige Anm.; b) die fortlaufenden begleitenden Berichte der Schlesischen Zeitung; c) die Berichte im EKBSchl 1919, S. 51–53, 67 u. 68, 75–77, 83–85, 92–94, 100 u. 101; d) Preussische Kirchenzeitung 1919, S. 47–49; e) den Bericht über die Synode, den Konsistorialpräsident D. Schuster dem EOK erstattet; Evg. Zentralarchiv Berlin, Bestand EOK Silesia III 6, Vol. III; f) KABSchl 1919, S. 18, 42–44.

31 Paul Gotthold Bronisch, geb. 7. 5. 1858 in Peitz b. Cottbus, ordiniert 31. 12. 1881 in Berlin, 1882 P. in Gräditz, 1884 Rüstern, 1887 Schönberg O/L, 1891 Neusalz, Diakonus, 1893 p. prim. und Sup.-verweser, 1895 Superintendent, emeritiert 1. 10. 1923, † 8. 4. 1937. Mitbegründer der Hochkirchlichen Vereinigung, deren Zeitschrift »Die Hochkirche« er 1923–1927 redigierte.

32 Korrigiert aus dem irrtümlich gedruckten Wort »Verwaltung« im Verhandlungs-Bericht.

Posten gefordert, berichtet das Konsistorium an den Evangelischen Oberkirchenrat.

Die Beschlüsse dieser außerordentlichen Synode sind, soweit sie die zu erarbeitende neue gesamtkirchliche Verfassung betreffen, selbstverständlich nicht mehr als Empfehlungen, aber man ist stolz, daß man eine Vorreiterrolle übernommen habe; der Synode werde es »ein Ehrentitel bleiben«, daß sie als erste der preußischen Synoden einen guten und geordneten Weg zu der nunmehr zu erstrebenden »synodalen Kirchenleitung« gewiesen habe³³: im Aufbau der Kirche von unten nach oben, von der Gemeinde über die Kreis- und Provinzialsynoden zur Generalsynode.

Auf der 16. ordentlichen Provinzialsynode vom 20. November–8. Dezember 1920 wird dann das Problem der kirchlichen Verfassung quasi nebenher behandelt³⁴; man hatte gesagt, was zu sagen war, die weiteren Verhandlungen wurden in Berlin geführt, wo man sich, nebst Übergangsbestimmungen, auf eine aus Wahlen hervorgegangene Verfassungebende Kirchenversammlung einigte.

Aus Wahlen hervorgegangen: zunächst finden Gemeindewahlen statt, bei denen alle Glieder der evangelischen Kirche, soweit sie das 24. Lebensjahr vollendet haben und sich in eine Wählerliste haben einschreiben lassen, die beiden Gemeindekörperschaften wählen: Gemeindekirchenrat und Gemeindeversammlung. Die Wahlen werden festgesetzt auf den 22.–24. Januar 1921³⁵. Und alsbald hebt auch der kirchenpolitische Streit wieder an.

Zunächst der Streit darüber, ob man sich überhaupt streiten dürfe, ob man nicht in der Kirche anders miteinander umgehen müsse als in der Politik. Die Vereinigung preußischer Pfarrervereine jedenfalls fordert, alle Parteikämpfe zu vermeiden und überall Einheitslisten kirchlich gesinnter Männer und Frauen aufzustellen³⁶. Der Schriftleiter des Breslauer Kirchlichen Wochenblattes, Lic. Sommer, fordert: »Auf zur Wahl, aber nicht zum Wahlkampf!« und empfiehlt als Vorbild seine eigene Gemeinde, wo eine Gemeindeversammlung einen Wahlausschuß gebildet habe, in dem alle sozialen Schichten der Gemeinde vertreten seien, vor allem aber alle Gemeindegruppen (Frauen-, Männer-, Jugend-, Arbeitervereine, Elternbeirat), und der einen Wahlvorschlag ausarbeite, der ein »Spiegelbild der

33 EKBSchl 1919, S. 67/68.

34 Verhandlungen der 16. ordentlichen Schlesischen Provinzialsynode S. 40/1 und 81/2, gedruckt Breslau 1926.

35 KABSchl 1920, S. 115.

36 Kirchliches Wochenblatt für die evangelischen Gemeinden Breslau, Jg. 106, 1920, S. 435.

Gemeinde« sein solle³⁷. Der liberale P. Dr. Just in Breslau³⁸ und der zur Positiven Union gehörende Pastor Johannes Gerhard in Liegnitz³⁹ fordern mit gleichen Argumenten die Möglichkeit wirklicher Wahlen zwischen verschiedenen Listen, denn sonst entmündige man die Gemeinde und verwische die Tatsache, daß es verschiedene kirchenpolitische Richtungen gebe.

Der Streit erscheint müßig, wenn man die Wahlanalyse im Evangelischen Kirchenblatt für Schlesien liest⁴⁰: danach wurden in wohl kaum zwei Dutzend von über 700 Kirchengemeinden konkurrierende Wahllisten aufgestellt⁴¹; er könne, summiert der Verfasser und Schriftleiter des Blattes, Gottfried Reymann, »gottseidank« nicht berichten, daß in Schlesien in den kirchlichen Körperschaften »so und so viele positiv-unierte, konfessionelle, mittelparteiliche, liberale usw. Mitglieder sitzen«.

Die Wahlgesetze schrieben vor, daß die im Januar gewählten Gemeindekörperschaften ihrerseits die Vertreter zur Verfassungsgebenden Kirchenversammlung wählen sollten. Für die Kirchenprovinz Schlesien waren zwölf Plätze vorgesehen. Gewählt wurde in Schlesien als in *einem* Wahlbezirk, für den Vorschlagslisten aufgestellt werden mußten. Aber: wer stellt sie auf? Natürlich die kirchenpolitischen Gruppen, nur: mit welchem Recht? Gottfried Reymann jedenfalls bestreitet es ihnen unter Hinweis auf die Gemeindewahlen, die doch gezeigt hätten, daß die kirchenpolitischen Gruppen in den Gemeinden keinerlei Rückhalt hätten⁴². Ganz anders sieht das Werner Eberlein⁴³: »Die Kirchenpolitiker an die Front!« fordert er. Denn die durch die Gemeindekörperschaften zu wählende Verfassungsgebende Versammlung habe doch zweifellos eine hochpolitische, natürlich kirchenpolitische Aufgabe, erfordere also hohe kirchenpolitische Schulung und dürfe nicht »eine Versammlung guter, frommer, lieber Christen aller Art« sein. Wenn aber sachgemäß für die zu bewältigende Aufgabe nur die

37 Ebd., S. 406.

38 Ebd., S. 435.

39 EKBSchl 1921, S. 353–354; auszugsweise wiedergegeben und kommentiert in Positive Union 1920, S. 182–184. – Zur Person Gerhards: JSKG 67, 1988, S. 88–91.

40 EKBSchl 1921, S. 49–50, 66–69; vgl. ebd., S. 38: »Ein merkwürdiger Fragebogen.«

41 In Liegnitz: ebd., S. 68. Konkurrierende Listen der anderen dort genannten Orte sind nach dem Urteil des Verfassers nicht kirchenpolitisch im Sinne der vier Gruppen geprägt. – In Breslau gab es konkurrierende Listen in Salvator, Luther und Königin Luise; nach der Schlesischen Zeitung Nr. 35 vom 20. 1. 1921; vgl. auch noch die Notiz zu Breslau-St. Bernhardin, EKBSchl 1920, S. 360.

42 EKBSchl 1921, S. 49.

43 Werner Eberlein, geb. 7. 12. 1888 in Royn, ord. 7. 3. 1913 in Breslau, P. in Dittersbach-Herzogswaldau, 1915 p. sec., 1917 p. prim. in Wüstewaltersdorf, Kr. Waldenburg, 1929 Sup. in Glogau, 1945 Meuselwitz/Thüringen, 1953 Hanshagen b. Greifswald, emeritiert 1. 4. 1961, † 2. 7. 1976 in Berlin.

Entsendung »kirchenpolitischer Köpfe« sei, wer anders soll dann Vorschläge machen als die kirchenpolitischen Gruppen? »Der Mangel an wirklichen Politikern an der Spitze Deutschlands war und ist unser Unglück. Das Unglück unserer Kirche wäre es, wenn die Konstituante nicht die fähigsten Kirchenpolitiker sammelte, die unsere Kirche besitzt⁴⁴.«

Nun hatten die vier schlesischen Gruppen bereits im Oktober 1920 sich darauf verständigt, für diese Wahlen eine Einheitsliste aufzustellen⁴⁵; sie wird im Kirchlichen Amtsblatt in der vorgeschriebenen Weise als »Wahlvorschlag Kraeusel« (nach dem ersten auf ihr genannten Namen) veröffentlicht, enthält 21 Namen (siebenmal ein Geistlicher und zwei Laien), das Ganze ein zweites Mal als Ersatzliste⁴⁶.

Sie findet aber Konkurrenz in einem zweiten Wahlvorschlag »D. Schae-der«; das Evg. Kirchenblatt nennt ihn die »unparteiische Liste des Liegnitzer Ausschusses«⁴⁷. Dieser Ausschuß erklärt sich über seine Absichten dahin, er wolle »verhüten, daß die Bestimmung über die weitere Stellung der Kirche im öffentlichen Leben unseres Volkes in die Hände einiger weniger Parteiführer gerät«⁴⁸. »Derartige Parteien oder Gruppen müssen sein und werden sein. Aber die Kirche in der Fülle und Vielseitigkeit ihres Lebens ist noch etwas sehr anderes als sie. [...] Wir wollen, daß die Wahl eine wirkliche Wahl wird⁴⁹.«

Im Ergebnis der Wahlen selbst erreicht der Wahlvorschlag D. Schae-der 13694, der Wahlvorschlag Kraeusel 23168 gültige Stimmen oder acht beziehungsweise dreizehn in die Konstituante entsandte Mitglieder⁵⁰. Unter dem Gesichtspunkt der Gruppenzugehörigkeit halten wir fest, daß jedenfalls die vier Gruppenvorsitzenden damit in die Konstituante gewählt sind. Wir halten weiterhin fest, daß die Einheitsliste nicht gehindert hat, daß auf der Konstituante selbst die kirchenpolitischen Fronten alsbald und wie selbstverständlich gegeben waren⁵¹.

44 EKBSchl 1921, S. 65–66; vgl. auch die weitere Diskussion über die Einheitslisten, ebd., passim.

45 Ebd., S. 54; vgl. auch S. 7.

46 KABSchl 1921, S. 106; auch EKBSchl 1921, S. 195, dort wird sie, nichtamtlich!, bezeichnet als »gemeinschaftliche Liste der vier kirchenpolitischen Gruppen«.

47 EKBSchl 1921, S. 195; KABSchl 1921, S. 105/06.

48 EKBSchl 1921, S. 187/88.

49 Ebd., S. 196.

50 KABSchl 1921, S. 124/25.

51 Vgl. R. ELLIGER (wie Anm. 11), S. 132/33; EKBSchl 1921, S. 329/30; dort heißt es: »Die schlesischen Mitglieder der Verfassungsgebenden Kirchenversammlung saßen nach Gruppen: bei der Positiven Union: P. von Dobschütz, D. Eberlein, Kantor Gräsner, P. pr. Kraeusel, v. Miesitschek, Geheimrat Pitsch-Schroener, D. Schae-der, D. Voß, Geheimrat Wellenkamp, Winkler, zusammen 10; bei den Konfessionellen: Sup. Bronisch, Geheimrat Grützner, Dr. v. Günther, Graf Seidlitz, zusammen 4; bei der Ev. Ver-

Da es den Rahmen meines durchaus provinzialkirchlich verstandenen Referates sprengen müßte, kann ich auf die Arbeit der Verfassungsgebenden Versammlung selber nicht eingehen⁵²; auch muß ich mich mit dem allgemeinen Hinweis begnügen, daß die Arbeit der Konstituante – sie dauerte immerhin 24 Monate – in den provinzialkirchlichen Versammlungen aller vier Gruppen während der gesamten Zeit intensiv begleitet und diskutiert worden ist⁵³.

III Wahlkämpfe 1925 und 1929

Nicht notwendiger Weise die am 1. Oktober 1924 in Kraft tretende neue synodale Verfassung der evangelischen Kirche der altpreußischen Union, sondern vor allem das kirchliche Interesse – Dabei-sein – und die Aktivität dieser an sich kleinen Gruppen Gleichgesinnter führen in der Praxis dahin, daß die kirchenpolitischen Gruppen die Synoden bestimmen⁵⁴. Sie nehmen die gebotene Chance entschlossen wahr, agieren auf den Synoden analog weltlichen Parlamenten nach den Grundsätzen ihrer Parteiprogramme, gegebenenfalls in Koalitionen, die Stärke der Fraktionen bestimmt ihren Einfluß.

So setzt alsbald auch der Wahlkampf zu den für Mai 1925 ausgeschriebenen Provinzialsynodalwahlen in den Kirchenprovinzen der APU ein, oder vielleicht darf man gerade das so für Schlesien nicht sagen, das sich

einigung: D. Haupt, D. Hoffmann, Jander, Oberbürgermeister Maß, P. Reymann, D. Steuernagel, als Gast D. Nottebohm, zusammen 6; bei der Freien Volkskirche: D. Freiherr v. Soden, P. prim. Spaeth, zusammen 2; bei der Arbeitsgemeinschaft: D. Bornhausen, Mittelschulrektor Leschborn, zusammen 2.«

52 Vgl. EKBSchl 1921, S. 315–319, 323/24, auch zahlreiche Beiträge in den Jgg. 1922, 1923 und 1924.

53 Vgl. dazu im einzelnen a) für den Luth. Verein: EKBSchl 1921, S. 10, 11, 19–21, 334/35, 352; Jg. 1922, S. 214/15, 230, 367; Jg. 1923, S. 128, 158; Jg. 1924, S. 144; Allgemeine Evangelisch-lutherische Kirchenzeitung Jg. 55, 1922, S. 764; b) für die Positive Union: EKBSchl 1920, S. 341/42; Jg. 1921, S. 335; Jg. 1922, S. 180, 321; Positive Union Jg. 17, 1920, S. 148–151; c) für die Evangelische Vereinigung: EKBSchl 1920, S. 342, 372/73; Jg. 1921, S. 79, 137, 144, 169; Jg. 1922, S. 215, 326; Jg. 1923, S. 251; d) für die Liberalen: EKBSchl 1920, S. 342; 1921, S. 335, 411; 1922, S. 326; 1923, S. 251.

54 Die Struktur der neuen Verfassung der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union habe »den Übergang der gesamten Kirchengewalt an die Parteien« gebracht, stellt in seiner Analyse über »Das Wesen der preußischen Union« Walter GEPPERT in der Überschrift zum 5. Teil seines Buches (erschienen Berlin 1939, dort S. 351) fest und bezeichnet das neue System als »parlamentarischen Papalismus«; die Parteien seien »endgültig die Kirche geworden, in der somit nach der Herrschaft des landesherrlichen Papalismus und nach den Jahrzehnten der Machtverteilung zwischen dem Vertreter des Kirchenregiments und dem kirchlichen Parlament schließlich der parlamentarische Papalismus folgen mußte« (S. 363).

darin offenbar von anderen Provinzen unterscheidet⁵⁵. Jedenfalls sind die vier Gruppen alsbald wieder mit Einheitslisten für alle sieben Wahlbezirke (Breslau, Liegnitz, Glogau, Görlitz, Schweidnitz, Oels, Oppeln) zur Stelle⁵⁶. Ihre Begründung: man müsse »gegenüber den unserer Kirche drohenden Gefahren eine geschlossene Front halten, nicht aber den Gegnern ihr Zerstörungswerk an unserer Kirche [...] erleichtern«⁵⁷. Es bleibt aber unklar, um welche Gefahren und welche Gegner es sich da handelt, die eine Einheitsfront von links bis rechts erfordern. Diese Einheitslisten sind mit den gleichen Argumenten umstritten, die schon 1921 diskutiert wurden⁵⁸, haben aber nicht, wie damals, zu gewissermaßen »neutralen« Ergänzungslisten geführt. Jedoch bekommen sie – außer in den Wahlbezirken Oppeln und Schweidnitz, in denen deshalb die Wahl entfällt⁵⁹ – überall Konkurrenz:

Im Wahlbezirk Breslau wird eine »Rechtsliste« unter dem Namen »Aust«⁶⁰ zur Wahl zugelassen; sie wird begründet mit der »in ernster Beratung und Gewissensprüfung gewonnene(n) Einsicht, daß die sogenannte »Einheitsliste« nichts anderes bedeutet als die mit aller Kraft betriebene Sicherung des neuprotestantischen und des ihn häufig deckenden mittelparteilichen Einflusses im kirchlichen Leben unserer Stadt [...] Der Kampf gilt dem falschen und unbiblischen Grundsatz, unsere Gemeinden [...] absichtlich in Unmündigkeit und Unklarheit über eine so wichtige Frage zu lassen, wie es die Wahl und Entscheidung zwischen gänzlich verschiedenen Auffassungen vom Wesen des Christentums ist«⁶¹.

Vermutlich der gleiche Unmut führt im Wahlbezirk Liegnitz zu einer Sonderliste »Schütze«⁶² auf der entgegengesetzten, »linken« Seite.

55 »Die Eigenart der schlesischen Kirche« habe dabei eine Rolle gespielt, erklärt der an den Verhandlungen über die Einheitslisten maßgeblich beteiligte Schriftführer der Positiven Union, Lic. Dr. Ulrich Bunzel und spricht in diesem Zusammenhang vom »gemütlichen Schlesier«; EKBSchl 1925, S. 263.

56 Man legt die Gruppenstärke der letzten Provinzialsynode vom Jahre 1920 zugrunde; EKBSchl 1925, S. 263; da diese Proporz-Angabe sich auf die Provinzialkirche bezieht, hat das für die Listen der Wahlkreise die Konsequenz, daß die aufgestellten Kandidaten sich verpflichten müssen, auf ein errungenes Mandat in ihrem Wahlkreis zu verzichten, falls der Proporz auf Provinzialebene dies erfordert.

57 Staatsarchiv Breslau, Akten des Evangelischen Presseverbandes für Schlesien 12, 53.

58 Vgl. EKBSchl 1925, S. 68/69, 261–264, 277–279, 286/87, 310–312.

59 KABSchl 1925, S. 51.

60 Lic. Otto Aust, geb. 15.12. 1885 in Schweidnitz, ordiniert 20.3. 1912, Pfr. in Breslau-St. Elisabeth seit 1.10. 1913, 1945 Zabakuck, Krs. Genthin, dort † 11.11. 1960; Nachruf in: Schlesischer Gottesfreund Jg. 1961, S. 1573. – Aust leitete in Breslau eine Bibelschule.

61 Staatsarchiv Breslau, Akten des Evg. Presseverbandes für Schlesien 12, 8.

62 Oberregierungs- und Schulrat in Liegnitz.

Und überraschend sogar für den gewiß doch gut informierten Schriftleiter des Evangelischen Kirchenblattes stellt ein »Bund für deutsche Kirche« in den Wahlbezirken Oels, Liegnitz, Grünberg und Glogau eigene Vorschlagslisten auf⁶³. Durchaus »zeitgemäß« in seinem Programm und als Vorläufer der Deutschen Christen anzusprechen. In dem erhalten gebliebenen Aktenbestand des Evangelischen Presseverbandes für Schlesien findet sich ein gedruckter Wahlaufuf, in dem es unter anderem heißt: »Darum bekennen wir evangelischen Deutschchristen uns zum Christentum, wie es der Heiland geprägt, als zu der für uns unantastbaren Religion [...] Im echten Protestantismus aber sehen wir die besondere, nordisch-deutsche Gestaltung der Religion des Heilandes [...] Darum bekennen wir uns in unserer Kirche zum deutschen Volkstum, damit die Kirche in Inhalt und Form wieder zur deutschen Heimat werde, wo Gott zur deutschen Seele in deutschen Lauten redet und die deutsche Heimat zur Kirche [...] wird⁶⁴.«

Im Wahlergebnis bringt diese neue Gruppe fünf Kandidaten durch, die Breslauer Rechtsliste ebenfalls fünf, die Liegnitzer Linksliste drei, die Einheitsliste die übrigen 95 Mitglieder der Provinzialsynode⁶⁵. In den beiden Verhandlungsabschnitten der Synode 1925 und 1927 bleibt es allerdings bei den vier bisherigen Gruppen, denn die über die Liste Aust Gewählten hospitieren bei der Konfessionellen Gruppe, die Deutschkirchler bei den Freunden der freien Volkskirche⁶⁶. Die Einheitsliste galt also ausdrücklich nur für die Wahlen; der »Wahlkampf« aber beschränkte sich offensichtlich auf das Verteilen von Wahlaufufen.

1928 beginnt der Zyklus der Wahlen neu: im November die Gemeindevahlen⁶⁷, die gewählten Gemeindegörperschaften wählen im Mai 1929 die

63 EKBSchl 1925, S. 161/62; die amtliche Mitteilung aller Wahllisten im KABSchl 72, 1925, S. 51–61.

64 Staatsarchiv Breslau, Akten des Evg. Presseverbandes für Schlesien 12, 182. – Eine Anzeige »Forderungen des Bundes für deutsche Kirche« bei Ness, Gruppen, Anhang-VIII aus dem EKBSchl 1926, S. 461. Eine Selbstdarstellung der Gruppe auch EKBSchl 1925, S. 203–205, 306. In Oels und Liegnitz wird die Liste angeführt von Pfarrer Karl Niedlich, Massel, in Görlitz und Glogau von Pfr. Hermann Pathe, Küpper. – Zur Deutschkirche vgl. auch GEPPERT (wie Anm. 54), S. 346–349.

65 KABSchl 1925, S. 73–76; EKBSchl 1925, S. 285–286.

66 Evg. Zentralarchiv Berlin, Akten EOK Silesia III 6, III; EKBSchl 1925, S. 326.

67 KABSchl 1928, S. 98, 109/10; vgl. auch S. 128 »Berücksichtigung der Arbeitnehmer bei den kirchlichen Gemeindevahlen«, und dazu, was der Schlesische Pressedienst, 45. Wochendienst vom 20. 11. 1928 berichtet: »...bisher stehen die Wahlergebnisse von 453 Kirchengemeinden fest. Danach ist eine starke Vermehrung der Arbeitersitze, z. B. im Kreis Waldenburg, aber auch anderswo, zu beobachten. In diesen Gemeinden haben 1481 Arbeiter Sitz und Stimme in den Gemeindegörperschaften erhalten«; Staatsarchiv Breslau, Konsistorialakten I, 327, 118.

neue Provinzialsynode. Die Gemeindewahlen kann ich hier übergehen⁶⁸, vor allem weil a) aus den hier allein maßgeblichen Ortsgemeinden mir nur ganz wenige Nachrichten vorliegen⁶⁹, b) nur in 30 von 722 Kirchengemeinden überhaupt gewählt wurde⁷⁰; in allen anderen gab es entweder Einheitslisten verschiedener Gruppen oder, zweifellos in aller Regel, ohne vorgängige ausgleichende Gespräche zwischen verschiedenen Richtungen halt nur eine Liste.

Für die Wahlen zur neuen Provinzialsynode, am 12. Mai 1929, hatte ein Wahlkritiker schon 1925 vorausgesagt, daß es angesichts ihrer grundsätzlichen Problematik, der Schwierigkeiten bei ihrer Erstellung und des Erfolges der Sonderlisten keine Einheitsliste der vier kirchenpolitischen Gruppen mehr geben werde⁷¹; er behielt recht. In den sieben Wahlbezirken gab es 22 Vorschlagslisten⁷²: vom Bund für deutsche Kirche in Glogau, Görlitz, Liegnitz, Oels und Schweidnitz⁷³, von der Linken in allen Bezirken außer Oppeln, von der Volkskirchlichen evangelischen Vereinigung in Breslau, Görlitz und Schweidnitz, von der Positiven Union und dem Bund der Bekenner des biblischen Evangeliums (das sind die Lutherischen) eine gemeinsame »Rechtsliste« in allen Bezirken außer Oppeln. In Glogau, Liegnitz und Oels schließt sich die Mittelpartei (evangelische Vereinigung) den beiden Rechtsgruppen an⁷⁴.

68 Vgl. die rückblickenden Berichte und Kommentare im EKBSchl 1929, S. 85–87, 114–115 und im Protestantenblatt, Jg. 1928, Ausg. vom 25. 11.

69 Zu Breslau notiert die Schlesische Zeitung vom 16. 11. 1928, daß nur in zwei Gemeinden, nämlich St. Salvator und Brockau, gewählt werde, weil dort je zwei Wahlvorschläge eingereicht wurden. – In Schweidnitz gibt es drei Wahllisten, die Pfr. Wagner in einem Bericht an den Schlesischen Pressedienst wie folgt charakterisiert: »Ein Wahlvorschlag Obst/Dr. med. Worthmann geht von den kirchlichen Vereinen aus und hat als wichtigste Wahlparole das Eintreten für die Erhaltung der evangelischen Schule angegeben. Ein Wahlvorschlag Heinrich/Wenger will die Interessen der zur Parochie gehörigen Dörfer vertreten. Die Vertreter dieser Landliste dürften fast sämtlich Anhänger der evangelischen Schule sein. Ein Wahlvorschlag Kanther/Fröhlich ist von den Gegnern der evangelischen Schule, insbesondere von Mitgliedern des deutschen Lehrervereins aufgestellt worden; er sucht jedoch seine Gegnerschaft gegen die evangelische Schule zu verbergen und ist unter der Firma »Sparsamkeitsliste« in den Wahlkampf eingetreten. Bemerkenswert ist, daß die gesamte Linkspresse (Bergwacht – Waldenburg, Schweidnitzer Zeitung und Mittelschlesischer Volksfreund – Schweidnitz) für den Wahlvorschlag Kanther/Fröhlich eintritt, während sich das einzige in Frage kommende Rechtsblatt, die demokratische Tägliche Rundschau Schweidnitz völlig neutral verhalten hat«; Staatsarchiv Breslau, Akten des Evg. Presseverbandes für Schlesien 30, 173; ebd., S. 171/72 ein Aufruf der Liste Obst/Worthmann.

70 EKBSchl 1929, S. 70.

71 Gottfried Reymann im EKBSchl 1925, S. 278.

72 KABSchl 1929, S. 66–83; die Provinzlisten für das Reststimmungsverfahren S. 51–53.

73 »In Breslau kam sie zu spät«; EKBSchl 1929, S. 243.

74 Ebd., S. 243/44.

Der Wahlkampf, so analysiert Ulrich Bunzel, habe »nirgends, wie manche fürchteten, die Formen der politischen Wahlkämpfe angenommen [...] Man ist sogar fast allenthalben ungeheuer zurückhaltend mit der aufklärenden Arbeit an den Wählern gewesen. Und ich kann verstehen, daß die Wähler oft in großer Schwierigkeit gewesen sind, welche Liste sie wählen sollten⁷⁵.« Von den Flugblättern, die in allen Bezirken herausgegeben wurden, liegen uns leider nur drei vor. Sie zeigen, daß zumindest von rechts her mit sehr klaren Abgrenzungen gearbeitet wurde. Ein Breslauer Flugblatt der Rechtsliste nimmt Stellung zu den Wahlprogrammen der Linken und der Mitte und erklärt zur ersteren unter Zitierung eines Görlitzer liberalen Flugblattes⁷⁶: »Weil uns die Lehre von der Erlösung nicht religiös wertlos, sondern der Mittelpunkt unseres Glaubens ist, weil uns die evangelische Schule kein überwundener Standpunkt, sondern die Grundlage für rechte Erziehung unseres Volkes ist, können wir mit den Freunden der freien Volkskirche nicht zusammengehen«; und zur »sogenannten Mittelpartei« heißt es: »Unseres Erachtens steht die Mitte in der Gefahr, den Charakter der Glaubensgemeinschaft stark hinter dem gewiß sehr wichtigen Gedanken einer bloßen Arbeitsgemeinschaft zurücktreten zu lassen⁷⁷.« Und zur Deutschkirche heißt es in einem Oelser Flugblatt der drei vereinigten Gruppen: »Wir bekennen uns nicht zu dem Arier Jesus deutscher Art, wie es die Deutschkirche tut [...] Weil wir Christentum und Kirche nicht nach germanisch-nordischem Geschmack zurechtmachen können, darum lehnen wir um unseres Gewissens willen auch die Deutschkirche ab, so verführerisch ihr Name ist⁷⁸.«

75 Ebd., S. 253; er selbst schreibt in einem hektographierten Rundschreiben an Breslauer Pfarrer, d. d. 1929 Mai 4: »In der gestrigen Zusammenkunft der rechtsstehenden Breslauer Pastoren wurden wir uns einig, im Interesse des kirchlichen Friedens unsererseits keine öffentliche Wahlversammlung anzuberaumen. Weil wir aber von der sehr regen Werbetätigkeit der Mitte und Linken wissen, bitten wir die rechtsstehenden Amtsbrüder herzlich und eindringendst um ein Doppeltes: 1. nach Möglichkeit für unsere Rechtsliste unter den Körperschaftsmitgliedern zu werben, wie es die anderen Gruppen und andere Geistliche auch tun, 2. zu gestatten, daß unter das gestern vereinbarte beigelegte Flugblatt, das die Namen sämtlicher rechtsstehender Breslauer Pastoren tragen soll, auch Ihr Name gesetzt wird. Sollte ich bis Dienstag Abend keine Antwort haben, nehme ich an, daß wir auch Ihren Namen unter die Liste setzen dürfen. Im Namen der vereinigten kirchlichen Rechten, Ulrich Bunzel, Pfr.«; Akten des Evg. Presseverbandes für Schlesien 19, 32.

76 Das Zitat lautet: »Der ganze Aufriß des alten Dogmas in der Lehre von Gott (Trinität), von Christus (Zwei-Naturen-Lehre) und von der Erlösung ruht auf Voraussetzungen des Denkens und verläuft in Gedankengängen, die uns heute fremd und unmöglich und insofern auch religiös wertlos sind.«

77 Akten des Evg. Presseverbandes für Schlesien 19, 33.

78 Ebd., 34; die Zitate aus der Deutschkirche lauten: »Die Lehre von der Erbsünde ist als eine Selbsterkenntnis des jüdischen Volkes über seine eigene durch unglückliche

Die Auseinandersetzungen und Argumente im Einzelnen zu schildern fehlen die Unterlagen⁷⁹; im Wahlergebnis ist festzuhalten, daß die Linke einen erheblichen Zuwachsgewinn von sechs auf elf Direktmandate zu verzeichnen hat, die Deutschkirche einen Platz verliert (sechs statt sieben), die Mitte einen gewinnt (31 statt bisher 30), bei den Rechtsgruppen die Positive Union zwei und die Konfessionellen sechs Sitze verlieren⁸⁰. Auf der Synode freilich werden die beiden letztgenannten Gruppen durch die überwiegend zu ihnen sich haltenden nicht über die Listen gewählt, sondern berufenen Synodalen verstärkt⁸¹. Da die Deutschkirchler sich diesmal der Konfessionellen Gruppe als Hospitanten anschließen⁸², bleibt es auf der Synode selbst bei den vier bisherigen Fraktionen.

Die Frage, wer zur Aufstellung der Wahlvorschläge berechtigt sei, ist nicht mehr diskutiert worden. Die kirchenpolitischen Gruppen – nun ein zweites Mal deren fünf⁸³ – *haben* dies getan.

IV Die Gruppen auf den Synoden

Unsere nächste Frage muß nun die nach der Arbeit der Provinzialsynoden sein, genauer: nach Arbeit und Einfluß der kirchenpolitischen Gruppen auf den Synoden.

Zunächst ist festzuhalten, daß die am 23./25. Mai 1925 gewählten Synodalen vom 24. September bis 6. Oktober 1925 zu einer ersten und vom 22. bis 30. November 1927 zu einer zweiten Sitzungsperiode zusammenkommen; sie zählen als 17. und 18. Provinzialsynode. Die im Mai 1929 gewähl-

Rassenmischung bedingte Fragwürdigkeit« [anzusehen], – und [In einem Artikel, überschrieben Herbst heißt es über Karfreitag:] »Da tritt Wodan an die Bahre seines Lieblings und spricht die geheimnisvollen Worte: Ewiger Wechsel, ewige Wiederkehr. Christus ist tot, vom dünnen Kreuz genommen, ins Grab gelegt. Aber da treibt das kahle Holz Knospen, Zweige, Blätter. Und vor ihm steht Christus im weißen Gewande des Barden, statt der Dornen den Eichenkranz im Haar, und spricht: Ich war tot. Siehe da, ich bin lebendig und habe die Sprungwurz der Hel in Händen.«

79 Zur Wahlanalyse vgl. a) EKBSchl 1929, S. 242–244, 252–255, 393–396; b) Preußische Kirchenzeitung 15, 1929, S. 224–227; c) Positive Union 25, 1929, S. 129–137.

80 EKBSchl 1929, S. 243.

81 Es sind dies: 16 Fachvertreter, drei vom Kirchensenat ernannte Vertreter, drei Vertreter Ost-Oberschlesiens, ein Vertreter der Fakultät, acht Mitglieder des Provinzialkirchenrates der letzten Sitzungsperiode; Verhandlungen der 19. ordentlichen schlesischen Provinzialsynode 1929, S. 10–13.

82 EKBSchl 1929, S. 395; Unsere Kirche. Evangelisches Gemeindeblatt, Breslau, Jg. 8, 1929, S. 574.

83 Bemühungen der Religiösen Sozialisten, sich an den Gemeinde- bzw. Provinzialsynodalwahlen wenigstens in größeren Städten zu beteiligen, sind nicht belegt. Vgl. dazu auch: Zeitschrift für Religion und Sozialismus 2, 1930, S. 64/5.

ten Synodalen kommen vom 26. November bis 4. Dezember des gleichen Jahres zu ihrer ersten Sitzungsperiode zusammen, also zur 19. Provinzialsynode; zur zweiten Sitzungsperiode kommt es wegen der politischen und in ihrer Folge kirchlichen Umwälzung durch den Nationalsozialismus nicht mehr⁸⁴. Es bleiben also zur Darstellung der Arbeit der Gruppen auf den Synoden deren Tagungen 1925, 1927 und 1929.

Wer hierzu freilich nach den gedruckten Verhandlungsprotokollen greift, wird alsbald enttäuscht werden. Denn die Gruppenzugehörigkeit – wir sagen hier besser: Fraktionszugehörigkeit der Synodalen ist kirchenamtlich irrelevant und infolgedessen nur selten einmal vermerkt. Sodann sind es weniger Verhandlungs- als vielmehr Beschlußprotokolle; und schließlich gilt für den weitaus größten Teil der Verhandlungsgegenstände, daß sie kirchenpolitisch indifferent und für entsprechende Profilierungsversuche ungeeignet sind. Vor allem aber gilt unverändert, was schon zur außerordentlichen Synode des Jahres 1919 ausgeführt wurde: daß im Plenum in aller Regel nur formal beschlossen wird, was zuvor in den Ausschüssen in mehrheitsfähige Beschlußvorlagen gebracht worden war; in ihnen also findet die eigentliche Arbeit und Auseinandersetzung statt, wiederum ständig begleitet von fraktionsinternen Beratungen und Sonderbesprechungen der Fraktionsführer. Aber weder über das eine noch über das andere gibt es Dokumente, so gewiß, sehr zeitraubend, Analyse und Darstellung hier und da möglich wären. So kann ich nur gleichsam einige »Farbtupfer« setzen.

Zur 17. Provinzialsynode 1925

Ich erinnere: die vier »alten« Gruppen hatten für die Wahlen Einheitslisten aufgestellt⁸⁵, dazu hatte es eine Rechtsliste Aust und eine Linksliste Schütze sowie in vier Bezirken Listen der Deutschkirche gegeben. In der Provinzial-

84 Die Synode wird einberufen auf 1931 Oktober 20, dann 1931 August 28 auf Grund einer Notverordnung des Kirchensenats ausgesetzt. Diese Notverordnung wird 1932 März 3 verlängert bis 1933 März 31; KABSchl 1931, S. 78, 123 und Kirchliches Jahrbuch 59, 1932, S. 136.

85 Über gruppeninterne Zusatzabsprachen berichtet das Konsistorium an den EOK: »Soweit Mitglieder verhindert waren, konnten noch Stellvertreter einberufen werden. Es erwies sich dabei als ungemein erschwerend, daß in allen Bezirken Einheitslisten zustande gekommen waren und daß nach der Vereinbarung der kirchenpolitischen Gruppen für ein verhindertes Mitglied nicht der nächste Stellvertreter, sondern nur der derselben Gruppe angehörende Stellvertreter eintreten durfte. Es mußten also immer zunächst mehrere Stellvertreter sich für behindert erklären«; Evg. Zentralarchiv, Akten EOK Silesia III 6, Vol. III.

synode⁸⁶ ordneten sich alle Synodalen⁸⁷ – über das »Wie« ist nichts zu erfahren – in das bekannte Spektrum ein: die fünf Männer um Aust⁸⁸ zur Konfessionellen Gruppe, die fünf Deutschkirchler nach links – sie seien »bei den anderen Gruppen auf völlige Verständnislosigkeit gestoßen«, sagen sie selbst⁸⁹. So gibt es also vier Fraktionen: die Positive Union (50 Mitglieder), die Evangelische Vereinigung (34), die Konfessionelle Gruppe (33), die Liberalen (17 Mitglieder).

Gleich in der ersten Sitzung gibt es ein Kräftemessen zwischen der zweit- und der drittstärksten Fraktion, die ja nur um eine Stimme auseinanderliegen. Zweifellos aufgrund vorheriger Absprache wird für das Amt des Präses aus der linken Mitte (evg. Vereinigung) ein Vertreter der rechten Mitte (Pos. Union) als der stärksten Fraktion – nämlich P. prim. Kraeusel⁹⁰ – und umgekehrt von der Positiven Union ein Vertreter der Evangelischen Vereinigung – nämlich Prof. D. Hoffmann – zum 1. Stellvertreter des Präses vorgeschlagen. Die Rechte, die den Stellvertreterposten wohl in den Vorgesprächen für sich reklamiert hatte, mochte auf Abweichler rechnen und benannte andere Namen, kam aber bei den nun notwendigen Abstimmungen nicht durch. Selbstverständlich aber – und so zweifellos auch vorbesprochen – kommt der 2. Stellvertreterposten – Graf Seidlitz-Sandreczki⁹¹ – an die Rechte⁹².

Zum nächsten Tagesordnungspunkt – Bestellung der insgesamt sieben Unterausschüsse – vermerkt sogar das amtliche Protokoll, daß er auf die

86 Zum folgenden vgl. a) den gedruckten amtlichen Verhandlungsbericht; b) EKBSchl 1925, S. 309/10, 317, 325/26, 333/34, 343–346; c) die begleitenden Berichte der Schlesischen Zeitung; d) Preußische Kirchenzeitung 21, 1925, S. 235–239.

87 Eine namentliche Aufzählung mit Fraktionsangabe im EKBSchl 1925, S. 285.

88 Es sind: Pfr. Aust, Pfr. Matzke, Kaufmann Ohr, Professor Schaub, Oberstadtssekretär Richter.

89 Die Deutschkirche, Jg. 4, 1925, S. 145; dort namentlich genannt: Konrektor Emil Göldner, Schulrat Willy Herbst, Dr. med. Gottlieb Sittig, sämtlich Liegnitz, und Pfr. Karl Niedlich und Pfr. Hermann Pathe.

90 Emil Kraeusel, geb. 9. 12. 1854 in Rampitz, Krs. Weststernberg, ordiniert 14. 6. 1881 Breslau, Pfarrer in Pritttag, Groß Kriechen, seit 1910 Breslau-St. Salvator, † 20. 5. 1933. – Nachruf im KABSchl 1933, S. 83. – Vgl. seine Schrift: »I. R.« Das ist Zeitphasen und Zeitfragen, Persönliches und anderes, Breslau 1931.

91 D. Graf Seidlitz-Sandreczki, Ernst Julius, geb. 29. 12. 1863 in Habendorf, Kr. Reichenbach, Jurist, seit 1893 erbliches Mitglied des Preußischen Herrenhauses, 1901–1918 Vorsitzender des Diakonissenmutterhauses Frankenstein, seit Februar 1916 Vorsitzender des Hauptvorstandes der Vereinigung der Evangelisch-Lutherischen in der Preußischen Landeskirche (Bekennnistreue Gruppe); seit 1908 Mitglied der Schles. Provinzialsynode, seit 1917 Provinzialsynodalvorstand; 1925 Mitglied des Kirchensekrets; Vorstandsmitglied des Lutherischen Vereins, Vorsitzender des Bundes der Bekenner des Biblischen Evangeliums in Schlesien (Bekennerbund), † 3. 8. 1930. – Nachruf im KABSchl 1930, S. 109; EKBSchl 1930, S. 307–308, 375.

92 Gegen einen »linken« Kandidaten.

dritte und vierte Sitzung vertagt werden mußte, »da eine Einigung in den Gruppen über die zu entsendenden Mitglieder noch nicht erfolgt ist«⁹³. Zur Illustrierung dieses Sachverhaltes ist hinzuzufügen, daß zum Beispiel die Fraktion der evangelischen Vereinigung in diesen Tagen neun Fraktionssitzungen abhielt, »darunter etliche mit einer Dauer von 3–4 Stunden und länger«⁹⁴, und die Schlesische Zeitung weiß über die ersten drei Verhandlungstage zu berichten: »Die Hauptarbeit der Synode liegt vorläufig noch in den Gruppen«⁹⁵.

Wie in und zwischen den Fraktionen um Personen und Ämter verhandelt wurde, ist nicht festgehalten, nur daß zahlenmäßiger Proporz das Ziel und Ergebnis waren und daß außer dem geschilderten Streit um die Wahl des Präses und seiner Stellvertreter alle anderen Nominierungen, etwa zum Provinzialkirchenrat, zur Generalsynode, in den theologischen Prüfungsausschuß unter anderem, im Plenum durch Zuruf ohne Abstimmung zustandekamen »auf Grund vorangehender Vereinbarung der Gruppen untereinander«⁹⁶.

Und bei den Sachthemen? Die Quellen, die ich benutzen konnte, lassen Kontroversen in den Ausschüssen und im Plenum nur bei zwei Themen erkennen: der Konkordatsfrage und der Frage des Religionsunterrichtes in den Schulen, leider aber so ungenau, daß ich auf ihre Entfaltung hier verzichte.

Das Konsistorium jedenfalls wiederholt in seinem kurzen Bericht über diese Provinzialsynode an den EOK wie schon seit Jahrzehnten in leichter Variierung den Satz: »Die Verhandlungen verliefen im Geiste der Einmütigkeit, der die Schlesische Kirchenprovinz von jeher ausgezeichnet hat«⁹⁷.

Zur 19. Provinzialsynode 1929⁹⁸ war, wie dargestellt, neu gewählt worden; es bleibt bei den vier Fraktionen⁹⁹, bemerkenswert ist die Stärkung der Linken von sechs auf vierzehn gewählte Mitglieder (dazu kommen 6 aus dem Provinzialkirchenrat und den Fachvertretern) und die Tatsache, daß die Deutschkirchler sich »diesmal zur Rechten setzten«¹⁰⁰.

93 Verhandlungen der 18. Provinzialsynode, S. 16.

94 Preußische Kirchenzeitung 21, 1925, S. 235.

95 Zitiert im EKBSchl 1925, S. 325.

96 Ebd., S. 334.

97 Evg. Zentralarchiv, Berlin, Akten EOK Silesia III 6, Vol. III.

98 Zum folgenden vgl.: a) den gedruckten amtlichen Verhandlungsbericht; b) EKBSchl 1929, S. 423, 433, 443/44, 465/66, 475–477; c) Protestantenblatt 62, 1929, S. 794/95; d) Preußische Kirchenzeitung 26, 1930, S. 8–10; e) Positive Union 26, 1930, S. 24–27; f) die begleitenden Tagesberichte der Schlesischen Zeitung; g) Unsere Kirche. Evangelisches Gemeindeblatt. Hg. vom Evg. Preßverband für Schlesien, Jg. 8, 1929, S. 574; Jg. 9, 1930, S. 5.

99 EKBSchl 1929, S. 428.

100 Unsere Kirche, Jg. 1929, S. 574; »als Hospitanten« vermerkt das EKBSchl 1929, S. 445.

Der »Sitzungsbetrieb« – wenn ich mich so salopp ausdrücken darf – ist ganz der gewohnte¹⁰¹; bei der Wahl des Präses und seines 1. Stellvertreters wiederholt sich, was schon zur 17. Provinzialsynode berichtet war; bei der Wahl des 2. Stellvertreters verzichten die Konfessionellen, mit der Folge, daß nunmehr die Linke diesen Posten besetzt. Über die Besetzung der Ausschüsse – nach Fraktionsstärke – hatte man sich diesmal vor der ersten Sitzung geeinigt, sämtliche anstehenden Wahlen werden nach vorheriger Einigung durch Zuruf erledigt¹⁰², unter dem Gesichtspunkt der Gruppenzugehörigkeit ist zu den verhandelten Sachthemen nichts Wesentliches zu sagen.

V Das interne Gruppenleben

Ein Bericht Werner Eberleins in der »Positiven Union«, dem Publikationsorgan der Gruppe, über die 19. schlesische Provinzialsynode schließt mit dem Satz: »In der Synode wurde eines uns klar, daß, wenn die Synoden nicht tagen, in den Orten die Arbeit beginnen muß, die Gemeindeglieder kirchenpolitisch zu schulen. Bei der nächsten Wahl müssen die Gemeinden wissen, was sie wählen sollen¹⁰³.«

Gemeindeglieder kirchenpolitisch schulen – ein schönes Vorhaben; leider ist dazu kaum etwas zu berichten, sei es aus Mangel an Quellen, sei es aus Mangel an Aktivitäten. Was ich zusammentragen konnte, ist in meiner Magisterarbeit zusammengestellt¹⁰⁴, es ist wenig genug und bleibt zumeist gruppenintern:

- a) der Lutherische Verein und die Konfessionelle Gruppe halten alljährlich – bis 1932 – zwei Jahresversammlungen, dazu eine Reihe von Freizeiten für Pastoren, für Pastoren und Gymnasiallehrer, für Kirchenälteste, für Pfarrfrauen und Pfarrbräute;
- b) auch die Positive Union hat ihre jährliche halbtägige Zusammenkunft während der Breslauer Festwoche jeweils Anfang Oktober, zwei Freizeiten sind belegt und Ortsgruppen in Liegnitz, Glogau und Brieg;

101 Pastor Gerhard, Liegnitz, findet im EKBSchl 1928, S. 20 deutliche Kritik an der fest eingefahrenen Übung, daß praktisch alle Kontroversen in und zwischen den Gruppen bzw. in den Ausschüssen »Satz für Satz, ja Wort für Wort geschmiedet und dabei von vorneherein festgelegt (wird): im Plenum wird darüber nicht mehr verhandelt.« Diese Übung berge »die Gefahr in sich, daß ein Parlamentarismus das Feld behalten könnte, dem es weniger um die Förderung der Sache und des Lebens geht, als darum, jeden Konflikt zu vermeiden und glatte Entschlüsse herauszubringen...«

102 Eine Glosse im EKBSchl 1929, S. 477 bemerkt: man könne nur »bedauern, daß es noch nicht gelungen ist, ganze Synodale aus den auf die einzelnen Gruppen fallenden Bruchteilen von Synodalen auf mechanischem Wege zu konstruieren oder in einer überparteilichen Retorte zu erzeugen...«

103 Positive Union 26, 1930, S. 27.

104 S. 135–165.

c) die Evangelische Vereinigung, seit 1920 Volkskirchliche evangelische Vereinigung, hält die gleichen alljährlichen Zusammenkünfte während der Breslauer kirchlichen Woche, darüber hinaus sind »Wanderversammlungen« 1926 in Görlitz und 1931 in Hirschberg belegt, auch 1921, 1922 und 1926 Vortragsabende in Breslau;

d) ebenso dürftig, fast nur als Programmanzeigen der Breslauer Herbsttreffen, sind die Belege zur Arbeit der Linken;

e) und zum 1925 so überraschend mit Wahllisten zur Provinzialsynode hervorgetretenen Bund für deutsche Kirche kann nur mitgeteilt werden, daß ein einziges Mal, 1927, diese Gruppe mit der Bezeichnung »deutschkirchliche Vereinigung« im Programm der Breslauer Herbstwoche aufgeführt ist, im gleichen Jahr wird Pfarrer Hermann Pathe in Küpper/Oberlausitz als Vorsitzender genannt. Das Organ des Bundes, »Die Deutschkirche«, berichtet über Ortsgruppen in Breslau 1930, Liegnitz 1928, Görlitz 1930 und 1931, in beiden Jahren auch zu Waldenburg und Niesky. Provinztreffen finden 1930 in Liegnitz und Görlitz statt, sie beschäftigen sich mit Organisationsfragen. Bei den Synodalwahlen im Mai 1933 tritt die Gruppe gar nicht mehr auf. »Die Bewegung der »Deutschen Christen« hat der »Deutschkirche« den Wind aus den Segeln genommen, so daß sie heute in Schlesien nicht mehr besteht¹⁰⁵.«

VI Der Einbruch der Deutschen Christen in das Gruppengefüge

Gemäß Art. 20 der Verfassungsurkunde für die Evangelische Kirche der altpreußischen Union sind im Herbst 1932 die nächsten Gemeindewahlen durchzuführen; sie werden auf den 12.–14. November festgesetzt¹⁰⁶.

Wie sehr die politische Krise der Schlußphase der Weimarer Republik in die ureigensten Belange der Kirche hineinwirkt, wird beispielhaft erkennbar an der Mahnung, die das schlesische Konsistorium unter dem 30. Juli 1932 im Hinblick auf die Gemeindewahlen in das Kirchliche Amtsblatt schreibt: »Gerade die heutige Zeit legt es nahe, immer wieder daran zu erinnern, daß von den Wahlen alles ferngehalten werden muß, was den rein *kirchlichen* Charakter der Wahlen, insbesondere die Auswahl der auf die Wahlvorschläge zu setzenden Bewerber unter anderen Gesichtspunkten als denen ihrer kirchlichen Eignung irgendwie beeinträchtigen könnte. Es liegt uns daran, auf dieses unseres Erachtens selbstverständliche Erfordernis auch hier aufmerksam zu machen¹⁰⁷.«

»Auch hier«: Generalsuperintendent D. Martin Schian hatte am Jahres-

105 EKBSchl 1933, S. 225, Ulrich Bunzel in einer Wahlanalyse.

106 KABSchl 1932, S. 93/94.

107 Ebd., S. 110.

anfang 1932 ein Flugblatt verfaßt: »Evangelische Kirche und Politik. Ein ernstes Wort in ernster Stunde.« In ihm skizziert er, etwas schwer und allgemein gehalten, den »inneren Kampf des Volkes« darum, »welcher politische Weg zur Rettung des Volkes führt«, und fordert, daß Kirche und Gemeinden allen Versuchen einer Politisierung widerstehen müßten. Kirchen und Gemeinden »gehören zu Volk und Vaterland, zur großen Gemeinschaft des Volkes. Aber Richtschnur und Ziel muß immer das Evangelium sein, das sie zu bauen helfen wollen«¹⁰⁸.

Solche Mahnungen, Beschwörungen, Warnungen kirchlicher Stellen häufen sich in diesen Monaten: der schlesische Pfarrerverein äußert sich in diesem Sinne¹⁰⁹, der Kirchensenat in einem von den Kanzeln zu verlesenden Aufruf¹¹⁰, der Provinzialkirchenrat und beide schlesischen Generalsuperintendenten wenden sich an die Gemeinden: »Mit ernster Sorge bemerken wir aber, daß mehrere politische Parteien sich bemühen, Einfluß auf die kirchlichen Wahlen zu gewinnen. Dadurch werden parteipolitische Gegensätze und Leidenschaften in die Kirchengemeinden hineingetragen, in denen sie keinen Raum haben sollten. Parteipolitik gehört nicht in die Kirche [...] Weil die Kirche ihren Dienst allen Volksgenossen schuldig ist, muß sie unbedingt über den Parteien stehen[...]«¹¹¹.

Gemeint ist der Nationalsozialismus¹¹². Ganz unmißverständlich hatte bereits am 6. Januar 1932 Pfarrer Kurt Zarnikow¹¹³, Mitglied der NSDAP, SA-Mann und »kulturpolitischer Fachberater« der Partei für den NS-Gau Schlesien, dem Leiter des Evangelischen Presseverbandes für Schlesien, Pfarrer Walter Schwarz¹¹⁴, geschrieben: »Ich weiß, daß die diesjährigen Kirchenwahlen einen Generalangriff der NSDAP zeigen werden«¹¹⁵. In den ersten Februartagen 1932 erscheint ein »kirchenpolitisches Sonderrundschreiben« an alle Untergliederungen der NSDAP im Gau Schlesien, enthaltend »Richtlinien für Kirchenfragen«. Sie skizzieren eine Strategie für

108 Staatsarchiv Breslau, Konsistorialakten I 2446, 89; undatiert. Bischof Zänker fügt dieses Flugblatt 1932 März 4 einem Schreiben an den EOK bei und bemerkt, daß es bereits in 16 000 Exemplaren verbreitet worden sei; ebd. Blatt 82–83.

109 D. d. 1932 August 29, in: Mitteilungen des Schlesischen Pfarrervereins 42, 1932, S. 41–43.

110 KABSchl 1932, S. 121; gedruckt auch: Positive Union 1932, S. 111–112.

111 KABSchl 1932, S. 121.

112 Bischof Zänker spricht das in seinem erwähnten Brief vom 4. März ausdrücklich aus; vgl. Anm. 108.

113 Kurt Zarnikow, geb. 18. 9. 1885 in Breslau, ordiniert 25. 3. 1914, P. in Kunau, Kr. Sagan, seit Anfang 1935 Superintendent des Kirchenkreises Danziger Werder.

114 Zu Walter Schwarz jetzt: E. SCHWARZ, Pro Ecclesia – jenseits der Fronten. Zum Gedenken an OKR D. Walter Schwarz 1886–1957, in: JSKG, Jg. 65, 1986, S. 7–53.

115 Näheres zum Kontakt zwischen Schwarz und Zarnikow bei NESS, Gruppen, S. 184–188.

Vorbereitung und Beteiligung der Nationalsozialisten an den preußischen Kirchenwahlen im Herbst des Jahres, indem sie einleitend mitteilen, daß die Reichsleitung die Aufstellung von Wahlvorschlägen mit dem Kennwort »Evangelische Nationalsozialisten« zugelassen habe. Sodann wird zur Organisation verfügt, daß jeder Bezirk, jeder Ort, jede Kirchengemeinde einen Fachberater zu ernennen habe, die für die Wahlvorbereitungen zuständig seien. Zur Kirchenpolitik wird in Kürze ausgeführt, man stehe auf dem Boden eines positiven Christentums im Geiste Martin Luthers, erstrebe die Überwindung »jüdisch-marxistischer« Aufklärung und Humanität, die Reinigung und Erhaltung der Rasse, eine starke evangelische Reichskirche. Man folge als evangelische Christen »einem Glaubensruf Gottes, den wir in unserer Volksbewegung hören«. Zur Durchführung wird angeordnet, daß die Ortsgruppenleiter mit Hilfe der Fachberater kirchlich engagierte Parteigenossen, insonderheit Mitglieder kirchlicher Körperschaften sowie Geistliche, namhaft machen sollen, daß die Wahlbeteiligung Pflicht jedes Parteigenossen und also für seine Eintragung in die Wählerlisten Sorge zu tragen sei, schließlich, daß Einheitslisten nur dann anzunehmen seien, »wenn Sicherheit besteht, daß $\frac{2}{3}$ Nationalsozialisten nachher in den kirchlichen Körperschaften sitzen«¹¹⁶.

Wie stellen sich die »alten« Gruppen zu dieser neuen, so zielstrebig Einfluß in der Kirche suchenden Partei?

Die Freunde evangelischer Freiheit beschäftigen sich auf ihrer Jahrestagung am 4. Oktober 1932 mit der nationalsozialistischen Bewegung und den unmittelbar bevorstehenden Kirchenwahlen¹¹⁷. Leider haben wir keinen Bericht über diese letzte Lebensäußerung dieser Gruppe, dürfen uns aber an einen Aufruf halten, der von der landeskirchlichen Organisation der Freunde der freien Volkskirche erlassen worden ist, und dessen zwei Kernsätze deutlich genug sind; sie lauten: »Deutsche Protestanten führen ihr inneres Leben in persönlicher Verantwortung vor Gott und wollen ihren Geist nicht verknechten lassen unter die Befehle einer Institution, sie heiße Kirche oder Partei, oder Anweisungen eines Menschen, er heiße Priester, Führer oder sonstwie«, und im letzten Satz: »Deutsche Protestanten! Wählt die Listen, die in den Gemeinden von unseren Freunden aufgestellt sind oder unterstützt werden. In welcher Partei ihr auch steht: rettet die Kirche vor der Politisierung«¹¹⁸!

116 Evg. Zentralarchiv Berlin, Akten EOK Generalia III 51 Beiheft 3–4 als Abschrift. Es ist bald nach Bekanntwerden auch gedruckt worden in a) Positive Union 1932, S. 44–46; b) Christliche Welt 46, 1932, S. 331–333.

117 Mitteilungen des Schlesischen Pfarrervereins 1932, S. 39, Programm der Breslauer Kirchlichen Woche.

118 Protestantenblatt 65, 1932, S. 632/33.

Auch das Thema der Volkskirchlichen evangelischen Vereinigung ist auf dem Herbsttreffen 1932 der Nationalsozialismus¹¹⁹, auch sie mahnt in einem Wahlaufuf der landeskirchlichen Gruppe, »wesensfremde politische Gesichtspunkte sich fernzuhalten«¹²⁰.

Wiederum die gleiche Mahnung zur Unabhängigkeit vom politischen Parteigetriebe schreibt die auch zu diesen Wahlen »Vereinigte kirchliche Rechte in Schlesien« in ihr Wahlprogramm, darüber hinaus enthält es auch einige deutlicher nationalistische Formulierungen: von der unlösbaren Verbundenheit von evangelischer Kirche und deutschem Volk, oder auch im folgenden Satz: »Mit D. Martin Luther, dem »Deutschesten aller Deutschen«, lassen auch wir uns in unserer Liebe zum deutschen Volkstum von niemand übertreffen und lehnen alles undeutsche Wesen, wie es uns im marxistischen Sozialismus und internationalen Pazifismus entgegentritt, ab¹²¹.«

Wohl wichtiger und vor allem schwieriger als die unmittelbare Reaktion auf die organisierte nationalsozialistische Partei und ihren Vorstoß in die Kirche ist die Frage nach der Beschäftigung und Auseinandersetzung der vier »alten« Gruppen mit Gedanken, Vorstellungen, Ideologien, Kräften, wie sie mit den Schlagworten »Deutschtum und Volkstum«, »völkisch«, »deutschchristlich«, »deutschvölkisch« und ähnlichem angedeutet sind. Die Entfaltung dieser Problematik sprengt den Rahmen dieses Referates¹²²; ich beschränke mich auf *eine* allgemeine und grundsätzliche Bemerkung: Anfälligkeit wie Ablehnung gegenüber den mit jenen Schlagworten umschriebenen Vorstellungen gehen durch alle Gruppen hindurch.

Ein genaues Ergebnis der unter völlig veränderten allgemein-politischen Umständen am 13. November in Preußen durchgeführten Kirchenwahlen¹²³,

119 Wie Anm. 117.

120 Protestantenblatt 65 1932, S. 663/64 Textauszug.

121 Text: Positive Union 1932, S. 108–110. – Der Vorstand des Lutherischen Vereins lädt am 30. 8. ein zu einer Tagung in Breslau »anlässlich der Kirchenwahlen«; in diesem Anschreiben heißt es u. a.: »Nach verbürgten Nachrichten ... ist die Aktion bestimmter politischer Parteien in Sachen der Kirchenwahlen sehr viel ernster anzusehen als noch vor kurzem angenommen wurde. Werden alle Befehle der Parteileitung wirklich befolgt, muß mit peinlichen Überraschungen gerechnet werden ... Die Frage der von uns zu treffenden Maßnahmen wird damit akut ... Es wird damit zu rechnen sein, daß manche unserer Freunde die Reisekosten scheuen. Wir bitten aber angesichts des Ernstes der Lage und der Notwendigkeit gegenseitiger Information Ihr Kommen möglich zu machen ...«; Akten des schlesischen Presseverbandes 18, 158.

122 »Das ungeschriebene Kapitel« nannte ich es im Wertheimer Vortrag; als Hinführung zu einer Darstellung der Deutschen Christen, Gau Schlesien, beschäftigen mich Vorarbeiten dazu.

123 Zänker berichtet 1932 November 5 an den EOK über eine Superintendentenbesprechung seines Sprengels: »... Wichtig scheint es dem Unterzeichneten, daß die bevorstehenden Wahlen mit aller Deutlichkeit ein Doppeltes heraustreten lassen: Erstens zeigt

aufgeschlüsselt nach kirchenpolitischen und – wie man nun erstmals sagen muß – parteipolitischen Gesichtspunkten, ist nicht zu gewinnen, denn wie schon 1921 und 1928 werden in der weit überwiegenden Zahl der Gemeinden Einheitslisten aufgestellt; nur in 53 Gemeinden gibt es zwei oder mehr Listen, von denen 31 von den Deutschen Christen, 13 von den Religiösen Sozialisten aufgestellt werden. Die übrigen Listen beruhen auf örtlichen Besonderheiten nicht kirchenpolitischer Art. Aus Breslau wird berichtet, daß die Deutschen Christen 50, die Religiösen Sozialisten acht und die »kirchlich-Unpolitischen« – die sich nur negativ umschreiben lassen: es sind alle, die sich nicht zu den beiden genannten Gruppen rechnen – 193 Sitze erringen¹²⁴.

Die im November 1932 gewählten Gemeindevertreter wählen am 22. Mai 1933 die Synodalen zur 20. Provinzialsynode. In drei der sieben Wahlbezirke – Görlitz, Glogau, Oberschlesien – einigt man sich auf Einheitslisten unter Einschuß der Deutschen Christen; in Breslau und Liegnitz gibt es für die Vereinigte Rechte (Positive Union und konfessionelle Lutheraner) und für die Volkskirchliche evangelische Vereinigung je getrennte Listen, in Oels und Schweidnitz treten sie auf gemeinsamen Listen unter der Bezeichnung »Biblisches Evangelium und deutsche Volkskirche« auf. Die DC haben in diesen vier Wahlbezirken eigene Listen¹²⁵.

sich die völlige Unmöglichkeit, bei der gegenwärtigen Wahlordnung zu bleiben. Das Verhältniswahlssystem und seine demokratische Grundlage stellen sich als für unsere Kirche verhängnisvoll heraus. Zweitens, gegenüber dem festorganisierten, durch Subordination gestützten Einbruch der Nationalsozialistischen Partei in die Gemeindekörperschaften ist zwar die Einheitsliste, wo sie erreichbar ist, gegenwärtig das Gebotene. Offenbar wird aber bei dieser Gelegenheit, daß die bisherige Praxis der Gemeinden, möglichst Einheitslisten bei den früheren Wahlen herbeizuführen, m. a. W., es überhaupt nicht zu einer Wahl kommen zu lassen, gar nicht wieder gut zu machen ist, solange die Wahlordnung nicht geändert wird. Denn es ist außerordentlich schwer, die Gemeinden jetzt zur Wahl aufzurufen und plötzlich der nationalsozialistischen Organisation eine irgendwie ähnlich wertvolle Organisation gegenüberzustellen. Der Wunsch nach einer Änderung des Wahlmodus war ganz allgemein.« Staatsarchiv Breslau, Konsistorialakten VI 504, 311.

124 Evangelischer Pressedienst für Schlesien, Wochendienst B 45 vom 9. 11. 1932 und B 46 vom 15. 11. 1932; Akten des Schles. Presseverbandes 514; Schlesische Zeitung Nr. 576 vom 11. 11. 32, Nr. 582 vom 14. 11. 32, Nr. 583 vom 15. 11. 32; Kirchliches Wochenblatt für die evangelischen Gemeinden Breslaus, Jg. 1932, 554; M. Schian über den Wahlausgang, in: Unsere Kirche. Evangelisches Gemeindeblatt, Jg. 11, 1932, 514; zur Wahl in Breslau-St. Salvator vgl. in den Akten des EOK, Generalia III 151, Vol. III: »Schon damals [sc. 1932 Nov. 13] entfielen von 15 Gemeindeältesten nur 5 auf die anderen Gruppen und 10 auf die eigene [i. e. DC-]Richtung, sowie von 45 Gemeindeverordneten nur 18 auf die ersten und 27 auf uns; es ist also schon damals die Richtung der Glaubensbewegung D. C. mit 61 % in der Salvatorgemeinde führend aus dem Wahlkampf hervorgegangen...«

125 KABSchl 1933, S. 71–81 die amtlichen Wahlvorschläge, S. 67–71, 93–97 die Wahlergebnisse.

Das Ergebnis: die DC gewinnen 62 von 114 Mandaten, die Konfessionellen 13 (statt 20 im Jahre 1929), die Positive Union 21 (statt 43), die Volkskirchliche evangelische Vereinigung 14 (statt 31), die Freie Volkskirche 11 (statt 14)¹²⁶.

Die so gewählte Provinzialsynode ist nie zusammengetreten.

Den Umsturz des Jahres 1933 zu beschreiben ist hier nicht mehr mein Thema. Die Kirchenwahlen, die in ganz Deutschland aufgrund der neuen Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche am 22. Juli 1933 stattfinden, kennen die kirchenpolitischen Gruppen der alten Form nicht mehr. Es entstehen, äußerst kurzfristig und ohne Chance, sich wirklich zu organisieren und zu profilieren, andere Gruppierungen: die »Jungreformatorische Bewegung« und »Evangelium und Kirche«, die einer besonderen provinzialkirchlichen Darstellung noch bedürfen.

Über den Auflösungsprozeß der bisherigen Gruppen fand ich keine Nachrichten. Der innere Grund dafür freilich ist meines Erachtens ganz offenkundig: ihnen allen, von rechts bis links, ging es immer um die Kirche, um den Glauben, um die evangelisch-christliche Gemeinde. Dem wollten sie dienen, bei allen Gegensätzen in Grundlagen und Einzelfragen. Die Deutschen Christen aber – die sich bezeichnenderweise anfangs »Evangelische Nationalsozialisten« nannten – hatten wenig mehr sein wollen und sein sollen als Hilfstruppen des Nationalsozialismus, zum Wohl der »Bewegung«, zum Wohl des »Führers« zuerst arbeitend. Und darum keine *kirchenpolitische* Gruppe mehr.

In der Bewertung der »Bewegung«, der nationalsozialistischen Revolution aber ging der Riß durch die alten Gruppen mitten hindurch, anders als 1914, wo sie »Burgfrieden« schlossen, anders als 1918, als sie sich einig waren in den Grundforderungen an den neuen Staat.

Ja mir scheint, daß der Riß auch durch Herz und Gemüt des Einzelnen hindurchging. Mir ist hierzu ein Satz zum »Schlüssel« geworden, den Ulrich Bunzel in seinem Jahresrückblick auf das Jahr 1933 niedergeschrieben hat: »So herrlich das Jahr 1933 für unser teures Volk [war], so furchtbar für unsere arme Kirche. Die staatliche Umwälzung war nötig, die Kirchenrevolution nicht!¹²⁷«

Die Geschichte der kirchenpolitischen Gruppen ist 1933 nicht abgeschlossen, sondern abgebrochen worden: ein totalitäres System hat für sie keinen Platz.

126 EKBSchl 1933, S. 223–227 Wahlanalyse von Ulrich Bunzel.

127 Original in Privatbesitz, Abschrift im Archiv der Gemeinschaft evg. Schlesier.

Die Innere Mission und das diakonische Wirken der Evangelischen Kirche in der Weimarer Zeit

Mit einem Quellenanhang

VON ULRICH HUTTER-WOLANDT

I.

Es kann hier nur der Versuch gemacht werden, die Geschichte der Diakonie im Schlesien jener Zeit in Grundzügen darzulegen, da die Forschungs- und Quellenlage eine umfassende Aufarbeitung nicht zuläßt. Auch die schlesische Kirchengeschichtsforschung hat nach dem Zweiten Weltkrieg die Aufarbeitung der Diakoniegeschichte eher zurückhaltend betrieben¹. Die Forschung zur Diakonie ist deshalb immer noch auf die zahlreichen grundlegenden Arbeiten angewiesen, die größtenteils schon vor dem Ersten Weltkrieg erschienen sind²; da offenbar bereits zur Weimarer Zeit das Interesse an der Sache nachgelassen hat, gibt es keine Arbeiten, die sich ausschließlich mit diesem Zeitraum beschäftigen. Nur wenige Hinweise bietet Hellmut Eberlein in seinem kleinen Überblick »Der Weg der Inneren Mission in Schlesien von 1863 bis zur Gegenwart«³. Die letzte größere Arbeit stammt aus dem Jahre 1883⁴; eine neuere Gesamtgeschichte der Diakonie für Schlesien fehlt bisher. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat Gerhard Hultsch ehemalige Mitarbeiter aus der diakonischen Arbeit zu ihren Erfahrungen mit dieser Arbeit befragt und die Antworten in einem Sammelband veröffentlicht; dieses Unternehmen stieß seinerzeit im Bereich

1 Die einzige nach 1945 zur gesamten schlesischen Diakoniegeschichte publizierte Arbeit wurde als vierter Band in der Reihe »Das Evangelische Schlesien« von Gerhard HULTSCH unter dem Titel »Vom diakonischen Werk in der evangelischen Kirche Schlesiens«, Ulm 1957, herausgegeben.

2 Vgl. zum Beispiel G. REYMAN, Fünzig Jahre Innere Mission in Schlesien. Geschichte des Schlesischen Provinzialvereins für Innere Mission 1863–1913, Liegnitz 1913; ferner Eugen BONE, Geschichte des Vereins für Innere Mission in Breslau. Festschrift, Breslau 1910; Die Innere Mission in Bresslau. Eine Festschrift dem XXIV. Kongreß für Innere Mission dargebracht, Breslau 1886.

3 Abgedruckt in: JVSKG (Correspondenzblatt), XXVI/1936. 1. Heft, 22–46.

4 OTTO SCHÜTZE, Die innere Mission in Schlesien (= Die innere Mission in Deutschland. Bd. 6), Hamburg 1883.

der Görlitzer Kirche auf erhebliche Kritik⁵. Wesentlich erfreulicher sieht dagegen die Situation im archivalischen Bereich aus: Im Evangelischen Zentralarchiv in Berlin (West) sind in den Beständen des Evangelischen Oberkirchenrates (EOK) zahlreiche Archivalien, die Aufschlüsse über diesen Zeitraum geben⁶; die Bestände der Inneren Mission sind zentral im Archiv des Diakonischen Werkes/Berliner Stelle in Berlin (West) gesammelt⁷. Beide Bestände sind bislang nicht systematisch ausgewertet worden.

Für die Erforschung der weiblichen Diakonie sind nicht nur die Bestände des Fliehdner-Archivs in Düsseldorf-Kaiserswerth, sondern auch die Fachbücherei für Weibliche Diakonie, ebenfalls in Düsseldorf-Kaiserswerth, maßgeblich. Da es noch keine gedruckte Bibliographie zur schlesischen Diakonieggeschichte gibt, ist zur Ermittlung der zum Teil sehr entlegen publizierten Literatur diese Bibliothek besonders hilfreich, da hier auch sehr seltene Zeit- und Flugschriften, die teilweise in den Bereich der grauen Literatur gehören, gesammelt wurden⁸. Für die Geschichte der Frauendiakonie in Schlesien müssen auch die Archive der Diakonissenmutterhäuser in Wertheim/Main (Frankenstein), in Marktheidenfeld (Breslau-Lehmgruben) und in Freudenberg/Kreis Siegen (Miechowitz) herangezogen werden, die die schriftliche und bildliche Überlieferung sowie das dingliche Kulturgut weiblicher Diakonie gesammelt haben. Es wird gerade auch die Aufgabe der schlesischen Kirchengeschichte sein, diese Bestände sorgsam zu registrieren und vor dem Vergessenwerden zu bewahren. Um eine vollständige Überlieferung zu erhalten, ist der Forscher auch auf die Archivalien, die sich heute in der Republik Polen befinden, angewiesen. In der Archivgruppe »Schlesisches Evangelisches Konsistorium«, die im Woiwodschaftsarchiv in Breslau (Wrocław) vorhanden ist, befinden sich vollständig erhaltene Akten zur

5 Vgl. Anm. 1. Aufschluß über die Probleme bei der Entstehung des Bandes über die diakonische Arbeit in Schlesien bietet der Restnachlaß von Pfarrer Walther Schüßler, der sich im Besitz des Verfassers befindet. Es handelt sich dabei um den Schriftwechsel aus den Jahren 1952 bis 1955, der zwischen Vertretern der Görlitzer Kirchenleitung und Pfarrer Schüßler geführt wurde.

6 Heranzuziehen sind hier die Bestände: EOK Schlesien I (Generalia), EOK Schlesien XII (Sektenwesen und Innere Mission) entspricht der neuen Signatur: Bestand 7/14000–14044, Bestand 7/15425–15470.

7 Es handelt sich dabei um die Acten des Centralausschusses für Innere Mission. Ferner besitzt dieses Archiv einzelne Archivalien zu den schlesischen Diakonissenmutterhäusern sowie eine umfangreiche Bibliothek.

8 Die Bibliotheksbestände zur weiblichen Diakonie sind über einen Katalog zu ermitteln. Eine Kopie der Karteikarten der schlesischen Bestände ist beim Verfasser vorhanden.

Inneren Mission⁹. Daneben sind auch in den anderen Woiwodschaftsarchiven in Liegnitz (Legnica) und Oppeln (Opole) Bestände zur Diakonie nachweisbar¹⁰.

II.

Die Geschichte der Inneren Mission in Schlesien nach 1918 ist nicht verständlich ohne einen kurzen Rückblick auf ihre Anfänge im 19. Jahrhundert¹¹. Die Erweckungsbewegung, in Schlesien verbunden mit Namen wie Ernst Baron von Kottwitz oder Friedrich Daniel Ernst Schleiermacher, gewann nach 1815, nach der areligiösen Zeit der Aufklärung, durch die Gründung von Bibelgesellschaften in Breslau, Liegnitz, Buchwald oder Bunzlau an Einfluß. Diese Phase des Aufschwungs wurde durch die Revolutionsereignisse 1848/49 unterbrochen, als sich gebildete Kreise, die das plötzliche Eintreten der Kirche für die soziale Frage nicht verstanden, aus der Kirche entfernten und freikirchlichen Gemeinden anschlossen. Auf der anderen Seite wandten sich auch Arbeiter, denen das soziale Engagement der Kirche nicht reichte, von der Kirche ab und traten den neuen politischen Parteien bei. Doch war um die Mitte des Jahrhunderts nicht nur die Notlage der Arbeiter ein soziales Problem; die Verwahrlosung der Jugend erforderte von Staat und Kirche schnelles Eingreifen. In Schlesien wurden mit Unterstützung Johann Hinrich Wicherns Kinderbewahranstalten für die verwahrlosten Jugendlichen gegründet; das Rettungshaus in Goldberg (1830) war ein erster Anfang, dem binnen weniger Jahre die Häuser in Schreiberhau (1843), in Grünberg (1843) und Altdorf (1848) folgten.

Trotz dieser kleinen Hoffnungszeichen bot die Kirche um die Jahrhundertmitte ein Bild der Zerrissenheit: »Die Kirche zerspalten in ein Chaos von Richtungen, ringend in Verfassungsnöten, streitend um Bekenntnisfra-

9 Vgl. Woiwodschaftsarchiv Wrocław (Breslau), Bestand SKE II, Innere Mission.

10 Vgl. Informator dla korzystających z materialow archiwalnych WAP we Wrocławiu, Wrocław (Breslau) 1976; ferner Informacja o zasobie Archiwum Panstwowego w Legnicy, Legnica (Liegnitz) 1979.

11 Vgl. hierzu besonders Otto SCHÜTZE, Die innere Mission in Schlesien (wie Anm. 4); C. BRETSCHNEIDER, Hat die alte evangelische Kirche Schlesiens auch innere Mission getrieben und in welchem Umfange ist dies geschehen? Neusalz 1864; DERS., Geschichtlicher Überblick über die evangelischen Rettungshäuser in Schlesien, Friedland/OS 1862; Martin SCHIAN, Wicherns Briefe mit besonderer Beziehung auf Schlesien, in: Evangelisches Kirchenblatt für Schlesien 4/1901, S. 193f., 201f., 209f., 217f.; Ulrich HUTTER, Die evangelische Kirche in Schlesien 1815–1848, in: Elisabeth TRUX (Bearb.), Schlesien in der Biedermeierzeit. Kultur und Geschichte Schlesiens in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Würzburg 1987, S. 253–269.

gen, sich wehrend gegen Freiheitsgelüste, die keinen Platz mehr in ihr hatten, trat wohl auf den Plan, um sich selbst zu sichern, schien aber in der Tat nicht kraftvoll genug, um mit ihren Institutionen auf geordnetem, rein kirchlichem Wege die Mächte sicher zu beschwören, die ihr zerstörendes Gift in den Volksleib getragen hatten. Wo alles drängte nach Hilfe, nach rettender Tat, da war es nicht bloß zeitgemäß, sondern providentiell, daß der Gedanke der inneren Mission als einer organisierten, allumfassenden rettenden Liebe zum Ausdruck kam in einer berufenen Persönlichkeit, die mit prophetischem Blick und Kraft der Zeit gleichsam vorauseilte¹². Diese Persönlichkeit war Johann Hinrich Wichern, dem die Sorgen und Nöte der Menschen im Riesen- und Isargebirge und in Oberschlesien am Herzen lagen, der für die Not dieser Menschen Lösungen fand und diese laut und vernehmbar bei jeder sich bietenden Gelegenheit vortrug.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gründete die evangelische Kirche eine Reihe wichtiger Einrichtungen der Diakonie und Inneren Mission in Schlesien. So wurden zwischen 1850 und 1901 neun Diakonissenmutterhäuser ins Leben gerufen: 1850 Evangelisch-lutherische Diakonissenanstalt Bethanien in Breslau¹³, 1862 Adalbert-Diakonissenmutterhaus in Kraschnitz¹⁴, 1866 Diakonissenanstalt »Emmaus« in Niesky/O.L.¹⁵, 1866 Evangelische Diakonissenanstalt in Frankenstein¹⁶, 1869 Lehmgrubener Diakonissen-Mutterhaus in Breslau¹⁷, 1888 Evangelisch-lutherisches Diakonissen-Mutterhaus Bethanien in Kreuzburg/OS¹⁸, 1890 Diakonissenhaus Friedenshort in Miechowitz¹⁹, 1899 Diakonissenhaus Salem in Görlitz²⁰, 1901 Diakonissen-Mutterhaus Bethesda in Grünberg²¹. Die Kirchen-

12 Otto SCHÜTZE, Die innere Mission in Schlesien (wie Anm. 4), S. 58f.

13 Angaben zum Diakonissenmutterhaus Breslau-Bethanien (gegr. 14. Mai 1850) mit den letzten vor dem Kriege erhobenen statistischen Zahlen in: Statistik der Kaiserswerther Generalkonferenz vom Jahre 1939, Kaiserswerth o. J., S. 14.

14 Zum Mutterhaus in Kraschnitz (gegr. 24. Mai 1862) vgl. ebd., S. 26.

15 Zum Mutterhaus in Niesky/O.L. (gegr. 6. Mai 1866) vgl. ebd., S. 33.

16 Zum Mutterhaus in Frankenstein (gegr. 7. Mai 1866) vgl. ebd., S. 18.

17 Zum Mutterhaus Breslau-Lehmgruben (gegr. 2. Mai 1869) vgl. ebd., S. 14.

18 Zum Mutterhaus in Kreuzburg/OS (gegr. 1. Juli 1888) vgl. ebd., S. 26f.; ferner Ulrich HUTTER, Gründung des Diakonissenmutterhauses Bethanien, Kreuzburg/OS, in: Ostdeutsche Gedenktage 1988. Persönlichkeiten und historische Ereignisse, Bonn 1987, S. 224–228.

19 Zum Mutterhaus in Miechowitz (gegr. 30. 9. 1890) vgl. Statistik 1939 (wie Anm. 13), S. 29f.; ferner Ulrich HUTTER, Gründung des Diakonissenmutterhauses »Friedenshort« Miechowitz/OS, in: Ostdeutsche Gedenktage 1990. Persönlichkeiten und historische Ereignisse, Bonn 1989, S. 295–299.

20 Zum Mutterhaus in Görlitz fehlen Angaben in der Statistik der Kaiserswerther Generalkonferenz.

21 Zum Mutterhaus in Grünberg (gegr. 1. Oktober 1901) vgl. ebd., S. 20.

provinz Schlesien hatte damit innerhalb der Preußischen Landeskirche die meisten Einrichtungen dieser Art²². Ebenfalls in die zweite Jahrhunderthälfte fiel im Jahre 1863 die Gründung des »Schlesischen Provinzialvereins für Innere Mission«, der die evangelischen Vorstände der Vereine und Anstalten in Schlesien zur inneren Mission koordinieren sollte. Der erklärte Zweck des Vereins war es, »treue Gemeinschaft und gegenseitige Handreichung zur Förderung der christlichen Bestrebungen in brüderlicher Liebe auf dem Grunde des göttlichen Worts«²³ zu üben. Mit seiner Hilfe konnten die schwierigen sozialen Probleme in den Gebirgsdörfern, aber auch in den größeren Städten gemildert werden. In den Vorträgen, die bei den Versammlungen des Provinzialvereins gehalten wurden, wurden nicht nur konkrete menschliche Nöte und besondere Arbeitsgebiete der Inneren Mission erörtert, sondern es wurden auch Grundsatzfragen behandelt, wie die nachstehende Auswahl zeigt: »Die Fürsorge für die entlassenen Strafgefangenen« (1872), »Presse und Innere Mission« (1874), »Arbeiterkolonie und Verpflegungsstation mit besonderer Rücksicht auf Schlesien« (1884), »Diakonisse und barmherzige Schwester« (1896), »Stand und Betrieb der Kleinkinderschulen« (1905), »Humanität und Caritas. Stellung und Aufgabe der Inneren Mission in den geistigen Strömungen der Gegenwart« (1906)²⁴.

In Breslau leistete die Stadtmission einen wichtigen Dienst für die Armen, Alten, Verwahrlosten, Arbeitslosen, für fahrende Handwerker und insbesondere für gefährdete Mädchen. Die innere Mission war in Schlesien zur Zeit der Jahrhundertwende jedoch nicht nur durch ihre Diakonissenanstalten und den Provinzialverein wirksam, sondern besonders auch durch eine große Anzahl neu gegründeter kirchlicher Vereine. Dazu zählten die Frauen- und Jungfrauenvereine, die Jünglingsvereine, die Evangelische Frauenhilfe und der Evangelische Preßverband. Dieser Verband hat sich durch die Verbreitung der biblischen Botschaft um die Jahrhundertwende und in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg große Verdienste erworben. Diese bestehen auch darin, daß er den Versuch unternommen hat, die Geschichte der schlesischen Provinzialkirche für jeden verständlich durch Kleinschriften bekannt zu machen²⁵.

22 In den anderen ostdeutschen Provinzen gab es folgende Mutterhäuser: Ostpreußen: Königsberg i. Pr., Diakonissenmutterhaus »Krankenhaus der Barmherzigkeit«; Lötzen, Masurisches Diakonissen-Mutterhaus »Bethanien«. Pommern: Köslin, Diakonissenmutterhaus »Salem«; Stettin-Neutorney, Evangelische Diakonissenanstalt »Bethanien«. Danzig-Westpreußen: Danzig, Diakonissen-Mutter- und Krankenhaus.

23 Vgl. G. REYMAN, Fünfzig Jahre Innere Mission in Schlesien (wie Anm. 2), S. 12.

24 Vgl. hierzu die Aufstellung ebd., S. 97–101.

25 So kamen in den zwanziger Jahren beim Evangelischen Presseverband in Breslau einzelne Volksschriften heraus: Alfred WIESENHÜTTER, Ums Evangelium. Bilder aus der

Doch trotz der positiven Entwicklung in der schlesischen Diakonie bis zum Jahre 1918 darf man nicht übersehen, daß sie immer wieder mit Problemen zu kämpfen hatte. So führte die Finanzkrise der Breslauer Stadtmission in den Jahren 1876/77 fast zu deren Schließung, und der Rückgang der Neueintritte vor dem Ersten Weltkrieg brachte einige der Diakonissenmutterhäuser in eine Existenzkrise, die nur bedingt durch umfangreiche Werbeaktionen aufgefangen werden konnte.

III.

Nach dem verlorenen Krieg änderte sich in Deutschland nicht nur die Staatsform, auch Inhalte und Aufgaben des Staates waren andere²⁶. Nachdem die christliche Ausrichtung des Staates weggefallen war, blieb ein großer Teil der Wohlfahrtspflege den Kirchen überlassen. Auch in Schlesien ging es nach dem Ende des landesherrlichen Kirchenregimentes darum, das Kirchenvolk, das sich bislang einer religiösen Leitung unterordnen mußte, zu selbständigen Gliedern der Kirche heranzubilden. Besonders schwierig war diese Aufgabe in den Großstädten und im oberschlesischen Industriegebiet, wo große Gleichgültigkeit und auch offene Feindseligkeit gegen Kirche und Christentum in den frühen zwanziger Jahren zu einer breiten Kirchenaustrittsbewegung führten, der die Amtskirche nichts entgegenzusetzen wußte. In den Gemeinden auf dem Lande und in den Kleinstädten war das kirchliche Leben dagegen noch weitgehend intakt. Aus diesem Grund wurde vom Schlesischen Provinzialverein für Innere Mission die Forderung erhoben, die der Kirche entfremdeten Arbeiter und die Bildungsschicht wieder zurückzugewinnen. Es gab Vortragsveranstaltungen mit anschließender Diskussion, die auf die Situation ihrer Zuhörer besonders eingingen und auf diese Weise wieder einen Kontakt mit der Kirche herstellen sollten. Außerdem versuchte die Kirche über die Tagespresse Einfluß zu gewinnen.

Vergangenheit Schlesiens; ferner die Geschichten einiger Kirchengemeinden wie z.B. Anhalt/OS, Pirschen, Hindenburg/OS, Klein-Kniegnitz.

26 Zum folgenden vgl. Gerhard HULTSCH (Hg.), Vom diakonischen Werk der evangelischen Kirche in Schlesien (wie Anm. 1); Martin SCHIAN, Grundsätzliches zur evangelischen Wohlfahrtspflege, in: Nachrichtenblatt des Schlesischen Provinzialvereins Nr. 3/4, 1927, S. 33–39; Ulrich BUNZEL, Unsere Schriftenmission in Schlesien, in: ebd., S. 44–51; Dr. FRANCKH, Volksmission in Schlesien, in: Mitteilungen aus der Arbeit des schlesischen Provinzialvereins für Innere Mission, Nr. 71/1919, S. 49–65; P. KLIESCH, Die Stellung der evangelischen Wohlfahrtspflege im Rahmen der öffentlichen, in: Nachrichtenblatt des Schlesischen Provinzialvereins Jg. 3/1929, S. 39–42.

Da die Arbeit der Inneren Mission in ihrer Bedeutung erkannt wurde, dachte die kirchliche Verwaltung auch daran, neue Mitarbeiter zur Unterstützung der Ortspfarrrer einzustellen. Doch die Innere Mission hatte in der Nachkriegszeit mit großen Geldproblemen zu kämpfen: durch die Inflation waren die Fonds und kirchlichen Legate verloren. Die Geldentwertung zwang zu Improvisation auf diesem Feld kirchlicher Arbeit, und viele Arbeitsbereiche der Diakonie mußten reduziert oder ganz abgebaut werden. Die Weiterarbeit wäre nicht möglich gewesen, wenn es die Menschen nicht gegeben hätte, die sich unter erheblichen Opfern für diese Sache eingesetzt haben.

Ein besonderes Problem während der ersten Jahre der Weimarer Republik war das Konkurrenzverhalten der beiden christlichen Kirchen auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege. Als dritte Kraft warben politisch orientierte Vereinigungen, die im Marxismus oder im religiösen Nihilismus ihr Heil sahen, um die Gunst der Menschen. Dazu zählten Gewerkschaften, Freidenkervereinigungen, die weltliche Schulbewegung, Feuerbestattungsvereine, die zum Teil über ideologisch klar ausgerichtete Institutionen verfügten, denen auf kirchlicher Seite keine kompetente Stelle, sondern oft nur, zum Teil rivalisierende, Vereine und Vereinigungen gegenüberstanden. Besonders hart traf es die Kirchen, daß die Kinderfürsorge und das Kleinkinderschulwesen der Verantwortung der Kommunen übertragen wurde; die konfessionelle Schule wurde als »Krankheitserscheinung« der deutschen Seele bezeichnet.

Eine ähnliche Tendenz hatte auch die Polemik, die die Diakonie als die »Schwarze Schwadron« der Kirche verleumdete, und zwar nicht nur in der Presse, sondern auch innerhalb der preußischen Verwaltung. Im Frühjahr 1929 gab es in der Breslauer Presse eine Hetzkampagne gegen die Diakonissen und Diakone, in der versucht wurde, die diakonischen Einrichtungen durch Skandalgeschichten, durch Kritik am organisatorischen Aufbau der Mutterhäuser, an der eigenen Krankenversicherung, dem Nichteinhalten des Achtstundentages in übler Weise zu diskreditieren. Die angespannte Haushaltslage der Regierung Brüning führte zusätzlich dazu, daß die Mittel der staatlichen Wohlfahrtspflege erheblich gekürzt wurden, während die Kirche im Unterschied zur kommunalen Wohlfahrtspflege billiger und besser arbeiten konnte. Auf kirchlicher Seite war man trotz der Spannungen, die zwischen Staat und Kirche um die Wohlfahrtspflege aufgebrochen waren, zur Zusammenarbeit bereit. Dazu zählten zum Beispiel die Aus- und Weiterbildung kirchlicher Mitarbeiter, die in den diakonischen Einrichtungen tätig waren. Die Forderung der Kirche lautete im Jahre 1929: »Darum kämpfen wir gegen diesseitsselige, eudämonistisch bestimmte Wohlfahrtspflege für evangelische Innere Mission, die Breßhafte pflegt,

Irrenden nachgeht, Hungernde speist, um menschliche Kreatur zu erlösen in die herrliche Freiheit der Gotteskindschaft²⁷.«

Der Schlesische Provinzialverein für Innere Mission übernahm mit seiner Gründung im Jahre 1863 die Funktion einer zentralen Stelle bei der Koordinierung der diakonischen Arbeit in dieser Provinz²⁸. Im Januar 1926 übersiedelte der Verein von Liegnitz nach Breslau, weil sich dort alle wichtigen kirchlichen und politischen Behörden befanden, und erwarb das Grundstück in der Scharnhorststraße 30²⁹, wo er bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges blieb. Der Provinzialverein hoffte, mit dem Umzug in die schlesische Hauptstadt mehr Einfluß auf die staatliche Wohlfahrtsgesetzgebung zu gewinnen. Die Verbindungen zwischen den Mitgliedern und Freunden der Inneren Mission stellten vor allem die Kreiswohlfahrtsdienste her. Seit 1925 gab es auch Provinzialsekretäre für Innere Mission, die jeweils drei bis fünf Kirchenkreise versorgen mußten und kirchenkreisübergreifende Aufgaben hatten wie Schriftenmission, Evangelisationen, die Organisation kirchlicher Freizeiten und Vortragsreisen. Die Schriftenmission wurde seit 1925 besonders gefördert; die schlesische Kirchenprovinz wurde in acht Bezirke eingeteilt, in denen jeweils ein Bezirksleiter und in der Regel zwei Schriftenmissionare tätig waren. Trotz der Übersiedlung des Vereins nach Breslau behielt er seine Niederlassung in Liegnitz (Pfortenstraße 17)³⁰ bei. In den Räumen befanden sich eine Buchhandlung und die Vereinsbibliothek sowie zwanzig kleinere Wanderbibliotheken. Als Publikationsorgan diente das »Nachrichtenblatt des Schlesischen Provinzialvereins für Innere Mission und des Evangelischen Provinzialwohlfahrtsdienstes für Schlesien«, das in unregelmäßiger Folge in einer Auflage von 1200 Exemplaren³¹ erschien.

Zu Pfingsten 1921 wurde in Breslau eine übergeordnete Organisation, der »Schlesische Provinzialverband für Innere Mission«, gegründet, um den politischen Stellen noch wirksamer entgegenzutreten zu können und auch

27 Vgl. P. KLIESCH, Die Stellung der evangelischen Wohlfahrtspflege (wie Anm. 26), S. 42.

28 Zum folgenden vgl.: Die Organisation der Inneren Mission (=Handbuch der Inneren Mission. Bd. I), Berlin-Spandau 1929, S. 38–42. Eine Aufstellung über alle Institutionen, die in Schlesien im Bereich der Inneren Mission tätig waren, bietet: Silesia Sacra. Historisch-statistisches Handbuch über das evangelische Schlesien. Hg. vom Evangelischen Pfarrerverein der Provinz Schlesien, Görlitz 1927, S. 28–47. Biographien der Pfarrer, die in Breslau in der Arbeit der Inneren Mission tätig waren, enthält: Otto SCHULTZE, Predigergeschichte der Stadt Breslau, Breslau 1938, S. 118–124.

29 Vgl. Die Organisation der Inneren Mission (wie Anm. 28), S. 39.

30 Vgl. ebd.

31 Vgl. ebd., S. 40.

äußerlich als eine einheitliche Gruppierung zu erscheinen³². Diesem Verband unterstanden im Jahre 1929 mehr als 400 geschlossene Anstalten mit 15097 Betten, 200 Kinderbewahranstalten und 326 Diakonissenstationen. Er führte kurz nach seiner Gründung eine »Notopfersammlung« durch, die 5 Millionen Mark ergab; mit dieser Summe war es den diakonischen Anstalten in Schlesien möglich, während der Inflationszeit ihre wichtige Arbeit fortzusetzen, da Mittel aus dem Reich noch gar nicht und Mittel aus dem Ausland nur sehr zögerlich flossen. Die Hauptaufgabe des Provinzialverbandes war nach Paragraph 1 seiner Satzung »die rechtsgültige Vertretung und Förderung der Interessen der Inneren Mission in ihrer Gesamtheit im Verhältnis zur Kirche, den staatlichen und kommunalen Behörden, sowie gegenüber der Öffentlichkeit«³³.

Eine weitere wichtige Neugründung im Bereich der Inneren Mission war im Jahre 1922 der »Evangelische Provinzial-Wohlfahrtsdienst für Schlesien«³⁴, dem sich ein Jahr später 60 Kreiswohlfahrtsdienste mit der gleichen Anzahl von Pfarrern als Geschäftsleitern anschlossen. Im Jahre 1929 arbeiteten für den Provinzial-Wohlfahrtsdienst mehr als 45 hauptamtliche Wohlfahrtspflegerinnen. Ihr Arbeitsgebiet erstreckte sich vor allem auf die Jugendfürsorge, die Gefährdeten- und Wandererfürsorge, die Gerichtshilfe für Erwachsene, die Kleinrentner- und Erwerbslosenfürsorge, den Kampf gegen Alkoholismus und Wohnungsnot. Eine besonders wichtige Abteilung innerhalb dieses Dienstes war die Evangelische Familienhilfe³⁵. Sie war nicht nur wegen der kirchenfeindlichen Politik der Versicherungsgesellschaften ins Leben gerufen worden, sondern sollte den evangelischen Christen in schwieriger Lage beistehen und die Zusammengehörigkeit der christlichen Gemeinde fördern. Ursprünglich konnte die Evangelische Familienhilfe Gemeindegliedern lediglich ein Sterbegeld in Höhe von 100 beziehungsweise 200 RM zahlen, seit Mitte der zwanziger Jahre bestand für Gemeindeglieder gegen eine geringe Eigenbeteiligung die Möglichkeit, eine Sterbe- oder Lebensversicherung mit einem festen Zahlungstermin in einer Höhe bis zu 2000 RM abzuschließen.

Dem »Schlesischen Provinzialverband für Innere Mission« war seit 1926 der »Oberschlesische Landesverband für Innere Mission« angegliedert, womit der Eigenständigkeit der Provinz Oberschlesien, die sich zunehmend auch im kirchlichen Bereich zeigte, Rechnung getragen wurde. In der Satzung, die am 18. Juni 1926 beschlossen wurde, heißt es: »Zweck des Verbandes ist die Pflege der Beziehungen der Verbandsmitglieder unterein-

32 Zum folgenden vgl. ebd., S. 40f.

33 Ebd., S. 40.

34 Vgl. ebd., S. 41.

35 Vgl. ebd.

ander und die Wahrnehmung der besonderen Interessen der Oberschlesischen Inneren Mission in engem Zusammenschluß mit dem gesamtschlesischen Provinzial-Verband, insbesondere bei den staatlichen und kommunalen Behörden der Provinz Oberschlesien, gegenüber der Öffentlichkeit³⁶.«

Ebenfalls zum Provinzialverband gehörte die 1851 gegründete »Konferenz für Innere Mission in den Kreisen Reichenbach, Frankenstein und Nimptsch«³⁷. Das Hauptanliegen der Konferenz war es, die christliche Liebestätigkeit in allen Bereichen zu fördern und die geistigen und geistlichen Strömungen der Kirche, der Inneren Mission und des Volkslebens zu beobachten und ihre Mitglieder zu tätiger Hilfe anzuleiten.

IV.

Die Leistung der Inneren Mission zeigt sich jedoch nicht nur in ihrer überregionalen Verbandsarbeit, sondern vor allem in ihrem Einsatz vor Ort. Die Folgen des Ersten Weltkrieges hatten im ältesten schlesischen Diakonissenmutterhaus Breslau-Bethanien³⁸ dazu geführt, daß das Krankenhaus mit Kranken und Invaliden überfüllt war. Eine sachgerechte Versorgung der Kranken war deswegen kaum mehr möglich. Viele Schwestern hatten zudem durch ihren eigenen Kriegseinsatz so sehr gelitten, daß sie nicht mehr in der Mutterhausdiakonie arbeiten durften; sie zogen sich entweder in den Feierabend zurück oder traten ganz aus dem Mutterhaus aus. Fanden im Jahre 1919 noch 50 junge Schwestern ihren Weg ins Breslauer Mutterhaus, folgte schon in den frühen zwanziger Jahren eine ungeheuerere Austrittswelle. Im Jahre 1924, ein Jahr vor dem 75. Jahresfest, erging deshalb ein Aufruf an junge Mädchen:

- »1. Kommt, ihr Töchter aller Stände, die ihr den Heiland einfältig lieb habt und ihm an unserem kranken Volk dienen wollt, und werdet Probeschwestern! Es fehlt sehr an Diakonissen, zumal an gut vorgebildeten, innerlich klaren und zielbewußten Menschen, für die wachsende Arbeit der Kirche.
2. Wer nicht als Vollschwester eintreten kann, schließe sich uns als Bethanische Hilfsschwester an.
3. Sendet Kranke in unsere Heilanstalt, geeignete Töchter in unser Kindergärtnerinnen- und Kinderhortnerinnenseminar, in unser Oberlyzeum, Lyzeum und Mittelschule.

36 Abgedruckt ebd., S. 42.

37 Vgl. ebd.

38 Zum folgenden vgl. Conrad BÜCHEL, Gott, dein Weg ist heilig! 1850–1940. Neunzig Jahre Geschichte der evangelisch-lutherischen Diakonissenanstalt Bethanien-Breslau im Zusammenhange mit der Geschichte der deutschen evangelischen weiblichen Diakonie dargestellt, Breslau 1940, S. 62–69.

4. Helft den Bethanischen Schwestern endlich zu einem Schwesternhaus und spendet eine reichliche Opfergabe für diesen Zweck³⁹.«

Außer mit Schwesternmangel hatte das Breslauer Mutterhaus auch mit finanziellen Problemen zu kämpfen; im Jahre 1921 lag ein Fehlbetrag von 527404 Mark vor⁴⁰. Da einige Außenstationen infolge der Inflation kein Geld mehr hatten, zahlten sie das Stationsgeld in Naturalien. Mit der Einführung der Rentenmark am 1. Dezember 1921 war zwar das Ende der Inflationszeit erreicht, doch weite Teile Schlesiens waren verarmt. Das Vermögen des Mutterhauses war durch die Inflation aufgezehrt, und es mußte nach grundlegenden Lösungen gesucht werden, um diesem Notstand abzuhelpfen. Deshalb schlossen sich die privaten Pflegeanstalten zu einem »Reichsverband der privaten gemeinnützigen Pflegeanstalten« zusammen, der einen Wirtschaftsbund mit dem Ziel gründete, den Anstalten preiswerte Einkäufe für ihre Einrichtungen zu ermöglichen. Auch der Kaiserswerther Verband trug durch eine Altersvermögenskasse dazu bei, daß die Feierabendschwestern im Alter versorgt waren.

Im Jahre 1928 hatte sich die Situation des Breslauer Mutterhauses soweit stabilisiert, daß an einen Ausbau gedacht wurde. Da die Zahl der Rentner nach dem Ersten Weltkrieg enorm gestiegen und die Wohnungsnot überaus groß war, suchten viele alte Menschen Aufnahme in den diakonischen Anstalten. Das Mutterhaus erwarb 1928 an der Ofener Straße 24 ein 124 Ar großes Grundstück, auf dem in den Jahren 1929/30 ein neues Waschhaus, ein Internat für die Schülerinnen der Höheren Lehranstalten Bethanien – die ehemalige Austsche Schule wurde 1920 als »Höhere Lehranstalten Bethanien« vom Mutterhaus übernommen – und ein großes Altenheim gebaut wurden⁴¹. Die Arbeitslosigkeit, die seit dem Jahre 1931 erschreckende Ausmaße angenommen hatte, führte dazu, daß viele Menschen im Mutterhaus an der täglichen Speisung teilnahmen. Als Entgelt für diese Mahlzeit halfen zahlreiche Arbeitslose bei der Neugestaltung des Mutterhausgartens, der von den Kindern und Kranken später eifrig genutzt wurde.

Die Lage in Oberschlesien war nach dem Ersten Weltkrieg noch schwieriger. Die alliierte Kommission wollte das Kreuzburger Mutterhaus »Bethanien« und das Krankenhaus⁴² unter polnische Sanitätsverwaltung stellen. Lange und schwierige Verhandlungen führten schließlich zum Erfolg und

39 Abgedruckt in: Fünfundsiebenzigster Jahresbericht über die Evangelisch-lutherische Diakonissenanstalt Bethanien zu Breslau für 1924, S. 16.

40 Vgl. Conrad BÜCHSEL, Gott, dein Weg ist heilig! (wie Anm. 38), S. 63.

41 Vgl. ebd., S. 67f.

42 Zum folgenden vgl.: Jubiläumsbericht zum 50jährigen Bestehen des evangelisch-lutherischen Diakonissen-Mutterhauses »Bethanien« in Kreuzburg OS. 1888–1938, Kreuzburg o. J., S. 17–22.

bewirkten, daß das Mutterhaus selbständig blieb. Im Jahre 1921 erlebten die oberschlesischen Diakonissen nochmals bedrohliche Zeiten, da die Polen Oberschlesien militärisch besetzen wollten. Das Krankenhaus diente während dieser Kämpfe als Lazarett, in dem damals 116 Deutsche und 15 Polen versorgt wurden. Die Abstimmung vom 20. März 1921 brachte das erhoffte Ergebnis, denn Westoberschlesien entschied sich für das Verbleiben im Deutschen Reich. Auch das Mutterhaus stellte 40 auswärtigen Gästen, die zur Abstimmung nach Oberschlesien gekommen waren, seine Räume zur Verfügung und gewährte diesen Verpflegung und Unterkunft. Die Inflation hatte das Vermögen des Mutterhauses in einer Höhe von 600 000 Mark verschlungen⁴³. In dieser Zeit gingen die Schwestern auf das Land, um um Naturalien zu bitten. Sie wurden fast überall gastlich aufgenommen und reichlich mit Kartoffeln, Kohl, Fleisch, Butter, Eiern, Geflügel und Obst beschenkt. Diese Begegnungen führten dazu, daß die Schwestern mit der Landbevölkerung in einen sehr persönlichen Kontakt traten und sich zwischen Diakonissen und den Landgemeinden in Oberschlesien eine herzliche Beziehung aufbaute. Erst mit den Mitteln der »Osthilfe«, die von der Reichsregierung für den Auf- und Ausbau der ostdeutschen Provinzen ausgegeben wurden, konnte ab 1926 das Mutterhaus wieder seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen und sogar bauliche Erweiterungen vornehmen. Um die diakonische Arbeit in Oberschlesien bekannt zu machen, rief man zu Neujahr 1931 die Zeitschrift »Bethanien-Bote« ins Leben⁴⁴, die in unregelmäßiger Folge über die diakonische Arbeit dieses Mutterhauses in der oberschlesischen Diaspora berichtete.

Ein großes Problem für die Arbeit der Diakonissen war nach 1918 die Teuerungsrate. Aus einer Aufstellung des Diakonissenmutterhauses Bethesda in Grünberg vom Mai 1920 wird deutlich⁴⁵, wie schnell die Teuerung zwischen 1914 und 1919 für Verpflegung, Heizung und Licht sowie für Gehälter und Löhne voranschritt; aus ihr geht hervor, daß sich diese Kosten in nur fünf Jahren verdreifachten. Das Mutterhaus schloß seine Jahresbilanz 1919 mit einem Verlust von 43 415,63 Mark ab. Trotz fehlender Mittel und gestiegener Kosten mußte die Pflege der 13 000 Kranken, die die Schwestern des Mutterhauses im Jahr häuslich unentgeltlich versorgten und betreuten, aufrecht erhalten werden. Hinzu kam die Versorgung von rund 6500 Kranken und 250 Siechen in den Krankenhäusern der Grünberger Diakonissenanstalt sowie die Betreuung von ca. 1000 Kindern und 250 Waisen in Kindergärten, Krippen, Horten und Wai-

43 Vgl. ebd., S. 18.

44 Vgl. ebd., S. 21.

45 Archiv des Diakonischen Werkes/Berliner Stelle, Berlin (West), Acten des Centralausschusses für Innere Mission. B IIIa 11 ii. 2 Seiten. Druck.



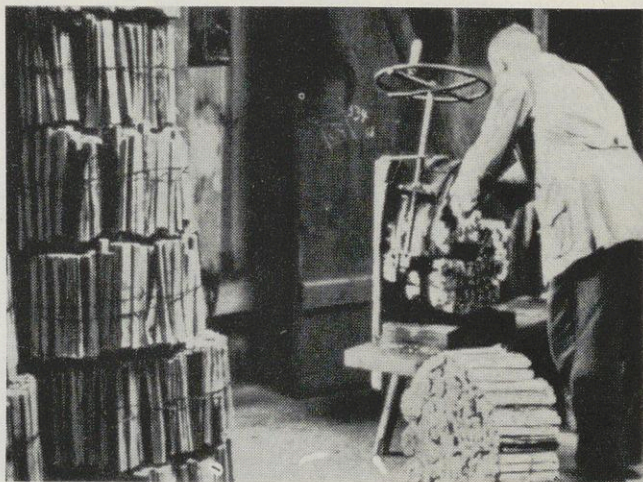
Diakonissenmutterhaus
Breslau-Lehmgruben 1928



Grundsteinlegung des
Feierabendhauses
Breslau-Lehmgruben in
der Strehleener Straße
(1928)



Stadtmiskionskirche in Breslau.
Innenansicht



Aus der Arbeit der Obdachlosen-
fürsorge:
Obdachloser beim Holzbündeln

senhäusern. Das Mutterhaus rief deshalb dazu auf, »den pflegenden Schwestern eine Gabe von einer oder einigen Mark für ihr Mutterhaus als Dankopfer (zu) geben ... Den Schwestern, welche trotz Überarbeitung und Entbehrung in treuer Arbeit sich hingeben, wird eine Freude für ihre ohne Lohn geleistete Arbeit bereitet und dem Mutterhause, das für sie sorgt, wird geholfen ... Darüber hinaus wenden wir uns auch an die Kreise, welche für sich oder ihre Angehörigen der Schwesternpflege nicht bedürfen, aber diese Arbeit in ihrem Werte schätzen. Möchten auch sie uns nach ihren Verhältnissen zu Nutz und Gewinn christlicher Liebestätigkeit und sozialer Wohlfahrt unterstützen!«⁴⁶

Daß das Verhältnis von Diakonie und politischen Gremien nicht immer vorurteilsfrei und ungetrübt war, zeigt ein Vorfall in Striegau⁴⁷. Im Jahre 1931 hat eine Oberschwester des Frankensteiner Diakonissenmutterhauses, die für die Leitung des städtischen Bürgerheimes, eines Altersheimes, verantwortlich war, ein Hausmädchen entlassen, das sich als ungeeignet erwiesen hatte. Die sozialdemokratische Stadtratsfraktion nahm dies zum Anlaß, zusammen mit der Zentrumsfraktion eine Hetzkampagne gegen die Frankensteiner Diakonissen zu starten, und am 1. Juli 1931 übernahmen die katholischen »Grauen Schwestern« das Bürgerheim. Die evangelische Bürgerschaft der Stadt traf sich daraufhin zu einer Protestversammlung und verfaßte eine Erklärung, in der es heißt: »Diese Kündigung ist trotz 20jähriger treuer Arbeit unserer Schwestern auf Grund unbewiesener und unwahrer Behauptungen ohne amtliche Untersuchung durch einen Majoritätsbeschluß der Linken und des Zentrums erfolgt und ist nach unserer Überzeugung einfach ein Akt der Gewalt und der Ungerechtigkeit, trotzdem von den 21 Insassen des »Bürgerheims« 16 evangelisch und nur 5 katholisch sind ... Die Evangelische Bevölkerung ist aufs tiefste verletzt und aufs schwerste beunruhigt; sie kann die den evangelischen Schwestern und der evangelischen Sache zugefügte Beleidigung nicht ruhig hinnehmen und kann eine durch solchen Gewaltakt geschaffene Änderung nie anerkennen«⁴⁸.

Eine besondere Stellung hatte die Stadtmission in Breslau. Breslau war, wie alle größeren Städte, besonders hart von Inflation und Arbeitslosigkeit betroffen. Deshalb wurde im Jahre 1923 in Breslau, um die Arbeit der

46 Ebd., pag. 1f.

47 Vgl. Evangelisches Zentralarchiv in Berlin (West). Bestand 7/15553. Schreiben des Evangelischen Konsistoriums in Breslau an den EOK vom 13. Juni 1931 und zwei Zeitungsausschnitte (Tägliche Rundschau vom 17. April 1931 und Der Reichsbote vom 24. Juli 1931).

48 Abgedruckt in: Tägliche Rundschau vom 17. April 1931 = EZA Bestand 7/15553.

Stadtmission⁴⁹ zu unterstützen, eine Arbeitsgemeinschaft gegründet, die einen Stab von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewinnen konnte. Diese Arbeitsgemeinschaft leistete konkrete Hilfe: sie organisierte Speisungswagen, die in die Vorstädte Breslaus gezogen wurden, um dort die hungernden Menschen zu speisen. Die wachsende Zahl der Obdachlosen machte eine Zusammenarbeit der Stadtmission mit der Kommunalverwaltung erforderlich; nördlich der Frankfurter Straße wurde eine Arbeitsstätte für Obdachlose errichtet, die im Sommer 80 und im Winter bis zu 100 obdachlosen Männern Aufnahme bot⁵⁰. Doch die Arbeit der Stadtmission umfaßte auch die Bahnmissionsmission, das Arbeiterinnenheim, die Posaunen- und Hofmission, die Schrippenkirche und das Blaue Kreuz der Stadtmission. Die Arbeit auf diesem Feld der Diakonie war und ist immer Dienst an solchen Menschen, die am Rande der Existenz leben, deren Leben keine Perspektive mehr hat. Arno Büchner, der von 1929 bis 1932 Pfarrer der Breslauer Stadtmission war, schrieb anläßlich des Jubiläums »75 Jahre Breslauer Stadtmission« über die Aufgaben der Inneren Mission: »In der Inneren Mission war etwas lebendig von der Sorge der Kirche um die Reinheit der wahren Lehre, um die Zeugniskraft des Bekenntnisses. Es hat nie eine Bewegung eine Zukunft gehabt, wenn sie nicht mehr zu dem Auftrag stehen wollte oder stehen konnte, dem sie ihre Entstehung verdankte. Die Innere Mission wird dann eine Zukunft haben, wenn sie wieder das wird, was sie war: Stoßtrupp, Vorhut der glaubenden, betenden, kämpfenden Kirche«⁵¹.

V.

Die Innere Mission der Evangelischen Kirche in Schlesien konnte sich während der Weimarer Republik nach den Schwierigkeiten der Anfangszeit, die auch mit den Veränderungen in Staat und Gesellschaft zusammenhingen, stetig entfalten. Vor allem in der Anstaltsdiakonie, aber auch in der Stadtmission oder der Kurseelsorge in den schlesischen Fremdenverkehrsorten konnte sie Erfolge vorweisen. So stand sie zu Beginn des Jahres 1933 gefestigt da. Die nationalsozialistische Regierung und die ihr nahestehende Reichsbewegung »Deutsche Christen« versuchten nach dem 30. Januar 1933, die Bedeutung und Stellung der Diakonie zu beschneiden. Hellmut Eberlein sprach im Jahre 1936 davon, daß die Innere Mission »die schwerste Krisis ... seit ihrer Gründung durchzumachen hat«⁵². Es bestand allerdings

49 Vgl. zum folgenden: 75 Jahre Breslauer Stadtmission. Festschrift zu ihrem 75jährigen Bestehen, Breslau 1935.

50 Vgl. ebd., S. 18.

51 Ebd., S. 25.

52 Hellmut EBERLEIN, Der Weg der inneren Mission in Schlesien (wie Anm. 3), S. 45.

zu diesem Zeitpunkt noch die Hoffnung, daß sich die Innere Mission auch unter der nationalsozialistischen Herrschaft neue Arbeitsgebiete würde erschließen können. Doch gerade im Blick auf die Anstalten der weiblichen Diakonie machte man sich wenig Illusionen: »Mit dem staatlichen und kommunalen Wohlwollen ... ist in der Gegenwart nicht mehr unbedingt zu rechnen. Im Gegenteil wachsen die Bestrebungen, welche in bewußter Ablehnung der religiösen Einstellung der Diakonissenhäuser die charitative Tätigkeit völlig und überall ausschließen wollen. Man fordert Verstaatlichung unserer Anstalten und auch unserer Arbeit«⁵³. Nach 1938 wurde die Arbeit der Inneren Mission durch staatliche Eingriffe erheblich erschwert und mußte teilweise eingestellt werden⁵⁴.

Kirche und Staat hatten es in Fragen der Diakonie oft schwer miteinander; in den späten zwanziger Jahren hatte sich das Verhältnis jedoch entspannt, und es ist zu einer guten Zusammenarbeit gekommen. So stellte der schlesische Generalsuperintendent Martin Schian im Jahre 1927 fest: »Die Innere Mission ist ... ein Faktor allergrößter Bedeutung geworden, mit dem zumal die Provinzialverwaltung nachdrücklich rechnet«⁵⁵. Die Innere Mission Schlesiens mit ihren unterschiedlichen Arbeitsfeldern hatte innerhalb der evangelischen Kirche, gerade auch in den schwierigen Zeiten der Weimarer Republik, eine große Bedeutung; denn trotz aller Probleme und Meinungsunterschiede hielt sie sich an die Worte Johann Hinrich Wicherns: »Die Arbeit der Inneren Mission ist mein! Die Liebe gehört mir wie der Glaube!«⁵⁶ Ihr gebührt deshalb eine angemessene Behandlung innerhalb der schlesischen Territorialkirchengeschichte.

Quellenanhang

1. Leitsätze zum Ausbau der Synodaldiakonie 1924 (Auszug)
2. Schwesterneinsegnung im Krüppelheim »Marklissa-Schadewalde« (Niederschlesien) 1925 (Auszug)
3. Kündigung der Frankensteiner Schwestern im Städtischen Bürgerheim in Striegau 1931 (Auszug)

53 Vgl. ebd., S. 45 f.

54 Vgl. Ulrich HUTTER, Die evangelische Kirche im Kirchenkampf 1933–1945. Darstellung und Quellen, in: JSKG 67/1988, S. 134 f.

55 Martin SCHIAN, Die evangelische Kirche Schlesiens seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Silesia Sacra (wie Anm. 28), S. 5.

56 Abgedruckt in: G. REYMANN, Fünfzig Jahre Innere Mission in Schlesien (wie Anm. 2), S. 167.

1. Leitsätze zum Ausbau der Synodaldiakonie 1924 (Auszug). Abgedruckt in: Jubiläumsbericht zur Erinnerung an das 25jährige Jubiläum der Oberlausitzer Synodaldiakonie und der Schlesischen Synodaldiakonie am 14. und 15. September 1924 zu Kleinbiesnitz (Parochie Kunnerwitz) bei Görlitz, Görlitz 1924, 25–29.

1. Die Schlesische Synodaldiakonie hat seit 25 Jahren versucht, auf der Grundlage einer gemeindlichen Diakonie der evangelischen Kirche neben den älteren Diakonissenmutterhäusern weibliche Kräfte für den Dienst an den Kranken und Kindern mobil zu machen. Sie wollte die Gemeinden selbst zur Mitarbeit aufrufen und die dort noch schlummernden Kräfte der Frauenwelt als Mitarbeiterinnen in größerer Zahl, als es bisher möglich war, wecken und gewinnen. In dem Maße, wie es erhofft wurde, haben sich die Erwartungen nicht erfüllt. Es fehlt vor allem, wie im Kaiserswerther Verband, der Zuwachs an Kräften aus den höheren Ständen, die für die Übernahme verantwortungsvoller Posten unbedingt nötig sind.

2. Neben der Schlesischen Synodaldiakonie haben sich inzwischen neuere Bestrebungen und Organisationen entwickelt, die durchaus auf dem Boden evangelischen Christentums im Zusammenhang mit der Kirche stehen wollen und die Frauen in äußerlich freieren, aber innerlich doch nach den religiös-sittlichen Grundsätzen evangelischen Glaubenslebens gebundenen Formen zum Dienst an unsern Gemeinden aus den Gemeinden heraus zu sammeln versuchen. Das ist die Evangelische Frauenhilfe durch ihren Schwesternverband und der Wohlfahrtsdienst der evangelischen Kirche, wie er jetzt durch die Innere Mission organisiert wird. Daneben besteht auch ein Verband evangelischer Wohlfahrtspflegerinnen und der Deutsche Landpflegeverband.

5. ... Sie hat dafür zu sorgen, daß die Kirche selbst das Amt der Diakonie im Sinn und Geist der apostolischen Zeit als ein ihr eigentümliches – wie etwa das Lehramt – ansieht und es so neben der freien Diakonie trotz aller Verbindung mit ihr in der Hand behält. Das Amt der Diakonie der Kirche hat Obliegenheiten zu erfüllen, die andere Organisationen ihrer Natur nach nicht erfüllen können. Die Kirche muß sich selbst auch Kräfte heranbilden, die im direkten Auftrage der Kirche den Dienst an der Gemeinde versehen.

6. Darum muß sich die Synodaldiakonie zu einer Diakonie der Landeskirche erweitern. Sie wäre also die Landesdiakonie der evangelischen Kirche für Gemeinde-, Kirchen- und Wohlfahrtsdienst; genauer verstanden wären es zwei Hauptzweige: der eine – das Diakonissenamt für Gemeinde- und Kirchendienst, der andere – die Diakonissenschaft für Kranken- und Kleinkinderpflege (die bisherige Synodaldiakonie).

9. ... Die Kirche muß ein Interesse daran haben, gerade im Hinblick auf die Einrichtungen der katholischen Kirche, daß sie – besonders in den

größeren Städten – Diakonissen in Gemeinde- und Kirchendienst zur Verfügung hat, auf die sie sich verlassen kann. Es ist durchaus nicht unbiblisch, ja es entspricht dem Begriff der Diakonisse, wie schon Wichern dargelegt hat, daß diese Schwestern, die als Gemeindegliederinnen oder sonstige kirchliche Beamtinnen von der Kirche angestellt werden, und so einen kirchlich beamteten Stand darstellen, als Diakonissen bezeichnet werden.

2. Schwesterneinsegnung im Krüppelheim »Marklissa-Schadewalde« (Niederschlesien) 1925 (Auszug). Abgedruckt in: P. Thiemann, Laut rühmet Jesu Herrlichkeit! Bericht über das Krüppelheim »Bethesda« in Marklissa-Schadewalde (Niederschlesien). 1900–1925, Marklissa 1925, 42f.⁵⁷

... Vor dem Altar saßen auf bekränzten Stühlen die drei Schwestern Anni, Luise und Martha, hinter ihnen im Halbkreis die übrigen Schwestern, die der Einsegnung noch entgegenharren. Dem Hausvater, Pastor Thiemann, assistierten am Altare Prediger Buchborn aus Breslau, der den Bibelkursus gehalten hatte, und des Hausvaters Bruder, Pastor Kurt Thiemann, Fienstedt.

Mit dem Gesang von »Lobe den HERRen« begann die froh-ernste Feier. Nach einem Gebet des Hausvaters sang der Schwesternchor das ergreifende: Anzilla Domini (von Schwester Eva v. Thiele-Winkler). Dann folgte die Ansprache des Hausvaters über 2. Tim. 17 ... Darauf sang der Schwesternchor: »Siehe, hier bin ich, mein König.« Nun knieten die drei Schwestern am Altar nieder und weihten sich eine jede im Gebete dem Dienst des HERRn an ihren leidenden Nächsten. Jetzt beteten der Hausvater und seine beiden Assistenten über den vor ihnen knieenden Schwestern und gaben ihnen den Einsegnungsspruch ... Nach dem Gesang des Liedes: »HERR, hier bring' ich mein alles« überreichte der Hausvater den Schwestern die silbernen Schwesternkreuze mit dem Losungsspruch von Bethesda, Matth. 18,19; auch war für jede Schwester ein Wandbild und eine Stuttgarter Jubiläumsbibel bestimmt.

Mit dem Gesang des Hauschores unter Lautenbegleitung: »Heiland, führe Du Dein Kind« endete die schlichte, tief zu Herzen gehende Feier. Dann nahmen die neu eingesegneten Schwestern von ihren Mitschwestern und Hausangestellten Segenswünsche und Blumengrüße entgegen.

3. Kündigung der Frankensteiner Schwestern im Städtischen Bürgerheim in Striegau 1931. Schreiben von Generalsuperintendent Otto Zänker an den

57 Zu den im Text erwähnten Predigern fanden sich in Silesia Sacra (wie Anm. 28) keine Angaben.

Evangelischen Oberkirchenrat in Berlin vom 13. Juni 1931. Evangelisches Zentralarchiv in Berlin (West), Bestand 7/15553, vollbrüchig beschrieben. 7 Seiten. Randvermerke (Auszug).

... Am 23. Januar d. Js. berichtete die katholische »Volkszeitung« in Striegau unter der Überschrift »Stadtverordnetenversammlung einstimmig gegen den Schwesternterror konfessionslosen Kindern gegenüber im Bürgerheim«:

»Es wird in Abwesenheit der mutigen Männer von der Rechtsfraktion weiter verhandelt und der zweite Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokraten über den evangelischen Terror im Altersheim nach kurzer Aussprache ebenfalls angenommen: Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die sofortige Beantragung der Abberufung der Schwester im hiesigen Bürgerheim durch das Mutterhaus und die Lösung des Vertragsverhältnisses mit dem Mutterhause zum erstmöglichen Termin...

Die Stadtverwaltung betont hierbei erneut, daß jeder Insasse eines städtischen Heims sowie das angestellte Dienstpersonal vollkommen frei in ihrer weltanschaulichen Betätigung sein dürfen und daß von dem leitenden Personal kein Druck nach weltanschaulicher Seite ausgeübt werden darf.

Dieser Antrag, der durch einen Fall veranlaßt ist, bei dem ein konfessionsloses Mädchen unter starken wirtschaftlichen Druck gesetzt worden ist und schließlich gekündigt wird, wurde ebenfalls angenommen und dem Magistrat überwiesen.«

Der Vorstoß kam unerwartet. Die Mitglieder der Rechtsparteien hatten leider die Sitzung wegen eines vorangegangenen Streites, der eine andere Angelegenheit betraf, verlassen.

Darauf wurde am 3. Februar in der Magistratssitzung mit fünf gegen vier Stimmen beschlossen, den evangelischen Schwestern im Bürgerheim zum 1. Juli d. Js. zu kündigen und an ihre Stelle Graue Schwestern anzustellen. Für diesen Antrag stimmten vier Sozialisten und der katholische Dezernent des Bürgerheims, der der Zentrumspartei angehört.

Den Anlaß zu den Beschlüssen ... gab die Entlassung einer konfessionslosen Hausangestellten, die sich als unaufrichtig, unehrlich und aufsässig im Bürgerheim erwiesen hatte. Konfessionelle Fragen spielten dabei keine Rolle.

Von sozialistischer Seite wurde diese Entlassung konfessionell ausgewertet. Irgendwelche Übergriffe, die sich die evangelischen Schwestern im Bürgerheim hätten zuschulden kommen lassen, sind nicht nachgewiesen worden ... Von katholischer Seite wurde der Antrag der Sozialdemokraten in der Stadtverordnetenversammlung aufgenommen, um in das Bürgerheim Graue Schwestern zu bringen, wie das längst erstrebt war. Schon 1930 war vom katholischen Pfarrer beantragt worden, die evangelischen Schwestern

im Bürgerheim durch katholische zu ersetzen ... Durch die Stellungnahme des Magistrats ist ein lebhafter Zeitungsstreit in Striegau entstanden. Nach den Zeitungsäußerungen und nach den uns gegebenen Berichten des Superintendenten⁵⁸ müssen wir das Verhalten der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats als eine grundlose schwere Störung des konfessionellen Friedens in Striegau beurteilen.

Eine Möglichkeit, eine Änderung im Beschluß des Magistrats herbeizuführen, scheint nicht gegeben. Zuerst wollte der Magistrat bei der lebhaften Erregung, die durch seinen Beschluß in Striegau entstanden war, freie Schwestern im Bürgerheim anstellen, hat aber neuerdings davon abgesehen, weil sich die Kosten für diese Schwestern zu hoch stellen. Dagegen haben sich die Grauen Schwestern bereit erklärt, die Arbeit gegen ein Schwesterngeld von monatlich nur 40,-RM zu übernehmen. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden diese bei dieser unerhörten Unterbietung des üblichen Monatsgeldes in das Bürgerheim kommen.

Unterschrift

Zänker⁵⁹

58 Superintendent des Kirchenkreises Striegau war zu dieser Zeit Karl Göhler. Vgl. *Silesia Sacra* (wie Anm. 28), S. 241.

59 Otto Zänker, geboren am 29. Juni 1876 in Herzkamp/Westfalen; Studium der Evangelischen Theologie in Erlangen, Greifswald und Halle; Pfarrer in Halle, Godesberg/b. Bonn und Viersen; von 1925 bis 1941 Generalsuperintendent und Bischof von Schlesien; gestorben am 30. Januar 1960. Vgl. Wilhelm RAHE (Hg.), *Bischof Otto Zänker (1876–1960)*, Ulm 1967 (= Beiheft zum Jahrbuch für Schlesische Kirchengeschichte 1).

Kirche und Schule in der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung in Schlesien

VON BERNHARD BUSCHBECK

Einleitung

Der große Abbruch

Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges ging für Deutschland zugleich eine Welt zuende. Das unwürdige und peinliche Abtreten einer Dynastie, deren letzter Repräsentant, Kaiser Wilhelm II., sein Volk »herrlichen Zeiten« entgegenführen wollte, wurde von vielen Deutschen als ein solcher Bruch in ihren Hoffnungen und in ihrem Lebensgefühl empfunden, daß sie nicht in der Lage waren, den Neuanfang im Sinne einer parlamentarischen (wenn auch sozialistischen) Demokratie mitzutragen und mitzuverantworten.

Es ist viel diskutiert worden, welcher Abbruch tiefer, schmerzlicher und folgenreicher gewesen sei: 1918 oder 1945! Das ist in dieser Verallgemeinerung wohl kaum zu beantworten. Aber daß dieses Krisengefühl und das Bewußtsein, in einer Zeit totalen Umbruchs zu stehen, in breitesten Kreisen empfunden wurde, zeigt etwa der große Erfolg von Oswald Spenglers zivilisationskritischem Werk »Der Untergang des Abendlandes«, dessen erster Band 1918 erschien.

Die Stellung der evangelischen Kirche zum neuen Staat

Für die evangelische Kirche – und ganz besonders für die preußische und schlesische – bedeutete das Ende des Krieges 1918 zugleich das Ende eines Jahrhunderte alten Bündnisses von Thron und Altar in seiner spezifischen Ausprägung durch die landesherrlichen Kirchenverfassungen. Nach Schätzungen von Hans-Walter Krumwiede waren zu diesem Zeitpunkt ca. 80 % der Pfarrerschaft im evangelischen Deutschland konservativ-national eingestellt¹. Sie standen im Grunde dem neuen, aus einer Revolution geborenen Staat mißtrauisch oder beziehungslos gegenüber und hofften insgeheim auf eine Wende. Es dürfte in diesem Zusammenhang von Interesse sein, daß

1 Krumwiede, Geschichte des Christentums, S. 195.

mitunter sogar die Anwendung der paulinischen Weisung Röm 13, 1–7, auch der heidnischen Obrigkeit gehorsam zu sein, auf die demokratische Staatsform bestritten wurde².

Das Verhältnis der Kirchen gegenüber der neuen Republik bestand zunächst einmal darin, Rechte zu wahren und abzusichern. (Hier besteht interessanterweise eine Parallele zur Entwicklung nach 1945!) Eine aufbauende Partnerschaft von Kirche und Staat konnte so kaum entstehen.

Sicher gab es auch andere Stimmen als Antwort auf die revolutionäre Veränderung, etwa die »Volkskirchenbewegung« mit ihren Verbindungen zum religiösen Sozialismus. So fordert zum Beispiel Martin Rade im November 1918 die Bildung von »Volkskirchenräten«, die eine auf freie Wahlen gestützte Kirchenverfassung erarbeiten sollten.

Aber das Urteil Krumwiedes bleibt aufs Ganze gesehen gültig: »Das Verhältnis der ev. Kirche zur Weimarer Republik ist durch ein beiderseitiges Sich-Versagen gekennzeichnet«³, wenn auch längst nicht alle maßgebenden Vertreter der Regierungsparteien aktiv kirchenfeindlich waren. Karl-Wilhelm Dahm hat 1965 in den Dortmunder Schriften zur Sozialforschung (Bd. 29) eine Untersuchung über »Pfarrer und Politik« vorgelegt, die das hier nur Angedeutete überzeugend belegt.

Die schlesische Kirche im Umbruch

Die kirchenpolitische Stellung der schlesischen Kirche zur Weimarer Republik ist im allgemeinen im Rahmen der Entwicklung des Verhältnisses von Kirche und Staat im Lande Preußen zu sehen. Und doch hatte die schlesische Kirche am Ausgang des Weltkrieges ihre spezifischen Belastungen zu tragen: 1919 beziehungsweise 1922 verliert sie 17 Gemeinden in Ostoberschlesien, das Polen zugeschlagen wird; darüber hinaus werden weitere Gemeinden im Kirchenkreis Groß-Wartenberg und im Hultschiner Ländchen polnisch beziehungsweise tschechisch. Auch wenn diese Gemeinden noch in einer lockeren Beziehung zur schlesischen Provinzial-Synode standen, bedeutete ihre Polonisierung einen Aderlaß für die schlesische Kirche. In diesen Gebieten mischte sich die Konfessionsfrage mit der Sprachenfrage (»evangelisch« wurde mit »deutsch« gleichgesetzt; viele evangelischen Lehrer verließen das Land oder wurden ausgewiesen). Das brachte für das Verhältnis von Kirche und Schule in Ostoberschlesien seine eigene Problematik⁴.

Neben diesen direkten Kriegsfolgen und -verlusten nennt Hellmut Eber-

2 Krumwiede, Evangelische Kirche, S. 10.

3 Krumwiede, Geschichte des Christentums, S. 195.

4 S. dazu G. Schmidt und O. Wagner (im Literaturverzeichnis).

lein die zunehmende Verarmung der schlesischen Kirche durch die Inflation als bedrohliche Erschwerung der kirchlichen Arbeit auf allen Ebenen. »Die Inflation bedeutete für die Kirche eine Art zweiter Säkularisation, d.h. Verlust der kirchlichen Vermögenswerte an den Staat⁵.« Gerade für den Kampf um die evangelische Schule und für die Auseinandersetzung mit antievangelischen, konfessionalistischen und weltanschaulichen Kräften wirkten sich diese, nicht zuletzt durch Kriegsanleihen der Kirche (!) verursachten Vermögensverluste lähmend aus.

Kirche und Schule in der Phase vor der Weimarer Verfassung

Die Länderregierungen und ihre vorläufigen Versuche einer Regelung

Die neue Reichsregierung unter dem Sozialdemokraten Friedrich Ebert nahm 1918 aus den Händen des bisherigen Kanzlers Prinz Max von Baden ein schweres Erbe entgegen. Sie bildete mit ihren drei sozialdemokratischen Ministern und ebensovielen der Unabhängigen Sozialisten eine sozialistische Führungsgruppe, unter der aber in den Ministerien und Verwaltungen die alten, zum Teil monarchistisch, zumindest aber deutsch-national orientierten Beamten eine grundlegende Neuregelung des Verhältnisses von Kirche, Schule und Staat erschwerten oder unmöglich machten. So nimmt es nicht wunder, daß die Reichsregierung diese Probleme zunächst zurückstellte und mehr oder weniger den Länderregierungen überließ, die überwiegend in der Hand sozialistischer Koalitionen lagen.

Die Regelungen in Preußen

Schon am 15. November 1918 begann die preußische Landesregierung mit einem Angriff auf die bisherigen kirchlichen und schulischen Rechtsstellungen. Diese auch schlesische Verhältnisse betreffenden Änderungsversuche wurden von »Zehn-Gebote-Hoffmann«, dem so nach einer polemischen Schrift (»Die 10 Gebote und die besitzende Klasse«) genannten Kultusminister und Unabhängigen Sozialisten Adolf Hoffmann initiiert.

Er verfügte unter anderem folgende Regelungen, die zum Teil noch heute Gegenstand von Auseinandersetzungen zwischen Staat, Kirche und Schule geblieben sind. Es seien nur die wichtigsten genannt:

- Kinder sollten auf Wunsch ihrer Eltern vom Religionsunterricht befreit werden können.
- Die kirchliche Schulaufsicht am Ort sollte aufgehoben werden.
- Das Schulgebet sollte wegfallen.

5 EBERLEIN, S. 221.

- Lehrer sollten nicht mehr gegen ihren Willen zum Halten von Religionsunterricht und zur Aufsicht bei Schulandachten beziehungsweise -gottesdiensten verpflichtet sein.
- Kinder sollten nicht gegen ihren Willen zum Besuch des Religionsunterrichtes gezwungen werden.
- Im Religionsunterricht sollten keine Aufgaben mehr verteilt werden, was sich besonders auf das Auswendiglernen von Bibel- und Gesangsbuchversen bezog.

Mitverfasser dieser sogenannten Novembererlasse war unter anderen auch der Pädagoge Gustav Wyneken, als Reformpädagoge vor allem durch die Landschulbewegung bekannt. Seine Motive waren nicht sozialistischer Art. In seinem von der Jugendbewegung geprägten Idealismus wollte er an die Aussagen der Hohen Meißner Formel von 1913 wieder anknüpfen: »Erziehung zur Selbstverantwortung und Selbsterziehung.« Ein neues Verhältnis der Kameradschaft zwischen Lehrer und Schüler sollte anstelle des »Ungeistes der toten Unterordnung«, wie er ihn in der religiösen Erziehung zu erkennen glaubte, in die Schule einziehen.

Die Reaktion auf diese noch relativ gemäßigten Vorstöße der preußischen Landesregierung war unerwartet heftig. Die Kirchen protestierten; in Berlin gingen 60 000 Menschen gegen den Abbau religiöser Elemente auf die Straße. Der Widerstand, besonders auch von katholischen Kreisen vorgebracht, weitete sich auf andere preußische Gebiete aus, so daß die Bestimmungen des Kultusministeriums ein halbes Jahr nach ihrem Erscheinen im wesentlichen wieder aufgehoben werden mußten (1. April 1919).

Ein wichtiges politisches Argument für die Zurücknahme der Novembererlasse waren die Separationsbewegungen im Rheinland und in Oberschlesien. Sie bekamen durch die wenig durchdachte Schulpolitik der preußischen Regierung neuen Auftrieb. Der Aufruf zur Gründung eines selbständigen Freistaates Oberschlesien vom 20. Dezember 1918 war eine der Antworten auf die Versuche, Positionen der Kirche in der Schule infrage zu stellen⁶.

Ähnliche Entwicklungen wie in Preußen gab es in Sachsen. In Bayern wurde Religion zur Sache der Kirche erklärt und ein Ethikunterricht ohne religiöse Inhalte eingeführt, in Hamburg 1919 jeglicher Religionsunterricht durch den Arbeiter- und Soldatenrat abgeschafft, ebenso auch in Bremen. Andererseits gab es in Baden-Württemberg und Hessen kaum Konflikte in der Schulfrage.

6 GEBHARDT, Handbuch IV, 1, S. 303.

Die Stellung der Kirche in der Weimarer Verfassung

Die Kirche im religiös neutralen Staat

Was die einzelnen Länder nicht leisten konnten, sollte eine durch freie Wahlen zustande gekommene Nationalversammlung vollbringen. Die Wahlen dazu fanden in einer aufgewühlten Zeit Januar 1919 statt. Anfang Januar waren Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von nationalistischen Freikorps-Offizieren ermordet worden! Vor allem die Schulfrage (weltliche Schule contra Konfessionsschule als Grundkonflikt) lieferte eine die Gemüter zutiefst erregende Thematik.

Die am 11. August 1919 proklamierte Weimarer Verfassung blieb allerdings weit hinter den Vorstellungen der Sozialisten zurück. Sie forderten eine radikale Trennung von Kirche und Staat und eine Eingrenzung der Religion als Privatsache, wie sie schon im Erfurter Programm der SPD 1891 festgeschrieben worden war. Der Art. 137 der Weimarer Verfassung erklärte zwar: »Es besteht keine Staatskirche.« Aber der Streit ging angesichts der nicht zu übersehenden gesellschaftlichen Bedeutung der Kirche um die Frage, ob der Status eines privaten Vereins angemessen sei. Die Nationalversammlung entschied sich gegen die sozialistischen Vorstellungen für den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts mit allen Konsequenzen: Zum Beispiel die Pfarrer als öffentlich-rechtliche »Beamte«, das Recht der Kirche als öffentliches Recht, die Berechtigung Steuern mit Hilfe der staatlichen Steuerlisten zu erheben.

Von einer radikalen Trennung, wie sie etwa in Frankreich 1905 vollzogen wurde, konnte keine Rede sein, wenn auch die besondere, privilegierte Position teilweise beschränkt wurde. Es blieben aber zum Beispiel der Sonntags- und Feiertagsschutz (Art. 139), das Recht auf religiöse Betätigung der Kirche in staatlichen beziehungsweise öffentlichen Institutionen (Strafanstalten, Krankenhäuser, Militärseelsorge [Art. 141]) und anderes mehr. Die meisten Kompromisse oder »halben« Regelungen aber betrafen die Schule und ihr Verhältnis zur Kirche.

Die Regelungen von Weimar haben 1949 ihren ungekürzten Platz im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gefunden, wo es in Art. 140 (Weitergeltung von Artikeln der Weimarer Verfassung betreffend Religionsgemeinschaften) heißt: »Die Bestimmungen der Artikel 136, 137, 138, 139 und 141 der deutschen Verfassung vom 11. August 1919 sind Bestandteil dieses Grundgesetzes.«

Die Schulfrage als Kompromiß

Die Weimarer Verfassung hat sich ausführlich mit Fragen der Schulorganisation, der Schulaufsicht und der Unterrichts- und Erziehungsziele geäußert, wie ihre Schulartikel bezeugen (Art. 142–150). Gleichwohl ist es nicht zu einer tiefgehenden Änderung der Verhältnisse gekommen, Reformbestrebungen haben sich kaum durchgesetzt. Vielmehr wurden die Probleme aus der Zeit vor dem Weltkrieg aufgenommen und in Form einer ganzen Reihe von Kompromissen weitergeschoben. Zu einer konsequenten Lösung, wie sie etwa in Frankreich mit der »école laïque« erreicht wurde, kam es nicht. Dieter Stoodt urteilt: »In bezug auf die Kirche verordnete sich die ›verspätete Nation‹ eine ›hinkende Trennung‹⁷.« Wie diese Trennung aussah, war in den einzelnen Ländern der Republik verschieden: Von der Abschaffung des konfessionellen Religionsunterrichts in Bremen (dort allerdings in einer alten aufklärerisch-liberalen Tradition begründet) bis zu den radikalen Forderungen der Sozialisten in Preußen, die Kirche aus der Schule ganz zu verdrängen, ist die Richtung unklar und auslegungsbedürftig. Auch die Termini der Weimarer Verfassung bleiben unpräzise; so war es zum Beispiel nicht recht erkennbar, inwieweit sich die »Gemeinschaftsschule« im Verfassungstext von der überkommenen Simultanschule unterscheidet.

Die Schulorganisation und die Schulwirklichkeit

Drei Schultypen und drei »Säulen«

Die Regelschule im Weimarer Staat sollte nach Art. 14 die *Gemeinschaftsschule* sein, das heißt ein Schultyp, in dem Kinder aller weltanschaulichen Richtungen gleichberechtigt leben und lernen sollten. Aber die Schulwirklichkeit zeigte, daß sich die Gemeinschaftsschule praktisch kaum von der *Simultanschule* der Vor-Weimarer-Zeit unterschied, weil sie meist von Schülern der *beiden* führenden Konfessionen besucht wurde. Daß in beiden Typen Religionsunterricht, und zwar als Pflichtfach erteilt werden müsse, war selbstverständlich.

Daneben wurden auch die *Konfessionsschulen* ausdrücklich in Art. 14 als öffentliche Schulen zugelassen. Sie waren als *evangelische* oder *katholische* Schulen die übliche Form in Preußen und auch in Schlesien. Im übrigen wird in einer rein evangelischen Gegend die Simultanschule sozusagen von selbst zur Konfessionsschule (mit eventuell katholischer Minderheit) und umgekehrt!

Die Weimarer Verfassung nennt noch einen dritten Schultyp neben

7 STOODT, Arbeitsbuch, S. 95.

Gemeinschafts-(Simultan-)schule und Konfessionsschule: Auf die für alle gemeinsame Grundschule (vier Jahre) konnte auch eine *weltliche Schule* ohne religiöse Prägung und Religionsunterricht folgen. »Innerhalb der Gemeinden sind (...) auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb (...) nicht beeinträchtigt wird« (§ 146).

Gemeint sind die sogenannten *weltlichen* oder *Sammelschulen*. An ihnen sollte (anstelle von Religionsunterricht) eine ethische und moralische Unterweisung erfolgen.

Es bestehen damit also drei staatlich sanktionierte und alimentierte Grundtypen:

- die Konfessionsschule in evangelischer oder katholischer Form
- die Simultan- oder Gemeinschaftsschule
- die »weltliche« oder Sammelschule.

Hinzu kamen noch die zahlreichen, staatlich anerkannten Privatschulen, zumal für katholische Kinder grundsätzlich nur konfessionell-katholische Schulen in Frage kamen, gemäß der Weisung Leos XIII. aus dem Jahre 1884: *Ecclesia semper scholas, quas appellant mixtas vel neutras, aperte damnavit*⁸.

Allerdings wurden private Vorschulen (dreijährig), die oft in Verbindung zu einer höheren Schule standen, abgeschafft und das Volksschulprinzip in der vierjährigen Grundschule »für alle« eingeführt. Die grundsätzliche Versäulung des Schulsystems in die drei »Säulen« Volksschule, Realschule und Gymnasium blieb dadurch unberührt.

Aber nach den vier gemeinsamen Vor- oder Grundschuljahren sollte als Kriterium für den Übergang eines Schülers an eine weiterführende Schule nur »Anlage und Neigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis seiner Eltern« gelten (Reichsgesetz 1920). Hier haben sich offensichtlich von der Reichsschulkonferenz initiierte reformpädagogische Impulse, die sonst im parlamentarischen Streit untergingen, durchgesetzt. Das Grundschulgesetz war ein Erfolg: Die Zahl der Sextaner, das heißt der Schüler der Eingangsklasse des Gymnasiums verdoppelte sich von im Jahre 1910 = 8,9% auf 17,6% im Jahre 1928⁹.

Der Graben zwischen militanten Sozialisten, Evangelischem Konsistorium, Schulreformern und den Vertretern des römischen Kirchenrechts (1918 Codex Iuris Canonici!) war nur durch Kompromisse zu überbrücken.

8 Ebd., S. 123.

9 GEBHARDT, Handbuch IV, 1, S. 300.

Ein Blick auf eine nach Angaben des Statistischen Jahrbuches für 1932 erstellte Statistik zeigt die wirkliche Situation jenseits des anhaltenden Streites der Ideologien¹⁰:

Die Zahl der Volksschulen 1931–1932

Gebiete	insg.	Ev.	Kath.	Jüd.	Sim.	Weltlich
Niederschlesien	3 294	2 266	967	–	33	28
Oberschlesien	1 205	232	958	3	12	–
Preußen insg. (ohne Saargebiet)	33 479	23 152	8 723	95	1 220	289
Deutschland	52 959	29 020	15 256	97	8 291	295

Die faktische Konfessionalisierung des Volksschulwesens

Es ist sehr aufschlußreich, die Volksschulen und ihre Zuordnung zu einem der oben genannten Schultypen für Deutschland insgesamt, für das Land Preußen und schließlich für die preußischen Provinzen Nieder- und Oberschlesien zu analysieren. So fällt zunächst auf, daß von den ca. 53 000 Volksschulen, die 1931/32 in Deutschland gezählt wurden, ungefähr 45 000 als evangelische beziehungsweise katholische Schulen angeführt werden.

Hinzu kommen noch ca. 8 000 Simultanschulen, deren konfessionelle Prägung aufgrund der oben dargestellten Kompromisse vorausgesetzt werden kann. Die nichtreligiösen, sogenannten Weltlichen- oder Sammel-Schulen fallen mit rund 300 kaum ins Gewicht. Eigene jüdische Volksschulen als öffentliche Konfessionsschulen (bisweilen auch integriert in eine Simultanschule als sogenannte christlich-jüdische Volksschule) hat es praktisch nur im Lande Preußen gegeben (95 Schulen).

Eine Untersuchung der Zahlen für Nieder- und Oberschlesien zeigt eine relativ geschlossene religiöse Struktur. Die Weltlichen Schulen, die es als Typ in Oberschlesien überhaupt nicht gibt, schlagen für Niederschlesien mit 28 Volksschulen kaum zu Buche; auch Simultanschulen sind mit 33 (Niederschlesien) und 12 (Oberschlesien) nur gering vertreten. Den Hauptanteil hat die konfessionelle öffentliche Schule (vermutlich mit einer Minderheit der jeweils anderen Konfession). In Zahlen heißt dies für Niederschlesien 2 266 evangelische Volksschulen und nur 967 katholische, für Oberschlesien 958 katholische Schulen und nur 223 evangelische, entsprechend der konfessionellen Struktur der beiden Schlesien. Vermerkt seien für Oberschlesien noch drei öffentliche jüdische Volksschulen.

10 HELMREICH, Religionsunterricht, S. 187.

Die inneren und äußeren Bedingungen der religiösen Erziehung

Die Beziehungen Lehrer/Pfarrer

Die Weimarer Republik hat, ohne daß sich größerer Widerspruch erhoben hätte, der sogenannten »Geistlichen Schulaufsicht« faktisch ein Ende gemacht. Abgeschafft war sie schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als der Staat seinen Einfluß (nicht zuletzt im sogenannten »Kulturkampf«) festigen wollte. Aber die staatlichen Schulaufsichtsbeamten waren häufig wiederum Kleriker oder evangelische Pastoren, die als Kreisschulinspektoren eingesetzt wurden. Auch der Pastor loci konnte im örtlichen Schulvorstand einen erheblichen Einfluß ausüben.

Art. 144 der Weimarer Verfassung versuchte noch einmal ganz klar und deutlich zu sagen: »Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates; er kann die Gemeinden daran beteiligen. Die Schulaufsicht wird durch hauptamtlich tätige, fachmännisch vorgebildete Beamte ausgeübt.« Man kann der Kirche nur gratulieren, daß sie dieses, das Verhältnis Pfarrer/Lehrer belastende Instrument der Gängelung und Demütigung losgeworden ist. Ähnlich wie die berüchtigten (aber schon 1870 wieder abgeschafften) Stiehlschen Regulative von 1854, deren Aufgabe es war, den aufmüpfigen Lehrernachwuchs zu dämpfen, hat das Stichwort »Geistliche Schulaufsicht« (obgleich es inzwischen ein Stück Geschichte geworden ist) bis in die jüngste Zeit immer wieder Anlaß zu Mißverständnissen und Irritationen im Bezugsfeld Pfarrer/Lehrer gegeben. Selbst 1919 waren die Verpflichtungen des Lehrers zu bestimmten Küsterpflichten nicht überall verschwunden. Hingegen hielt sich die Verbindung von Lehrer- und Kantorenstelle in vielen Fällen bis in jüngere Zeit und zum Segen für die Gemeinden durch. So gespannt und komplexbeladen das Verhältnis Pfarrer/Lehrer manchmal auch gewesen sein mag, es bildete sich zumindest in den preußischen Ostprovinzen keine ausgesprochen antireligiöse, laizistische Front, wie sie zum Beispiel der französische Kampf um die école laïque hervorgebracht hatte.

Die Lehrerbildung

Es ist hier nicht der Ort, die Geschichte der Lehrerbildung nachzuzeichnen. Nur insofern sie Licht auf die Beziehung von Kirche und Schule wirft und das komplexe Verhältnis von Pfarrerschaft und Volksschullehrerschaft mit deuten kann, sollen einige wichtige Etappen genannt werden.

Während sich um 1800 die Lehrer aus den unterschiedlichsten Bereichen (Küster, verarmte Handwerker, ausgemusterte Unteroffiziere, Menschen mit abgebrochenen Bildungsgängen und andere) rekrutierten, und von einer systematischen Ausbildung nicht die Rede sein konnte, haben sich nach

1800 (nicht zuletzt aufgrund solcher Modell-Seminare wie das Franckesche in Halle) die Lehrerseminare sprunghaft durchgesetzt, in Preußen im Zeitraum von 1808 bis 1840 von 14 auf 38. Die Lehrerbildung entwickelte sich dann zu einem sechsjährigen Kurs: Drei Jahre eine Art Meisterlehre, zum Teil bei einem erfahrenen Schulmeister oder in der sogenannten »Präperandie«, wie sie in Schlesien bis 1923 zu finden war, und drei Jahre Seminar. Die Seminardirektoren kamen zum Teil aus der Pfarrerschaft und zeichneten sich meist durch orthodoxe Gesinnung aus. Die Verweigerung einer wissenschaftlichen Ausbildung zugunsten einer eher methodischen hatte bislang die Volksschullehrerschaft von den geistigen Strömungen der Zeit ferngehalten und eine ressentimentträchtige Halbbildung erzeugt. Hier brachte die Weimarer Zeit Neues, wenn auch nicht für das gesamte Reichsgebiet. Außer Bayern und Württemberg, die am System der Lehrerseminare festhielten, haben die anderen Länder entweder eine universitäre Ausbildung (zum Beispiel Hamburg, Hessen, Sachsen) oder – wie in Preußen – eine verbesserte, mehr wissenschafts-orientierte Ausbildung an den sogenannten »Pädagogischen Akademien« eingerichtet. Nach neun Jahren höherer Schulbildung folgten zwei Jahre Akademiestudium, wie es vom damaligen preußischen Kultusminister Carl Heinrich Becker (SPD) im Sinne der Reformpädagogik Eduard Sprangers konzipiert worden war. Die Akademien waren jeweils konfessionell ausgerichtet, bis auf eine Simultan-Akademie in Frankfurt (Main).

Der Artikel 134 Absatz 2, durch den die Lehrerbildung geregelt werden sollte, war nur zum Teil erfüllt worden: »Die Lehrerbildung ist nach den Grundsätzen, die für die höhere Bildung allgemein gelten, für das Reich einheitlich zu regeln.« Die geforderte Einheitlichkeit erfolgte erst 1933 als Gleichschaltung zu ideologisierten Hochschulen für Lehrerbildung beziehungsweise seit 1941 zu im Niveau abgesunkenen Lehrerbildungsanstalten (LBA).

Ziele der Schule und theologische Strömungen in der Religionspädagogik

In einer überwiegend konfessionell verfaßten Schule (vier Fünftel aller Schulen!), wie sie die Weimarer Zeit kennzeichnet, hat Religion als »ordentliches Lehrfach«, dessen Inhalte »in Übereinstimmung mit den betreffenden Religionsgemeinschaften« zu definieren sind (Art. 149), einen festen Platz. Wie selbstverständlich werden die großen Inhalte Biblische Geschichte, Katechismus, Gesangbuch, eventuell noch »Lebensbilder« aus der Kirchengeschichte weitergegeben, Texte eingeübt und teilweise als »eiserne Ration« auswendig gelernt. Für die ältere Lehrergeneration war dies schon durch die enge kirchlich-konservative Prägung in den Königlich Preußischen Lehrerseminaren gegeben. Den durch antireligiöse Gruppen herangetragenen

Auseinandersetzungen mit dem naturwissenschaftlich-materialistischen Weltbild, zum Beispiel in der Frage »Schöpfung oder Evolution?«, waren sie kaum gewachsen. Verunsicherung und Beunruhigung waren die Folgen.

Wichtig scheint auch das geistliche Leben der Schule in Andachten, Schulgottesdiensten, Schulgebet, christlichen Festen und anderem für das Bild der Schule zumindest in den östlichen Provinzen gewesen zu sein.

Neben solch »positiver« (Bezeichnung für orthodox konservative Einstellung) Kontinuität mit der Vor-Weimar-Zeit gab es in Anlehnung an die großen Zeitströmungen in der Theologie¹¹ »liberale« Konzeptionen, freilich eher an Gymnasien als an Volksschulen. Hier wäre Friedrich Niebergall zu nennen, der den Schüler mit psychologischer Empathie das »eigentliche Lebensbild Jesu« nahebringen will¹², aber vor allem auch R. Kabischs Buch »Wie lehren wir Religion?«¹³. Gegen diese liberale Auffassung vom Religionsunterricht als Teil des von der Schule zu vermittelnden Kulturgutes wendete sich die Dialektische Worttheologie Karl Barths, in Schlesien vermittelt durch den Breslauer Theologen Friedrich Gogarten (1887–1967)¹⁴.

Schluß

Am Ende einer Betrachtung über das Verhältnis Staat, Kirche, Schule bleibt festzuhalten, wie wenig der so fundamentale Abbruch, der mit dem Jahre 1918 signalisiert ist, sich auf die religiöse und schulische Erziehung (dem klassischen Konfliktstoff der offiziellen Beziehungen von Kirche und Staat) ausgewirkt hat. Die Strukturen von vor 1918 existierten weiter. Die von den Sozialisten und anderem geplante Entkonfessionalisierung der Schule war weit abgeschlagen. Leider war von reformpädagogischen Ansätzen in der Praxis der Schulen wenig zu spüren. Andererseits war durch die gelungene Einführung der gemeinsamen vierjährigen Grundschule ein guter Weg zur Demokratisierung der Schule begonnen worden, der aber mit 1933 endete.

Im übrigen hebt die neuere bildungsgeschichtliche Forschung durchgängig die Kontinuitätslinie hervor, »die Weimar auch bildungspolitisch und bildungsgeschichtlich viel stärker mit dem NS-Regime verknüpft, als es ein bis heute weit verbreitetes Geschichtsbild wahr haben will, das allzusehr auf 1933 als tief einschneidende Zäsur fixiert ist«¹⁵.

Die preußische und damit auch die schlesische Kirche hat die Entwick-

11 KRUMWIEDE, Geschichte des Christentums, passim.

12 OTTO, LOTT und DOERGER, Einführung, S. 155.

13 Hg. von H. TÖGEL, 7. Auflage 1931.

14 KRUMWIEDE, Evangelische Kirche, S. 250.

15 So Peter REICHEL, in: Die Zeit, Nr. 37 vom 7.9. 1990.

lung des Schulwesens in der Krisenzeit nach 1918 mit erkämpft und ihren Einfluß auf das staatliche Erziehungswesen behalten. Es erwies sich damit wiederum, daß die Schule selten Vorreiter der Gesellschaft ist, sondern immer wieder nur ihr Abbild und Konterfei. Ein radikaler Bruch in der geschichtlichen Entwicklung passierte nicht, am wenigsten in der Schule!

Das Fazit von Helmreich in seiner Analyse der Weimarer Zeit kann nur bestätigt werden: »Zweifellos wurde eher in den Schulen als in der deutschen Gesellschaft im ganzen an den überkommenen religiösen Werten festgehalten¹⁶.« Das gilt sicherlich auch für die schlesischen Verhältnisse. Darüber zu reflektieren, ob diese Entwicklung der »hinkenden« Trennung von Staat, Schule und Kirche hilfreich oder schädlich gewesen ist, steht auf einem anderen Blatt.

Literaturverzeichnis

- DAHM, Karl Wilhelm: Pfarrer und Politik. Soziale Position und politische Mentalität des deutschen Pfarrerstandes zwischen 1918 und 1933 (Dortmunder Schriften zur Sozialforschung Bd. 29), 1965.
- EBERLEIN, Hellmut: Schlesische Kirchengeschichte (Bd. 1: Das Evangelische Schlesien, hg. von Gerhard HULTSCH) Goslar ³1952.
- GEHARDT: Handbuch der deutschen Geschichte, 9. Aufl., hg. von Herbert GRUNDMANN, Bd. IV, 1. Teilb., Stuttgart 1973.
- HELMREICH, Ernst Christian: Religionsunterricht in Deutschland, Hamburg/Düsseldorf 1966.
- KRUMWIEDE, Hans-Walter: Geschichte des Christentums, Bd. III, Neuzeit (Theologische Wissenschaft, Bd. 8), Stuttgart ²1987.
- KRUMWIEDE, Hans-Walter: Evangelische Kirche und Theologie in der Weimarer Republik, Neukirchen 1990.
- LANGEWIESCHE, Dieter/Heinz-E. TENORTH (Hg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. V: 1918–45. Die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur, München 1989.
- OTTO, Gert/LOTT, Jürgen/DOERGER, Hans-Joachim: Einführung in die Religionspädagogik, Stuttgart 1977.
- SCHMIDT, Gabriele: Oberschlesien nach der Teilung 1922. Probleme des Minderheitenschulwesens, in: Jahrbuch der schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität Breslau, Bd. XIX, Würzburg 1978, S. 158–176.
- STOODT, Dieter: Arbeitsbuch zur Geschichte des Religionsunterrichts in Deutschland, Comenius Institut, Münster 1985.
- WAGNER, Oskar: Polnisch-Oberschlesien in der Zwischenkriegszeit 1921/22–1934, in: Jahrbuch der schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität Breslau, Bd. XXVIII, Sigmaringen 1987, S. 291–309.

16 HELMREICH, Religionsunterricht, S. 201.

Ulrich Bunzel. Pastor in Schlesien

Eine Biographie zu seinem 100. Geburtstag am 19. Juli 1990

VON EVA BRAND *

Ulrich Bunzel wurde am 19. Juli 1890 als viertes von acht Kindern der Eheleute Emil und Maria Bunzel in Lichtenau geboren. Das erste Kind war ein Mädchen, Esther, die anderen alle Jungen. Ein Bruder starb als Säugling, ein Bruder fiel im Ersten Weltkrieg, ein anderer im Zweiten Weltkrieg. Bis auf den Jüngsten, Paul-Gerhardt, sind alle Theologen geworden, Esther heiratete einen Pfarrer¹. Der Vater Emil Bunzel² war 40 Jahre lang Pfarrer in Lichtenau bei Lauban. In der Lichtenauer Kirche auf der Kanzel des Vaters haben die Söhne alle ihre ersten Predigtversuche absolviert³.

Die Schule besuchten alle in der nahegelegenen Kreisstadt Lauban. Mit einem Pferdewagen wurden sie täglich, zusammen mit dem Sohn des Kantors Opitz, hingebraht und abgeholt. Schwierigkeiten hat die Schule ihnen nicht gemacht. Ulrich erzählte zum Beispiel gern und nicht ohne ein wenig Stolz, daß der Direktor der Schule recht erstaunt war, als er kurz vor dem Abitur nach Lehrbüchern für Hebräisch fragte. »Sie werden wohl jetzt anderes zu tun haben!« Anscheinend konnte er aber neben der Schule auch noch anderes tun als nur lernen.

Von den anderen Dingen, die er gerne tat, möchte ich zwei erwähnen. Ein Pastor auf dem Lande bekam früher ein recht bescheidenes Gehalt, ein

* Die Verfasserin ist eine Tochter von Pastor Ulrich Bunzel.

1 Die biographischen Angaben zu den Geschwistern Bunzel und die Literatur zur Familiengeschichte der Bunzel finden sich im Anhang I und II.

2 Emil Richard Gotthelf Bunzel, geb. 14. 9. 1859 in Alt-Jäschwitz bei Bunzlau, Vater Kantor, ord. 17. 1. 1884, Pfarrvikar in Gablenz, Pastor in Lerchenborn bei Lüben, seit 1. 11. 1886 in Lichtenau. Gest. 12. 7. 1927 in Breslau, begr. in Lichtenau. Verh. 20. 4. 1885 mit Maria Margarete Hirche, gest. 21. 6. 1934 in Breslau; nach: Johannes GRÜNEWALD, Beiträge zur Kirchen- und Pfarrergeschichte von Schreibendorf, in: Heimatblatt Strehlen-Ohlau, Jg. 1960, Nr. 8–12; 1961, Nr. 1–2.

3 Seinem Heimatort hat Ulrich Bunzel die ersten beiden – es sollten ungezählte weitere folgen – Zeitungsaufsätze gewidmet: a) Aus der Heimat. Geschichte der Lichtenauer Kirche, in: Görlitzer Nachrichten vom 6. 10. 1912; b) Land und Leute von Lichtenau in den letzten drei Generationen, in: Laubaner Tageblatt vom 3. und 5. November 1912. – Beide Texte als Kopien im Nachlaß, Mappe Nr. 6.

gut Teil seiner Bezüge war Naturallohn. Das heißt: Pfarracker, Hof und Stallungen standen dem Pfarrer zur Vermehrung seines Einkommens zur Verfügung. Ulrich hat gerne wie andere Dorfjungen auf dem Feld mitgearbeitet, seine Vorliebe galt den Tieren. Die Hühnerzucht und später auch Bienenzucht pflegte er besonders.

Aberglaube war noch weit verbreitet in den Dörfern. Die Bauersfrauen hatten oft – mehr oder weniger versteckt und verschämt – Himmelsbriefe, Kettenbriefe, unglückliche Kalender und Ähnliches, woran sie sich orientierten. Ulrich, den das sehr interessierte, hat mancher Frau solch ein »Dokument« mit schöner Schrift sauberlich abgeschrieben, um das Original zu erhalten. Die Frauen waren stolz, daß der Sohn des Pastors sich für so etwas interessierte und ihnen das sogar abschrieb, und er hat sich auf diese Weise eine ganz nette Sammlung zugelegt⁴. Einige Ausarbeitungen hat Bunzel über Volksaberglauben im Laufe der Jahre gemacht⁵.

Die Brüder studierten alle Theologie. Da sie im Alter sehr dicht beieinander waren, studierten meist mehrere gleichzeitig. Es war für die Eltern nicht einfach, fünf Söhne auf die Universität zu schicken, nicht nur nach Breslau auf die nächstgelegene: sie legten Wert darauf, daß die Kinder ihren Gesichtskreis erweiterten. Straßburg und Halle waren die Universitäten, von denen Vater viel erzählte. Dabei hat er auch sehr humorvoll von manchem Streich berichtet, den sie sich als Studiosi erlaubten. Es wurde sicher früher nicht weniger gearbeitet als heute, aber der Sinn für Humor war etwas besser entwickelt als bei unseren heutigen Studenten.

Ulrich Bunzel muß ein sehr fragender, suchender Theologe gewesen sein. Die Frage »Wie kann bei der Relativität aller Geschichtstatsachen *eine* Geschichtstatsache – Jesus von Nazareth – die Grundlage unseres christlichen Glaubens sein?« beschäftigte ihn sehr. Er hat 1910/11 Professoren mündlich oder schriftlich diese Frage vorgelegt. Handschriftliche Antworten der Professoren Adolf von Harnack, Wilhelm Herrmann, Ernst Troeltsch, Reinhold Seeberg, Carl Stange und Wilhelm Nowack sind noch vorhanden, dazu Protokolle über Gespräche mit den Professoren Martin Kähler, Friedrich Loofs, Ferdinand Kattenbusch, Paul Feine, Wilhelm Lütgert und Hermann Mulert⁶.

Orientalistik war während des Studiums Ulrichs Spezialgebiet. Er war

4 Nachlaß, Mappe Nr. 7.

5 U. B., Kriegsaberglauben, 1918, s. Lit.-verz. Nr. 8. – Über dieses Thema sprach er bei seiner Promotion am 22. 5. 1917, nach: Ev. Kirchenblatt für Schlesien, Jg. 1917, S. 292. – U. B., Allerlei Aberglauben im alten Schlesien. In: Schles. Heimatkalender 1964 (Hg. Karl Hausdorff), Blatt 3, 6, 10, 15, 19. – U. B., Vom schlesischen Brauchtum im Ablauf des Jahres, in: Der Schlesier, Leer 1960 (1959), S. 118–124.

6 Nachlaß, Mappe Nr. 16.

Mitglied der »Morgenländischen Gesellschaft« und hatte Syrisch belegt. Für eine geplante Doktorarbeit hatte er sich Unterlagen aus Paris, dem Vatikan, aus dem Britischen Museum, aus Persien und Indien von den jeweiligen Bibliotheken besorgt. Sogar aus Petersburg ließ er sich einen »Syrischen mittelalterlichen Kommentar zur Apostelgeschichte« von Ischodad von Merv schicken: »Seulement pour le études de Monsieur Bunzel.« Als er aus London noch eine Handschrift haben wollte, kam von dort die Aufforderung, die Handschrift aus St. Petersburg nach London zu schicken. Bei allem heftigen Sträuben blieb ihm nichts anderes übrig, als das Dokument nach England abzugeben. Der Professor wollte keinen Ärger haben: »Machen Sie halt eine andere Doktorarbeit!«

Nach dem 1. Examen, das er 1913 in Breslau ablegte, hat er sich für ein Jahr beurlauben lassen für die Ausarbeitung der Lizentiatenarbeit (eine theologische Doktorarbeit). Thema: »Der Begriff der Heiligkeit im Alten Testament«⁷. Auf diese Weise konnte er noch einmal ein Jahr in seinem Elternhaus verbringen und seinem Vater bei der Gemeindefarbeit manches abgucken.

Vom 1. August 1914 bis 22. August 1915 war er Vikar in Petersdorf im Riesengebirge⁸. Es war der Beginn des Ersten Weltkrieges. In seinen Erinnerungen schreibt er: »Bald beginnt ja die für den Pastor so schmerzliche Aufgabe, zusammen mit dem Postdirektor, der die Telegramme erhielt, den Angehörigen die Mitteilung vom Soldatentod ihrer Lieben zu machen. Und ich entsinne mich noch ganz genau, wie ich die erste solche schmerzliche Mitteilung der armen jungen Frau Prokopp in Hartenberg machen mußte. Manche Pastoren waren über diese neue Amtspflicht böse, denn der Pastor galt wohl bald als der schreckliche Bote des Todes. Und es kam vor, daß die Frau oder Mutter einem entgegengerannt kam: »Sagen Sie doch, ist es wahr?«⁹«

Viele soziale Hilfe hat er geleistet, jedoch sagt er ganz klar: »Die wichtigste Arbeit, nicht die umfangreichste, verlief natürlich im Gotteshaus.« Das Riesengebirge hat er in diesem seinem ersten Jahr als Pastor kennen und lieben gelernt. Wir Kinder haben davon später viel profitiert.

Vom 23. August bis 30. September 1915 war Ulrich Bunzel im Lehrerse-

7 Bibliographie, Nr. 1.

8 Sein eigener Bericht darüber in seiner Personalakte beim Ev. Konsistorium, jetzt im Staatsarchiv Breslau, Inw. II, 47 »Śląski Konsystorz Ewangelicki« – hinfert abgekürzt »SKE«, Akte V, 875, 65–68. – Die Aktenstücke aus SKE sowie weitere aus dem Staatsarchiv Breslau, Inw. II, 52 »Rożne Zespoły Ewangelickie« – hinfert zitiert »RZE« – stellte Pfarrer Mag. Dietmar Neß in Wolfsburg zur Verfügung, der auch die Anmerkungen und die Bibliographie bearbeitete und ergänzte.

9 U. B., Besonnte Vergangenheit. Besonnte Gegenwart. Blätter der Erinnerung, Essen 1961/62, masch.-schriftl., S. 28.

minar in Reichenbach/OL. Es war auch damals schon üblich, daß jeder Vikar einige Wochen im Schuldienst arbeiten mußte. Das ist sicher sehr sinnvoll, bedenkt man, wieviel ein Pfarrer im Laufe seiner Amtszeit mit Unterricht und Jugendarbeit zu tun hat. Vom 1. Oktober 1915 bis 30. April 1916 war er Vikar bei Superintendent D. Gerhard Eberlein in Strehlen. Von diesem Vikariat hat er später noch gern erzählt. Er hat seinen Mentor sehr verehrt und viel von ihm gelernt. Eine nette Episode erzählte er manchmal: eine Predigt hatte er vervielfältigen lassen und ein Exemplar Eberlein verehrt. Dieser sagte als Beurteilung: »Es ist erstaunlich, daß Sie jetzt, im Krieg, noch an so gutes Papier kommen.« Vater hat diese Kritik, die seiner Meinung nach sehr deutlich war, von diesem Lehrer angenommen. Mit der Familie Eberlein haben unsere Eltern immer freundschaftlich verkehrt¹⁰.

Am 21. März 1916 machte er das 2. Examen in Breslau mit »Gut«. Das erste hatte er mit »im ganzen gut« bestanden. Am 12. April 1916 wurde ihm die Wahlfähigkeit zugesprochen, am 14. April wurde er ordiniert. In Schlesien fanden die Ordinationen alle in der Magdalenenkirche in Breslau durch den Generalsuperintendenten statt. Vom 1. Mai bis 30. September 1916 war er Pfarrvikar in Leobschütz O/S. Aus dieser Zeit stammen zehn Predigten über das Vaterunser. In seiner Vorbemerkung schreibt er: »Die Predigten stammen nicht ausschließlich von mir. Sie sind nach eingehendem Studium von F. Lahusen, D. Hunzinger, W. Heim, H. Josephson, E. Petran, E. Modersohn ausgearbeitet. Sie wollen und können kein Ausdruck meines Geistes, wohl aber meines Glaubens sein¹¹.« Er hat sie Fräulein Ruth Lange zur Verlobung an ihrem Geburtstag am 26. Juli 1916 gewidmet. Am

10 Unter der Rubrik »Schriften schlesischer Verfasser« schreibt das Ev. Kirchenblatt für Schlesien, Jg. 1923, S. 224: »Dem Gedächtnis G. Eberleins ist die September-Nr. des Gemeindeblattes des Kirchenkreises Strehlen gewidmet. Herausgeber P. Lic. Dr. U. BUNZEL (Schreibendorf, Kr. Strehlen). Zu beziehen durch den Herausgeber; 100000 Mark Selbstkostenpreis und Porto [...]. Wir weisen auf dieses »Ehrgedächtnis«, das gut schlesisch-kirchlich dem Kirchenkreis des Heimgegangenen geboten wird, hin als bedeutsam für die gesamte Provinzialkirche um der Person und des Wirkens der Gesamtkirche willen. Es bietet außer den Gedenkworten des Herausgebers Schilderungen aus D. Eberleins Leben, seinem Wirken, des Begräbnisses und der dabei gehaltenen Reden von P. Lic. H. Eberlein, Gen-Sup. D. Nottebohm, P. Schönermark, Sup. Repke, P. W. Eberlein nach den Niederschriften des Herausgebers. In allem prägt sich die Persönlichkeit des Entschlafenen aus, den wir kannten und ehrten. Diese Gedächtnisnummer ist ein wertvoller Beitrag zu einem umfassenden Bild des Lebens und Wirkens D. Eberleins, das späterer Zeit vorbehalten sein muß. Die in unserem Blatt Nr. 37 veröffentlichte Gedächtnisrede D. Nottebohms, die wir erbat, bringt eine Niederschrift aus der Feder des Redners. G. R[eymann].«

11 Nachlaß: Das Vaterunser. In 10 Kriegspredigten in der Kirche zu Leobschütz O/S als Fortsetzung der zu Petersdorf i. R. begonnenen Vater-Unser-Betrachtungen. Masch.-schriftl., 207 Seiten. – Eine Abschrift, masch.-schriftl., im Archiv der Gem. ev. Schlesier.

2. Oktober wurde Ulrich Bunzel als Pfarrer in der Gemeinde Schreibendorf, Kreis Strehlen¹² eingeführt. Im Gästebuch lautet die erste Eintragung: »Am Einführungstage ins hiesige Pfarramt wünschen wir dem neuen lieben Pfarrherren Gottes reichen Segen zu seinem Wirken und daß er sein Pfarrhaus zum Segen für seine Gemeinde mehrern könne. D. Eberlein Sup., und Frau¹³.«

Am 18. Oktober 1916 fiel sein Bruder Gotthard in Mazedonien. Den Eltern hat Ulrich zu Weihnachten ein BÜchlein »Aus Gotthards Feldpostbriefen« zusammengestellt¹⁴. Die Mutter hat den Soldatentod ihres Sohnes nie ganz überwunden. Sie hatte immer Sorge, Ulrich könne sich auch freiwillig melden. Das hatte er auch getan, ohne es der Mutter mitzuteilen. Wegen seiner damals schon sehr schlechten Augen wurde er nicht eingezogen¹⁵.

Am 20. April 1917 heirateten Ulrich Bunzel und Ruth Lange. Vater Lange war Pastor primarius in Lauban. Die Familien kannten sich seit Jahren. Ruth hatte durch den frühen Tod ihrer Mutter 1910 eine sehr schwere Jugend. Als Achtzehnjährige mußte sie den Pfarrhaushalt mit fünf jüngeren Geschwistern, der Jüngste war sieben Jahre alt, übernehmen. In ihren Tagebüchern berichtet sie aus dieser Zeit, und wir erfahren, daß ihr der »Herr U.« so gut gefiel, aber sie war ja der Meinung, daß sie gar keinen Grund habe, sich irgendwelche Hoffnung zu machen. So schreibt sie dann sehr glücklich über diesen neuen Lebensweg¹⁶. Nur daß sie jetzt Vater und die kleinen Geschwister verläßt, macht ihr das Herz schwer. Zwei ihrer Brüder waren gefallen, Karl 1914 und Siegfried 1916. Vater Langes Gesundheitszustand wurde mit der Zeit sehr schlecht. Er hielt die Trauung. In das Gästebuch trug er ein: »Wie herrlich ist's, Herr Jesu Christ / Im Stande, da Dein Segen ist / Im Stande heil'ger Ehe! Lauban, den 20. April 1917. Vater Lange.«

Kurze Zeit nach der Hochzeit, Ende Mai 1917, fuhren Bunzels nach Breslau. Ulrich hielt in der Aula Leopoldina seinen Promotionsvortrag. Thema der Promotion war: »Q-D-S [Synonym für Heilig in der hebräischen Sprache] und seine Derivate in der Hebräischen und Phönizisch-

12 Vgl. Johannes GRÜNEWALD, Beiträge zur Kirchen- und Pfarrergeschichte von Schreibendorf; s. Anm. 2.

13 Nachlaß, Gästebuch.

14 Bibliographie, Nr. 3. – U. B. erhielt 1918 das Verdienstkreuz für Kriegshilfe (Ev. Kirchenblatt f. Schlesien, Jg. 1918, S. 119). Welcher Art seine Kriegshilfe war, berichtet er selber im Ev. Kirchenblatt, Jg. 1917, S. 361–363; Jg. 1918, S. 36 »Stadtkinder auf dem Lande«: »in Schreibendorf sind mehr als 150 untergebracht...«

15 Dazu in seiner Personalakte ein Schreiben an das Konsistorium, d. d. 1915 August 3: »Ich möchte mit der Waffe dem Vaterland dienen [...]«; SKE V, 875, 63–64.

16 Nachlaß, Tagebücher Ruth Lange.

Punischen Literatur¹⁷.« Man sieht, sein Interesse für Orientalistik hat er auch im aktiven Pfarrdienst beibehalten.

Das unheilvolle Ende des Ersten Weltkrieges hat ihn sehr mitgenommen. »Mit tiefstem Weh im Herzen« schreibt er in seinem Jahresrückblick über die Novemberereignisse 1918: »Soldaten wird folgendes Gedicht auf den Bahnhöfen als Postkarte verteilt:

Das Vaterunser der Revolution

Wilhelm genannt Lehmann, der du warst in Berlin,
vertilgt werde dein Name,
dein Reich verschwinde,
dein Wille geschehe weder im Himmel noch auf Erden.
Unser täglich Brot stehle uns nicht mehr,
und bezahle deine Schuld,
wie du seither nicht bezahlt hast deinen Schuldnern.
Und führe die Menschheit nicht auf die Schlachtbank,
sondern erlöse uns von dir, du Übel.
Denn dir gehört kein Reich,
keine Kraft und keine Herrlichkeit.
In der Hölle brate in Ewigkeit. Amen.

Kann Gott so ein Volk, das so etwas drucken läßt, noch am Leben lassen?
15. 12. 18¹⁸.«

Im Jahresrückblick 1919 hat er neben persönlichen Gedanken auch einige Zeitungsausschnitte eingeklebt: »Die politischen Ereignisse des letzten Monats.« Die Entwicklung bewegte ihn sehr. »Lieber Gott, bewahre uns vor dem Untergange« ist sein Schlußsatz¹⁹. 1920 kann er von der Geburt der ersten Tochter berichten. »Diesem Haus ist Heil widerfahren. Ach, ich hätte ja nicht gedacht, daß ein Kind im Haus solches Licht bringen könnte.«

1921 machte er im Auftrag des Konsistoriums »Schulreisen«, »wo ich in allen Kirchspielen der Kirchenkreise Ohlau, Brieg, Süd-Namslau und viel in Strehlen, aber auch in Waldenburg, Lauban, Lichtenau redete«²⁰. Es ging um den Reichsschulgesetzentwurf zur Frage Bekenntnisschule – Gemeinschaftsschule – bekenntnisfreie Schule. In einem Schreiben des Konsisto-

17 Bibliographie, Nr. 6.

18 Nachlaß, Jahresrückblick 1918.

19 Im Ev. Kirchenblatt f. Schlesien, Jg. 1920, S. 128 findet sich ein empfehlender Hinweis auf einen »längeren, rückschauenden und mit ausgiebigem Beurteilungsmaterial ausgestatteten Artikel« von U. B. mit dem Titel »Ein Jahr glorreiche Revolution, angetan, dem Volk die Augen zu öffnen«, erschienen im Strehleiner »Volksboten«.

20 Besonnte Vergangenheit... (s. Anm. 9), S. 58.

riums vom 15. Mai 1928 bekam er die Einladung zu einer Konferenz in Schulangelegenheiten, um über seine Erfahrungen bei den Vortragsreisen zu berichten²¹. »Das Scheitern des Reichsschulgesetzes hat die Hoffnung auf eine Entspannung im Verhältnis zwischen Kirche und Schule leider wieder völlig in Frage gestellt²².«

Schreibendorf war ein großes Bauerndorf, Ober-, Mittel-, Nieder- und Unter-Schreibendorf. Dazu gehörten noch viele Ortschaften zum Kirchspiel, es war ein reines Diasporagebiet. Durch diese räumlich so weit verzweigte Gemeinde mußte Vater sehr viel unterwegs sein. In den ersten Jahren fuhr er mit dem Fahrrad. Der große Hund Umbri, ein Dobermann, war oft der »Motor«, der ihn zog. 1925 beschaffte er sich ein Motorrad, mit dem er dann die weiten Entfernungen besser bewältigen konnte. Am Ende dieses Jahres schreibt er, daß er etwa 7000 km damit gefahren sei. Daß er trotz dieser Arbeit in den verzweigten Gemeinden immer wieder zu Vorträgen auswärts sein konnte, ist erstaunlich. In jedem Jahresbericht kann man von den verschiedensten Veranstaltungen lesen, an denen er teilgenommen und einen Vortrag gehalten hat. Besonders erwähnen möchte ich, daß er sich in jenen Jahren gründlich mit der sozialen Lage der Arbeiterschaft befaßte und in Schreibendorf selbst eine starke Gruppe des Evangelischen Arbeiter-Vereins leitete²³. Auch ein eigenes Gemeindeblatt hat er herausgegeben²⁴.

Zur großen Freude der Eltern gesellten sich zur Ältesten drei weitere Töchter. Für die Haus- und Pfarrfrau war die Belastung in dem Pfarrhaus, das schon sehr alt und in schlechtem Bauzustand war, groß. In jedem Jahr der Nachkriegs- und Inflationszeit kamen Großstadtkinder, die sich auf dem Land erholen sollten. Dafür waren die Pastorsleute auch zuständig. Es gab oft etwas zu schlichten und zu klären zwischen den gastgebenden Bauern und den Erwartungen der Kinder. Aus dieser Zeit rührt die Bezeichnung »Onkel« und »Tante«, die unsere Eltern

21 Nachlaß, Mappe Nr. 5.

22 So im Schr. des Ev. Kons. – Vgl. U. BUNZEL, Die Schulreform der Sozialdemokratie, in: Ev. Kirchenblatt für Schlesien, Jg. 1920, S. 81, 83, 124/5.

23 Vgl. Bibliographie; Nr. 12, 13, 21. – Über den Ev. Arbeiterverein in Schreibendorf berichtet er selbst im Ev. Kirchenblatt für Schlesien, Jg. 1924, S. 231–233; der Schlußsatz dort: »Was mir die Freudigkeit zur Arbeit gibt und den Mitgliedern die Lust, dazuzugehören, ist das Ziel unseres Vereins: die in unserem Kirchspiel so zahlreich vertretene Arbeiterschaft kirchlich zu interessieren und religiös zu fördern und dabei auch geistig anzuregen und wirtschaftlich zu heben.« – Eine masch.-schriftl. Ausarbeitung »Ev. Arbeitervereine in Schlesien«, 15 Seiten, datiert vom 10. 10. 1962, im Nachlaß, Mappe Nr. 5.

24 Bibliographie, Nr. 7. – Vgl. auch seinen engagierten Aufruf »Schafft neue Gemeindeblätter« im Ev. Kirchenblatt f. Schlesien, Jg. 1920, S. 228/9.

beibehielten. Bischof Zänker begann einmal eine Tischrede: »Jedermann im Lande kannte / eine, die man Tante nannte.«

Da das Haus nicht nur sehr unpraktisch war mit den großen, schlecht heizbaren Räumen, sondern die Räume zum Teil recht feucht waren, drängte Bunzel den Gemeindegemeinderat immer wieder, an einen Neubau zu denken. Leider stieß er auf völlig taube Ohren, so daß an einen Ortswechsel gedacht wurde. Am 27. März 1927 hielt Ulrich Bunzel die Probepredigt in der Haupt- und Pfarrkirche St. Maria-Magdalena zu Breslau über den Text: »Ich bin das Brot des Lebens...« Nach Breslau wollten die Eltern eigentlich nicht so gerne, mit der Bewerbung hatten sie lange gezögert. Als Vater jedoch nach der Probepredigt direkt gewählt wurde, überwand den Eltern den inneren Widerstand gegen die Großstadt und folgten dem Ruf. Die Einführung fand am 3. Juli 1927 statt. Mein Großvater schrieb in das Gästebuch: »Fürs neue Amt und neue Heim Gottes Segen und Kraft für viel Arbeit.«

Wenige Tage nach der Einführung mußte Ulrich Bunzels Vater sich einer schweren Blasenoperation unterziehen. Am 12. Juli starb er. Ulrich schreibt dazu: »Wie furchtbar schwer scheiden zu müssen! Der gute Vater der erste, den ich sterben sah [...], wie hätte ich mich gefreut, wenn er hier in Breslau mein bester Freund werden würde²⁵.« Die Mutter mußte nun ohne ihren Mann von Lichtenau nach Breslau übersiedeln. Auch ihr Sohn Joachim zog am 1. März 1928 nach Breslau an die Lutherkirche, Gemeindebezirk Breslau-Zimpel. So wurde ihr Heim bald zum regelmäßigen Treffpunkt der Brüder. Oft wurde hier diskutiert, mitunter auch recht lautstark.

Die Magdalenenkirche stand mitten im Zentrum der Stadt, zwei Minuten vom Rathaus entfernt. Die beiden Türme waren weit zu sehen, eine Brücke zwischen den Türmen in großer Höhe war ein herrlicher Aussichtspunkt, besondere Attraktion zum Beispiel, wenn der Zeppelin in recht niedriger Höhe darüber hinwegfuhr. Zu Vaters Pfarrbezirk gehörte das Viertel der Ärmsten der Gemeinde, und es gibt so manchen kuriosen Bericht: »Herr Pastor, mein Sohn das ist so einer. Wenn ich den nach Schnaps schicke, säuft er die halbe Flasche unterwegs alleine aus. Den nehmen Sie im Unterricht mal richtig ran!« Bei einem Krankenabendmahl wirft sich ein Mann mit großem Gejammer »Gustl, sullst nich sterben« dauernd auf die Kranke. Pastor Bunzel: »Machen Sie es Ihrer Frau nicht so schwer, nehmen Sie sich etwas zusammen!« Die Frau versucht immer wieder etwas zu flüstern. In der Annahme einer letzten Beichte beugt Bunzel sich nahe über sie, um sie zu verstehen, vergebens. Ein Anwesender erklärt: »Sie sollen dem Mann das Messer wegnehmen!« Tatsächlich hatte der Mann ein

Messer, und mit dem Messer in der einen Hand, dem Abendmahlskelch in der anderen wurde dann die Krankenkommunion gefeiert. Dem liebevollen Ehemann war das Sterben nicht schnell genug gegangen²⁶. Die vier Magdalenenpfarrer hatten beschlossen, zu abendlichen Hausbesuchen einen unserer Kirchendiener um Begleitung zu bitten, da es so unsicher war in dieser finsternen Gegend. Vater tat dies nur in seltenen Ausnahmefällen.

Das Magdalenenpfarrhaus war von der schönen großen Kirche nur durch den Magdalenenplatz getrennt. Direkt neben dem Pfarrhaus war das Magdalengymnasium, und in den ersten Breslauer Jahren hat Vater dort Religionsunterricht erteilt. Er schreibt dazu: »So sehr ich mich zuerst wegen der Rüpelhaftigkeit der Jungen ärgerte, so ist mir jetzt diese Arbeit direkt lieb geworden, und ich hoffe, auch damit manches wirken und Segen schaffen zu können²⁷.« Da der Platz gleichzeitig Schulhof und Durchgang zum Ring war, gab es für uns Kinder wenig Spielmöglichkeiten; so mußte, wenn eben Zeit war, ein Spaziergang unternommen werden. In der Nähe des Pfarrhauses war das »Braune Haus«. Viel Unruhe gab es dadurch auch für das Pfarrhaus, wenn die wilde Jagd Nazis – Kommunisten – Polizei über den Platz ging und mancher bei dem Pastor Hilfe suchte.

1928 wurde Ulrich Bunzel Leiter des Breslauer Kindergottesdienstverbandes²⁸. Diese Arbeit hat ihm immer viel Freude gemacht. Allein der

26 Nach mündlichem Erzählen.

27 Nachlaß, Jahresrückblick 1928.

28 Vgl. Ulrich BUNZEL, Die Kindergottesdienstarbeit in Schlesien, in: Vom Diakonischen Werk in der evangelischen Kirche Schlesiens, Ulm 1957, S. 190–196. – Über die Kindergottesdienstarbeit hat U. B. in den evangelischen Gemeindeblättern vielfach berichtet. – In der Nachlaß-Mappe Nr. 9 sind folgende Berichte und Kleinschriften erhalten:

a) Katechismus, welcher der ganzen Heiligen Schrift kurzer Auszug und Abschrift ist, eine Kinderlehre [...]. Für die Hausväter und Hausmütter unserer Kindergottesdienste in dem Katechetischen Lehrgang im Lehmgrubener Diakonissenmutterhaus [im Herbst 1940] ausgelegt. Breslau [1940], 32 Seiten.

b) Von den Katakomben bis zu den Zeichen der Zeit. (10 Kapitel Kirchengeschichte.) Für unsere Helfer(innen) [in der Kindergottesdienstarbeit], Breslau [1940], 36 Seiten.

c) Dient dem Herrn mit Freuden. [Rechenschaftsbericht 1938, d. d. 1939 Jan. 1]. Doppelblatt.

d) Herr, ich habe lieb die Stätte Deines Hauses und den Ort, da Deine Ehre wohnt. [Rechenschaftsbericht 1939, d. d. 1940 Jan. 1], 8 Seiten.

e) Suchet den Herrn, so werdet ihr leben. [Rechenschaftsbericht 1940, d. d. 1941 Jan. 1], 8 Seiten.

f) 52. Jahresversammlung des Schlesischen Kindergottesdienstverbandes in Görlitz vom 24. bis 26. Mai 1940. – Bibel- und Helferfreizeit auf der Bergschloßbaude vom 14. bis 17. Mai 1940. Breslau, Juni 1940, 16 Seiten.

g) Der Katechismus als Zusammenfassung unseres Glaubens. Vortrag beim Leiter- und Helferlehrgang in Niesky 26.–28. 8. 39. 8 Seiten.

– Die Datierung von a) und b) ergibt sich aus e).

Kindergottesdienst in Magdalenen hat Auftrieb durch ihn erhalten. Ich denke zum Beispiel an die Geburtstagsgrüße, die jedes Kind zu seinem Geburtstag bekam. Ein Kunstdruck zeigte in jedem Jahr einen Gegenstand der Kirche: Glocke, Kanzel, Altar, Epitaph ... und einen Bibelspruch. Im Laufe der Jahre hat das eine sehr schöne Bildersammlung der Magdalenenkirche ergeben²⁹.

Zu Vortragsreisen ließ Pastor Bunzel sich nach wie vor gerne delegieren. Die »Schulreisen« waren abgeschlossen, Vorträge gegen den Bolschewismus waren Ende der zwanziger Jahre das Thema. Das brachte ihm natürlich nicht nur Freunde ein, und eine Frau, die sich bei Anrufen Kommunistin nannte, hat ihn und die ganze Familie fast ein Jahr lang mit Telefonanrufen schikaniert. Da gab es nicht nur bis zu 70 Anrufen am Tage, oft auch mehrmals des Nachts. Er wurde von der Anruferin zu erfundenen Amtshandlungen gerufen. Als sie dazu übergang, Feuerwehr oder Hebamme zu uns zu schicken, griff endlich die Polizei wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses ein und verurteilte sie zu neun Monaten Gefängnis.

In seinen Aufzeichnungen schreibt Vater immer wieder von der Arbeit in seinem Spezialgebiet, der Schriftenmission³⁰. Mir ist sein Mitarbeiter, der Schriftenmissionar Pliska, gut in Erinnerung. Er konnte von seinen Fahrten immer sehr interessant erzählen.

Auch für die wissenschaftlich-literarische Arbeit hat Vater immer Zeit gefunden. Ich habe hier noch einige gedruckte Vorträge: »Sinn und Gestalt des Evangelischen Arbeitervereins« (1926), »Die Aufgabe der Gemeindekörperschaften nach der neuen Verfassung« (1929). Sie erschienen als Aufsätze im Kirchlichen Wochenblatt für die Gemeinden Breslau und in der Schriftenreihe »In alle Wahrheit«. Besonders in Erinnerung ist mir die Zeit, in der er das Buch »Die Neben- und Gegenkirchliche Bewegung in Schlesien in der Nachkriegszeit« geschrieben hat, 1932. Manches Sektenoberhaupt kam damals in den interessantesten Gewändern zu uns. Und bei der Ausarbeitung der Statistik durften wir Kinder helfen, damit die Zahlen alle die richtige Zuordnung bekamen. 1936 hat er zu diesem Buch eine Ergänzung geschrieben³¹.

29 Nachlaß, Mappe Nr. 9.

30 Ulrich BUNZEL, Schriftenmission, in: Rufende Kirche. Handreichung des Volksmissionarischen Amtes beim Evang. Konsistorium der Kirchenprovinz Schlesien, Heft 2, Breslau 1934, S. 24–26. – DERS., Die schlesische Schriftenmission, in: Vom Diakonischen Werk in der evangelischen Kirche Schlesiens, Ulm 1957, S. 185–190. – DERS., s. Bibliographie Nr. 25. – DERS., Berichte über Schriftenmission im Ev. Kirchenblatt für Schlesien, Jg. 1924, S. 241; 1926, S. 175, 321; 1927, S. 158/59, 417; 1929, S. 165/66; Jg. 1930, S. 271, 294; 1939, S. 205/6, 237. Die Jgg. 1932, 1934–1938 konnten nicht eingesehen werden.

31 Bibliographie, Nr. 28, 39.

Am Ende der Weimarer Zeit ging es recht chaotisch zu. Durch die Arbeitslosigkeit herrschte große Armut, damit verbunden Raub, Überfälle, Einbrüche. Man wagte sich in den düsteren Bezirken der Stadt abends nicht mehr allein aus dem Haus. So war die Hoffnung groß, daß mit dem Nationalsozialismus vieles besser würde, nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch in der Kirche. Im Jahresrückblick 1932 schreibt Vater unter anderem: »Schließlich bleibt in meiner Erinnerung die Christnachtfeier der Breslauer SA. 5000 Mann in unserer Kirche. Man hörte die Glocken, man hörte die Orgel kaum von dem Männergesang der Weihnachtslieder. [...] und Eisestille während der langen Predigt, bei der ich den Leuten nichts sparte. Und wie dankbar waren sie. Ja, wir hoffen wieder³².«

Im Jahresrückblick 1933 lesen wir: »So herrlich das Jahr für unser teures Volk war, so furchtbar für unsere arme Kirche. Die staatliche Umwälzung war nötig, die Kirchenrevolution nicht. Schian und Schultze³³, Dibelius und Kapler waren keine Schufte, sondern wahrhafte Kirchenführer. [...] Schian entlassen durch Radiomitteilung, ohne daß er überhaupt Nachricht erhielt, der Staatskommissar in der Kirche, der auch mich so gemein vernahm, wie es mir noch nie bisher begegnete. [...] wurde mir das Konzentrationslager so angedeutet, daß Meißner³⁴ gegen meinen Willen bei den DC für mich bitten ging!, daß Jenetzky³⁵ mich anlätete »Fürchte nichts, ich halte meine Hand über dir«, worauf ich ihm nur antworten konnte »Eine Furcht für meine Person kenne ich nicht, die Angst um unsere Kirche kannst du mir nicht nehmen.«

Im gleichen Jahresrückblick 1933 schreibt Ulrich Bunzel: »Warum ich nicht DC wurde? 1. Die DC haben in unanständiger Weise an der Kirche Kritik geübt, die Führer durch Staatsgewalt beseitigt und Leute an die Stelle

32 Über diesen Gottesdienst siehe Anhang III.

33 Erich Schultze, geb. 7.2. 1882 in Thomsdorf Kr. Templin, Vater Pfarrer. Universitäten Greifswald, Tübingen, Berlin. Ordiniert in Breslau 12.6. 1901 für Triebusch, Kr. Guhrau. 1913 Ohlau, Pastor prim. und Sup., Präses der Provinzialsynode. Em. 1.1. 1934. Gest. 31.8. 1962 in Kleinbienesitz bei Görlitz. – Angaben von Pfr. Joh. Grünewald, das Todesdatum nach dem Nachruf in: Die Kirche. Evangelische Wochenzeitung. Görlitzer Ausgabe, Jg. 1962, Nr. 40.

34 Eduard Meißner, geb. 6.2. 1881 in Gutsdorf, Kr. Striegau, Vater Pfarrer, Universitäten Breslau und Halle, ordiniert in Breslau 26.3. 1908. Pastor in Oberau, Kr. Lüben, Seemannspfarer in London, seit 1915 in Breslau-Maria-Magdalena. Exul 1945, gest. 26.6. 1949 in Halle/Saale. – Angaben von Pfr. Joh. Grünewald.

35 Konrad Jenetzky, geb. 5.5. 1877 in Paschkerwitz, Kr. Trebnitz. Universitäten Breslau, Tübingen, Berlin. Ordiniert 19.7. 1905. Marinepfarrer, Pfr. in Bergsdorf, Kr. Templin, Sup. in Zehdenick. 1928–1933 Groß-Rosen, Direktor des Martinshauses. 1933/34 Propst von Niederschlesien; i.R. in Obernigk, Vertreter in Heidewilken. 1936 residierender Domherr von Brandenburg. Nach 1945 in Würzburg und Brohl/Rhein. – Angaben von Pfr. Joh. Grünewald.

gesetzt nicht auf Grund kirchlicher Eignung, sondern persönlicher Machtgelüste.

2. Die DC haben mit unsauberen Waffen durch Staatsgewalt und Lüge die Macht in der Kirche erschlichen und Andersdenkende als Staatsfeinde diffamiert.

3. Die DC haben die Kirche dem Staat unterstellt, indem sie Müller als »Beauftragten Hitlers« zum Reichsbischof machten, der in seiner Hörigkeit gegenüber dem Staat völlig gebunden ist.

4. Die DC haben den Boden des lauterer Evangeliums verlassen, indem sie neben die Offenbarung in Christus die im Volk setzten und damit die Sportpalastkundgebung mit innerer Notwendigkeit bringen mußten.«

Die Bekennende Kirche entstand. Gemeindeglieder, die hinter dieser Bewegung standen, konnten sich als Mitglieder eintragen lassen und bekamen eine graue Mitgliederkarte. Auf der Breiten Straße wurde ein Büro eingerichtet. Hier wurden Rundbriefe auf einem Kopiergerät vervielfältigt, wir Kinder schrieben von Hand die Anschriften; dadurch waren diese Sendungen nicht als Drucksachen kenntlich, und es bestand die Hoffnung, eine Beschlagnahme zu verhindern. In der Anfangszeit des Kirchenkampfes fanden einige große Kundgebungen statt. Im Februar 1934 war Dr. Hanns Lilje da, am 21. April Wilhelm Niemöller, am 7. Mai Theodor Fliedner, am 3. Oktober Hugo Hahn-Dresden und Wilhelm Niemöller, am 25. Oktober Reichsgerichtsrat Flor, am 12. November Dibelius, am 16. November Dr. Otto Gloege-Naumburg, am 14. Dezember Martin Niemöller, am 26. Januar 1935 Landesbischof D. Meiser, am 4. Februar Ilse v. Drewitz, Muhammedanermision, am 26. März Dr. Wehr aus Saarbrücken³⁶. Die Teilnahme der Gemeinden an diesen Veranstaltungen war so stark, daß die großen Säle des Schießwerder nicht ausreichten. Dibelius mußte auch zu denen, die draußen standen, reden.

»Und nun die letzte große Veranstaltung 1934, am 13. Dezember Niemöller in der Jahrhunderthalle. Fast acht Tage vorher die Sitzplätze so gut wie verkauft. Alle Vorbereitungen getroffen, 15 000 werden erwartet, 100 Ordner haben ihre Plätze angewiesen, mehr als 100 Zentner Kohle verfeuert. Da – 24 Stunden vor Beginn Verbot. Meine Wut war auch nicht gering. Die GeStaPo bestellte mich auf das Polizeipräsidium. Ich sage nur ›Versetzen Sie sich in die Lage eines, der aus Ratibor kommt und die Jahrhunderthalle verschlossen findet. Wie wären Sie gestimmt?‹ ›Ich hätte eine Stinkwut im Bauch‹ ›Gegen wen richtet sich diese Wut? Diese Frage müssen Sie sich als Staatsdiener beantworten.‹ Alles, auch ein Nachttelegramm nach Berlin, ohne Erfolg. Und nun unter schärfstem Protest der

36 Alle Daten nach dem Gästebuch.

GeStaPo die Massen umdirigieren in 4 Kirchen, die Redner auf die Minuten festlegen und reihum reden lassen: Niemöller, Zänker, Fiedler³⁷, ich in Magdalena. 142 Telefongespräche an einem Tage. Diese Wutausbrüche der Telefonierenden! [...] Alles klappt wunderbar! Als ich um ¼ 8 die Kirche betrete (um 8 soll sie beginnen), da sitzen sie schon auf den Schwellen, weil alle Sitzplätze längst belegt. Und eine Andacht in Bernhardin, bei uns, in Elisabeth, und weil es auch dort ½ Stunde vor Beginn überfüllt ist, in Barbara. Alles voll innigem Dank und heiliger Erregung. Ihr gedachtet es böse zu machen. Gott aber gedachte es gut zu machen³⁸!«

Am Sonntag Reminiszere 1935 sollte eine Kanzelabkündigung der Bekenrenden Kirche verlesen werden. Durch Spitzel der Gestapo war dieses Vorhaben vorzeitig bekanntgeworden. Die Stapoleute liefen am Sonnabend, den 16. März, von Pfarrer zu Pfarrer, um einen von der Staatspolizeileitstelle III ausgestellten Revers unterschreiben zu lassen. Er lautete: »Mir ist eröffnet worden, daß die Bekanntgabe der von der Bekenntnissynode der altpreußischen Union angeordnete Kanzelabkündigung gegen die neue Religion, erschienen als Druckschrift am 5. März »An die Gemeinden« Druck von [...] von dem Herrn Reichs- und Preußischen Minister des Inneren verboten worden ist, da sich verschiedene Ausführungen in dieser Abkündigung gegen den Staat und die Partei richten. Ich erkläre, daß ich die Kanzelabkündigung weder im Gottesdienst noch sonstwie mitteilen werde. Mir ist eröffnet worden, daß anderenfalls mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen mich vorgegangen werden wird³⁹.«

Jeder Pfarrer, der diese Erklärung nicht unterschrieb, wurde verhaftet. Der erste Anruf kam von Frau Bender – er Pfarrer an der Hofkirche – »Mein Mann ist soeben verhaftet worden«. Auch aus der Provinz, zum Beispiel von Vaters Brüdern aus Reichenbach und Königszelt, die beide nach Schweidnitz ins Gefängnis gebracht worden waren, kamen die gleichen Meldungen; es waren »mehr als 180 Verhaftungen«⁴⁰. Am Sonntagvormittag konnten viele Gottesdienste nicht stattfinden, die verwaisten Gemeinden zogen zum Polizeigefängnis, um dort Choräle zu singen und ihren Pfarrern ihre Solidarität zu bekunden. Sie wurden von Polizei und SS auseinandergetrieben.

37 Rechtsanwalt Dr. Eberhard Fiedler; vgl. HORNIG, Die Bekenrende Kirche in Schlesien, Göttingen 1977, S. 110, Anm. 1.

38 Nachlaß, Jahresrückblick 1934.

39 HORNIG (wie Anm. 37), S. 121/22, Anm. 1. – Der Text der Abkündigung im Kirchlichen Jahrbuch 1933–1944; – Text und ausführlicher Bericht über diese Tage in Schlesien im: JSKG, 1965, S. 160–172.

40 HORNIG (wie Anm. 37), S. 122.

Ulrich Bunzel hatte eine besondere Freude daran, daß er die Abkündigung schon eine Woche vor dem Termin bei der Einweihung der renovierten Christophorikirche verlesen hatte. Anwesende Stapo hatte nichts gemerkt. Ein Professor sagte ihm nach dem Gottesdienst anerkennend, daß die Predigt ganz gut war, besonders beeindruckend das, was er nachher verlesen habe⁴¹. Vater hat natürlich den Revers nicht unterschrieben und ist auch an jenem Sonnabendnachmittag verhaftet worden. Vikar Otto Baudach, der Vater einige notwendige Dinge ins Gefängnis bringen wollte, wurde, da ihm das Schreiben vorgelegt wurde und er auch nicht unterschrieb, gleich dort behalten.

Am Dienstag, den 19. März, durfte Bischof D. Zänker die Pfarrerversammlung in einem Keller des Polizeigefängnisses besuchen⁴². Einige Stunden später wurden sie alle ohne Bedingung freigelassen – es waren in Preußen über 700 Geistliche.

Ulrich Bunzel, selbst Leiter der Bekennden Kirche Breslaus, hat auch in Veröffentlichungen deutlich gegen die neue »völkische« Religion Stellung bezogen, so durch die drei Veröffentlichungen »Du sollst nicht andere Götter haben neben mir. Die Glaubensirrtümer der D. C. an 50 Beispielen nachgewiesen«, »Evangelisches Christentum und Deutsche Glaubensbewegung« und »Volkstum und Christentum«⁴³.

Ein Referat, das Ulrich Bunzel in einer Versammlung der Bekennden Kirche am 13. März 1935 in der Paulus-Gemeinde in Breslau gehalten hat, nahm der nationalsozialistische Staat zum Anlaß, diesen ihm längst unbecquem gewordenen Mahner aus Breslau auszuweisen und ihm Redeverbot für unbestimmte Zeit zu erteilen: »Ihre am 13. März 1935 in der Versammlung der Paulusgemeinde zu Breslau gehaltene Rede war auf die Spaltung der Volksgemeinschaft zur Verfolgung eigennütziger Motive abgestellt. Ihre Tätigkeit ist somit geeignet, die Bevölkerung zu beunruhigen und die öffentliche Ruhe und Sicherheit zu gefährden. Es ergeht daher an Sie auf Grund der Verordnung vom 28. 2. 1933 ein Aufenthaltsverbot für Breslau und ein allgemeines Redeverbot für unbestimmte Zeit. Ausser der Ausübung des Gottesdienstes in der Ihnen zugewiesenen Kirche ist Ihnen ein Auftreten als Redner an anderen Orten untersagt. Sie werden hiermit aufgefordert, Breslau unverzüglich zu verlassen und den Aufenthaltsort umgehend mitzuteilen. In Vertretung: gez. Kirste⁴⁴.« Vaters Aufzeichnung

41 Jahresrückblick 1936. – Vgl. auch Eberlein im JSKG 1965, S. 165.

42 Vgl. Ulrich BUNZEL, Seelsorger seiner Pastoren, in: Bischof Otto Zänker (1876–1960). Ein Beitrag zur jüngsten Kirchengeschichte Schlesiens und Rheinland-Westfalens, Ulm 1967, S. 66–71.

43 Bibliographie, Nr. 35, 36, 29.

44 Nachlaß, Mappe Nr. 19, Original. Siehe hierzu Anhang IV.

hierzu: »Bei der Verhandlung vor der Geheimen Staatspolizei wurde mir erklärt, es sei angezeigt worden, daß ich in der öffentlichen Versammlung gesagt hätte: Anständige Menschen gibt es auch unter den Juden und Schweinehunde auch in der arischen Rasse. Auf die Frage, ob ich dies gesagt hätte, bestätigte ich es und erhielt den Ausweisungsbefehl⁴⁵.«

Bunzel fuhr nach Berlin und besprach sich mit Niemöller und den führenden Herren des Bruderrates. Auch mit Leuten der Regierung hat er gesprochen. Er legte gegen diese Verfügung Beschwerde ein und kehrte am 2. Mai nach Breslau zurück. Folgenden Brief richtete er an die Gestapo: »Bei Empfang der Verfügung III-o71/35 vom 11. 4. 1935 habe ich schriftlich Beschwerde erhoben und diese später ausführlich begründet. Da nach dem Polizeiverwaltungsgesetz eine Beschwerde aufschiebende Wirkung hat, ist z. Zt. auch meine Ausweisung nach geltendem Recht ausgesetzt. Der mir bewilligte Urlaub ist abgelaufen. Entsprechend der Weisung der Staatspolizeistelle vom 11. 4. 1935 teile ich mit, daß ich mich wieder in meiner Wohnung in Breslau befinde und mein Amt wieder aufgenommen habe. Heil Hitler! Lic. Dr. U. Bunzel, Pastor⁴⁶.« Er wurde darauf am 4. Mai abermals aufgefordert, Breslau sofort zu verlassen. Seine Weigerung hatte die Verhaftung zur Folge. Er kam ins Breslauer Polizeigefängnis. Unsere Mutter bekam einmal in der Woche Sprecherlaubnis im Beisein eines Beamten. Wir Kinder wußten die Zeit, in der Vater den Hofspaziergang machte, und so sahen wir ihn oft, weil wir Wäsche oder Eßbares hinbrachten. Bei der Gelegenheit gab er uns klein zusammengefaltete Briefe an unsere Mutter mit. Die Beamten waren recht nett und duldeten stillschweigend unsere Gespräche mit Vater.

In einem dieser Briefchen hat er seinen Tageslauf im Gefängnis aufgeschrieben. Ich gebe ihn in Auszügen wieder: »Meine Tageseinteilung ist nun auch allmählich zu einer festen Sache geworden: Nachts schlafe ich, seit ich das feine weiche Kissen habe, gut. Die Matratze ist tadellos. Früh 6 Uhr wecken, d. h. mich weckt man nicht, da ich allein aufstehe. $\frac{1}{2}$ 7 Andacht 6 Minuten, bis 7 Uhr Gebet usw., dann Frühstück, Kaffee und geschmierte Schnitten bekomme ich. Bis $\frac{1}{2}$ 8 etwa Frühstück, $\frac{1}{2}$ 11 beginnt man Mittag zu verteilen. In der Mittagszeit macht mein Boy (Kalfaktor) meine Stube sauber. Dann sieht es wirklich beinahe nicht mehr wie Zelle aus. Am Vormittag lese ich in der Bibel und in wissenschaftlichen Büchern. Gegen 11 esse ich etwas von dem relativ guten Gefangenenessen (meist Hülsenfrüchtesuppen). $\frac{1}{2}$ 12 bis 1 sonne ich mich und lese dabei englisch 4 Kapitel aus den Evangelien. Um 1 verschwindet die Sonne, ich lege mich aufs Bett

45 Nachlaß, Mappe Nr. 19.

46 Nachlaß, Mappe Nr. 19, Schreiben vom 2. 5. 35, Berlin-Dahlem, Tbg. Nr. 511.

bis $\frac{1}{2}$ 3, , lese Romane, $\frac{3}{4}$ 3 versuche ich freigelassen zu werden, bin $\frac{1}{4}$ 4 unten, oft bis über 4 hinaus. $\frac{1}{2}$ 5 erhalten die anderen Abendbrot. Ich lasse mir um 5 mein Essen warm machen. Das schmeckt immer herrlich, viel zu gut ist es! Um 6 halte ich Abendandacht. Darauf sortiere ich die Flut von Grüßen, Liebesgaben, beantworte 8. Die Leute schimpfen, daß ich so viel schreibe und kriege, und es ist schon möglich, daß mir eines schönen Tages die Korrespondenz verboten wird. Es ist aber gut, daß die Beamten hier sehen, wieviele täglich an mich schreiben und wie eindringlich und rührend sie es tun. Bisher habe ich von hier 155 geschrieben, aber 290 erhalten. Das ist doch überwältigend. So wird es mit der Erledigung der Korrespondenz 9. Da muß man im Bett liegen, das Licht wird ausgedreht. D.h. zu mir kommen die Wachtmeister, holen sich Bücher oder anderes und fragen, ob sie ausdrehen sollen. Ich lese dann bis $\frac{1}{2}$ oder $\frac{3}{4}$ 10. Ab 10 Schlaf⁴⁷.«

Die Beamten waren keineswegs alle Nazis. Mehr oder weniger offen teilten sie mit, wie schlimm sie es fanden, solche Leute – Vater war ja nicht der einzige Gefangene dieser Art – beaufsichtigen zu müssen. Sie versuchten schon, Erleichterungen zu verschaffen. Und da Vater ja nicht Verurteilter war, sondern in »Schutzhaft« saß, wie man das so schön ausdrückte, war ja auch offiziell erlaubt, von Freunden oder Bekannten Post zu bekommen oder Liebesgaben zu empfangen. Ein Beamter kam – heimlich natürlich – zu meiner Mutter, um ihr Mut zuzusprechen und ihr zu versichern, daß sie schon für sein Wohlergehen sorgen wollten.

Die tägliche Andacht, die er in seinem Tagesablauf erwähnt, hat er auf einem Stuhl in seiner Zelle stehend zum Fenster hinaus gehalten. Dazu schreibt er in einem unzensierten Brief an unsere Mutter – die offizielle Post wurde natürlich streng kontrolliert. Wenn jemand etwas schrieb, was nach Meinung der Gestapo nicht in Ordnung war, wurde das mit schwarzer Farbe unleserlich gemacht. Die Briefchen, die er uns zusteckte, waren natürlich unzensiert: »Es hat sich ganz von selbst ein bestimmter Gang der Andacht herausgebildet. Ich spreche absichtlich nicht frei, einmal, weil man in dem weiten Raum in die Zellen hinein nur ganz bekannte Worte benutzen kann, zum anderen, weil ich gerade bei diesen Andachten über jedes Wort Rechenschaft will ablegen können. Ich beginne mit dem Gebet eines Liedes, früh meist eines Morgenliedes (Gott des Himmels, Morgen glanz, Die güldne Sonne, Mein erst Gefühl) oder eines Kreuz- und Trostliedes (Wer nur den, Befiehl du, Gott wills machen, Harre). Darauf folgt eine Anzahl von Bibelstellen, Losungen oder mir zugeschriebene Gottesgrüße. An zusammenhängenden Stellen nur Ps. 23. 46, Matth. 5, 3–12, Röm. 8, 31 f. 38 f., 11, 33–36. Darauf folgt wieder ein Vers eines Glaubensliedes (Ich

47 Nachlaß, Mappe Nr. 10, Brief vom 31. 5. 35.

weiß, woran, Mir ist Erbarmung, Ich habe nun). Darauf das Vaterunser, abschließend mit: Sei mit uns, du treuer Gott, die wir hier sein müssen, stärke und reinige unsere Seelen. Sei mit unseren Lieben daheim, erhalte sie gesund an Leib und Seele. Schenke und mehre ihnen und uns das Vertrauen zu dir. Wir glauben, lieber Herr, hilf unserem Unglauben. Segen. Laß deinen Segen ... Herr, mach uns frei! Amen. Abends folgt auf den Segen ›Breit aus‹, ›Auch euch‹ und jetzt meist noch ›Zionsstille soll sich breiten‹, weil das den Gefangenen besonders lieb ist. So bildet sich eine gottesdienstliche Ordnung, eine Art Liturgie ganz von selbst in der Zelle. Wenn nach solcher Andacht ein unbeholfenes Bravo aus einer Zelle klingt, so sagt das mehr als manches tausendstimmige Amen einer Kirchgemeinde⁴⁸.« Beim Hofspaziergang versuchten oft Mitgefangene durch ein kurzes Wort oder einen Händedruck ihre Zustimmung oder Dankbarkeit zu sagen.

Am Pfingstsonntag, dem 9. Juni 1935, wurde Ulrich Bunzel unangekündigt ohne jede Bedingung aus der Haft entlassen. Leider dauerte die Freude nur kurz, denn am Tage nach Pfingsten mußte er wieder zur Gestapo kommen. Es wurde ihm mitgeteilt, daß Ausweisung, Redeverbot und Versammlungsverbot nach wie vor bestünden. Das war ein schwerer Schock. Vater beriet sich mit seinem Bruder Joachim und mit Bischof D. Zänker. Sie rieten ihm, in Brockau, wohin er Pfingsten gefahren war, um einen Gemeindeauflauf zu vermeiden, zu bleiben. Pastor Schulte nahm ihn in seinem Pfarrhaus freundlich auf. Vater und die ihn Beratenden nahmen an, die Aufhebung der Ausweisung müsse in den nächsten Tagen erfolgen. Leider war das nicht der Fall, im Gegenteil: die Herren von der Gestapo besuchten ihn auch in Brockau, meinten sogar, daß er dort eigentlich gar nicht sein dürfe, so nahe bei Breslau. An Versammlungen durfte er nicht teilnehmen, keinerlei Amtshandlungen verrichten. So gerne hätte er P. Schulte wenigstens den Konfirmandenunterricht abgenommen, aber er wurde ständig beobachtet. So wurde er einmal verhört, weil er mit einigen Amtsbrüdern zusammengesessen hatte, und es mußte erklärt werden, daß es eine ganz private Kaffeerunde war. Die StaPo konnte ihm zum Glück nicht das Gegenteil beweisen.

In den Sommerferien 1935 waren wir mit unserem Vater zusammen in Nesselgrund, in der Nähe von Bad Altheide. Er tat im Auftrag des Konsistoriums Dienst als Kurprediger in Altheide. Erstaunlicherweise wurde er hier nicht behindert, aber nach Breslau zurückkehren durfte er nicht. Von Brockau aus hat er sich zweimal, am 11. Oktober und 11. Dezember 1935, in gedruckten Dank- und Predigtbriefen gemeldet. Den ersten Text möchte ich hier wiedergeben: »An die lieben Glieder unserer

48 Nachlaß, Mappe Nr. 10, Brief vom 22. 5. 35.

Bekenntnisgemeinde von St. Maria Magdalena. Der heutige Tag ist für mich ein schmerzlicher Gedenktag: heute vor einen halben Jahr wurde ich ausgewiesen. Wohl hoffe ich, daß ich bald wieder in neuer Treue am alten Platz tätig sein kann. Aber noch weiß ich nichts Bestimmtes. Ich schreibe diese Zeile nicht, um die nicht nur für mich so schmerzlichen Ereignisse des vergangenen Halbjahres in die Erinnerung der so treuen Glieder unserer Bekenntniskirche zurückzurufen. Nein, ich möchte mit diesen Zeilen von Gottes Treue in aller Not Zeugnis ablegen und eine große Dankesschuld gegenüber meiner Bekennenden Gemeinde zu einem kleinen Teile abtragen.

Ich habe die ganze schwere Zeit so deutlich der Menschen Liebe und Gottes Gnade erfahren dürfen, daß ich gerade die vergangenen Monate nimmermehr aus meinem Lebensbuch streichen möchte, vielmehr auch darunter die Worte setzen »Gott sei gelobt für alles!« Immer zahlreicher wurden die Zeichen der Teilnahme treuer Menschen, der vornehmsten und der schlichtesten; bis vierzig Briefe sind an einem einzigen Tage an mich in die Schutzhaft gesandt worden. Immer höher wurde die Mauer der Fürbitte teurer Christen. Ich spürte die Kraft der Gebetsgemeinschaft so vieler lieber Mitmenschen, ob in Breslau oder Berlin, in Schreibendorf oder in anderen Teilen der schlesischen Heimat oder des ganzen Vaterlandes. Immer deutlicher redete die Freundlichkeit des großen Gottes in Seinem heiligen Worte zu mir. Bald waren es die Losungen der Brüdergemeine, bald mir zugesandte Gottesworte. Dieser Strom der Liebe, diese Mauer der Fürbitte, dieses Bollwerk seines Wortes – das ist doch wohl die »Feste Burg«, die er selbst baut, von der wir mit Luthers Psalm jubeln: Gott ist unsere Zuversicht und Stärke, eine Hilfe in den großen Nöten, die uns getroffen haben (Ps. 46, 2). Ja, wir wissen es und haben es oftmals erfahren:

Er hilft uns frei aus aller Not
Die uns jetzt hat getroffen.

Bisher habe ich versucht, handschriftlich Hunderten von Getreuen für alle Liebe zu danken. Ich bitte, es heute im gedruckten Wort Tausenden gegenüber tun zu dürfen, die so treu zu uns standen und stehen. Nie hätte ich geglaubt, daß ich einmal soviel rührende Zeichen beschämender Liebe erfahren würde, wie sie mir in den vergangenen Monaten geschenkt wurde. Innigen Dank! Gott lohne Eure Treue!

Und zum Dank kommt die Bitte, die Bitte an Euch, die Getreuen: Werdet nicht müde, da die Not nun schon 30 Monate anhält, schließt Euch zusammen. Es ist gerade jetzt besonders vonnöten! Schließt die Kette zu ernster Fürbitte, zu heiligem Bekennen! Schließt Euch als Glieder unserer Bekennenden Kirche an! Macht mir, macht Euch die Freude, daß jeder ein

neues Glied dem großen Körper unserer Bekennernden Kirche zuffügt. Ihr Haupt ist der erhöhte Herr, zu Ihm schauen wir demütig auf. Er sagt gerade heute: Wer mich bekennet vor den Menschen, den will ich bekennen vor meinem himmlischen Vater. (Matth. 10, 32). Ja,

Es gilt ein frei Bekenntnis
In dieser unsrer Zeit!

Ich bete zu Gott, daß Er Euch diese schwere Zeit, an der nicht nur die Meinen und ich, sondern Ihr alle so treu mittragt, zum reichen Segen werden lasse. Möchten wir alle es immer mehr erfahren, was ich neulich – zufällig sagen die anderen – in meiner Bibel aufschlug ›Wir wissen aber, daß denen, die Gott lieben, müssen alle Dinge zum Besten dienen‹ (Röm. 8, 28). Ich habe unlängst den Lesern unseres Kirchlichen Wochenblattes, das so tapfer mit uns für die heilige Sache des Bekenntnisses streitet, in der Andacht das Wort ausgelegt, das ich in den vergangenen schweren Monaten mehr als einmal aufschlug, wenn es besonders dunkel um mich herum war ›Gott legt uns eine Last auf, aber er hilft uns auch ...‹ Darum: ›gelobt sei der Herr täglich‹ (Ps. 68, 20). Das Losungswort der Brüdergemeine an meinem Geburtstag lautete ›Der Herr, Euer Gott, hat selber für euch gestritten‹ (Joh. 23, 3). Ich habe das erfahren, und ich erfahre es auch jetzt:

Es streit't für uns der rechte Mann,
Den Gott selbst hat erkoren.

So grüße ich alle Getreuen unserer Bekennernden Gemeinde: Gott zum Gruß und unseren Herrn Jesum Christum zum Trost!

So sage ich: So Gott will, auf baldiges Wiedersehen zu neuer Treue am alten Platz! So geloben wir: Treue um Treue!

Gott innigst befohlen! Euer im Herrn verbundener
Lic. Dr. Ulrich Bunzel, Pastor von
St. Maria-Magdalena zu Breslau⁴⁹.«

In der Zeit seiner unfreiwilligen Arbeitslosigkeit hat er literarisch gearbeitet. Als wichtigstes stellte er eine Urkundensammlung unserer Familie zusammen. Da er in den Orten, in denen Vorfahren gelebt hatten, selber in alten Kirchenbüchern nachsuchen konnte, hat er ein vierbändiges Werk geschaffen, das sicher nicht viele Familien vorweisen können⁵⁰. Da Brockau nur wenige Kilometer von der Stadtgrenze entfernt war, haben wir Vater oft mit dem Fahrrad besucht, Bücher und Akten hin- und hertransportiert.

49 Nachlaß, Mappe Nr. 10.

50 Unsere Ahnen. Dokumente, Urkunden etc., 4 Bde, im Besitz von Frau Marthe-Marie Scheler.

Mit Mutter hat er täglich telefoniert, so daß sie bei den vielen Amtsgeschäften auch etwas Hilfe durch ihn bekommen konnte.

Woche um Woche verging so. Wir wollten Weihnachten wieder nach Nesselgrund fahren, wo eine Verwandte von uns ein Haus hatte, das sie uns zur Verfügung stellte. Da, am 21. Dezember, rief Pastor Maetschke, ein Amtsbruder von Magdalenen, an und fragte Mutter, wo Ulrich denn sei. Er hatte ihn in der Stadt gesehen. Kurz danach stand er auch tatsächlich vor der Tür. Er war für die Weihnachtstage von der Ausweisung beurlaubt!! Da niemand wußte, was das wieder zu bedeuten hatte, wurde dennoch die geplante Fahrt unternommen. Von da an durfte Vater in Breslau bleiben, allerdings ohne amtieren zu dürfen. Jede Woche mußte er sich bei der Polizei melden, und es war jedesmal die bange Frage: Kommt er wieder? Was wird nun? So verging der ganze Winter. Am Karsamstag, dem 11. April 1936 frühmorgens ein Anruf von dem berüchtigten Preiß von der Gestapo: »Sie dürfen wieder amtieren.« Vater sagte dem Anrufer: »Das müssen Sie mir erst schriftlich geben!«, und eine Weile später kam tatsächlich ein Beamter mit dem Schreiben, daß Rede- und Berufsverbot aufgehoben seien. So ging man eben mit den Menschen damals um: Du mußt weg – du kannst hierbleiben – du darfst nichts tun – du darfst wieder arbeiten ... Daß dieses Jahr Nerven und Kraft gekostet hat, für unseren Vater ebenso wie für Mutter, das kann man sich denken. Maetschke trat den Ostergottesdienst ab. Wir fuhren mit unseren Rädern zu allen Freunden und Bekannten, die uns einfielen, mit der so frohen Kunde, daß Vater predigen wird. Mehr als 2000 Menschen füllten die Kirche, unsere Wohnung glich einem Blumenmeer. Es war unbeschreiblich, diese Freude, bei uns und bei so vielen lieben Menschen.

Vater stürzte sich nun mit doppelter Energie in die Arbeit. Kaum ein Abend, der mal frei war. Er meinte wohl, Versäumtes nachholen zu müssen. Für unsere Mutter, die recht zart war, wurde es oft zu viel. Durch die Kirchenfeindlichkeit des NS-Regimes waren viele Leute in Zweifeln und Gewissensnöten und wollten Rat und Zuspruch haben. Da mußte Mutter für Gespräche bereit sein, wenn Vater keine Zeit hatte. Und immer die Sorge, es könnte eine erneute Verhaftung erfolgen, denn daß alle Predigten und Vorträge kontrolliert wurden, nicht nur bei Ulrich Bunzel, sondern bei vielen Pfarrern, war bekannt. Das Telefon wurde ständig abgehört. Mit seinem Bruder Joachim, auch mit anderen Amtsbrüdern, unterhielt er sich lateinisch oder griechisch. Sehr zu schaffen machte meinem Vater, daß die BK sich in verschiedene Gruppen spaltete, die Radikalen und die Gemäßigten. In vielen Gesprächen hat er versucht, die Einheit zu erhalten. Zum Glück ist das Verhältnis zu seinen Brüdern, vor allem zu Joachim, ungetrübt geblieben. Auch mit Bischof Zänker hat ihn immer Freundschaft und gute Zusammenarbeit verbunden.

Manche Predigt, mancher Vortrag, den Vater drucken ließ, wurde beschlagnahmt, aus der Aufregung und Sorge sind die Eltern nie mehr herausgekommen. Im Juni 1934 war Vaters Mutter, die 1927 nach dem Tode ihres Mannes nach Breslau gezogen war, gestorben. So fehlte dieser Ruhepunkt, auf den sich die Eltern mit ihren Geschwistern zusammen zu manch einem Gespräch zurückziehen konnten, sehr.

Die nächsten Jahre sind geprägt von rastloser Arbeit. Er war und blieb ein »Pastor vagabundus«, wie er sich selbst auch später noch gerne nannte. Durch die Zeit des Kirchenkampfes ist er so bekannt geworden, daß man ihn zu vielen Tagungen und Vorträgen immer wieder holte. Dabei beanspruchte ja doch die Gemeinde eigentlich schon die volle Arbeitskraft. Allerdings: mit der Konfirmandenarbeit war es nicht so schlimm für ihn. In Breslau konnte sich jeder Konfirmand seinen Pfarrer aussuchen, und da Pastor Bunzel dafür bekannt war, daß er viel aufgab, meldeten sich bei den Amtsbrüdern Seibt und Meißner die meisten Kinder der Gemeinde zum Unterricht an. Von 1934 an war Vater Pfarramtsführer in unserer Gemeinde, und er blieb das bis 1939. Der Nationalsozialismus verlangte von jedem den Nachweis der arischen Abstammung. Dadurch hatten die Gemeindeämter enorme Arbeit bekommen. In früherer Zeit gab es nur die Kirchenbücher, das Heraussuchen und Beantworten der vielen Anfragen mußte erledigt werden. Für den Pfarramtsführer galt es, jede Urkunde mit Unterschrift und Siegel zu beglaubigen.

Die Kindergottesdienstarbeit hat Ulrich Bunzel immer am Herzen gelegen, und dafür hat er auch viel Zeit und Energie eingesetzt. Neben Tagungen, Freizeiten und Helferschulungen hat er den Kindergottesdienst von Magdalenen in besonderer Weise betreut. »Sein« Helferkreis, das war eine Gruppe junger Damen und Herren, die mit ihm durch Dick und Dünn gingen! Und in jedem Jahr wurde ein Kindergottesdienstausflug veranstaltet, mit einem Schiff auf der Oder bis zu einem nahegelegenen Ausflugsort gefahren, dort von den Frauenhilfsfrauen mit Kaffee und Streuselkuchen betreut, auf der Wiese Spiele und Wettkämpfe veranstaltet, natürlich am Anfang auf dem Schiff und am Ende auf der Wiese eine Andacht gehalten. »Geh aus, mein Herz, und suche Freud« – das kannten die Kinder damals fast alle. Ich glaube, daß so manche(r), die (der) das miterlebt hat, es in froher und dankbarer Erinnerung behalten hat⁵¹. Auch der Weihnachtsgottesdienst der Kinderkirche war für viele ein herrliches Erlebnis. Die riesigen Tannenbäume rechts und links vom Altar. An den Kronleuchtern in unserer schönen großen Kirche Kränze mit je 24 Kerzen. Unvergessene Höhepunkte im Leben der Gemeinde!

51 Nachlaß, Mappe Nr. 14.

Viele Gäste brachten ins Bunzelsche Pfarrhaus Leben und Anregung. Vaters Brüder Hellmuth und Manfred kamen öfter mal, um sich mit den Breslauer Brüdern zu beraten, deren Familien, um Großstadtluft zu schnuppern, ebenso Mutters Bruder, der in der Nähe von Dresden in einer Gemeinde amtierte, und dessen Familie, und viele andere. Ich bin sehr froh, daß das Gästebuch aus dieser Zeit erhalten geblieben ist. In jedem Jahr fuhr die ganze Familie während der großen Ferien ins Riesengebirge, auch mal ins Glatzer Gebirge, einmal an die Ostsee. Vater war meist Kurprediger, das war finanziell und im Blick auf die Zahl der Urlaubstage für Pfarrer günstig. Für uns Kinder war die Urlaubszeit fast die einzige Zeit im Jahr, in der die Eltern Zeit für uns hatten. Wunderschöne Wanderungen wurden gemacht, meist einmal auf den Kamm, zur Schneekoppe oder zur Schneegrubenbaude.

Am 9. November 1938 kam Vater ganz verstört nach Hause. »Seit dem Tod meiner Mutter bin ich nicht mehr so erschüttert gewesen wie heute.« Er war in der Stadt mit dem Fahrrad unterwegs gewesen (das Fahrrad war ein ständiger Gebrauchsgegenstand, da von unserer Wohnung in der Palmstraße bis zur Kirche etwa 20 Minuten Fußweg waren). Da erlebte er die vielen zerschlagenen Fensterscheiben, die brennende Synagoge, die ausgeplünderten Läden. Ein Mann, der ihn beobachtet hatte, rief ihm zu: »Demnächst sind eure Kirchen dran⁵²!« Ich habe noch den Brief einer Familie aus Afrika hier, die erst ihrer Freude Ausdruck gibt, daß sie über das Büro Grüber Vaters Adresse bekommen hat. Dann schreibt sie: »Nur wer in Deutschland lebte, wußte, was das zu bedeuten hatte, daß Sie damals an dem entsetzlichen 10. November 1938 zu uns kamen und mit uns zu Gott dem Herren beteten. Diese Unerschrockenheit und das, was Sie uns seelisch mit Ihrer Handlung gaben, vergessen wir Ihnen nie⁵³.« Eine ältere Frau, die mit unseren Eltern gut befreundet war, ließ sich von unserem Vater taufen, und unsere Mutter hatte viel Spaß an ihrem »ältesten Patenkind«. Was mag aus dieser Dame geworden sein? Ein befreundeter Rechtsanwalt hielt, wenn er in unser Haus kam, immer die Aktentasche sehr hoch vor sich, um den Judenstern zu verdecken: in unserem Haus wohnte im obersten Stock ein junger Mann, der bei der SS war.

Am Anfang des Krieges, am 16. September 1939, fiel Vaters Bruder Joachim. Wieviel Mal haben die beiden Brüder miteinander telefoniert, noch zu später Abend- und Nachtstunde, wie haben sie so manches in den Jahren des Kirchenkampfes gemeinsam getragen. Gerade dieser Bruder, der neben der Theologie auch Jura studiert und oft sachlicher gedacht und

52 Nach mündlichem Erzählen.

53 Nachlaß, Mappe Nr. 19.

geurteilt hatte als Vater, hat ihm besonders nahe gestanden. »Das traurigste ist, daß Joachim [...] nie wieder in sein Amt zurückkehren sollte. Er war wegen der Treue zum Bischof ausgewiesen [...] Wie mancher hat mir als Beileid bitter gesagt: »Das Ende eines Staatsfeindes«, schreibt Vater in seinem Jahresrückblick⁵⁴. Zusammen mit seinen beiden Brüdern Hellmuth und Manfred hat er ein Erinnerungsbuch für Joachim herausgegeben; »Im Dienst« haben sie es überschrieben⁵⁵.

Am 14. April 1941 war das 25jährige Amtsjubiläum Ulrich Bunzels, das im Kreise der Amtsbrüder gefeiert wurde. Die Losung des Tages lautete: »Ihr sollt Priester des Herrn heißen, und man wird euch Diener Gottes nennen« (Jes. 51, 6). »An diese so eigenartige Losung des heutigen Amtsjubiläums wurden wir immer wieder freundlich erinnert⁵⁶.« Am 20. April 1942 war die Silberhochzeit unserer Eltern; das war noch einmal ein richtiges Familienfest. Ein Gedicht, von einem der Gäste verfaßt und ins Gästebuch eingetragen, gebe ich hier wieder:

»Krieg! tönts wieder durch die Lande,
Krieg war damals, als die Tante
mit dem Onkel Hand in Hand
für das Leben sich verband.
Schwere Stunden, Freud und Wonne,
Kummer, Leid und Licht der Sonne
findet ihr auf Eurem Pfad.
Doch wie einst ihr Euch verbunden unter Gottes Schutz und
Wort,
wandeltet ihr durch die Zeit, euren Weg im Blick nach dort
und nach dem, der die Welt in Händen hat.
Nie ging ohne Hilf je fort, wer an euch sich hat gewandt.
Lange hab an diesem Ort Segen, Glück und Glaub Bestand.«

54 Vgl. Joachim Bunzels Referat über die Stellung des Bischofs im »Verhandlungsbericht der Tagung der Schlesischen Synode der Bekennenden Kirche am 23./24. Mai 1936«, S. 20–33. – Vgl. auch EHRENFORTH, Die schlesische Kirche im Kirchenkampf, Göttingen 1968, S. 254: »Es wurde dem Bischof [Zänker nach seiner Zwangsbeurlaubung 1939 Mai 4] nicht einmal gestattet, bei der Trauerfeier für [...] Pfarrer Dr. Joachim Bunzel, dem er persönlich verbunden und verpflichtet war, die Gedenkrede zu halten«, vgl. auch a. a. O. S. 98, Anm. 15. – In der Mappe Nr. 4 die von Ulrich Bunzel gehaltene Predigt »Dein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit in Ewigkeit (Matthäus 6, 13). Totensonntagspredigt [am] 26. November 1939 in Erinnerung an Pfarrer Dr. Dr. Joachim Bunzel, gehalten in der Gustav-Adolf-Gedächtniskirche Breslau-Zimpel«, 8 Seiten.

55 Literaturverzeichnis, Nr. 45.

56 Nachlaß, Gästebuch.

Die letzte Eintragung in diesem Gästebuch ist die Trauerfeier am Beerdigungstag von Vaters Bruder Paul-Gerhardt am 17. Januar 1944. Beim Lesen der Eintragungen berührt mich besonders die des Bruders Manfred: »Der Meister ist da und ruft dich.« (Joh. 11, 28)⁵⁷. Dieser Spruch war auch der Losungstext am 4. Mai 1944, dem Tag, an dem unsere Mutter starb. Sie war nach der Beerdigung von Onkel Paudel, so nannten wir Paul-Gerhardt, bei der sie sich eine Erkältung zugezogen hatte, nicht mehr richtig gesund geworden. Die Ärzte konnten nicht feststellen, woher das ständige Fieber kam. Sie wurde immer schwächer. Eine Untersuchung Anfang Mai im Bethesdakrankenhaus brachte keine ausreichenden Erkenntnisse. Es gab im Krieg nicht die Medikamente, die es heute gibt. Ihr Lebensmut war durch den Kirchenkampf mit all seinen so persönlichen Folgen, an denen die Ehefrau wahrscheinlich schwerer getragen hatte als ihr Mann, und durch den Krieg mit seinen immer neuen Meldungen von Gefallenen und Vermissten im engsten Familienkreis so gebrochen, daß sie mir am Tage vor ihrem Tod sagte: »Ich hätte ja gerne gesehen, was aus euch Vieren wird, es geht halt nicht, aber ich gehe sehr gerne!« Es war schlimm für uns alle, am schwersten für unseren Vater, der die Gefährtin verlor, die alles mit ihm geteilt hatte.

Vom 1. Oktober 1942 an hatte Vater die Kriegsvertretung für Münsterberg und Umgebung übernommen, mit der Bedingung, die Hälfte der Zeit in Münsterberg zu sein, die andere Hälfte in Breslau. Seine Gemeinde wollte er nicht aufgeben. So fuhr er hin und her, oft mehrmals in der Woche. Die Belastung, die so ein Doppelpfarramt mit sich brachte, war enorm. Auch für Mutter, die in den Tagen seiner Abwesenheit für alle Telefonate, Besucher und Bittsteller, für Leute, die sich mal aussprechen wollten, und natürlich so »nebenbei« für den Haushalt allein zuständig war, war es eine schwere Zeit. Wir Kinder waren zum Teil schon außer Haus, die Jüngeren in einer Berufsausbildung, sodaß wir ihr nicht viel helfen konnten. In Münsterberg hat Vater viele Freundschaften knüpfen können. Besonders Spaß machte es ihm, der in seinem Herzen immer sehr kaisertreu geblieben war⁵⁸, daß zu seiner Gemeinde die Großherzogin von Sachsen-Weimar-Eisenach gehörte. Zu einigen Festen wurde er aufs Schloß geladen, so zum Beispiel zur Hochzeit des Prinzen. Recht launisch und fröhlich konnte er davon berichten.

Am 15. Januar 1945 unternahm er seine 500. Fahrt nach Münsterberg, da hatte er einige Gemeindeglieder zu einem gemütlichen Kaffeestündchen ins Pfarrhaus eingeladen. Daß es die letzte reguläre Fahrt nach Münsterberg sein würde, konnte man zwar befürchten, aber wir wollten das doch nicht

57 Die von Ulrich Bunzel gehaltene Trauerpredigt, masch.-schriftl., im Nachlaß, Mappe Nr. 3.

58 Vgl. dazu im Nachlaß die Mappe Nr. 11.

glauben. Am 21. Januar wurde Breslau Festung. Frauen und Kinder mußten die Stadt verlassen. Vater hielt die letzte Predigt in der Magdalenenkirche. Mit seinen Töchtern fuhr er noch einmal zum Friedhof zum Grab der Mutter. Dann fuhr er nach Münsterberg und wir drei mit den Fahrrädern zunächst nach Königszell zu Vaters Bruder Manfred und dessen Familie. Von dort aus suchten wir uns ein Quartier in Kupferberg am Rande des Riesengebirges. Da zu Münsterberg ein großes Lazarett gehörte, das Vater mit der Übernahme des Münsterberger Pfarramtes zu betreuen hatte, war er nun »in einem lebenswichtigen Betrieb beschäftigt und muß(te) deshalb in Münsterberg verbleiben«, wie es in einem Ausweis heißt⁵⁹. Mit meinen beiden jüngeren Schwestern Marlene und Esther blieben wir in Kupferberg. Die älteste Schwester Marthe-Marie studierte in Erlangen und war in dieser wirren Zeit nicht mehr zu Hause. Zu ihr »in den Westen« zu gehen stand nicht zur Debatte. Wir nahmen ja an, daß der Krieg sehr bald zu Ende sein würde und wir dann wieder nach Hause konnten! Vater besuchte uns ab und zu von Münsterberg aus, anfangs fuhren noch Wehrmachtstransporte, mit denen er bis Hirschberg mitfahren konnte. Anfang Februar fuhr ich mit ihm nach Münsterberg, um dort nach dem rechten zu sehen. In Kanth hörten wir, daß dieser Zug bis Breslau fahre, und blieben kurzentschlossen sitzen. Mit sehr merkwürdigen Gefühlen kamen wir in der wie ausgestorbenen wirkenden Stadt an. Geschützdonner war zu hören, aber noch nicht so ganz nahe. Wir gingen noch einmal in unsere Wohnung, die noch intakt war, und natürlich zur Kirche. In der Rendantur war nur Herr Seefeld. Die Amtsbrüder von Magdalenen waren nicht mehr da – wo sie waren, wußte er uns nicht zu sagen. Am Abend wurden wir bis Münsterberg mitgenommen. Zwei Tage später schloß sich der Ring um Breslau. Wir waren mit einem der letzten Breslau verlassenden Züge gefahren.

Münsterberg war Front, das Lazarett bald überbelegt. Das Altersheim wurde evakuiert und die Räume als Lazarett gebraucht. So gab es für Vater, obgleich viele Gemeindeglieder weg waren, viel Arbeit in der Betreuung der Verwundeten und Kranken. Die Insassen des Altersheimes begleitete er nach Bayern mit einem Sonderzug, so daß er auf diese Weise auch unsere Älteste besuchen und mit Professor Althaus und anderen über die Frage »Was wird mit der Kirche nach dem Krieg?« sprechen konnte.

Am Tage der Kapitulation war er zu unserer Freude bei uns in Kupfer-

59 Nachlaß, Mappe Nr. 19. – Das Konsistorium hatte für ihn unter dem 9. 10. 43 uk-Antrag gestellt mit der Begründung: »Gemeindepfarrer eines Bezirks von Maria-Magdalena von über 5000 Ev., Kriegsvertreter der eingezogenen Pfarrer von Münsterberg und Heinrichau-Schönjohnsdorf mit 3100 Ev. im Diasporagebiet, Lazarettpfarrer in Münsterberg, Leiter des Schles. Kindergottesdienstverbandes und des Breslauer Stadtverbandes für Kindergottesdienst: unentbehrlich und unabkömmlich.« SKE V, 875, 150/51.

berg. Russische Soldaten waren überall im Lande und feierten ihre Siegesfeste. Zwei Tage später fuhr er mit dem Fahrrad nach Breslau. Hier hielt er am Pfingstsonntag in der Sakristei der ausgebrannten Magdalenen-Kirche den Gottesdienst. Die Kirche hatte den Krieg mit Bomben und Kanonenfeuer überstanden und war danach – als Sieges-Freudenfeuer, wie manch einer sagte – angezündet worden. Er traf dort die Amtsbrüder Hornig, Berger und Fränkel; sie hatten sich in der Krypta der Kirche »eingerichtet« und eine Kirchenleitung gebildet. Einige Gemeindeglieder, die trotz aller Verbote in Breslau geblieben waren und die Festungszeit überlebt hatten, begrüßten ihn freudig.

Danach siedelten wir von Kupferberg nach Münsterberg über. Das Pfarrhaus dort hatte keinen Schaden gelitten. Unser Haus in Breslau war zerstört. Wir hatten also eine Bleibe, bis »ein Friedensvertrag nun bald alles regeln würde!« In Münsterberg lebte das Gemeindeleben auf. Die Bauern der Umgebung waren wieder da. Auch in der Stadt begegnete man alten Bekannten. Bunzel begann als Dekan und Mitglied der Kirchenleitung, an deren Sitzungen er bei seinen Aufenthalten in Breslau immer teilnahm, eine ausgedehnte Reisetätigkeit. Es gab weder Post noch Telefon, am Anfang auch keine Bahnverbindung, so wußte niemand vom anderen. Er schuf Verbindung zwischen Breslau und den Gemeinden in der Provinz. Mit dem Fahrrad fuhr er von Ort zu Ort, hielt Gottesdienste und Amtshandlungen, wie es gerade nötig war. Am Anfang bin ich einige Male mit ihm gefahren. Eine besondere Episode an einer Sperre: russische Soldaten wollten unsere Ausweise sehen. »Wenn du Pope, dann singen« sagte einer. Es hieß ja anfangs, daß die Russen besonders gegen Pfarrer wären, darum fuhren wir beide in Räuberzivil. Wir stimmten das Bortniansky-Lied »Ich bete an die Macht der Liebe« an, und voller Freude fielen die Russen ein! Sie schüttelten uns begeistert die Hände! Dann sagte einer: »Wenn du Pope, dann anziehen wie Pope.« Winkend ließen sie uns weiterfahren. Von da an fuhr Vater im Talar. Ein von einem Russen geschenktes Kreuz trug er stets. Es kam manchmal vor, daß Russen oder Polen, wenn sie ihn sahen, stehenblieben, ihm die Hand küßten und »Niech będzie pochwalony Jezus Chrystus« sagten, worauf er antwortete: »Na wieki wieków, Amen« – zu deutsch: Gelobt sei Jesus Christus – in Ewigkeit, Amen. Auch im Talar fahrend wurden ihm einige Male Räder weggenommen, aber er bekam immer wieder eines. Die Gemeinden waren ja froh, daß er sie besuchte. Neben pfarramtlicher Tätigkeit war er auch Briefträger von Ort zu Ort. Manche besorgte Menschen konnte er über den Verbleib der Angehörigen beruhigen. In den ersten Monaten nach Kriegsende wagte sich kaum einer auf die Straße, wenn es nicht unbedingt sein mußte.

Pastor Bunzel hatte sich mit der Zeit einen Plan ausgearbeitet, im Turnus

von etwa sechs Wochen besuchte er die Gemeinden⁶⁰. Wo es eben ging, bat er Pfarrfrauen, Gemeindeschwestern oder Gemeindeglieder, die sich zur Verfügung stellten, doch Lesepredigten, Bibelstunden, Beerdigungen zu halten. Mit der Zeit bildete sich eine echte Laienkirche heraus. Mehr darüber hat er in seinem Buch »Kirche ohne Pastoren« geschrieben⁶¹. Seine Erlebnisse in den gut eineinhalb Jahren als »Dekan von Mittelschlesien« hat er in dem Buch »Kirche unter dem Kreuz« vor der Vergessenheit bewahrt⁶². Zwischendurch war er immer wieder in Breslau. Ich war schon im Sommer 1945 dorthin zurückgekehrt. In unserem alten Pfarrhaus an der Magdalenenkirche war im oberen Stock die Wohnung zwar stark beschädigt, aber wir bezogen sie und haben uns mit Wehrmachtsbetten, die wir irgendwoher bekamen, und mit Möbelstücken, die wir aus zerstörten Häusern holten, eingerichtet. Kinder, die elternlos in der Stadt umherirrten und bettelten, wurden im Elisabeth-Gemeindehaus gesammelt, und wir nahmen einige in unsere Familie auf, sieben gleichzeitig, insgesamt waren es 13 Kinder⁶³. Da das Pfarrhaus in sehr schlechtem baulichen Zustand war – das Dach war undicht, Wasser mußten wir von einer Pumpe hinter der Kirche holen und auch alles Abwasser hinuntertragen –, blieben wir verschont davon, aus der Wohnung vertrieben zu werden, wie es vielen Gemeindegliedern mehrfach geschah. Das Pfarrhaus wurde zu einem Zentrum der Gemeinde, viele Einsame fanden für längere oder kürzere Zeit hier Zuflucht. Wenn Vater von seiner Fahrt kam, fand sich am Abend die Hausgemeinschaft zusammen, um von ihm zu hören, wie es anderswo aussah. Wir waren ja nach wie vor ohne Post, Zeitung, Telefon oder irgendeine Verbindung. Auch vom Westen kamen nur ganz spärliche Nachrichten zu uns, so zum Beispiel, als Vaters Bruder Hellmuth, der mit seiner Familie in Bayern war, nach Schlesien zurückkehrte, um wieder in seiner Gemeinde Dienst zu tun. Bruder Manfred war in Schlesien geblieben und wieder in Königszelt. Sein Sohn Gotthard kam zu unserer Freude auch nach Schlesien zurück in seine Gemeinde. Da sie auch hin und wieder nach Breslau kamen, einmal war eine Synode, mal waren Sitzungen notwendig, so hörten wir durch sie auch von unserer Schwester in Erlangen und von Vaters Schwester Esther Müller, die mit ihrem Mann jetzt in Nürnberg lebte.

Am 20. März 1946 war in der Schweidnitzer Friedenskirche Vaters feierliche Einführung als Dekan von Mittelschlesien, gleichzeitig die Ein-

60 Nachlaß, Mappe Nr. 19.

61 Bibliographie, Nr. 57.

62 Bibliographie, Nr. 48.

63 Ein Bericht, masch.-schriftl., verfaßt [nach] 1962, über »Unsere Arbeit mit den (Waisen?)-Kindern in unserer Pfarrwohnung Breslau nach dem Zusammenbruch von 1945«, 12 Bll., im Nachlaß, Mappe Nr. 20.

führung von Pfarrer Johannes Schulz, Schweidnitz, zum Superintendenten des Kreises Schweidnitz-Striegau. Eine ganz besondere Freude für unseren Vater war es, daß er bei dieser Feier mit seinen beiden Brüdern gemeinsam am Altar stand⁶⁴. Am 22. und 23. Juli 1946 fand in Breslau in der Hofkirche die Provinzialsynode statt. Bei den großen Verkehrs- und Finanzschwierigkeiten war es schon ein Wagnis, die Synode einzuberufen. 40 Kirchenkreise Schlesiens waren vertreten. »Sie wollte den hier Bleibenden wie den Weggehenden wie den Kirchenleitungen Deutschlands ein Wort in ernster (Abschieds-)Stunde sagen⁶⁵.«

Der Zusammenhalt in den Gemeinden war stark. Gottesdienste und Abendmahlsfeiern waren gut besucht. Eine Evangelisation im Sommer 1946 war für viele Hilfe und Trost. Da ab Frühjahr 1946 die systematische Vertreibung der Deutschen begann, wurden die Gemeinden immer kleiner. Wie in einer großen Familie rückte man immer mehr zusammen.

Am 11. Oktober 1946 erlitt Vater einen schweren Unfall. Er wurde von einem russischen Lastauto angefahren – ob aus Versehen oder nicht, war nicht zu klären. Eine polnische Frau fand ihn bewußtlos neben der Straße liegen, in ihrem Hause kam er wieder zu sich. Nach Reichenbach, wo er am Vormittag mit seinem Bruder zusammen gewesen war, wurde er ins Krankenhaus gebracht. Der polnische Arzt brachte sein Mißfallen über das Rowdytum auf der Straße zum Ausdruck. Er hatte schon mehrere Patienten mit ähnlichen Unfallverletzungen versorgt. Vater hatte einen Schädelbruch erlitten. Wenige Tage nach dem Unfall wurde er in einem Lieferwagen nach Breslau transportiert und ins Bethesdakrankenhaus gebracht. Hier im Krankenhaus waren zumeist noch unsere »alten« Schwestern tätig. Vater wurde sehr gut versorgt. Am 16. November wurde er entlassen, es ging ihm aber noch recht mäßig. »Im Rollstuhl durch die Stadt gefahren«, schreibt er in seinen Amtskalender. Gleichgewichtsstörungen, Hörschäden, Kopfschmerzen waren sehr hinderliche Erscheinungen, so daß an eine Aufnahme des Dienstes nicht zu denken war. Zu diesem Zeitpunkt wurde die gesamte deutsche Kirchenleitung aus Schlesien ausgewiesen. Schon früher war beschlossen worden, das Konsistorium dann nach Görlitz zu verlegen. In

64 Nachlaß, Mappe Nr. 20, Bericht an Marthe-Marie vom 30. 3. 46. – Vgl. den von U. Bunzel erstatteten »Bericht über den Ephorenkonvent in Schweidnitz und die Einführung des Dekans von Mittelschlesien« in der Anlage 2 zu den »Mitteilungen der Evangelischen Kirchenleitung für Nieder- und Oberschlesien«, Nr. 5, 1946. – Der auf diesem Konvent von Bischof Hornig erstattete Bericht ist gedruckt im Jahrbuch für Schlesische Kirchengeschichte 1967, S. 111–123. – Vgl. zu diesem Tage auch: Johannes Schulz, Erlebnisse und Eindrücke aus Gemeinden der evangelischen Kirche von Schlesien in der Zeit von 1891 bis 1961; masch.-schriftlich, 201 Seiten, hier: S. 159–160; vorhanden als Kopie im Archiv der Gemeinschaft ev. Schlesier, Inv.Nr. E 18.

65 Nachlaß, Mappe Nr. 20: Bericht an Marthe-Marie vom 25. 7. 46.

den eineinhalb Jahren war es immer wieder gelungen, Aktenmaterial und Büromaschinen bei Transporten in die russische Zone mitzugeben. Unsere privaten Sachen wie zum Beispiel die Gästebücher habe ich in Aufnehmer genäht. Immer, wenn gute Bekannte wegmußten, haben wir ein Päckchen mitgegeben mit der Bitte, es an meine Schwester in Erlangen zu schicken. Auf diese Weise wurde manches Wertvolle gerettet. Bei den Dingen der »Kilei« (Kirchenleitung) ging es ähnlich.

Ich bemühte mich sehr zu erreichen, daß Vater und ich in einen Transport in die Englische Zone kämen, obgleich es bei keinem Transport vorher ganz sicher war, wohin er ging; ich war bei dem Milizbüro mit ärztlichen Attesten, die besagten, daß Pfarrer Bunzel noch krank sei und in eine Heilbehandlung müsse. Den dringend benötigten Stempel habe ich bekommen. Am 1. Dezember, dem Ersten Advent, war am Nachmittag für die ganze Stadt ein Abschiedsgottesdienst der Kirchenleitung. Hornig wurde als Bischof von Schlesien in das Schlesien westlich der Neiße entsandt, die übrigen Kirchenleitungsmitglieder wurden mit dem Segen verabschiedet⁶⁶. Da die Vertreibung schon fast ein Dreivierteljahr im Gange war, waren viele unserer Gemeindeglieder weg. Meine beiden Schwestern waren seit dem Frühsommer im Westen, Marlene mit ihrem Verlobten und dessen Familie in der Nähe von Hagen, Esther mit den Münsterbergern im Hannoverschen. Wir hatten bis zum Schluß daran geglaubt, daß sich bald alles wieder ändern müsse und wir dann fröhliche Begrüßungsfeiern mit den Rückkehrern würden halten können. Wer kann das schon für möglich halten, daß ein ganzes Land so leergeräumt werden könnte?

In einer Fahrt im Viehwaggon – ohne Sitzgelegenheiten oder Stroh – wurden wir in sieben Tagen und Nächten bei eisiger Kälte ohne eine warme Mahlzeit Richtung Westen transportiert. An Verpflegung bekamen wir in der ganzen Zeit einmal pro Person eine Handvoll Maismehl, so in die offene Hand, und einen ungewaschenen Salzhering. Vater durfte die meiste Zeit im DRK-Wagen sein. So eine »Reise« ist nicht vorzustellen. Jeder nahm mit, was er eben schleppen konnte. Mehrere Kleidungsstücke zog man übereinander. 35 Personen wurden jeweils in einen Waggon gepfercht, Alte, Junge, Kinder, Männer, Frauen. Einige kannten sich, die meisten waren sich fremd. In diesen Wagen gab es keinerlei sanitäre Möglichkeiten. Wenn der Zug hielt, sprang jeder, der mal mußte, aus dem Zug, hockte sich direkt neben die Gleise. Man wußte ja nie, wie lange der Zug stand. Mal waren es nur Minuten, mal Stunden. Nur wenn die Lok abgekuppelt wurde, wußten wir, daß es wohl eine längere Pause geben würde. Waschmöglichkeit gab es

66 Hornigs Abschiedspredigt ist gedruckt in: Flüchtlinge von Gottes Gnaden. Schlesische Predigt 1944–1952, hg. von Dietmar Ness, Würzburg 1990, S. 144–152.

nicht in der ganzen Zeit. Und gerade in jenen Tagen war es eiskalt. Später haben wir dann von den »Eistransporten« in der Zeitung lesen können. Heizung gab es natürlich nicht in den Waggons. Dazu die totale Ungewißheit, was aus uns werden wird. Es war Abschied von der Heimat, von den Menschen, die noch dort geblieben waren!

In Marienborn wurde unser Transport ausgeladen, in Flughauhallen lag Stroh auf dem Betonboden. Hier konnten wir es uns gemütlich machen. Die notwendigen Prozeduren wie Entlausen und Registrieren brachten Abwechslung. Marthe-Maries Schwiegermutter arbeitete in Rheinhausen bei Duisburg am Standesamt. Sie besorgte uns eine vorläufige Aufenthaltsgenehmigung für Rheinhausen, und wir konnten das Lager nach zwei oder drei Tagen verlassen. Wir wurden sehr freundlich aufgenommen – unsere ganze Verfassung war naturgemäß miserabel. Als Mutter Scheler mich fragte, ob ich nicht mein Tuch mal bügeln wolle, muß ich sie wohl entgeistert angesehen haben. Es war für uns sehr schwer verstehbar, daß hier der normale Alltag längst wieder eingekehrt war. Wir kamen aus einer anderen Welt – das sollten wir noch oft spüren. In Breslau hatte Pastor Berger mal etwas schnoddrig gesagt: »Wir leben hier in Asien.« Im Nachhinein ist dieser Ausspruch verständlich geworden.

Bald nach Weihnachten kam Vater in das Sanatorium Tannenhof bei Remscheid; das war ihm von der Kirche angeboten worden. Er wurde dort auskuriert, so daß er zum 15. März 1947 wieder mit einer Pfarramtstätigkeit beginnen wollte. Die westfälische Kirche, bei der er sich meldete, bot ihm eine Hilfspredigerstelle in Laggenbeck bei Ibbenbüren an. Das war eine herbe Umstellung. Nachdem er in Schlesien als Dekan für die kirchliche Versorgung mehrerer Kirchenkreise zuständig war, war er nun Hilfsprediger eines jungen Kollegen, der ihm die Arbeit zuwies. »Diese Beerdigung halte ich selbst, das werden Sie doch sicher verstehen, lieber Bruder!« Anderes »durfte« Vater tun. Wir wohnten in einem Raum im Altersheim, da es damals dort keine Pfarrwohnung gab. Als ich mal andeutete, daß ich mich um eine Arbeit bemühen wolle, stand Vater sehr traurig vor mir: »Das würde die endgültige Zerschlagung unserer Familie bedeuten.« So blieb ich bei ihm. Ein Besuch, den wir beide bei einem Kollegen des Kreises machten, ist mir unvergessen: »Lieber Bruder, wenn Sie mir sagen würden ›Sie haben Ihre ganze Bibliothek behalten, ich habe alles verloren, lassen Sie uns also teilen‹, so würde ich Ihnen antworten: ›Sie können gern das eine oder andere Buch leihen, geben kann ich Ihnen keines!« – Vater hatte um nichts gebeten, nach nichts gefragt. Es gab eben damals zu viele Flüchtlinge und Vertriebene, da wurden die Einheimischen ängstlich. Nur war das für uns sehr schwer zu verstehen.

Pfarrer Bunzel wurde in den Kreis der aus der »Nothilfe« zu Betreuenden aufgenommen; seine Bezüge waren für Dezember 46 bis Februar 47 je

146,-Mark, ab März 47 monatlich 187,-Mark⁶⁷. Für Unterkunft und Verpflegung mußte für uns beide ein Betrag, ich glaube es waren 120,-Mark pro Person, bezahlt werden. In Laggenbeck war Vater nicht sehr ausgelastet. Von den vielen Flüchtlingen, die so nach und nach ansässig wurden, wurde er häufig zu Vorträgen oder Schlesiergottesdiensten gebeten. Viele seiner ehemaligen Gemeindeglieder traf er bei diesen Anlässen. Im Sommer 1948 wurde er von einem Breslauer gebeten, die Trauung in der Kirche in Coesfeld zu halten. Bei dieser Gelegenheit lernte ihn der Fürst und Patron von Coesfeld kennen. In einem Gespräch nach der Trauung erfuhr der Fürst, daß Pfarrer Bunzel keine feste Anstellung habe. Wenige Tage nach dieser Unterredung fragte er in einem handschriftlichen Brief an, ob Vater Stadtpfarrer von Coesfeld und damit Hofprediger werden wolle. Am Ersten Advent 1948 war die Probepredigt, am 15. Februar 1949 die Einführung in die Coesfelder Pfarrstelle. Da das Münsterland eine rein katholische Bevölkerung hatte, waren die Gemeindeglieder fast ausnahmslos Flüchtlinge und Vertriebene. Eine dreiseitige Dienstanweisung, dazu eine vom Fürsten wurde Vater überreicht⁶⁸. In Coesfeld hat er mit viel Freude und Elan seine pfarramtliche Tätigkeit ausgeübt. Dazu hat er, so oft es eben zeitlich möglich war, Vorträge, Flüchtlingsgottesdienste und Amtshandlungen bei ehemaligen Gemeindegliedern gehalten. Eine ganze Menge Vorträge und Predigten aus dieser Zeit liegen noch vor, auch einige Tonbänder mit Vorträgen und Gottesdiensten⁶⁹.

Die Not der Heimatvertriebenen lag ihm in besonderer Weise am Herzen, vor allem die Tatsache der Verlassenheit und Einsamkeit vieler. So begann er, in regelmäßigem Abstand einen Rundbrief zu schreiben, der an etwa 1500 Menschen, meist Schlesier, versandt wurde, seine »Schreibtischgemeinde«. Eine Predigt, Bilder, persönliche Berichte, Berichte aus Schlesien, Vorträge, die er über Schlesien hielt, bildeten den umfangreichen Rundbrief⁷⁰.

»In Anerkennung der um die Bundesrepublik Deutschland erworbenen besonderen Verdienste« wurde ihm am 22. Oktober 1953 das Bundesverdienstkreuz verliehen, im September 1960 »in Anerkennung und Würdigung der Verdienste um unsere Heimat Schlesien« die Goldene Ehrennadel und am 11. Juni 1965 der Schlesierschild⁷¹.

Seine Tochter Eva, die ihn seit dem Tode seiner Frau 1944 betreut hatte, heiratete 1951, und vom Sommer 1951 bis zum Ende seiner Tätigkeit in

67 Nachlaß, Mappe Nr. 21: Schreiben der Ev. Kirche von Westfalen vom 25. 3. 47.

68 Nachlaß, Mappe Nr. 21.

69 Nachlaß, Mappe Nr. 3, 5, 6.

70 Ulrich Bunzel, Rundbriefe 1946–1972. Siehe hierzu Anhang V.

71 Nachlaß, Mappe Nr. 22.

Coesfeld 1960 versorgte ihn seine Schwägerin Eva Lange, die ihre Arbeit in einem Altersheim in Suhl/Thüringen aus politischen Gründen hatte aufgeben müssen. Sein 60. Geburtstag wurde zu einem schönen Fest. Seine beiden Brüder Hellmuth und Manfred waren gekommen, der eine aus München, der andere aus Görlitz, Bischof D. Zänker und die Amtsbrüder des Kirchenkreises. Alle vier Töchter und die Schwiegersöhne waren da, auch schon zwei Enkelkinder.

In Coesfeld hat er sich für den Bau eines Gemeindehauses eingesetzt und es auch während seiner Amtszeit noch in Betrieb nehmen können. Das Buch »Coesfeld, unsere schwer bombengeschädigte, sehr flüchtlingsreiche Diasporagemeinde« zeigt, wie sehr er sich in der neuen Arbeit am neuen Ort engagiert hat. Daß aber sein Herz an der schlesischen Heimat hing, belegen ungezählte Berichte und Artikel in schlesischen Heimatzeitzungen und -kalendern, belegen seine nach dem Kriege geschriebenen Bücher.

Mit 70 Jahren wurde er in den Ruhestand versetzt. Er wollte eigentlich »in den Sielen« sterben, aber 70 war die Obergrenze für die Pfarrerdienstzeit. Er zog nach Essen, in die Familie seiner Tochter, die nach dem Tod seiner Frau mit ihm zusammen Kriegsende, Polenzeit und erste Flüchtlingszeit erlebt hatte. Von Essen aus verstärkte er in den ersten Jahren seine Besuchstätigkeit bei Schlesierveranstaltungen, hielt Gottesdienste und Vorträge, übernahm auch in Essen manche Vertretung. Den Rundbrief hat er nach wie vor alle halbe Jahre verfaßt und viel Dank dafür bekommen. Einige schwere Krankheiten hat er in den letzten Jahren überstanden. Er wurde schwächer, das Reisen ging nicht mehr ohne Probleme. Dennoch übernahm er gerne weiterhin Dienste, wenn er darum gebeten wurde.

An seinem 80. Geburtstag hatte er noch einmal viele Verwandte und Freunde um sich – alle vier Töchter mit ihren Männern und insgesamt 15 Enkelkinder; zum Mittag und Kaffee waren wir mehr als 40 Personen. Vater war noch einmal in seinem Element. Danach ließen die Kräfte sehr nach, ein chronisches Leiden machte ihm immer mehr zu schaffen. Große Freude hatte er, als ein Enkel mit dem Theologiestudium begann. So hat er im Garten an seinem Tisch sitzend mit ihm Hebräisch gelernt, seine Verlobung freudig mitgefeiert, ebenso die Hochzeit des ältesten Enkelsohnes und der ältesten Enkeltochter. Sogar ein Urenkelkind konnte er noch begrüßen. Im Frühjahr 1972 war er noch einmal bei allen »Kinderfamilien«, in Soest zur Konfirmation eines Enkels. Am Tage vor Pfingsten holte ihn seine Kreuznacher Tochter zu einem Besuch mit dem Auto ab. Dort ist er in der Nacht vom Pfingstsonntag zum Pfingstmontag verstorben. Es war der 23. Mai 1972.

Ulrich Bunzel lebte in und mit dem Christentum, wie man es sich nicht stärker denken kann. Es war uns manchmal zu viel: immer eine Andacht,

immer »die Hände falten«, egal in welcher Situation! Aber ich verdanke ihm sehr viel, die vielen Lieder und Sprüche, die sich mir eingeprägt haben, seine Predigten, die eine besondere Art hatten und immer viele Lieder und Verse enthielten. Viele Menschen haben uns nach seinem Tod bezeugt: »Ich werde nie vergessen, wie er in so schwerer Situation mit mir gebetet hat.« »Der Spruch, den er mir gegeben hat, steht vor mir.« Etwa 600 Schreiben haben wir nach seinem Tod bekommen; auch das zeigt, was er für viele bedeutet hat.

Auf seinem Grabstein steht: »Christus spricht:
Siehe, ich bin bei euch alle Tage
bis an der Welt Ende.«

Das war sein Glaube im Leben und im Sterben.

Anhang

I. Biographische Angaben zu den Geschwistern Bunzel

- a) Esther, geb. 20.7. 1886, geh. 20.4. 1911 Pastor Lic. Konrad Müller, Breslau (1884–1968), gest. 20.8. 1966 in Nürnberg.
- b) Manfred, geb. 5.6. 1887, ord. 11.4. 1912, Lic. theol., Pastor in Königszelt und Königshain, gest. 8.2. 1958 in Niesky.
- c) Hellmuth, geb. 23.6. 1888, ord. 7.11. 1912, Pastor in Ottendorf, Kr.Bunzlau, Reichenbach/Eule, seit 1937 Sup., 1946 München, Kirchenrat, gest. 8.11. 1973 in Planegg bei München.
- d) Ulrich.
- e) Werner, geb. 19.10. 1891, gest. 21.11. 1891.
- f) Joachim, geb. 2.11. 1893, Dr. rer. pol., Dr. jur., ord. 30.10. 1919, Pastor in Kunzendorf am Kahlen Berge, Breslau-Lutherkirche, Breslau-Zimpel, Konsistorialrat. Gefallen am 16.9. 1939 als Hauptmann an der Bzura/Polen.
- g) Gotthard, geb. 27.5. 1895, stud. theol., gefallen am 19.10. 1916.
- h) Paul Gerhardt, geb. 30.7. 1896, gest. 18.1. 1944 in Breslau.

II. Literatur zur Familiengeschichte der Bunzel

- a) Ulrich Bunzel: Drei Pastorengeschlechter in der jüngsten Geschichte des evangelischen Schlesien [Koelling, Eberlein, Bunzel], in: Schles. Gottesfreund, Jg.23, 1972, S.3107–08;
- b) Ulrich Bunzel: Besonnte Vergangenheit. Besonnte Gegenwart. Blätter der Erinnerung [...], Essen 1961/62, masch.-schriftl., 215 Seiten, im Nachlaß Ulrich Bunzel;
- c) Gotthard Bunzel: Das Andenken des Gerechten bleibt im Segen. Masch.-schriftl., Görlitz 1981/83, Kopien im Familienbesitz.

Über Ulrich Bunzel:

- a) Schles. Gottesfreund, Jg. 1950, S. 13, 65; 1954, S. 603; 1956, S. 862; 1960, S. 1513; 1965, S. 2226; 1970, S. 2900; 1972, S. 3108, 3144, 3147.
- b) Schles. Rundschau, Jg. 1960, Nr. 12.
- c) Der Schlesier, Jg. 1960, Nr. 30; Jg. 1970, Nr. 29; Jg. 1972, Nr. 24.
- d) Coesfelder Allg. Zeitung vom 17. 7. 1960.
- e) Ruhr-Nachrichten vom 18. 7. 1970.
- f) Steeler Heimatzeitung vom 18. 7. 1970.
- g) Laubaner Tageblatt, Jg. 1966, Nr. 9.
- h) Der Weg, 19. 7. 1970.
- i) WAZ vom 18. 7. 1970.
- k) epd vom 15. 7. 1970.

III. Zur »Christnachtfeier« 1932

Über diesen Gottesdienst wird bis heute manches »geredet« und ge/verurteilt, und nicht immer auf Grund notwendiger Kenntnis. Deshalb mag hier beigebracht werden, was die Konsistorialakten dazu beitragen: Je einen Bericht in der »Arbeiterzeitung für Schlesien« und der »Nationalsozialistischen Schlesischen Tageszeitung« vom 27. 12. 1932 nimmt das Konsistorium zum Anlaß, Ulrich Bunzel um eine Stellungnahme zu ersuchen. Der Bericht der Arbeiterzeitung ist in der Akte nicht erhalten; der Bericht der Schles. Tageszeitung lautet: »Festgottesdienst der SA. in der Maria-Magdalenen-Kirche. Selten wohl war in der letzten Zeit ein Gottesdienst so stark besucht, als der Mitternachtsgottesdienst in der St. Maria-Magdalenenkirche für die SA.-Männer der Standarte 11 und ihre Angehörigen. Überall waren die Plätze besetzt, dicht gedrängt standen die Gläubigen in den Gängen, während die SA. rechts und links des von brennenden Weihnachtsbäumen flankierten Altars in den Seitenschiffen Aufstellung genommen hatte. Stumm, mit erhobenem Arm, wurden die einzelnen Sturmfähnen begrüßt; auch sie nahmen am Altar Aufstellung.

Da ertönte um Mitternacht, der Geburtsstunde unseres Heilands, ein leises Orgelvorspiel, das bald in das herrliche alte Weihnachtslied »O du fröhliche, oh du seelige« überging. Mächtig stieg der Gesang der Tausende zum Deckengewölbe des Gotteshauses empor und leitete über zu der von Darbietungen der SA.-Spielschar und Gemeindegesang unterbrochenen Verkündigung des Weihnachtsevangeliums des 2. Kapitels des Lukas.

»Es ist ein Ros' entsprungen«, »Vom Himmel hoch, da komm ich her«, »Ehre sei Gott in der Höhe«, »Ihr Kinderlein kommet« und »Lobt Gott, ihr Christen allzugleich« waren die Gesänge, die der von Pfarrer Dr. Bunzel gehaltenen Festpredigt vorangingen.

»Uralt ist«, so führte der Geistliche aus, »der Gedanke des Weihnachtsfestes im deutschen Volke. Schon unsere Vorfahren in der heidnischen Zeit feierten in diesen Tagen das Jubelfest und die Wintersonnenwende mit ihrem Sehnen nach Sonne und Licht. Da kamen christliche Missionare, gaben diesem Sehnen unserer Vorfahren Erfüllung und führten das Volk, das im Finstern wandelt, zum Licht. Gegen dieses Licht rennt heute der Bolschewismus an, der abendländische Kultur und christliche Gesittung zerstören will. Schon ist es ihm gelungen, da und dort Fuß zu fassen und das Volk in Hoffnungslosigkeit und Finsternis zu stürzen. Je finsterer aber die Nacht im Volke ist, desto entschiedener haben sich Männer und Frauen der nationalen Bewegung zusammengeschlossen, um das Volk zu befreien. Diese nationale Bewegung ist das Fanal, auf

das Millionen vertrauensvoll blicken. Ihr alle, die ihr dieses Kreuz auf den Fahnen tragt, sollt tun, was Christus fordert. Wir freuen uns, daß sich diese Millionenbewegung zum positiven Christentum bekennt und daß die Schrift ihres Führers Adolf Hitler voller Worte christlicher Demut und Erkenntnisse ist. Die Anhänger Adolf Hitlers richten sich nach diesen Grundsätzen, und so werden sie das Volk einer neuen Zukunft entgegenführen.

Wohlan denn, deutsche Männer und Frauen der nationalen Bewegung, laßt uns ein Gelübde ablegen, daß wir in dem Zeichen Adolf Hitlers den Kampf gegen die Finsternis aufnehmen und siegen wollen. Dann wird das Volk einer neuen Zukunft entgegenschreiten. Aus Rußland kommt die Nacht zu uns, wir aber wollen kämpfen gegen die Macht der Finsternis, die unser deutsches Volkstum bedroht. Wir wollen geloben, nicht eher zu rasten, bis unser Volk erwacht ist und der Sonne entgegenwandelt.«

Ein Gebet, daß unser Volk ganz durchdrungen werden möge von den Gedanken der Bewegung und das Vaterunser beendete den Gottesdienst. Mächtig erklang an seinem Schluß, von der andächtigen Gemeinde gesungen, der Beschluß des Gebetes »Denn Dein ist das Reich« zum Himmel empor.

Gepackt von dem gewaltigen Erlebnis des Weihnachtswunders und seines Gottesdienstes, ging die Menge der Andächtigen nach Hause.«

Dies der Bericht des NS-Reporters; man merkt ihm an, wie sehr er – bewußt oder auch unbewußt – hörte, was in seinen »Glauben« hineinpaßte, wie er Bunzels »Anknüpfung« an Fragen, Gedanken und Worte der »Bewegung« schon für das Wesentliche der Predigt nahm.

Die von Bunzel erbetene Stellungnahme zu beiden Zeitungsberichten lautet: »In dem Bericht der Arbeiterzeitung reiht sich Luege an Luege. Dreimal wird von einer Segnung der Fahnen gesprochen. Selbstverstaendlich hat eine solche nicht stattgefunden, ist auch nicht begehrt worden. Weiter heißt es: Die Predigt war eine einzige Hetze gegen Rußland. An einem Punkt habe ich von Rußland gesprochen, dem Umfang der vorliegenden Predigt nach etwa $\frac{1}{20}$ der Gesamtlänge.

Ich nehme Abstand davon, weitere Luegen und Unrichtigkeiten zu brandmarken. Ich bin mehr als einmal aufgrund meiner pfarramtlichen Taetigkeit Gegenstand unverschämter Angriffe der sozialistischen Presse gewesen, das letzte mir bekannte Mal anlaesslich des vorletzten Kolonialgedenkgottesdienstes, bei dem Herr Generalsuperintendent D. Dr. Schian wegen des Gesanges eines von ihm gedichteten Liedes und ich wegen der Predigt in frechster Weise verhoehnt wurden. Ich habe nie geglaubt, mit einer Richtungstellung der Kirche zu dienen, sehe vielmehr aus den Ausbruechen von Hass, wie unangenehm den Kirchenfeinden meine Taetigkeit ist. Der hasserfuellte Inhalt des marxistischen Hetzartikels verstaerkt mich in der Ueberzeugung, dass unser Gemeindekirchenrat richtig gehandelt hat, als er einstimmig der NSDAP das Gotteshaus, das wir m. E. noch keinem verweigert haben, zur Verfuegung stellte.

Der Bericht der Schlesischen Tageszeitung ist nicht mehr entstellt, als es in aehnlichen Berichten in der Presse zu geschehen pflegt. Ich gehe darum nur auf die zwei vom Ev. Konsistorium im Bericht unterstrichenen Stellen ein.

a) Die Fahnen nahmen im Altarraum Aufstellung. Es ist dies bei aehnlichen Feiern stets der Fall. Es geschieht jedesmal bei dem alljaehrlich von mir abgehaltenen Kolonialgedenkgottesdienst, geschah beim Festgottesdienst anlaesslich der 500jaehrigen Wiederkehr der Begründung der Schuhmacherinnung, geschieht jedesmal bei den Feiern kirchlicher Vereine, bei denen Fahnen ins Gotteshaus mitgebracht werden. Die Gemeinde und die betr. Organisationen wuerden es nicht verstehen, wenn wir bei Erlaubnis aehnlicher gottesdienstlicher Feiern fuer die Zukunft verbieten wuerden, dass die Fahnen im Altarraum aufgestellt wuerden.

b) Dass ich aufgefordert habe, ein Geluebde abzulegen, im Zeichen Hitlers den Kampf aufzunehmen, ist selbstverstaendlich Unsinn. Ich habe weder zu einem Geluebde aufgefordert, noch zu einem im Zeichen Hitlers. Wohl habe ich gesagt, dass ich mich freue, dass das NS-Programm vom positiven Christentum redet und Hitler in seinem »Mein Kampf« mehr als einmal von der Bedeutung des Christentums spricht, habe aber sehr ernst hinzugefuegt, dass alle diese Programme und Ausfuehrungen solange nutzlos sind, als sich nicht der einzelne aufs Gewissen nimmt, in seinem Leben das positive Christentum zu erweisen.

Ich habe Herrn Generalsuperintendent D. Zaenker als Dank fuer sein Schreiben an die Geistlichen seines Sprengels, in dem er auch die Meinung vertritt, wir koennten Gottesdienste, um die wir gebeten werden, kaum ablehnen, die Predigt zugesandt. Das Ev. Konsistorium kann also an Hand der vor vier Wochen von mir aufgeschriebenen Predigt den Wortlaut feststellen, wenn dies noetig sein sollte.

Richtig ist in dem Bericht, dass selten ein Gottesdienst so besucht war. Ich habe noch keinen aehnlich besuchten Gottesdienst gehalten oder gesehen. 20 Minuten vor Beginn mußte das Gotteshaus polizeilich gesperrt werden. 5000 moegen es gewesen sein, die in gespanntester Aufmerksamkeit meine sehr ernste Predigt anhoerten, die die Weihnachtslieder mitsangen, dass man die Orgel, die mit vollem Werk spielte, kaum hoerte und die mir nachher immer wieder ihren Dank in ruehrender Weise ausgesprochen haben. Ich bin dankbar, dass ich hier vor soviel tausenden von Maennern diese Feier halten konnte. Dem Evangelischen Konsistorium gehorsamster Lic. Dr. Ulrich Bunzel.«

Das Konsistorium sieht die Angelegenheit damit als erledigt an. SKE I, 2447, 31–35, 37.

IV. Zu der Ausweisung und dem Redeverbot vom März 1935

Das Schreiben mit der Verfügung von Ausweisung und Redeverbot im Nachlaß, Mappe 19, Original. – Abschrift dieses Schreibens übersendet die Stapo an das Konsistorium; SKE V, 436, 39, 29–30. – Die Spitzel der Stapo haben über die Versammlung der Paulusgemeinde am 15. März 1935 folgenden Bericht verfaßt: »Es sprach Pfarrer Lic. Dr. Bunzel, Magdalengemeinde über

1. Erlebnis an der Saar nach der Abstimmung

2. Die gegenwärtige Lage in der Kirche und die Stellung der Bekenntnisfront.

Zu 1 ist nichts besonderes zu bemerken.

2. Die gegenwärtige Lage: In Berlin ist die Bekenntnissynode der evangelischen Kirche zusammengetreten, Ort Berlin-Dahlem. Die Regierung hat verboten, daß auf dieser Synode irgend welche Beschlüsse abgefaßt werden. Am Tage vorher, Sonnabends, wurde diese Synode von der geheimen Staatspolizei angerufen und es wurde verboten, eine Erklärung an die Gemeinden abzugeben. Aber wir haben geglaubt, so erklärte Pf. Lic. Dr. Bunzel, daß man Gott mehr gehorchen muß, als den Menschen, und aus diesem Grunde haben wir diese Erklärung an die Gemeinden doch vorgelesen, und wir haben sie auch drucken lassen, wovon Sie (die Anwesenden) jetzt ein Blatt vor sich haben. Wir müssen in unserem Aufruf so ernst reden, denn jetzt haben Sie die Ernte für das, was von den »Deutschen Christen« gesät worden ist. Die »Deutschen Christen« erklären: Neben der Offenbarung der ev. Kirche steht noch die Offenbarung der Rasse. In der Bibel steht aber: Ich bin der Herr, Dein Gott, Du sollst nicht andere Götter haben neben mir. Und wir gehorchen diesem Gebot allein im Glauben an Jesus Christus, den für uns gekreuzigten und auferstandenen Herrn. Die neue Religion ist Auflehnung gegen das erste Gebot, denn 1. wird die rassistisch-völkische Weltanschauung zum Mythos. In ihr werden Blut

und Rasse, Volkstum, Ehre und Freiheit zum Abgott. 2. Der in dieser neuen Religion geforderte Glaube an das »ewige Deutschland« setzt sich an die Stelle des Glaubens an das ewige Reich unseres Herrn und Heilandes Jesus Christus. 3. Dieser Wahnglaube macht sich seinen Gott nach des Menschen Bild und Wesen. In ihm ehrt, rechtfertigt und erlöst der Mensch sich selbst. Solche Abgötterei hat mit positivem Christentum nichts zu tun. Sie ist Antichristentum. Es sind leider keine »Deutschen Christen« anwesend, aber legen Sie bitte den »Deutschen Christen« einmal folgende 3 Fragen vor:

1. Weißt Du, daß es seitens der »D.C.« verboten ist, etwas gegen Alfred Rosenberg zu sagen? Wir sagen: Gegen diesen Menschen schweigen, das heißt, das Christentum verraten! Es ist ein Lump, der sich diese Lästerung ruhig anhört!

2. Weißt du, daß viele, weite Teile der »D.C.« erklären, wir wollen eine Nationalkirche, nicht eine ev. und eine kath. So wird z. B. diese Nationalkirche von dem Bischof von Thüringen gefordert. Und wir müssen sagen, es ist entweder Dummheit oder Lüge, zu sagen, wir werden eine Nationalkirche haben.

3. Wir würden alles, sagen die »D.C.«, würden auch Christus hingeben, wenn wir damit unserem Volke helfen könnten. Und sagen Sie den »D.C.« wenn sie sagen, dieses stimmt nicht: Zeigen Sie doch Herrn P. Lic. Dr. Bunzel an wegen Verleumdung, denn diese Gottlosigkeiten hat P. Bunzel gesagt, sagen Sie das bitte!

Wir müssen sagen, daß es Götzendienst ist, wenn man Blut und Rasse vermischt. Es gibt unter Deutschen Schweinehunde aber auch unter den Juden anständige! (Beifall). Und weil ich dieses behauptet habe, habe ich in Liegnitz 3 Monate Redeverbot erhalten.

Wir wissen Deutschland ist sündig, nicht allein durch die Schuld der »Deutschen Christen«, aber im Himmelreich wird es kein Deutschland, kein anderes Reich geben als Gottes Reich. Und wir dürfen somit nicht von einem ewigen Deutschland sprechen!

Wir müssen so gegen die Vergötzung der Deutschen Christen sprechen, weil sonst das deutsche Volk in dieser Vergötzung untergeht. so stellte man z. B. an mehreren Orten Bilder A. Hitlers auf den Altar, das ist Götzendienst.

Reichsminister Göring sagte einmal: Recht ist, was der arische Mensch als Recht empfindet. Wir müssen sagen, daß die 6 Millionen Kommunisten vor der Regierung Hitlers auch Arier waren. Recht ist allein, was Gott als Recht gesetzt hat. In der Kirche hat niemand etwas vorzuschreiben, ob er Bischof Zänker oder Adolf Hitler heißt!

Es kommt darauf an, daß wir jetzt Schluß machen mit allem Schweigen, daß wir zu reden beginnen. Es ist Sünde zu schweigen. Beispiel: In der Straßenbahn. Wer hat noch keine Fahrkarten? Du schweigst. Der Kontrollör kommt. Du hast keine Fahrkarte. Du bist schuldig, weil Du geschwiegen hast! Schweigen ist strafbar, und wer jetzt schweigt, macht sich strafbar. Darum verbreiten Sie unsere Aufklärungsschriften.

An Unterlagen liegen vor:

1. Aufruf an die Gemeinden der Bekenntnissynode vom 5. 3. 35.
2. Rundbrief 2/3 und 4 der Bekennenden Kirche Schlesiens. (Nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, laut Aufdruck)
3. Das Alte Testament, seine Bedeutung für Christenglauben und vaterländische Bewegung. Von Lic. Dr. U. Bunzel.
4. Evangelisches Christentum und Deutsche Glaubensbewegung. Von P. Lic. Dr. U. Bunzel.

Ende der Geschlossenen Gesellschaft der Bekenntnisfront im Paulussaal, Breslau. Aufgenommen von: gez: Unterschrift. Märkischstr. 96/98-X.« (SKE V, 436, 37–38).

Dazu fand noch eine mündliche Vernehmung Bunzels statt, deren Protokoll lautet: »Es ist richtig, daß ich am 13. März im Gemeindesaal der Paulusgemeinde gesprochen habe. Es handelte sich um eine geschlossene Versammlung. Die Ausführungen über die Dahlemer Synode treffen nicht zu. Da ein Verbot der Regierung an die Synode m. W. nicht ergangen

war, kann ich auch dieses nicht gesagt haben. Die Worte ›Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen‹ habe ich also nicht im Hinblick auf die Dahlemer Synode gebraucht, sondern im Hinblick auf das Verbot, die Botschaft der Dahlemer Synode gegen das Neuheidentum der Gemeinde bekannt zu geben. In ähnlicher Weise sind auch die anderen Teile des Protokolls entsteht.

Die folgenden Sätze des Berichtes enthalten Sätze der Dahlemer Botschaft, hinter denen ich stehe. Soweit ich mich entsinne, habe ich diese nicht zitiert. Die drei Fragen im Bericht habe ich gestellt, aber in anderer Form, wenn auch dem Sinn entsprechend.

Die folgenden Sätze enthalten Gedanken aus dem Vortrag, indessen sind sie so entstellt, dass ich sie weithin nicht als meine Worte anerkennen kann. Ich habe beispielsweise von A. Rosenberg nicht gesagt: gegen diesen Menschen schweigen, sondern zu der Weltanschauung Rosenbergs schweigen. In diesem Zusammenhang habe ich dann von den Glaubensirrungen Rosenbergs gesprochen. Den Ausdruck ›Lump‹ habe ich im Anschluss an diese Ausführungen von denen gebraucht, die wider besseres Wissen die christlichen Wahrheiten verleugnen.

Zu Nr. 3 habe ich beispielsweise nicht gesagt: die DC. wollen Christus preisgeben; denn dies würde nicht zutreffen. Ich habe vielmehr mit Namensnennung Sätze aus der Schrift des Thüringischen Oberkirchenrats Leuthäuser zitiert. Bei der Bemerkung der Aufstellung des Führerbildes auf den Altären habe ich ausdrücklich hinzugefügt, daß diese Handlung selbstverständlich die eindeutige Ablehnung durch den Führer erfahren hat. Dieses verschweigt der Bericht.

Diese einzelnen Beispiele mögen ergeben, wie der Gesamtbericht meinen Vortrag entstellt wiedergibt. Meine Stellung zum Dritten Reich und Führer dürfte nach den zahlreichen SA-Gottesdiensten, die ich mir schon vor dem 30./1. 33 erzwungen habe, nach meinen mehr als 200 öffentlichen Vorträgen gegen Bolschewismus sowie meinen Predigten, von denen ich für eine den ausdrücklichen Dank des Führers erhalten habe, allgemein bekannt sein und eindeutig feststehen.

Selbst gelesen. Gez. Lic. Dr. Ulrich Bunzel, Pastor.« (SKE V, 436, 40–51).

Während des folgenden Jahres sind von der Kirchengemeinde St. Maria Magdalena, vom Konsistorium und vom Provinzialkirchenausschuß immer wieder Vorstöße unternommen worden, das Aufenthaltsverbot für U. B. wieder aufzuheben; vgl. SKE V, 436, 11–15, 23–28, 33–34, 43, sowie RZE 6/62. 5–12.

V. Ulrich Bunzel, Rundbriefe 1946–1972

Die Rundbriefe sind nicht nummeriert; es scheint angebracht, sie hier vollständig chronologisch aufzuführen.

(I.) »Kirche unter dem Kreuz! Briefe aus Schlesien.«

1. Folge: kein Beleg

2. Folge, datiert Juni–Sept. 1946, hektographiert, 3 Bll., A 4. Mit dem Vermerk:
»Aus Briefen von Lic. Dr. Ulrich Bunzel, Pfarrer, Dekan Mittelschlesiens.
Verantwortlich für die Vervielfältigung: Ev. Stud. Gemeinde Erlangen.«

3. Folge, datiert 16. 8. 46, hekt., 3 Bll., A 4.

– mehr nicht erschienen.

(II.) Fünf Rundbriefe, hektographiert, A 4.

1. 30. Nov. 1946 Breslau; mit Nachschrift 22. Dezember 1946 Rheinhausen; 1 Bl.;

2. 31. Dezember 1946 Rheinhausen, 2 Bll. = 2 Textseiten;

3. 31. Januar 1947 Stiftung Tannenhof, Remscheid, 2 Bll., 3 Seiten;
 4. 28. Februar 1947 Tannenhof, und 15. März 1947 Laggenbeck, 1 Blatt;
 5. 31. 3. 1947 Laggenbeck, 2 Bll.

Die Briefe 2) und 3) sind an die »lieben Münsterberger« gerichtet, die anderen allgemein.

(III.) 57 Rundbriefe, gedruckt, A 5, Coesfeld und Essen-Steele.

30. April 47	31. Mai/1. Juli 47	31. August 47
2. Dez. 47	12. März 48	26. Juli 48
2. Nov. 48	31. Januar 49	25. Sept. 49
27. Januar 50	26. Juli 50	24. Nov. 50
27. Mai 51	31. Dez. 51	8. Juni 52
8. Okt. 52	1. April 53	29. Nov. 53
15. Mai 54	16. Sept. 54	21. Januar 55
13. August 55	1. April 56	4. Mai 56
2. Sept. 56	31. März 57	26. Okt. 57
12. März 58	8. Okt. 58	20. April 59
31. Okt. 59	6. Mai 60	
[26. Juli 60 Danksagung zum 70. Geburtstag, Doppelblatt.]		
2. Nov. 60	4. Mai 61	1. Okt. 61
31. März 62	23. Sept. 62	1. April 63
2. Sept. 63	21. März 64	2. Sept. 64
14. März 65	2. Sept. 65	13./20. März 66
2. Sept. 66	2. Febr. 67	26. Juli 67
24. Febr. 68	21. August 68	28. Febr./12. März 69
2. Sept. 69	26. April 70	2. Nov. 70
12. März 71	26. Juli 71	12. März 72

Im Juli 1972. Herausgegeben von Eva Brand, geb. Bunzel, mit dem noch fertiggeschriebenen Rundbrief von Ulrich Bunzel, April 1972, ferner der Predigt bei der Trauerfeier für Ulrich Bunzel am 26. Mai 1972.

VI. Ulrich Bunzel. Chronologische Bibliographie der selbständigen Druckschriften sowie ausgewählter Aufsätze und Berichte

- 1.* Der Begriff der Heiligkeit im Alten Testament. Eine ideolog. Untersuchung. (Einführung und erster Abschnitt des 1. Teils.) Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Würde eines Lizentiaten der Theologie. Lauban 1914, 49 Seiten.
2. Gedächtnisfeier für unsere gefallenen Krieger. Petersdorf i. R. Hirschberg 1915, 14 Seiten.
- 3.* Aus Gotthards Feldpostbriefen. 22./9. 1914–19./10. 1916. Strehlen 1916, 50 Seiten.
4. Gedächtnisfeier für unsere gefallenen Krieger. Schreibendorf, Reminiszenz 1917. Strehlen 1917, 18 Seiten.
5. Glockenabschiedsfeier Schreibendorf, Kreis Strehlen, 24. 6. 1917. Strehlen 1917, 19 Seiten.
6. q-d-s und seine Derivate in der hebräischen und phönizisch-punischen Literatur. Eine lexikographisch-grammatikalische Untersuchung. Inauguraldissertation zur Erlangung der Doktorwürde. [Strehlen] 1917, 72 Seiten.

7. Heimatklänge der Kirchfahrt Schreibendorf. Halbmonatsblatt, 1. Okt. 1917–30. Juni 1927.
8. Kriegsaberglauben. In: Mitteilungen der Schlesischen Gesellschaft für Volkskunde, Bd. 20, 1918, S. 41–71.
9. Begrüßungsfeier für unsere Krieger und deren Personalien, Schreibendorf, Sonntag, 12. 1. 1919. Strehlen 1919, 32 Seiten.
10. Gedächtnisfeier für unsere gefallenen Krieger. Schreibendorf Reminiszenz 1919. Strehlen 1919, 30 Seiten.
- 11.* Unsere neuen Glocken. Beschreibung der Einholung, Weihung und des ersten Geläutes unserer neuen Glocken. Schreibendorf 25. und 29. Juni 1919. [Strehlen?] 1919, 24 Seiten.
12. Die soziale Schichtung der apostolischen Gemeinden und die Ausgleichung ihrer Gegensätze mit ihrer Bedeutung für die Gegenwart. In: Evang. Kirchenblatt für Schlesien, Jg. 1920, S. 391; Jg. 1921, S. 58–61, 73–76, 91–93.
- 13.* Der Arbeiter-Verein in ländlichen Bezirken. In: Sinn und Gestalt des Evangelischen Arbeiter-Vereins. Praktische Winke für die Vereinsgestaltung. Breslau 1925, S. 17–32. [S. 3–16: Walter Buntzel, Der städtische Arbeiter-Verein].
14. Die Wahlen zur Provinzialsynode [1925]. In: Evang. Kirchenblatt für Schlesien, Jg. 1925, S. 261–264, 277–279, 285–286.
15. Der evangelische Jugenddienst in Schlesien. In: Evang. Kirchenblatt für Schlesien, Jg. 1926, S. 316–319. [Eine Bestandsübersicht evg. Jugendarbeit i. J. 1925.]
16. 60 [sechzig] Jahre Gemeinschaftsfest auf dem Rummelsberge. In: Correspondenzblatt des Vereins für Geschichte der evangelischen Kirche Schlesiens, Bd. XIX, 1. Heft, S. 25–52. Liegnitz 1927. – Auch als Sonderdruck.
- 17.* Sind die Geheimwissenschaften eine Stütze des Glaubens? Berlin [1928], 32 Seiten. (= In alle Wahrheit Heft 12/13).
- 18.* Die Ersten Bibelforscher. Berlin [1928], 32 Seiten. (= In alle Wahrheit, Heft 14/15).
- 19.* Deine Alltagsarbeit und Gott. Berlin [1928], 16 Seiten. (= In alle Wahrheit, Heft 18).
20. Die Wahlen zur Provinzialsynode [1929]. In: Evang. Kirchenblatt für Schlesien, Jg. 1929, S. 242, 252, 393.
21. Die seelische, sittliche und soziale Lage des Landarbeiters. In: Grunz, Der EAV-Führer, 1929, S. 3 ff.
- 22.* Die Aufgabe der Gemeindekörperschaften nach der neuen Verfassung. In: Für unsere Kirche. Worte zur Erinnerung an den 3. Februar 1929 [das ist der Tag der Einführung der Gemeindekörperschaften von St. Maria-Magdalena]. Breslau 1929, 16 Seiten. [Weitere Beiträge von Georg Seibt, Walter Maetschke und Eduard Meißner.]
23. Das Grauen des Bolschewismus und die Aufgabe der christlichen Frau zu seiner Abwehr. Breslau 1930, 20 Seiten.
24. Die konfessionelle Statistik und ihre Lehren. In: Evang. Kirchenblatt für Schlesien, Jg. 1930, S. 397–398, 405–408, 415–419.
25. Schriftenmission. In: Fuellkrug, Gerhard, Hg., Vom Werk des Glaubens. Neues Handbuch der Volksmission. Schwerin 1931.
26. Die gegenwärtige Kampfmethode des Freidenkertums. Potsdam 1931, 42 Seiten. Aus bzw. auch in: Evang. Kirchenblatt für Schlesien, Jg. 1931, S. 289–295, 299–302, 310–312.
- 27.* Tod und Ewigkeit. Sonderdruck aus dem Kirchlichen Wochenblatt für die evangelischen Gemeinden Breslaus. 1931, 12 Seiten. [Angezeigt im Evg. Kirchenblatt für Schlesien, Jg. 1931, S. 395].

- 28.* Die neben- und gegenkirchliche Bewegung in Schlesien in der Nachkriegszeit. Breslau 1932, 178 Seiten. – [Rez. von D. Martin Schian in: *Evg. Kirchenblatt für Schlesien*, Jg. 1932, S. 252].
- 29.* Volkstum und Christentum. Wie stellen wir uns als evangelische Christen zum Nationalsozialismus, Alten Testament, Tannenbergbund, zur Deutschkirche und christlich-deutschen Bewegungen? Gemeinverständlich beantwortet von... Berlin, o. J. (= *In alle Wahrheit*, Heft 26/27), 32 Seiten. – Unter dem Titel »Christentum und Volkstum« auch in: *Evg. Kirchenblatt für Schlesien*, Jg. 1932, S. 168–170, 177–179, 185–189.
30. Die Bedeutung des alten Testaments für Christentum und vaterländische Bewegung. Berlin o. J. (= *In alle Wahrheit*, Heft 28). Aus bzw. auch in: *Evg. Kirchenblatt für Schlesien*, Jg. 1932, S. 309–311, 319–321, 339–341.
31. Die weltliche Schulbewegung in Schlesien. In: *Evg. Kirchenblatt für Schlesien*, Jg. 1933, S. 42–44, 69–70, 85–87, 140–143.
- 32.* Das Alte Testament, seine Bedeutung für Christenglauben und vaterländische Bewegung. Sonderdruck aus dem Kirchlichen Wochenblatt für die evangelischen Gemeinden Breslaus. Breslau 1933, 11 Seiten.
- 33.* Führer durch die Haupt- und Pfarrkirche St. Maria Magdalena zu Breslau. Breslau 1933, 36 Seiten. – 2., wesentlich vermehrte Auflage 1937, 44 Seiten.
34. Die Wahlen zur Provinzialsynode [1933]. In: *Evg. Kirchenblatt für Schlesien*, Jg. 1933, S. 223–227.
- 35.* Du sollst nicht andere Götter haben neben mir. Grundsätze und Tatsachen. (Die Glaubensirrtümer der D. C. an 50 Beispielen nachgewiesen. – 2., wesentlich vermehrte Auflage. 16.–30. Tausend. O. Ö. u. J. [Breslau 1934].
- 36.* Evangelisches Christentum und Deutsche Glaubensbewegung. Görlitz o. J., 28 Seiten. Sonderdruck aus dem Kirchlichen Wochenblatt für die evangelischen Gemeinden Breslaus, Jg. 1934, Nr. 25–30 Juni/Juli, passim.
- 37.* Geschichte unserer Christophorikirche und ihre Erneuerung. Breslau 1935, 64 Seiten.
- 38.* Am Leiden teilnehmen. Worte des neuen Testaments, mit Gesangbuchversen und Lutherworten, kurzen Erläuterungen und Gebeten. Breslau 4. 5.–9. 6. 35. Breslau 1935, 31 Seiten.
- 39.* Die nebenkirchlichen religiösen Gemeinschaften Schlesiens, ihre geschichtliche Entwicklung und gegenwärtige Verbreitung. In: *JVSKG (Corr.blatt)*, XXVI. Band, 1. Heft, S. 57–100. – Auch als Sonderdruck.
- 40.* Feier der Goldenen Konfirmation, 18. April 1937, und Beschreibung des Turmbrandes der Magdalenenkirche 22./23. März 1887. Breslau 1937, 16 Seiten.
41. Umbau der Kapelle auf dem Neuen Magdalenenfriedhof. Breslau 1937.
- 42.* Die Magdalenenkirche in Breslau. (Deutsche evangelische Kirchen.) Kleine Führer durch deutsche evangelische Kirchen, Reihe C (Schlesien), Heft 1. Breslau o. J. [ca. 1937], 16 Seiten.
43. Die Christophorikirche in Breslau. Kleine Führer durch deutsche evangelische Kirchen, Reihe C (Schlesien), Heft 2. Breslau o. J. [ca. 1937], 15 Seiten.
- 44.* Das Teufelswerk des Bolschewismus in Rußland und das Werk Gottes. Breslau, Selbstverlag des Verfassers, 1938, 48 Seiten.
- 45.* [Ulrich und Hellmuth und Manfred Bunzel] Im Dienst. Blätter der Erinnerung an den ersten Pfarrer der Gustav-Adolf-Gedächtniskirche in Breslau-Zimpel, Dr. Dr. Joachim Bunzel, gefallen am 16. September 1939 an der Bzura, dargeboten von den Seinen. Breslau 1939, 103 Seiten; 2. Aufl. 1940.
- 46.* D. Johannes Heß, der Reformator Breslaus. Herausgegeben vom Schlesischen

- Kirchengeschichtsverein im Verlage des Evang. Preßverbandes für Deutschland, Berlin-Steglitz; Versandstelle: Evg. Presseverband für Schlesien, Breslau 2. O. J., 20 Seiten. – Vorabdruck in: Evang. Kirchenblatt für Schlesien, Jg. 1940, S. 144–148.
- 47.* Rundbriefe. 1946–1972. [Vgl. oben Anm. 70 und Anhang V].
- 48.* Kirche unter dem Kreuz. Bilder aus der Kirche Schlesiens 1945/46. Bielefeld 1947, 76 Seiten.
- 49.* Gemeinde- und Heimatbuch der evangelischen Schlesier. [Teil I]. Goslar 1950, 124 Seiten und 16 Bll. Abb.
- 50.* Kleine Kirchengeschichte. Gütersloh 1951; 2. Aufl. 1952, 63 Seiten.
- 51.* Coesfeld, unsere schwer bombengeschädigte, sehr flüchtlingsreiche Diasporagemeinde. Coesfeld 1953, 101 Seiten.
- 52.* Gesegnetes Leid. Bilder aus der Kirche Schlesiens 1945/46 und heute. Lahr-Dinglingen 1959, 94 Seiten.
- 53.* Die evangelischen Deutschen und die evangelischen Polen in Schlesien. (Nach dem Stand von Anfang 1959). In: JSKG 1959, S. 155–165.
- 54.* Haupt- und Pfarrkirche St. Maria-Magdalena zu Breslau. Ulm 1960, 39 Seiten und 12 Bll. Abb.
- 55.* Schlesien lebt. Zeitungen, Zeitschriften und Rundbriefe der schlesischen Heimatvertriebenen. (Ostdeutsche Beiträge aus dem Göttinger Arbeitskreis Bd. XXV). Würzburg 1963, 77 Seiten.
- 56.* Entstehen und Vergehen der evangelischen Kirchen Breslaus. München 1964, 114 Seiten.
- 57.* Kirche ohne Pastoren. Die schlesische Laienkirche nach dem Zusammenbruch von 1945. Erlebnisse und Berichte [...] Ulm 1965, 78 Seiten.

* Die mit einem * bezeichneten Schriften sind im Nachlaß vorhanden.

VII. Nachlaß Ulrich Bunzel

(Im Besitz von Frau Eva Brand, Essen-Steele)

Amtskalender 1945–1972.

Gästebuch 1916–1944.

Gästebuch Münsterberg 1945–1946.

Gästebuch Laggenbeck und Coesfeld 1946–1960.

U. Bunzel, Jahresrückblick 1917–1945.

Ulrich Bunzel, Erinnerungen, handschriftlich, 50 Seiten, verfaßt 1952.

Ulrich Bunzel, Besonnte Vergangenheit. Besonnte Gegenwart. Blätter der Erinnerung, in schwerer Krankheit meinen lieben Kindern auf Bitten niedergeschrieben. Essen 1961/62, masch.-schriftl., 215 Seiten.

Bibel mit vielen Anmerkungen.

Losungsbüchlein 1945 – handgeschrieben.

Ruth Lange, Tagebücher 1909–1912, 1914–1916.

Fünf Vorträge, gehalten 1943, in Kunstschrift handgeschrieben.

– »Was sagen uns die Geheimwissenschaften?«

– »Was wissen wir vom Leben nach dem Tode?«

– »Wozu ist das Leid auf der Welt?«

– »Was ist das Entscheidende im Christenglauben?«

– »Was sagt uns die Bibel heute?«

Mappen

- 1) Schlesien. Dokumente, Zeitungsausschnitte, Schriftwechsel mit Hupka, Mende, Scharf u. a.
- 2) Briefe und Berichte 1945–1946.
- 3) Predigten 1944–1959, maschinenschriftlich.
- 4) Predigten 1929–1941, gedruckt.
- 5) Vorträge und Ausarbeitungen 1906–1970, maschinenschriftlich.
- 6) Vorträge und Ausarbeitungen 1919–1959, gedruckt.
- 7) Sammlung und Ausarbeitungen »Aberglaube«; Ausarbeitung »Humor im Pfarrereleben«.
- 8) Olympiade 1936: Zeitungsausschnitte, U. Bunzels am 7. 8. 1936 in Berlin, olympisches Dorf, gehaltene Predigt.
- 9) Kindergottesdienstarbeit in Schlesien. [Vgl. dazu Anm. 28.]
- 10) Kirchenkampfszeit: Bekenntnisdienste, Rundbriefe der BK, Briefe aus dem Gefängnis.
- 11) Das Kaiserhaus: Schriftwechsel.
- 12) Auszüge aus den Rundbriefen.
- 13) dto.
- 14) Kleinschrifttum aus der Kirchenkampfszeit.
- 15) Schriften zur Kirchenkampfszeit, verfaßt nach 1945.
- 16) Korrespondenz und Ausarbeitung »Wie kann bei der Relativität aller Geschichtstatsachen eine Geschichtstatsache – Jesus von Nazareth – die Grundlage unseres christlichen Glaubens sein?« 1910/11. Vgl. dazu Anm. 6.
- 17) Emil Bunzel, Installationspredigt 1886, handschriftlich. Todesanzeigen und Kondolenzen.
- 18) Ulrich Bunzel, Korrespondenz mit seinen Geschwistern 1946–1972.
- 19) Ausweise.
- 20) Berichte aus den Jahren 1945 und 1946.
- 21) Urkunden und Personalunterlagen, Lebenslauf.
- 22) Auszeichnungen.

Die Singbewegung in Schlesien in der Weimarer Zeit

VON REINHARD BUSCHBECK

»Es war wie ein Pfingstwunder...«, so beschreibt Wilhelm Menzel in seinem Aufsatz »Das geistige Erbe im Lied – Über die ostdeutsche Singbewegung der zwanziger Jahre«¹ die Singwoche, die vom 10. bis 17. Juli 1923 unter der Leitung von Dr. Wilhelm Hensel und seiner Frau Olga in Finkenstein bei Mährisch-Trübau stattfand. Sie war der Auslöser für die Singbewegung, deren Auswirkungen bis heute zu spüren sind. Eine Schar von Menschen verschiedenster geistiger Herkunft versammelte sich, um im Geiste der Wandervogelbewegung sich neu dem Singen zu öffnen, das erwächst aus der Leib und Seele umgreifenden Bewegung des Atems. Obwohl eine kirchliche Ausprägung nicht beabsichtigt war, griff Wilhelm Hensel über das deutsche Volkslied hinaus zum Lied der Reformationszeit und zum gregorianischen Choral als den Quellen für das von Geist und Atem geprägte Lied und erschloß damit seinen Mitsängern eine neue, den ganzen Menschen ansprechende Welt. Dies wurde spürbar an der Gemeinschaft, die in den Singwochen entstand. Sie zog weite Kreise hinein in das gottesdienstliche Singen der Evangelischen Kirche und wirkte sich aus in der bald danach entstandenen Berneuchner Bewegung mit der aus ihr gewachsenen Michaelsbruderschaft.

Vom Sudetenland sprang die Bewegung über nach Schlesien. Das war das Verdienst von Richard Poppe, der vier Wochen nach Finkenstein, vom 20. bis 27. August 1923 zu einer Singwoche in die Brüdergemeinde nach Gnadenfrei bei Reichenbach einlud. 1924 und 1925 fanden dort zwei weitere große Singwochen statt. Hier begann die Singwochenbewegung in die Kirche hineinzuwirken. Karl Heinz Lochter schildert diese Zeit aus eigenem Erleben in seinem Aufsatz »Brüdergemeinde und Singgemeinde«².

1 Wilhelm MENZEL, Das geistige Erbe im Lied – Über die ostdeutsche Singbewegung der zwanziger Jahre, in: Schlesische Studien, herausgegeben von Alfons HAYDUK (SILE-SIA Folge 7), München 1970, S. 179 ff.

2 Karl Heinz LOCHTER, Brüdergemeinde und Singgemeinde, in: UNITAS FRATRUM, Zeitschrift für Geschichte und Gegenwartsfragen der Brüdergemeinde, Heft 13, Hamburg 1983, S. 3–44.

Im Jugendhof Hassitz bei Glatz schuf Richard Poppe der Finkensteiner Bewegung einen Mittelpunkt, der 1926 eingeweiht werden konnte. Im Herbst 1929 fand hier die erste Tagung unter dem Thema »Musik und Kirche« statt, so auch der Name der dann im Bärenreiter-Verlag von Karl Vötterle herausgegebenen Zeitschrift. Hier traf sich die Singbewegung mit der liturgischen Erneuerungsbewegung der Berneuchener. Karl Bernhard Ritter, der Mitbegründer der Michaelsbruderschaft und Mitverfasser des Berneuchener Buches hielt geistliche Vorträge und feierte mit der Gruppe das Stundengebet, die musikalische Leitung hatte Konrad Ameln. Günter Ramin, der spätere Thomaskantor, spielte jeden Abend auf der Orgel des Hauses, die den Namen VER SACRUM trug und nach den Erkenntnissen der parallel zur Singbewegung laufenden Orgelbewegung gebaut war. VER SACRUM – Heiliger Frühling–: Dieser Name sagt etwas aus über das Selbstverständnis der Gruppe. Zum einen weist er hin auf die Gefallenen des Ersten Weltkriegs, besonders wohl denen aus der Wandervogelbewegung, denen die Orgel gewidmet war, zum andern will er etwas von dem Erleben der Mitglieder der Singbewegung ausdrücken³.

Von den vielen, die die Singbewegung in Kirche und Gemeinden hineintrugen, seien nur einige genannt: Der sächsische Landeskantor Alfred Stier⁴, der Brieger Kantor und Organist Max Drischner⁵, sowie der Breslauer Pfarrer und Hymnologe Arno Büchner, der zusammen mit Otto Burkert, dem Leiter der Breslauer Kirchenmusikschule, 1938 einen Anhang für das Schlesische Provinzialgesangbuch herausgab, in dem einige der von der Singbewegung wiederentdeckten Choräle der Reformationszeit zu finden sind⁶.

*

Die Singwochen der zwanziger Jahre können verglichen werden mit den Kirchentagen nach dem Zweiten Weltkrieg, was das Erleben einer pfingstlich gestimmten Gemeinschaft betrifft. Was die Musik angeht, sind die Kirchentage jedoch bestimmt von der Erprobung neuer Lieder und gottesdienstlicher Formen, während das Neue in den Singwochen in der Entdeckung des Alten bestand: Klangideal, Rhythmik und Melodik der Musik der Reformationszeit, ihr Singen, ihre Gottesdienstgestaltung werden für

3 Musik und Kirche, Jahrgang 1930, Heft 1, Kassel 1930, bringt einen ausführlichen Bericht über die Tagung mit Bildern vom Jugendhof Hassitz.

4 Alfred STIER, Die Erneuerung der Kirchenmusik, Kassel o.J. (Vortrag auf dem Kirchengesangstag in Stuttgart 1927).

5 Friedrich KUDELL, Max Drischner – Ein schlesischer Kantor, Vlotho 1987.

6 Arno BÜCHNER, Der Anhang zum schlesischen Gesangbuch, in: JSKG NF Band 62/1983, S. 178ff.

Orgelbau, gottesdienstliches Singen und Musizieren wiederentdeckt und zum gültigen Maßstab erhoben. Neue Kirchenlieder entstehen in dieser Zeit kaum. So urteilt Hans Joachim Moser über das in vielen Auflagen verbreitete Buch der Singbewegung »Ein neues Lied«: »Eigentlich ist ... der Titel irreführend, da man hier eine Hauptschau *neuer* Lieder erwarten könnte. Sieht man aber von ein paar Zugaben ab, die von Riethmüller, Elisabeth v. Randenborg und P. Bellingroth stammen, so könnte der liebenswerte Band eher »Das *alte* Lied« heißen, da es fast ausschließlich den Standpunkt streng wertender Auslese des Besten aus dem 16.–18. Jahrhundert vertritt⁷.«

Die hohe Wertschätzung der Musik des 16.–18. Jahrhunderts ging einher mit einer fast militant zu nennenden Abwertung der Musik des ausgehenden 19. Jahrhunderts. »Wir können uns ruhig darauf verlassen, daß die Sänger und Gemeinden selbst spüren, daß ein anderer Geist, nämlich heiliger Gebetsgeist aus den Werken älterer Literatur spricht als aus den üblichen Machwerken des 19. Jahrhunderts⁸.« Diese Beurteilung der vorangegangenen Musikepoche wurde schon damals von einigen Komponisten als Konflikt erlebt. So schreibt Gerhard Schwarz über die Begegnung mit einem weiteren Vertreter der Singbewegung, Fritz Jöde: »Er hat uns jungen Studierenden ein ganz anderes Weltbild der Musik vermittelt, ein Weltbild, das sich stark absetzte von der Romantik. Er brachte uns eine Musik von einer gewissen Reinheit und Vollkommenheit bei, die stärker auf das Volkstum bezogen war. Nun aber ergab sich für mich ein furchtbarer Konflikt. Auf der einen Seite spielte ich ein Orgelkonzert in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche in Berlin mit Werken von Max Reger und anderen Komponisten ... Und dann war es wie ein Bruch, eine ganz andere Welt, in die ich hinüberging, in die Welt – wie es wohl aussah – der reineren Qualität. Eine andere Welt, die sich nicht mit den Einflüssen der Zeit beschäftigte, sondern die sich gesetzt hatte, in einer gewissen Weise vollkommen war. Ich sage das mit einem gewissen Nachdruck, weil ich mich in dieser Spannung Zeit meines Lebens befunden habe und weil ich glaube, daß diese Welt sich heute langsam gegen eine andere Welt wieder ablöst ... Mir ist in jener Zeit klargeworden, daß die tonale Welt, die ich als Kind sozusagen im Traum gefunden hatte, nicht bestehen bleiben kann, daß diese Traumwelt vielleicht zeitlich begrenzt ist ... Diese Welt der Tonalität ist eine geschaffene Welt, ... die erst um 1600 in Erscheinung getreten ist ... Dieses Ordnungsprinzip ... ist zusammengebrochen. Ich sehe das nicht als etwas Negatives; das Ordnungsgefüge hat sich verändert, ... aus dieser Auflösung sind neue Strukturen hervorgegangen. Ich brauche auch nicht zu

7 H. J. MOSER, Die Evangelische Kirchenmusik in Deutschland, Berlin–Darmstadt 1954, S. 309f.

8 Alfred STIER (wie Anm. 4), S. 25.

sagen, daß wir heute durchaus die musikalische Romantik akzeptieren und daß wir sie eigentlich nicht mehr diffamieren dürfen, wie wir es lange Zeit getan haben⁹.«

Die schroffe Abwertung der vorangegangenen Musikepoche mußte auch die schmerzlich treffen, die in diesem Stil bisher Kirchenmusik betrieben hatten und sich für das gottesdienstliche Singen verantwortlich wußten. Das »Schlesische Blatt für evangelische Kirchenmusik«, herausgegeben vom Schlesischen evang. Kirchenmusikverein, jahrzehntelang betreut und redigiert von Fritz Lubrich, Seminarlehrer in Sagan, zeigt die ungeheure Breite kirchenmusikalischen Lebens auf, das in den Städten getragen war von bedeutenden, hauptberuflichen Kirchenmusikern und auf dem Lande, in den Dörfern ausgeübt wurde von den schlesischen Lehrerkantoren¹⁰. Fritz Lubrich sagte treffend über die Lehrerkantoren: »Für mich ist jedes Kantorhaus eine Art Konservatorium auf dem Lande¹¹.« Die Lehrerkantoren waren die Anwälte der Gemeinde im Hinblick auf den Kirchengesang. Sie wußten auch von der Leitung der örtlichen Gesang- und Musikvereine her, was den Kirchenbesuchern im Gottesdienst an Musik zuzumuten war und was nicht. Sie begleiteten die Choräle des Schlesischen Provinzialgesangbuchs von 1908, welches das erste Gesangbuch war, das mit Noten herausgegeben wurde. Die Melodien waren isometrisch notiert. Der Choral der Reformationszeit war polyrhythmisch, wohl in der Hauptsache für geübte Chorsänger, weniger für den Gemeindegesang komponiert. Seit der Bachzeit wurden diese für die Gemeinde und ihre ungeübten Sänger zu schwierigen Melodien rhythmisch eingeebnet und so für den gottesdienstlichen Gebrauch singbar gemacht. In J. S. Bachs Oratorien und Passionen finden wir die Choräle in dieser isometrischen Form. Dies hatte eine Belebung des Gemeindegesangs zur Folge, die insbesondere von den Francke'schen Stiftungen in Halle und von der Brüdergemeinde des Grafen Zinzendorf ausging¹². Diese Art des rhythmisch gleichförmigen, isometri-

9 Gerhard SCHWARZ, Von der Singbewegung zur neuen Musik, in: Zeitgenössische schlesische Komponisten, hg. von Gerhard PANKALLA und Gotthard SPEER, Dülmen 1973.

10 Fritz HAMANN, Die Bedeutung der schlesischen Lehrerseminare, ihrer Musiklehrer und ihrer Schüler für die evangelische Kirchenmusik in Schlesien, in: Die Schlesische Kirchenmusik im Wandel der Zeiten, dargestellt von Fritz FELDMANN (Das Evangelische Schlesien IV,2), Lübeck 1975, S. 179 ff. Johannes ADLER, Die evangelische Kirchenmusik in Schlesien 1900–1945, in: Geistliche Musik in Schlesien, herausgegeben von Lothar HOFFMANN-ERBRECHT, Dülmen 1988, S. 95 ff.

11 Fritz FELDMANN, Lubrich sen. und Söhne, in: Die schlesische Kirchenmusik im Wandel der Zeiten, Lübeck 1975, S. 220 ff.

12 Walter BLANKENBURG, Geschichte der Melodien des Evangelischen Kirchengesangbuchs, in: Handbuch zum EKG, Bd. II/2, S. 103 ff.

schen Singens bestimmte den Kirchengesang über 200 Jahre, bis die Singbewegung den polyrhythmischen Choral wieder entdeckte und ihn als eine Befreiung empfand von der als langweilig, »festgeleimt« empfundenen, langsamen und getragenen Art des isometrischen Singens. Die Durchsetzung des neuen Singens in der Gemeinde durch die Mitglieder der Singbewegung, zumeist musikalische ausgebildete Leute und vielfach Akademiker, fand nicht überall Gegenliebe und stellte oftmals auch eine Überforderung für musikalisch nicht geübte Gemeindeglieder dar. Die Lehrerkantoren, die volkskundigen Anwälte des gemeindlichen Singens, gab es nach dem Ersten Weltkrieg immer weniger, ein neuer Kirchenmusikerstand wurde in der 1927 gegründeten Kirchenmusikschule in Breslau herangebildet¹³. So sehr dadurch die Kirchenmusik qualifiziert und strenger theologischen Maßstäben gerecht wurde, so ging doch ein Stück Volkskirche verloren durch den Verlust der auf weltlichen Lehrerseminarien ausgebildeten Lehrerkantoren.

*

Die Gestaltung des Evangelischen Kirchengesangbuches (EKG) von 1950 ist weitgehend von der Singbewegung der zwanziger Jahre bestimmt. Das Liedgut des 16.–18. Jahrhunderts in originaler, polyrhythmischer Gestalt nimmt den Hauptteil des Gesangbuches ein. Vieles hat sich dank einer hervorragenden Arbeit der Kirchenmusiker durchsetzen können. So urteilt Walter Blankenburg: »Auch bei nüchternster Beurteilung des ev. Gemeindegesangs im Lichte seiner Geschichte wird man sagen müssen, daß er wohl noch nie so gut gewesen ist wie heute, wenn auch kein Idealzustand erreicht ist¹⁴.« Einiges aber hat sich als zu kompliziert erwiesen und manchem Gemeindeglied den Zugang zum evangelischen Gottesdienst erschwert. Bis heute wirken die ästhetischen und theologischen Maßstäbe der Singbewegung nach in der Einstellung vieler Pfarrer und Kirchenmusiker zum geistlichen Volkslied. Nur mit schlechtem Gewissen wird der Gesang von »So nimm denn meine Hände«, »Harre meine Seele«, »Stille Nacht« und anderen Liedern zugelassen. Bald wird es auch den Liedern unserer Tage »Danke für diesen guten Morgen« oder »Herr, deine Liebe ist wie Gras und Ufer« so ergehen. Eine theologische und ästhetische Bewertung solcher Lieder sollte verbunden sein mit der Frage, warum sie sich gegen alle akademischen Einsprüche gehalten haben, warum sie von einer so großen

13 Gotthold RICHTER, Die Geschichte der Evangelischen Kirchenmusikschule der Kirchenprovinz Schlesien, in: Die schlesische Kirchenmusik im Wandel der Zeiten, dargestellt von Fritz FELDMANN (Das Ev. Schlesien IV,2), Lübeck 1975, S. 193 ff.

14 Walter BLANKENBURG, Artikel: Gemeindegesang in: Die Musik in Geschichte und Gegenwart, Kassel 1989, Bd. 4, Spalte 1675.

Zahl von Menschen auswendig gewußt und in Notsituationen als Hilfe erfahren werden. Das in Planung befindliche »Evangelische Gesangbuch«, welches das EKG ablösen soll, trägt dem Rechnung, indem es in der Gemeinde lebendig gebliebenes Liedgut des 19. Jahrhunderts aufnimmt und eine größere Stilvielfalt zuläßt.

Singwochen im Geiste der Singbewegung, die in den zwanziger Jahren in Schlesien begann, haben nicht nur nach dem Ersten, sondern auch nach dem Zweiten Weltkrieg Menschen zu neuer Gemeinschaft, zu neuer Hoffnung geführt und tief in das Leben der Kirche hineingewirkt. Darum gedenken wir ihrer Anfänge in schwerer Zeit als einer mutmachenden Bewegung, als ein Zeichen pfingstlichen Geistes.

In den Jahren des Grollens vor dem politischen Umsturz

Erlebnisbericht nach den Tagebüchern der Jahre 1929–1932

VON WILFRIED HILBRIG

Der folgende Bericht geht zurück auf die Notizen eines Theologiestudenten, die er sich bei dem Besuch der verschiedensten Vorträge und Veranstaltungen gemacht hat. Sie spiegeln das geistige Leben in Breslau und Görlitz und die Tätigkeit der Deutschen Christlichen Studentenvereinigung (DCSV) wider. Sie zeigen in ihrer subjektiven Auswahl und Wiedergabe, was einen Studenten damals bewegte und wie er das Zeitgeschehen aufnahm, oder anders gesagt: wie das Wissen seiner Zeit bei ihm »ankam«. Darin liegt der besondere Reiz der sicherlich oft verzerrenden Protokolle. – Es ist darauf verzichtet worden, Erläuterungen zu den einzelnen Referenten zu geben oder deren Ausführungen in der damaligen Berichterstattung der Presse nachzuweisen. Hier soll keine Edition des damaligen Tagebuchs vorgelegt, sondern die geistige Situation in der ausgehenden Weimarer Republik vor Augen gestellt werden.

Die Redaktion

Am Ende der zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts sah es bedrohlich in Deutschland und ringsum in der Welt aus. Die schweren Lasten und ungelösten Spannungen, die das Ergebnis des Kriegsendes von 1918 mit sich gebracht hatte, entzweiten weithin unser Volk. Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Not bedrückte die Menschen. Als ich mit dem Sommersemester 1929 das theologische Studium in Breslau begann, waren die Aussichten für einen Berufsweg für zahlreiche Abiturienten schlecht. Es war alles überfüllt, sogar in den theologischen Fakultäten. Von der Theologischen Schule in Bethel und vom Sprachenkonvikt in Halle war ich wegen Überfüllung abgewiesen worden.

Man vergegenwärtige sich die politischen Ereignisse des Jahres 1929: »Blutige Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Polizei am 1. Mai in Berlin – Dawesplan wird durch den Youngplan für deutsche Reparationszahlungen ersetzt: bis 1988 sind von Deutschland 105 Mrd. Mark zu zahlen, davon bis 1966 jährl. 1,7 bis 2,1 Mrd. Mark ... – Volksentscheid der Deutschnationalen und Nationalsozialisten gegen Youngplan erfolglos – Reichskassendefizit 1,7 Mrd. Mark – Heinrich Himmler wird »Reichsführer« der SS – ferner 1930: Reichspräsident erläßt auf Grund Art. 48 Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen, Reichstag nach ihrer Aufhebung aufgelöst. Nationalsozialisten und Kommunisten gewinnen in den Reichstagswahlen ... – 4,4 Millionen Arbeitslose.«

So folgen die Angaben im »Kulturfahrplan«¹ über die Ereignisse jener Jahre in schneller Folge, nicht nur für Deutschland, sondern ähnlich überall in der damaligen Welt. Wenn auch das Studium Konzentration auf stille Arbeit erforderte, konnte man von den Ereignissen nicht unberührt bleiben, zumal in einer Großstadt wie Breslau oder auch in Görlitz, wo ich zu Hause war und mich meist in den Semesterferien aufhielt. Unzählige Plakate hingen an den Häusern. Parteiversammlungen, Saalschlachten u. a. standen in den Schlagzeilen der Zeitungen. Immer wieder gab es Umzüge und Protestaktionen. Für 6. März 1930 trug ich damals in meinen Kalender ein in Görlitz: »Kommunistenumzüge in der Stadt: Wir haben keine Arbeit! Wir haben kein Geld! Nieder! Nieder!«

Politik in Bewegung

Ich habe damals viele Eintragungen über Vorträge, Diskussionen unter anderem über die politischen Vorgänge jener Jahre in meine tagebuchartigen Kalender gemacht und oft ziemlich ausführliche Inhaltsangaben dazu. Ich konnte das, weil ich die Deutsche Kurzschrift benutzte. Wenn es sich freilich nur um eine persönlich getroffene Auswahl von Veranstaltungen und Ereignissen handelt, an denen ich damals teilgenommen habe, hoffe ich doch, daß meine Angaben mit dazu helfen, die Situation in jenen notvollen Jahren zu erhellen.

Am 6. Juni 1929 hörte ich in der Technischen Hochschule in Breslau einen Vortrag von Prof. Spahn aus Köln über »Reichsreform«. Es sei eine notwendige Frage der Gegenwart, habe ich notiert. Seit der Weimarer Verfassung bestehen Schwierigkeiten und Reibereien zwischen Ländern und Reich, besonders zwischen Preußen und dem Reich. Zu Bismarcks Zeiten war Preußen eine mittlere Macht (Bindeglied) zwischen Reich und Einzelstaaten. Jetzt ist es ein Land wie die übrigen. Lösungsversuche von einer Länderkonferenz und Männern wie Reichskanzler Luther: »Preußen soll Reichsland werden, auf eigene Verwaltung verzichten und das Reich stützen. Dem könnten sich die anderen Länder anschließen.« Diese unitaristischen Bestrebungen haben aber auch großen Nachteil: Wo bleibt Österreich, wo die Auslandsdeutschen? Es bleibt keine fruchtbare Mannigfaltigkeit. Die unitaristischen Bestrebungen gingen von Frankreich aus (1789) ... die föderalistischen kommen von England her (sein Weltreich). Die Frage von Reich und Ländern (Stammesprovinzen) muß aber zurücktreten, sondern »ein ständisch gegliederter Staat ist das Ideal«. Jeder Stand hat da seine

1 Werner STEIN, Kulturfahrplan. Die wichtigsten Daten der Kulturgeschichte von Anbeginn bis 1969, München/Berlin/Wien. Auswahl, aus Seiten 1088–1092 (je erste Textspalte).

Selbstverwaltung. Da kommen die Minderheiten zur Geltung, so auch der Arbeiter- und der Bauernstand. Das sind Gedanken, die Bismarck bewegt hat und nicht mehr hat ausführen können. So sein Lösungsversuch.

Andere Vorträge führten mitten in die politischen Auseinandersetzungen hinein, so am 4. Juli 1929 ein Vortrag von Freiherr von Rheinbaben, wieder in der Technischen Hochschule: »Die Entwicklung der deutschen Außenpolitik im letzten Jahrzehnt.« Dazu meine Notizen: »Innerlich uneins und zersplittert in Parteien, äußerlich bedrückt und belastet vom Schandvertrag von Versailles, ist Deutschland in schwerer Notlage. Diesen Schandvertrag zu revidieren, das sind die Bemühungen der deutschen Außenpolitik. Deshalb ging man in den Völkerbund – Lokarnopakt, Dawesplan, Kellogg-pakt usw. Aber man macht nur äußerlich viele Reden, im Grunde rüstet man nicht ab, will man Deutschland zertrümmern. Drei wichtige Fragen: Die Kriegsschuldlüge, die Abrüstung, die Minderheitenfrage. Darum die schnellen Verhandlungen. Aber schließlich werden die Feindmächte sich doch nicht gegen das Leben stemmen können. Es kommt auf die Weltpolitik an: Britisches Weltreich, Amerika, Ost- und Südosteuropa...«

Bald gab es wieder einen Vertrag und zwar am 8. Juli im Auditorium maximum: Prof. Martin Kähler sprach über die geschichtliche Bedeutung der Versailler Kriegsschuldthese. Sie ist gegründet »auf falsche Beweisführung, ein Gewaltakt der Sieger, um Deutschlands Schuld in den Augen der unwissenden Welt zu befestigen. Aber die einzige Schuld Deutschlands ist die, daß es ein Deutschland gibt! Durch die Aufrichtung des Deutschen Reiches mußten sich die alten Mächte beeengt sehen«. Die deutsche Politik sei eine Politik des Friedens gewesen. Zum Kriege aber mußte es kommen. Die Revolution 1918 und die Parteienzersplitterung mußte die Berechtigung der Kriegsschuldthese in den Augen der Sieger noch verstärken. Das sei ja auch Deutschlands Unglück. Man dürfe sich nun nicht in einen besseren Himmel hineinträumen, sondern müsse in der rauen Wirklichkeit bleiben und für Deutschland arbeiten, wie vor 100 Jahren. – Noch viele andere Gesichtspunkte führte der Redner in der guten »Vorlesung« aus. Die große Kundgebung am 10. Jahrestag des Versailler Vertrages am 28. Juni in der Aula der Universität war verboten worden. So mußte Kähler seinen geplanten öffentlichen Vortrag als Vorlesung halten. Es haben aus diesem Anlaß hin und her Gedenkgottesdienste stattgefunden. So hielt Pastor Lothar Steinert am 28. Juni 1929 einen Gottesdienst in der Elftausendjungfrauenkirche in Breslau. Meine Notiz: »Er predigte gegen die Kriegsschuldlüge. Die einzige Rettung aus der Not ist der Weg zu Jesus.«

Von kirchlicher Seite gab es sehr ernste Bemühungen um Aufhellung der notvollen Lage im deutschen Volk. Ich nahm am Christlichen Akademikertag in Liegnitz am 16. November 1930 teil, und hörte den Vortrag von

Pfarrer Georg Muntschick aus Leisnig/Sa. über »Schicksal und Schuld des deutschen Volkes in der Gegenwart«. Er machte Ausführungen über das Schicksal des deutschen Volkes bis zum Weltkrieg. Während man bei dem gegenwärtigen Materialismus und Atheismus keine Schuld des deutschen Volkes sehen will, zeigte der Referent als Christ fünf schmerzliche Punkte auf: 1) Die Schuld wird sichtbar im Schicksal der Wissenschaft. Gott spricht nicht mehr in ihr. Sie greift in Gebiete ein, die ihr nicht zustehen. Freidenker, Heckel. Trotzdem sie die Metaphysik leugnet, wird sie selbst zur Metaphysik. 2) Die Schuld zeigt sich im Schicksal der Kunst, die zur Dirne internationalen Stils geworden ist. 3) Im Wirtschaftsleben zeigt sich krasser Materialismus und Mammonismus. 4) In der Volksgemeinschaft zeigt sich die Fratze der Zufallsmehrheit. Das Volk hat auch seine Toten vergessen (Weltkrieg). 5) In der Familiengemeinschaft. Denn sie ist zum reinen Zweckverband geworden. Nach der Ehe wird nicht gefragt. 6) In der religiösen Gemeinschaft und im Zustand der Kirche. Die kirchliche Verkündigung steht unter dem Augenblickeinfluß von Auslegungen und hat zuviel Respekt vor dem Zeitgeist. Muntschick führte schließlich aus: Rückschritt zu Gott ist der einzige Fortschritt. Es könnte ein Zuspät geben. Generalsuperintendent Zänker sagte am Schluß: Trotz der Not, die wir sehen wollen, haben wir aber die Hoffnung der Liebe und die Verantwortung. Jeder sollte die Schuld auch bei sich persönlich sehen. – Etwa 100 Akademiker, am Abend zuvor in Görlitz sollen es 150 gewesen sein, nahmen teil.

Eine ganze Christliche Studententagung war vom 1.–5. August 1931 in Bad Saarow dem Ringen um die politische Zwangslage unseres Volkes gewidmet. Das zeigen die Vortragsthemen: Dr. Reinold von Thadden-Trieglaff »Der geistige Hintergrund der deutschen politischen Lage«, Dr. Freytag/Hamburg »Der geistige Hintergrund der weltpolitischen Lage«, Lic. Alfred de Quervain/Basel »Die theologische Grundforderung für die politische Gestaltung der Gegenwart« und Prof. D. Dr. Frick/Marburg »Die politische Sendung der Gemeinde Jesu«. Leider sind meine besonderen Notizen von den Vorträgen verloren gegangen. Ich habe notiert: Eröffnung der Tagung am 1. August abends mit Begrüßungen durch Dr. von Thadden, Altreichskanzler D. Georg Michaelis, Egon von Kietzell u. a. Der Gottesdienst am Sonntagmorgen, 2. August, und die Bibelarbeiten jeden Morgen im Wald wurden von Pfarrer Lic. Theo Brandt aus Leipzig gehalten. Notiz zum letzten Vortrag: Er ging in voller Klarheit der Gedanken ins persönliche Leben jedes Einzelnen und in das der Gemeinde hinein. Rechte Politik ist nur möglich, wo Gemeinde Jesu ist. Es gibt aber keine »christliche« Politik. – Die Tagung hatte in der heutigen verworrenen Lage in Fragestellung und Antwortgebung Bedeutendes zu sagen.

Bedrohliche Bewegung von links: Der Bolschewismus

Am Ende der zwanziger Jahre sah man vor allem in der Ausbreitung des Kommunismus mit Lärm und Propaganda die größte Gefahr.

Besonders viele und eingehende Vorträge hielt Pfarrer Lic. Dr. Ulrich Bunzel von der Magdalenenkirche in Breslau über dies Thema. In Predigten und Vorträgen zeigte er, wie intensiv er sich mit dem Geist und mit der Literatur des Bolschewismus beschäftigt hatte. Er sah hier die größte Gefahr, die für Deutschland heraufzog. Bei einem Abend in der Deutschen Christlichen Studentenvereinigung (DCSV) in Breslau am 8. Juni 1929 gab er folgende Stichworte: Absoluter Massenmensch, keine Freiheit, kein Gewissen, keine Einzelpersönlichkeit. Es ist das ganze Gegenteil zu Nietzsches Herrenmenschen. Aber beides ist unhaltbar. Der Bolschewismus will selber Religion sein. Nur eine geniale Persönlichkeit, Lenin, konnte sie ausdenken. Das kommunistische Manifest wurde durch Lenin zunächst ausgeführt. Doch dann mußte alles mehr und mehr auf allen Gebieten zurückgehen. Das kommunistische Programm ist eben unausführbar. – In der Aussprache: Können sich nicht Kommunismus und Liberalismus im idealen Falle mit dem Christentum vereinigen lassen? Nein, der Bolschewismus will nur zerstören, nur nehmen, das Christentum will aufbauen und immer geben. Jede von Menschen hervorgebrachte Idee muß im Gegensatz zu Christus stehen. Der Referent zog Parallelen zum Nationalsozialismus und zu Lindseys Revolution der modernen Jugend.

Am 11. Juli 1931 sprach der Direktor des Ev. Presseverbandes Pfarrer Walter Schwarz bei der DCSV über die Gottlosenbewegung, die sich nun auch stark in Deutschland breitmacht und stärkste Propaganda mit raffinierten Mitteln treibt. Der Referent schilderte die Organisation, dann die Arbeit dieser Bewegung mit gedrucktem und gesprochenem Wort, in Radio, auf Schallplatten, in der Schule u. a. Zum Schluß kamen Schallplatten der Freidenker zu Gehör, die zweifellos etwas Anreizendes, Packendes in sich hatten, eine gewisse religiöse Schwungkraft. Wir dürfen nicht dagegen polemisieren, sagte Schwarz, sondern unseren Glauben selbst positiv darbieten, was ja meist für die Öffentlichkeit nicht in der Predigt geschehen kann. Es kam zu einer Aussprache über die ev. Pressearbeit.

Noch mehr ins positive Wirken der Christen gegenüber dem Irrglauben führte am 9. Juli 1931 der Vortrag von Pfarrer Lic. Hans Georg Haack vor der Vereinigung religiöser Sozialisten über »Die Psychologie des Unglaubens – die Freidenker und wir«. Mit seinem Vortrag gab der Referent einen guten Einblick in das Wollen der Religiösen Sozialisten. Kirche und Sozialismus seien zwei Wege zum Herzen der Massen, des Proletariats. Das brauchen wir heute sehr, freilich in der rechten Haltung, die bisweilen fehlt.

Religiöser Sozialismus sei nach Meinung Haacks vielleicht besser als der Christlich-Soziale Volksdienst. Aber er macht zu starke Konzessionen an Freidenker und Marxismus, obwohl ja Marx' Wirken nicht bloß atheistisch gewesen sein soll.

Es gab in jenen Jahren viel Einsatz engagierter Christen gegen Bolschewismus und Gottlosigkeit. Am 28. Februar 1932 fand ein Evangelisationsvortrag von Dr. jur. Hans Berg aus Neu-Strelitz in der Magdalenenkirche statt: »Unser Kampf *um* die Gottlosen.« »Ein sehr packender Vortrag in einfacher Sprache«, wie ich notierte. Er erzählte aus seiner Arbeit, von seinen Methoden, wie man mit Gottes Wort unter den Gottlosen wirkt.

Genauer noch sind meine Notizen über den Vortrag von Missionar Lokies von der Goßner-Mission, den er bei der DCSV-Freizeit in Rogau-Rosenau am 5. März 1932 hielt mit dem Thema: »Die Mission gegenüber der Abwehr des Bolschewismus.« Er schilderte den Bolschewismus in Rußland als eine geistige Macht, eine Dämonie. Durch Leiden, schwerstes Elend und Armut soll diese Weltidee zum Ziel gebracht werden. Man arbeitet mit allem Raffinement, wie reißende Wölfe. Es steckt eben eine versuchliche Größe im Bolschewismus. Er will durchs Leiden seiner Anhänger zum Ziel kommen, durch Lebenseinsatz und Sterben für die Sache, für die anderen, für die Menschheit. Kunst, Technik, Wissenschaft usw. stehen im Dienst des Bolschewismus. Rußland hat für unsere Gebildeten etwas Anziehendes, Verlockendes. Hier heißt es für uns im letzten Grunde: bekennen. Der Bolschewismus wird kommen und siegen und wird sich darstellen: Wir sind ja gar nicht so! Es wird nur eine kleine Schar von Christen übrig bleiben. Der Hauptangriff des Bolschewismus richtet sich gegen die Mission, die stärkste Lebensader der Christenheit. In aller Welt arbeitet der Bolschewismus gerade als Feind der Mission. Lokies nannte als Beispiel die Mission unter den Kohls in Indien. Der frühere Traum der Mission, überall Sieger zu bleiben, die Welt zu beherrschen, ist ausgeträumt. Vor uns liegt das Kreuz. Die Gemeinde wird zerstreut werden wie eine Herde. Wir werden ans Kreuz müssen. Aber dann gerade ist uns der Sieg verheißen. Das ist der einzige Trost. Das ist auch der stärkste Antrieb zum Ausharren und Stehen auf seinem Posten. Es geht um rechte, nicht fleischliche Aktivität.

Viele Fragen und Ängste der Christen richteten sich auf das Geschehen im Arbeiterstand, in dem der Kommunismus vor allem mächtig geworden war. Es muß – nach meinen Notizen – damals auch einen nicht so revolutionären Sozialismus gegeben haben, der die Sehnsucht der Menschen, der ärmeren Schichten nach einem neuen Leben in Gleichheit und Brüderlichkeit antrieb und geradezu religiöse Kraft annahm, ein religiöser Sozialismus, der in den vorangegangenen Zeilen bereits erwähnt wurde.

Gerade auf dieser Plattform wußten sich engagierte Christen zur Stellungnahme und Mithilfe veranlaßt.

So hörte ich am 5. Mai 1930 in der Sozialen Arbeitsgemeinschaft in Breslau einen Vortrag von Lic. Grunz aus Berlin mit dem Thema: »Die religiös-sozialistische Bewegung.« Grunz war Generalsekretär der Ev. Arbeitervereine, gegen die sich der religiöse Sozialismus wandte. Er sprach sehr sachlich. Man will einen Sozialismus mit religiöser Triebkraft und damit die Kirche ersetzen. Die Aussprache war sehr lebhaft. Einige Studenten kamen, wie ich notierte, »wieder mit ihren alten Ladenhütern«.

Vom 10. bis 12. Juni 1930 nahm ich am Evangelisch-Sozialen Kongreß in Breslau teil. Er begann am Abend des 10. Juni mit einem Festgottesdienst in der Bernhardinkirche mit Lic. Preisker. Zum Text Joh. 14, 15–16: euch untereinander lieben, darin liegt die unerbittliche Forderung Jesu, vor der wir unsere Not und Schuld einsehen müssen. Dann werden wir den Tröster, den Hl. Geist bekommen, der uns treibt und uns Taten tun läßt, daß wir uns untereinander lieben. Das gibt dem Kongreß seinen besonderen Sinn.

Ich nahm nur an den Vormittagsvorträgen teil, so am 11. Juni über das Thema: »Eigentum, Evangelium und Gesellschaft!« Darüber sprachen die Professoren Weinel aus Jena und Keßler, Jurist aus Leipzig. Im ersten Vortrag ging es um die Zuständigkeit des Christentums für das Eigentumsproblem. Das Eigentum hat wohl seine Eigengesetzlichkeit. Aber das Ethos greift ein in die Wirtschaft. Das Recht ist ein Teil des Ethos, notwendig für die Gemeinschaft. Das Evangelium gibt keine direkten Antworten. Aber wenn die Liebe mit den konkreten Fragen zusammenkommt, gibt sie die Richtung an. Eigentum ist Gabe Gottes mit verpflichtender Verantwortung. Aus dem zweiten Vortrag: Im Eigentum beherrscht der Mensch als Person die Natur, freilich nur in einer rechtlichen Gesellschaftsordnung. Der Wille zur Freiheit ist die erste Triebkraft zur Eigentumbildung. Eigentumslosigkeit ist Sklaverei. Aber das Eigentum muß seine Grenzen haben in der Rücksicht auf das Gemeinwohl. Das Eigentum ist nicht unverletzlich. Eigentum verpflichtet zur Wahrung, Mehrung, Vorratsbildung.

Am folgenden Tag ging es um die eigentlichen brennenden Fragen mit den Vorträgen von Lic. Grunz und Lic. Pichowski über »Arbeiterschaft, Religion und Kirche«. Grunz zeichnete die schwierige religiöse Lage des Arbeiterstandes, der teilweise ganz freidenkerisch ist oder sozialistisch als Religion. Er gab Berichte aus seiner Praxis. Pichowski stellte dann die tiefe Kluft zwischen Sozialismus und Kirche dar. Der Schade ist, die Kirche kümmert sich nicht genug um die Arbeiter. Die Arbeiter sind, wenn sie nicht ganz gleichgültig sind, begeisterte Sozialisten. Sie lehnen alles das ab,

was Kirche heißt. Sie wollen das Christentum überwinden und durch Sozialismus ersetzen, nehmen das Christentum nur als Vorbereitung zum Sozialismus. Zwischen Sozialismus und Evangelium gibt es bisher keine Brücken. Pichowski stellte als Ziel auf, beides miteinander zu verbinden, den Sozialismus christlich zu machen. Ich vermerkte dabei: Meiner Meinung nach ist das falsch. Es gibt nur ein Entweder–Oder.

Die Fragen gingen um, besonders unter den Studenten. In der Hochschulgruppe des Christlich-Sozialen Volksdienstes sprach am 4. Dezember 1930 Geheimrat Professor D. Erich Schaeder über »Christlich-Sozial im 19. und 20. Jahrhundert«. Er zeigte, wie solche Gedanken bereits in der ausgehenden Romantik Menschen bewegt haben, so Adam Müller und Franz von Bader. Sie wollten die soziale Frage in Bewegung setzen und wollten den Staat, wie sie ihn vor sich hatten. Als das nicht ging, kamen Viktor Aimé Huber, Johann Hinrich Wichern und der katholische Bischof Ketteler. Sie wollten das Problem von der Kirche her lösen. Aber sie hatten ein zu patriarchalisches Verhältnis zum vierten Stand im Sinne eines Almosengebens. Das hängt mit der Erweckungsbewegung des Pietismus zusammen. Da kamen die Kathedersozialisten Adolf Wagner und Gustav von Schmoller. Sie kämpften gegen zwei Fronten, den Sozialismus und den Marxismus. Sie forderten wieder den Staat zur Lösung auf. Ihnen schloß sich als bedeutender Volksredner Adolf Stöcker an. Er sah den Staat christlich und forderte auch einen solchen. Aber es gelang nicht, den vierten Stand vollwertig mit Rechten und Pflichten einzugliedern. Damit blieb eine tiefe Kluft, gerade auch für heute in den schweren politischen Nöten.

Immer mehr drängten sich die Fragen angesichts der verworrenen politischen Lage auch unter den Studenten in den Vordergrund. In vielen Diskussionen und Gesprächen wurde nach Lösungen gefragt. So gab es nach meinen Notizen am 7. Februar 1931 einen Ausspracheabend über »Nationalsozialismus, Christlich-Sozialer Volksdienst und Sozialismus« in der DCSV. Pfarrer Schulte aus Brockau, Abgeordneter des Christlich-Sozialen Volksdienstes, versuchte die drei hervortretenden Bewegungen darzustellen. Die drei fraglichen Hochschulgruppen waren um Entsendung eines Vertreters gebeten worden, um über die Ziele ihrer Partei aufzuklären. Für die Nationalsozialisten, die keinen Vertreter entsandt hatten, fand sich unter den Gästen ein Sprecher. Es gab eine sehr lebhafte Debatte über die einzelnen Streitpunkte in der Politik. Ich habe dazu notiert: »Die letzte Würdigung der Fragen vom Evangelium her fehlt noch. Aber die Fragen wurden angeschnitten, vielleicht ein Anfang zu weiterem.«

Stark wurden hin und her pazifistische Gedanken vertreten, gegen die die Nationalsozialisten scharf angingen. In der DCSV hatten wir zum 28. November 1932 einen pazifistischen Theologiestudenten Fritz Wenzel

zum Bericht über »Christentum und Krieg« gebeten. Wie ein Parteiredner, notierte ich, führte er von seinem stark pazifistisch-sozialistischen Standpunkt aus viel Tatsachenmaterial gegen den Krieg an und sprach von der Gewinnsucht der Maßgeblichen, die den Krieg hat so furchtbar werden lassen, Riesenausgaben für Kriegsrüstung auf der einen Seite und soziales Elend auf der anderen. Er meinte, es gibt eine »Vorgeschichte«, in der wir jetzt leben, und dann eine (echte) Geschichte, die erst eine solche sein wird, wenn der Mensch ein menschenwürdiges Dasein hat. Er erinnerte an die Propheten des Alten Testaments. Das Vaterlandsgefühl, so sagte Wenzel, muß erst eine neue Wertung von der Brüderlichkeit her bekommen. Die Kriegsdienstverweigerung wurde als persönliche Gewissensentscheidung herausgestellt. – Die Debatte an diesem Abend des Jungseminarkreises wurde sehr lebhaft.

Um die Frage des Krieges ging es vor allem bei den jährlichen Feiern für die Gefallenen des Weltkriegs im DCSV-Heim. Meist wurden Kriegsbriefe gefallener Studenten vorgelesen. Am 22. November 1930, dem Vorabend des Totensonntags, sprach, um ein Beispiel auszuwählen, Pastor Beckmann und erzählte aus seinen Kriegererlebnissen. »Er schilderte den Krieg in mir zum Teil neuem Licht«, vermerkte ich. »Die Begeisterung bei Beginn! Aber er sagte den Satz: Deutschland hat schon 1914 den Krieg verloren, denn das Heer war innerlich faul. Diebstahl, Betrug usw.« Er schilderte grauenhafte Einzelheiten des Krieges in ihrer Sinnlosigkeit. Wenn gefragt wird, warum mußten diese Menschen sterben, muß Gott doch seinen Sinn gehabt haben. Es wurde verdeutlicht an dem Einzelgeschick eines BKlers (aus einem Schülerbibelkreis), der beim Sterben seine Lieblingschoräle sang. Haben die Toten uns nicht eine Aufgabe hinterlassen? »Der Abend gibt viel zu denken«, schrieb ich, »kein Pazifismus und doch kein Idealismus« (nämlich der Konservativen und Rechtsradikalen).

Bedrohliche Bewegung von rechts: Der Nationalsozialismus

Immer mehr trat in diesen Jahren die Hitlerbewegung hervor und setzte ihre SA in Partei- und Wahlversammlungen ein, um ihre Macht unter Beweis zu stellen und die Gegner mundtot zu machen. Ich vermied es, an reinen Parteiversammlungen teilzunehmen.

Einmal habe ich aber Notizen über einen Besuch bei einer Versammlung der NSDAP gemacht und zwar am 10. April 1931 im Saal des Tivoli in Görlitz. Eingeladen war zu einem Spielabend der »Ostmärkischen Spielschar«. »Es war ein feiner Abend«, habe ich notiert, »nichts von Gehässigkeit.« Es sollte gezeigt werden, was deutscher Geist ist und vermag. Die Bühne war ganz rot ausgekleidet mit einem großen Hakenkreuz und einem

Bild Hitlers. Der Leiter der Gruppe namens Bossemer sprach über »die deutsche Seele«. Die heutige Zeit ist verweichlicht, haltlos in ihrem Kulturbolschewismus. Da heißt es, sich auf die nationalen Kräfte zu besinnen. Er zeichnete das an verschiedenen Gebieten ab, besonders an der Mode, die ganz und gar in Verirrung und Verwirrung sei und von jüdischem Geist beherrscht wird. Die Spielschar sang Lieder, brachte alte Tanz- und Bauernmusik, dann gymnastisches Turnen und das Spiel von Lienhart »Schwertleite«. Ich schien recht angetan zu sein. Aber es war eben nur eine kulturelle Veranstaltung.

Wenn ich auch nicht an regelrechten NS-Versammlungen teilgenommen habe, hörte ich doch immer mehr in anderen Veranstaltungen von der heraufziehenden Gefahr. Am 25. März 1930 war ich im Ev. Vereinshaus in Görlitz bei einer Kundgebung der Volkskonservativen Vereinigung, die, so meine Notizen, mit dem Christlich-Sozialen Volksdienst in der »Christlichnationalen Arbeitsgemeinschaft« zusammenarbeitet. Reichstagsabgeordneter Hans Schlange-Schöningen sprach. »Er gab einen feinen Überblick über die geschichtliche Entwicklung der heutigen schwierigen politischen Lage. Die damals nach der Revolution gebildete nationale Einheitsfront gegen Marxismus und Sozialismus hätte in der Inflationszeit durch die Einrichtung der Rentenmark das Volk gewinnen können. Sie war bald soweit, hat aber dann leider bei dem Hitlerputsch in München, der durch starke Militärgewalt der Regierungsparteien zerstreut wurde, sich die Gunst verscherzt. Diese Einheitsfront hätte dann, als die Deutschnationale Volkspartei mit in der Regierung war, unter Graf Westarp, Stück für Stück die »Revolution« zurückgewinnen können, schlug aber unter Hugenberg in den Radikalismus um und unterscheidet sich jetzt nur noch wenig von den Nationalsozialisten. Die Krisis war das Volksbegehren um den §4, der so berüchtigt ist. Mit solcher Gewaltpolitik konnten die ausgetretenen Abgeordneten nicht mit, trotzdem sie ihren Standpunkt scharf vertreten hatten. Zwei Wege zeigte der Redner aus dem völligen Untergang Deutschlands. Der eine ist der des Hitler, der Weg der Gewalt, womit man das schon wacklige Wirtschaftssystem gänzlich umstoßen würde und man einen Trümmerhaufen bekäme, der nicht wieder aufzubauen ist. Der einzig zu beschreitende Weg ist der einer bürgerlichen Regierung und zwar im nächsten Augenblick, der entschieden gegen Marxismus und Sozialismus Front macht. Die heutigen Parteien können durchaus durcheinander geschüttelt werden, wenn zielbewußte und auf eigenem Gewissen stehende Männer an die Spitze gestellt werden ohne Bindung an Parteivorschriften. – Die Rede war sehr fein. In der Diskussion sprach nur der jetzige stellvertretende Vorsitzende der DNVP, der u. a. gegen den Leiter des Abends, den

derzeitigen Vorsitzenden der DNVP, Rechtsanwalt Schade, Beschuldigungen erhob und den Hugenberg-Hitlerschen Standpunkt vertrat.«

Einen entschiedeneren Standpunkt gegen die NSDAP erlebte ich am 7. September 1930 bei zwei Vorträgen der Deutschen Friedensgesellschaft in der Stadthalle in Görlitz: »Hitler und Hugenberg – die Totengräber Deutschlands.« Der erste Vortrag richtete sich mit viel sachlichem Material gegen die Nationalsozialisten mit ihrer Katastrophenpolitik. »Dem ist nur zuzustimmen«, vermerkte ich. Der zweite Vortrag brachte die Ziele der Friedensgesellschaft, den Pazifismus, und zeichnete ihre Einstellung mit internationalen, humanistischen Gedanken. »Der Pazifismus will die Kirche ersetzen und will die Fortsetzung des Urchristentums sein. Ein ehemaliger Pfarrer hielt diesen Vortrag. Parole: Nie wieder Krieg! Er will die Linie scharf ziehen zwischen den Menschen, die den Krieg wollen, und den Menschen, die den Frieden wollen.« Ich notierte: »Eine doch durchaus schiefe Fragestellung. Von Frieden und Völkerversöhnung versprechen sie sich das Heil der Menschen. Viele Sätze sind durchaus anzuerkennen. Aber der Geist ist fremd, auch gegen die Kirche gerichtet: Die Pfarrer sollen den Mund halten in politischen Dingen und Liebe üben. Die Pfarrer benützen die Kirche zu selbstsüchtigen Zwecken, zur Macht. Sie appellieren gegen den Krieg an die Muttergefühle.«

Am 4. März 1932 hielt Missionsinspektor Lokies bei der DCSV-Freizeit in Rogau-Rosenau – entsprechend seinem Vortrag vom 5. März – einen Vortrag über »Die Mission gegenüber der Abwehr des Nationalsozialismus«. Die Mission bejaht die nationalen Kräfte und gibt der nationalen Bewegung eine Stärkung. Sie hat gegenüber dem Nationalsozialismus ein Ja und ein Nein. Sie hat ihm etwas Entscheidendes zu geben: das Kreuz, das ihm fehlt. Lokies war also damals sehr vorsichtig, konnte auch noch nicht überschauen, was aus dem Nationalsozialismus werden würde.

Ähnlich vorsichtig war man in der Zepterloge bei einer »Kahlert-Stiftungsfeier« in Breslau, wozu auch ein Kreis von Studenten eingeladen war. Zuerst sprach Oberstudiendirektor Jahn im Sinne einer Apologetik gegenüber dem Nationalsozialismus und betonte, daß auch die Logen stark national eingestellt sind mit christlicher Glaubensgrundlage. Sie vertreten die Gedanken der Humanität und Toleranz nur in bescheidenem Rahmen, kein Weltbürgertum. Die Loge kann sich dem Gang der Zeit nicht verschließen! – Es folgte eine Preisverleihung an Primaner, die aus allen Schulen erschienen waren.

Zwei Tage vorher erlebte ich in der Viktoriaschule einen Abend der Antimilitaristischen Jugend, zu dem ich eine Eintrittskarte bekommen hatte. Zu Beginn sprach ein Quäker aus England, wie er den Widersinn des Krieges gesehen und in England mit vielen anderen Quäkern wegen Kriegs-

dienstverweigerung im Zuchthaus gesessen hat. Er forderte dazu auf, den Krieg mit Liebe zu überwinden. Die sich bekämpfenden Soldaten haben sich persönlich doch nicht gehaßt. Helfende Liebe muß hier einsetzen. Es folgten Gedichte von Lersch, Engelke, Erasmus von Rotterdam, Friedrich Logau, Lamszus, Ulitz, Kyber, Kästner u.a. Eine Novelle von Leonhard Frank »Der Vater«, vorgelesen von Student Fritz Wenzel, hatte besondere Wirkung. Vorgelesen wurde auch aus »Die Kathrin wird Soldat« von Adrian Thomas. Es lag schwerer Ernst über dem Abend. Ich vermerkte noch: Nicht wahr ist, daß die Regierungen allein schuldig sind, wahr aber, daß alle Menschen schuldig sind. Ohne Sünde geschieht kein Krieg. Sünde sitzt tiefer. Doch muß man solchen idealistischen Schwung dankbar aufnehmen, wie er sich hier kundtut, und tiefer bohren.

Wie Pfarrer in ihren Gemeinden um die Fragen gerungen haben, um sie zur Stellungnahme und Mitarbeit anzuregen, erlebte ich am 9. März 1931 bei einem Männerabend in unserer Frauenkirchengemeinde in Görlitz. Pastor Walter Schmidt sprach über »Wir Männer und unsere ev. Kirche«. Die Männer sind jahrhundertlang vernachlässigt worden. Erst mit dem Alter wird der Mann kirchlich, und es kommt doch gerade darauf an, daß der Berufsmensch in die Gemeinschaft hineingehört. So fehlt, daß sich der Mann schützend und streitend vor die Kirche stellt gegen die widerchristlichen Strömungen der Zeit: Freidenkertum, Bolschewismus, nationalsozialistische Gefahr, Sekten. Der Pfarrer hat in der Großstadt gar nicht die Zeit und die Mittel zu solchem Einsatz. Er ist für solche Verkündigung in der Öffentlichkeit nicht gerade geeignet, weil er immer als bezahlte Amtsperson angesehen wird. Die Männer sind aufgerufen, denn sie sind auch Priester und tragen die Gemeinde mit. Wenn die Gemeinde nicht dazu kommt, daß sie einander dienende, lebendige Gemeinde wird, geht sie zugrunde. Aufgaben und Möglichkeiten wurden gezeigt, wie Männer in der Gemeinde mitarbeiten können: Hausbesuche, Helfer in Mischehenfragen u.a. – Die Aussprache war überaus rege und zeigte, welche Freude Männer fühlten, sich auszusprechen und mithelfen zu können. Aber man wandte sich gegen das Urteil Schmidts über den Nationalsozialismus, in dem er eine Gefahr sah. Man sprach über Religionsunterricht und Schule. Man wünschte mehr Einheitlichkeit und Einigkeit in der evangelischen Kirche. Im Blick auf die katholische Kirche kommt es an auf eine *actio evangelica*. Vermerkt sei, daß es in der Beurteilung der NS-Bewegung noch keinen Durchblick gab.

In meine Tagebücher habe ich viel Persönliches eingetragen, auch Gespräche, die ich mit ehemaligen Schulfreunden geführt habe. Immer wieder habe ich einen Spaziergang mit dem mir sympathischen Freund G. A. gemacht. So am 7. Oktober 1930. Da hatten wir einen Spaziergang im Mondenschein mit angeregtem Gespräch über Studium, Wissenschaft und

Glauben. Das schwierigste Problem zwischen uns war immer wieder, den Nationalsozialismus mit dem Christenglauben zusammenzubringen. »Die falsche NS-Auffassung von Volk und Blut hält ihn ab, zu Gott hinzukommen, die Gnade zu sehen und zu empfangen«, schrieb ich wörtlich. »Ich kann nur für ihn bitten, daß diese dämonische Macht besiegt wird.«

Allerdings hatte ich selbst damals auch keine endgültige Einstellung gegenüber dem sich immer mächtiger ausbreitenden Nationalsozialismus gefunden. Er wurde doch sogar von angesehenen Persönlichkeiten gelobt. Wenn sich auch die Stimmen in unserem Studentenkreis mehr und mehr besorgt aussprachen, gab es noch keine einmütige klare Sicht. Ich selbst war noch immer nicht in meinem Urteil klar. Das geht aus meinem Eintrag vom Sonntag, 13. März 1932, hervor: »Nach dem Gottesdienst übte ich mit Stimmschein erstmalig mein Wahlrecht aus (21 Jahre alt!): Hindenburg oder Hitler oder Düsterberg oder Thälmann. Ich stimmte für Hindenburg, weil seine Wahl nicht (nur) von einer Partei ausging und weil ich, obwohl ich sonst sehr zum Nationalsozialismus stehe, Hitler nicht für geeignet halte, überhaupt für einen Reichspräsidenten einen mehr über den Parteien stehenden Mann wünsche.«

Versuch einer vom Evangelium bestimmten Politik

Es gab christliche Kreise, die als bewußte evangelische Christen einen ernsthaften Weg aus der allgemeinen politischen Verwirrung suchten und schließlich den Christlich-Sozialen Volksdienst als Partei zur Alternative stellten. Dieser ist in meinen Berichten schon mehrfach in Erscheinung getreten. Schon am 17. Dezember 1929 hörte ich in der Christlich-Sozialen Vereinigung Schlesiens in Breslau Vorträge der kürzlich aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetretenen Abgeordneten Hülser und Pastor Kliesch. Sie sprachen darüber, wie es zu ihrem Austritt gekommen sei, weil nämlich Hugenberg nicht die sozialen Verhältnisse verstehen wollte und keine christliche Grundlage für die Politik sah. Dann trugen sie vor, was die Christlich-Sozialen wollen: wahrhaft konservativ sein und allem Handeln das Evangelium zugrunde legen. Nur als Christ kann man wahrhaft sozial sein. Kampf gegen den Marxismus und den Unglauben, aber auch Ablehnung eines Parteistandpunkts wie der des Hugenberg, des deutsch-nationalen Parteidiktators. Er hat die Schuld ihres Austritts auf sich geladen, weil er nach Parteiinteressen und eigensüchtigen Motiven wirtschaften wollte, obwohl sie, die Christlich-Sozialen, in der Partei zu wirken versucht haben.

Im Saal des CVJM in Görlitz hörte ich am 23. August 1930 einen Vortrag von demselben Pastor Kliesch über die gegenwärtige politische Lage mit Bericht über die bisherige Reichstags- und Landtagsarbeit des Christlich-

Sozialen Volksdienstes. Er soll eine Bewegung sein, die in das zerrüttete und sinkende Parteiensystem hineinstößt und viele evangelische Christen sammeln will, um die Belange des Evangeliums dem Volk gegenüber zu vertreten. Ein Zeichen dafür, daß es sich nicht um eine bedeutungslose Partei handle, sondern ernst genommen werde, ist, daß sie von den anderen Parteien ziemlich angegriffen werde.

Bald darauf war ich am 27. August bei einem Vortrag des Reichstagsabgeordneten D. Lic. Mumm mit dem Thema: »Keine Wahlnot für Evangelische mehr!« An Beispielen aus der Arbeit im Reichstag zeigte er Weg und Ziele des Christlich-Sozialen Volksdienstes. Er kenne keine Bindungen an Parteiziele (im bisherigen Sinne), sondern nur sachliche Bindungen. Die Diskussion war teilweise sehr laut. Zwei Diskussionsredner aus der Deutschnationalen Volkspartei, darunter eine Frau, brachten wüste Beschuldigungen vor, z. B. daß Religion mit Politik vermengt würde, was – wie ich vermerkte – sie doch tatsächlich selber tun. Der Vorwurf des Treubruchs der ausgetretenen Abgeordneten wurde zurückgewiesen. Der Saal des Tivoli war dicht voll, auch mit vielen alten Leuten, freilich auch mit vielen Deutschnationalen, so daß die Stimmung nach den einzelnen Reden ganz verschieden war. Ich schätze auf ungefähr 500 Besucher.

Am 25. Januar 1932 sprach Prof. Eugen Rosenstock-Hüssy in der Wratislawia vor der Hochschulgruppe des Christlich-Sozialen Volksdienstes über »Die Umschichtung der politischen Willensbildung im Reich«. »Der Vortrag war gut und klar«, schrieb ich. Der Referent kennzeichnete das frühere politische Denken als unsachlich, »mit vielem Unnützen und Talmiflitter. – Der Krieg war Richter. Da wurde alles beseitigt, was nicht notwendig war. Die nachfolgende Generation aber hat nicht gelernt, die Folgen des Krieges zu tragen und daraus zu lernen. Es gab eine gewisse Zwischenzeit bis 1930. Jetzt erst spürt man politische Notwendigkeit, so z. B. bei dem Notverordnungs-system, das Zentralgewalt schafft«. Der Referent sprach vom jetzigen Abtreten Preußens, das früher Kern des Reiches war, aber jetzt keine Aufgabe mehr habe.

Die Menschen waren von den Problemen in Politik, Wirtschaft und anderen Gebieten so bewegt und erregt, daß viele Predigten auf die Fragen einzugehen und Wegweisung zu geben versuchten. Nach meinen Tagebüchern habe ich selbst manchmal Gelegenheit gehabt, auf das einzugehen, was einem als Christ auf der Seele brannte. Es sei mir vergönnt zu berichten, daß ich für den 1. Oktober 1931 zu einer Bibelstunde in den CVJM in Görlitz gebeten worden war mit dem Thema: »Die gläubige Gemeinde und die Politik.« Ich habe laut meiner Notizen die Politisierung der Zeit geschildert und auf Seiten der Christen Weltabgewandtheit oder aber christliche Parteipolitik kritisiert. Politik ist Gottes Ruf an den Men-

schen. Gott handelt mit dem Menschen und durch ihn an den anderen. Unsere Aufgabe ist Verkündigung, Mission. Die Heilige Schrift zeichnet uns ein Bild von Gottes Wirken. Kern ist die Rechtfertigung des Menschen aus Gnade. Das macht uns solidarisch mit allen Menschen über alle Unterschiede hinweg. Die gläubige Gemeinde muß Schuld und Versäumnis der Vergangenheit in der Kirche bekennen und auf sich nehmen und damit ein Zeichen aufrichten. Wir müssen auch unser Vaterland lieben, sogar wenn wir auf unsere himmlische Heimat schauen. Was gilt es zu tun? Die Arbeit an der Bibel ist die Hauptsache. Ohne sie gibt es keine lebendige Gemeinde. An lebendiger Gemeinde allein kann die Flut der Gottlosigkeit zerschellen. Wir dürfen in jeder Partei stehen, sollen dort aber auch als Christen arbeiten. Ein Christ sucht sich andere, mit denen er zusammensteht in Beruf, Familie, Öffentlichkeit usw. Ein lebendiger Christ ist wie ein um sich greifendes Feuer. So versuchte ich auf die Diskussion in den Gemeinden damals zu antworten. Generalsekretär Robert Philipp sagte noch einiges. Eine Aussprache sollte für längere Zeit nach den Bibelstunden nicht mehr stattfinden. Es war wohl zu gefährlich geworden.

Andere brennende Fragen in der Gesellschaft

Wie sich die vielerlei Fragen und Probleme der Gesellschaft, die heute die Menschen bewegen, schon damals am Ende der Weimarer Zeit abzeichneten, entnehme ich weiteren Vorträgen, die ich sonst noch besucht habe.

Ehe

Über »Kameradschaftsehe und Einehe« hielt am 22. Oktober 1929 Pastor Langner aus Görlitz-Moys einen Vortrag in der Dreifaltigkeitskirche in Görlitz. Er ging auf Lindseys »Revolution der modernen Jugend« und »Kameradschaftsehe« ein. In letzterer sucht man den Ausweg aus den Lasten und der Verworrenheit der heutigen Zeit. Aber Kameradschaftsehe ist nur »eine Halbheit zwischen der strengen Einehe der Christen und dem ehelosen Triebleben des Bolschewismus«. Lindsey mache aus der Not eine Tugend. Wenn man solches Zusammenleben für recht hält, könnte man ja dann etwa auch, weil es so viel Lügen auf der Welt gibt, diese gesetzlich als allgemeine Norm anerkennen. Es besteht vielfach, früher auch bei Ärzten, die Ansicht, Enthaltsamkeit vom Geschlechtsverkehr sei ungesund. Aber das Gegenteil ist der Fall. Nur die Einehe kann das wahre Glück geben, dazu vor der Ehe die Enthaltsamkeit. Gemeint ist die Einehe, die bewußt das Kind will, nicht die Kinderlosigkeit. Spannungen in der Ehe wird es immer geben. Ohne Leid kommt es nicht zu wahrer Liebe. Da darf man nicht feig davonlaufen, wie Lindsey es so schön mit der Zeitehe propagiert.

Der Mensch soll Herr sein über die Lage, auch über den Geschlechtstrieb. Diesen darf er nicht als etwas Fremdes übergehen wie die bewußt Kinderlosen, ihm sich andererseits auch nicht hemmungslos hingeben. Mann und Weib soll »ein Fleisch sein«, wie in 1. Mose steht, und die Frucht der Einehe ist das Kind.

Recht

An einem Heimabend am 31. Januar 1931 in der DCSV sprach Oberlandesgerichtsrat Reichhelm über Rechtsreform. An einen Überblick über die einzelnen Rechtsgebiete knüpften sich Einzelfragen an, so über Eherecht und Ehescheidung, über Beibehaltung oder Abschaffung der Todesstrafe, über den Eid. Da wurde die Frage aufgeworfen: Muß ein Gesetz, das doch nur auf dem Papier steht, wie das Gesetz über Abtreibung, nicht aufgegeben werden, weil es doch nicht eingehalten wird? Die Notfragen von heute waren damals schon vorhanden.

Am 25. Juni 1932 sprach bei einem offenen Heimabend Prof. Nagler (jur.) über »Religion und Strafrecht«. Er bot eine ausgezeichnete Übersicht über die Rechtsgeschichte. Dann zur Gotteslästerung: Sie war im Mittelalter ein Staatsverbrechen. Die Reformation lockerte auf und brachte den Grundsatz der Toleranz. Aber Gotteslästerung wurde noch bestraft, weil Staat und Kirche eng verbunden waren. Erst in der Aufklärung vollzog sich eine Wandlung. Man nahm jetzt keine Gotteslästerung mehr an, sondern nur noch Verletzung der Ehre einer Religionsgemeinschaft. Die Romantik sieht darin, weil Religion hier Sache des Gefühls sei, die Verletzung des Gefühls einzelner. Das preußische Strafgesetzbuch hat nun die drei Wertungen nebeneinander gestellt: Gotteslästerung als Vergehen gegen Gott, gegen eine Religionsgemeinschaft, gegen das persönliche Gefühl. Daher ist die Auslegung heute schwierig. Nagler und anderen geht es darum, durch das Strafrecht den konfessionellen Frieden zu wahren, der im Staatsinteresse liegt. Die Religion wird als das beste Mittel zur Verhütung von Verbrechen und sittlichen Delikten angesehen. Darum stützt der Staat die Religion bzw. die Kirche heute noch. Zu sehr darf sie der Staat aber nicht stützen. Das wäre gefährliche Reklame für die Kirche. Auch darf der freie Forschungstrieb nicht abgeschnitten werden. Daher kann es sich auch nicht um Schutz der Lehre bzw. der Dogmen handeln, wie man das früher wollte. Im kommenden Reichstag wird man vielleicht die Dinge viel besser formulieren vom volkstümlichen und christlichen Standpunkt aus. »Wir haben da Hoffnungen und Wünsche.«

Christen im Staat

Am 8. Juli 1932 hielt Vizepräsident Franz Irmer vom Provinzialschulkollegium einen Vortrag über »Staat und Erziehung«. Er war oft bei uns in der DCSV und suchte bei uns immer wieder mehr Verständnis für Staat und Recht zu wecken und bereicherte seine Ausführungen stets mit seinen persönlichen Lebens- und Berufserfahrungen.

Prof. Wegener sprach bei einem anderen Heimabend am 26. November 1932 über das Thema »Christen im Staat«. Man merkte, daß er in enger Berührung mit Professor Gogarten stand. Er führte aus: Es ist Tatsache, daß wir in einem nichtchristlichen Staat leben. Das bewirkte der Liberalismus, der mit der Renaissance einsetzte. Eine »christliche« Politik kann es nicht geben. Politik treiben ist eine besondere Begabung. Aber einen christlichen Staat müssen wir haben. Hier will Wegener konservativ sein. Die Obrigkeit muß christlich sein. Liberale Obrigkeit ist keine Obrigkeit mehr. Der Staat ist naturgegebene und gottgegebene Einrichtung. Er darf nicht zum Spielball menschlicher Meinungen werden. Die Christen haben ihre Kirche als ebenso gottgegebene Einrichtung. Diese Formen sind nötig. In ihnen fließt erst das rechte Glaubensleben. – In der langen Aussprache wurden manche Sätze des Referenten sehr unterstrichen, manche aber auch sehr angegriffen.

Technik, Arbeiterstand

Immer wieder wurden wir in die damaligen modernen Fragen hineingestellt. So sprach Pastor Hanns Lilje, der Generalsekretär der DCSV, in der Technischen Hochschule über »Technik, Mensch und Gott«. Die Technik ist herausgeboren aus der ganzen geistigen Situation unserer Zeit. Sie ist nicht mit materialistischen Gedanken zu erfassen, aber auch nicht mit idealistischen. Die Technik kann die Menschheit nicht erlösen, wie viele meinen. Auch auf der Technik liegt ein Teil Schuld, daß die Menschen zur Masse wurden. Da müssen Persönlichkeiten kommen und wieder Menschlich-Persönliches hineinbringen. Technik kann nicht losgelöst werden vom Menschen und der Mensch nicht vom Schöpfer Gott. Das Naturgesetz ist nichts Absolutes. Es kann nur das Beobachtete als Regel, als Naturgesetz ausgedrückt werden. Gott steht über allem und gibt allem seine Ordnung. So bekommt auch das Denken und Forschen und die Technik Kraft und Ordnung von Gott.

Wie Technik und Industrialisierung als Unsegen gebrandmarkt wurde, erlebte ich am 3. Mai 1931 bei der Großveranstaltung »Kreuzzug der Maschine« in der Jahrhunderthalle. Dargestellt wurde, wie die Menschen unter der Gewalt der Maschine stehen, dem Gott Mammon, dem Militär

und der Kirche mit Hakenkreuz und Gesangbuch dienen. Die Maschine knechtet die Massen. Daraus entsteht Krieg, Hunger, Not. Die Massen sind zwar halbtot, doch wollen sie sich erheben. »Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will« und »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!« waren die Parolen. Es gibt kein Vaterland (so die Reaktionäre), sondern nur Bruderländer. Die Maschine will nicht mehr dem Mammon dienen, sondern sie schließt den Bund mit den Massen. Sie rebellieren gegen den Gott Mammon. Am Schluß steht die Vereinigung aller Länder und Geschlechter zur völligen Gleichheit. Mit der Roten Internationale schloß der Abend.

Ganz anders ausgerichtet war der Heimabend der DCSV am Tage vorher mit Bergwerksdirektor Dr.-Ing. Hugo Krueger aus Gottesberg. Er beleuchtete die Arbeiterfrage einmal von Seiten des Arbeitgebers aus, dann von Seiten des Arbeiters. Er berichtete viele falsche Vorstellungen über die Lage des Arbeiterstandes. Sie ist gar nicht so trostlos und geistlos, wie oft gesagt wird. Aus seinen ständigen persönlichen Kontakten mit seinen Arbeitern folgerte er: der Arbeiter freut sich an seiner Arbeit. In der lebhaften Aussprache wurden Fragen gestellt und manchem wurde widersprochen. Gefragt wurde, ob die Mechanisierung der Arbeit ein Glück oder ein Unglück sei. Man ließ sich sagen, daß es ein Glück für den Arbeiter ist, nicht mehr geistlose und unwürdige Tätigkeiten verrichten zu müssen.

Im Männerabend der Frauenkirchengemeinde in Görlitz am 12. Oktober 1931 klang es etwas anders. Pastor Walter Schmidt sprach über das Thema: »Gefährdung oder Zukunft unserer deutschen Industrie.« Er zeichnete die augenblickliche Lage der Industrie mit der brennenden Frage der Arbeitslosigkeit. Mit dieser steht im Augenblick die Schicksalsfrage vor dem deutschen Volk. Bedingt ist sie durch die Rationalisierung, die Frauenarbeit, das gegen früher größere Angebot an Arbeitskräften, die gegen früher nicht geringer gewordene Landflucht, die zu hohen Löhne und Gehälter, die Deutschland auf dem Weltmarkt außer Konkurrenz setzen, die übertriebene Erfindungssucht, die ganze Industrien totschießt, die Kapitalflucht ins Ausland, die darauf beruht, daß die Regierung nicht mehr das Vertrauen der Besitzenden hat usw. Der Referent schilderte dies alles deutlich an Beispielen. Was ist zu tun? Schaffung einer Atmosphäre von Vertrauen zwischen Regierung und Volk und Erkennen der deutschen Not: Herabsetzung der Löhne und Gehälter, Einschränkung des Imports (kauft deutsche Waren!), Arbeit im Sinne der Bodenreform, weg mit den Jungesellen beiderlei Geschlechts. Die Frauen dürfen keine Berufe ergreifen, wo sie nichts zu suchen haben. Wir müssen wirken als Christen und Deutsche. – Es gab eine rege Aussprache.

Sozialarbeit

Durch manche Vorträge bekam ich Einblick in das Gebiet der Sozialarbeit. So hörte ich am 20. Januar 1930 in Breslau einen Vortrag von Sozialpfarrer Forell über »Die Sozialarbeit der ev. Kirche in Vergangenheit und Gegenwart«. Er begann mit einem geschichtlichen Überblick und sah den Beginn der kirchlichen Sozialarbeit bei Viktor Aimé Huber, Hinrich Wichern und Justus Perthes. Im Zuge der Entwicklung des Arbeiterstandes wirkte Adolf Stöcker auf der konservativen Seite, Friedrich Naumann und andere auf der liberalen, kulturprotestantischen. Forell schilderte den staatlichen Umschwung und die heutige Sozialarbeit der Kirche. Er legte dar, daß die Parole vom Versagen der Kirche in der sozialen Frage falsch ist, ja daß die Kirche auf dem Gebiet Großes geleistet hat, was nur zu wenig bekannt ist. – In der Aussprache sprachen einige Stimmen sehr für die Proletarier und gegen den Kapitalismus. Aber, so wurde entgegnet, man setzt anstelle der Herrschaft des Kapitalismus nur eine Herrschaft der Masse, das ist gefährlich. Man sagt, man arbeitet sozial, und treibt Politik. Letzten Endes vergißt man Christus.

Ich hatte eine Zeitlang während der Semesterferien Einblick in das städtische Wohlfahrtsamt in Görlitz durch persönliche Beziehung mit dessen Direktor Giese. Ich orientierte mich durch Einsichtnahme in den Akten über die meist mühevollen Sozialarbeit des Amtes. Am 13. Oktober 1930 nahm ich teil an einem Vortrag von Direktor Giese im Evangelischen Gemeindehaus »Goldenes Kreuz«, zu dem Jugendpfarrer Preiser eingeladen hatte. Giese sprach über »Öffentliche und freie Wohlfahrtspflege« und betonte in einer persönlichen Vorbemerkung der Klarheit wegen, daß er Sozialist sei. Er erzählte aus der ganzen Arbeit des Wohlfahrtsamtes, das gegliedert ist in Unterstützungsamt, Gesundheitsamt und Jugendamt. Er gab in kurzen Sätzen anhand einer Zeichnung einen Überblick über die Arbeit. Es geht darum, den Menschen leiblich und seelisch zu helfen. Denn z. B. hat jeder Jugendliche das Recht auf leibliche und seelische Erziehung. Das ist die Aufgabe des Staates. Giese schilderte auch den Geist, der in der Arbeit herrscht. In der teils sehr erregten Aussprache suchte man hinter die weltanschauliche Grundlage zu kommen. Das Amt wolle neutral bleiben, sagte der Referent, und die weltanschauliche Grundlage jedem einzelnen überlassen. Nicht der Gesetzesparagraph ist es, der in der Mitte steht, sondern der Mensch.

Auf dem Gebiet der Sozialarbeit erlebten wir Studenten am 11. Juli 1930 eine Führung durch die Werke der Stadtmission in Breslau an der Frankfurterstraße durch Pastor Arno Büchner. Dort befand sich eine Wandererarbeitsstätte für die Brüder von der Landstraße. Die Leute haben es sehr

schön dort, schrieb ich. Sie können sich sogar Geld verdienen: 50 bzw. 150 Pfennige für den Tag, das ihnen zur Hälfte wöchentlich beim Ausgang ausgezahlt wird. Es gibt zwei Betriebe, eine Holzspalterei und eine Brokensammlung, die beide das nötige Geld abwerfen müssen. Interessant waren die Lager der Brockensammlung.

Säkularismus und Glaube

Wichtig waren Themen, die die ganze Lage des Menschen jener Zeit zu erhellen suchten. Im Zusammenhang mit dem Christlichen Akademikertag in Liegnitz, an dem ich teilgenommen habe, hielt am 14. November 1930 Pfarrer Lic. Theo Brandt aus Leipzig einen Vortrag über »Die studentische Jugend und der Säkularismus«. Er kennzeichnete den Säkularismus zunächst in drei Punkten: Der Säkularismus benutzt den Menschen (Beispiele: Mussolini, Lenin); er will sachlich sein und wirkt dadurch bestechend, und er will der Welt mächtig sein. Über die Sachlichkeit, die er sucht, geht er doch weit hinaus mit seinem Streben und stellt selbst etwas Gläubiges dar, zum Beispiel in Sport, Technik, Wissenschaft. Vom Führer erhofft man die Lösung. Der Säkularismus will der Welt mächtig sein und sieht doch nicht den tiefen Spalt durch die Welt. Er reißt den Menschen mit und läßt ihn dann allein. Demgegenüber fordert Christus die Wahrheit, den ganzen Menschen. Er ist allein sachlich, denn er kennt die Kluft und bringt die Vergebung und die nüchterne Wahrheit. Die studentische Jugend und der Säkularismus: Laut des Redens von der Eigengesetzlichkeit der einzelnen Gebiete baut jeder an seiner Ecke und wird nicht fertig hin zum Ganzen. Bei Christus gibt es nicht mehr das Nebeneinander der Fakultäten. Es wird ein Ganzes gebaut und jeder wird an seinem Teil hineingestellt. Ein Beispiel: Das Seziermesser des Arztes hängt ab von seiner Weltanschauung.

Bei einem Heimabend am 12. November 1932 sprach Dr. Ing. Krueger in der DCSV über das Thema: »Der christliche Alltag.« Tatsache ist, daß der Alltag auf allen Gebieten nicht oder nicht mehr christlich ist. So in der Presse und in der übrigen Kultur, in Wirtschaft, Politik, Technik usw. Auch der Mensch geht eigene, weithin unchristliche Bahnen. Eigentlich kann der Alltag gar nicht christlich sein. Es wäre eine *contradictio in adiectu*. Einzelne Menschen haben noch ihr Sonntagschristentum, haben auch in der Woche noch einige Möglichkeiten. Es ist mehr eine Wellenlinie von Sonntagschristentum. Auf der anderen Seite haben alle Dinge ihre eigenen Gesetze und sollen doch unter die Herrschaft des Menschen kommen, dem sie von Gott übergeben sind, damit sie durch ihn unter die Herrschaft Gottes kommen. Im ganzen Leben sollen wir uns als Christen betätigen. Die unpersönlichen Dinge haben wir in der Hand. – Die lebhafteste und lange Aussprache wurde vor allem von Technikern und Juristen geführt. Es ging

um die Frage, ob es Eigengesetzlichkeit der einzelnen Lebensgebiete gibt, zum Beispiel der Wirtschaft und Technik. Eine naturgemäße Ordnung in den Dingen muß bejaht werden. So muß es in der Wirtschaft Profit, beim Geld Zins geben. Aber es sollte keine Loslösung von Gott geben. Die Beziehung zu ihm muß gewahrt bleiben, sonst wird brutaler Eigennutz und Profitgier in der Wirtschaft daraus. Es soll Dienst am Ganzen sein. Wieder muß Bindung sein, die bislang zerbrochen ist.

Abschluß. Der Umsturz

Mit der Machtübernahme Hitlers und seiner Parteiapparatur am 30. Januar 1933 war all solches Fragen und Ringen im Deutschen Volk, wie es auf diesen Seiten berichtet worden ist, abgeschnitten. Alles wurde unter die Diktatur der NSDAP gezogen. Nur mit großer Bekümmernis konnte ich mich mit vielen anderen in dieser Situation zurechtfinden.

In den alten Briefen an meine Mutter in Görlitz fand sich der Brief vom 11. März 1933, den ich unter dem Eindruck des hereingebrochenen Unwetters geschrieben habe. Ich schrieb von Breslau aus:

»Das Arbeiten und Treiben von uns einzelnen scheint oft so sinnlos und klein, wenn draußen ganze Heere aufgeregter Menschen, brauner Kolonnen durch die Straßen ziehen, rasend vor Begeisterung, die Häuser des feindlichen Lagers stürmen, ihre Fahnen hissen. Manchmal fragt man sich, soll das nun das Neue sein, oder ist das nur eine allgemeine Verwirrung der Köpfe. Die nächste Zeit wird zeigen, ob sich neue Wege der Arbeit für Arbeitslose zeigen lassen und ein Weg gegangen wird zur Einheit des Volkes, das von Feinden rings bedroht wie auf einem Vulkan sitzt.

Und da kommt es auf jeden einzelnen an, der nicht den Kopf verliert, sondern sicher und ruhig weiterarbeitet, wie ein Felsenriff unbeweglich im Strom der Massen. So beiße ich mich fest in meine Arbeit hinein. Mit zäher Ausdauer nur läßt sich die eigene Angst und Ungewißheit vor den Dingen besiegen...«

Ich stand nach dem Abschluß meines achten Studiensemesters kurz vor der Meldung zum 1. theol. Examen. Ich wußte damals noch nicht, was der Einbruch des Nationalsozialismus für die Kirche bedeutete und in welche Fragen und Auseinandersetzungen ich mit Beginn des kirchlichen Dienstes kommen würde. Eins war mir, wie das in dem Brief durchklingt, schon in meinem Studium und in der Gemeinschaft mit den Mitstudenten in der DCSV klar geworden: Nur der Glaube an Jesus Christus hält stand, was auch kommen würde.

Der Schlesier Otto Dienel in Berlin und sein Verhältnis zur Orgelbauanstalt Schlag & Söhne, Schweidnitz

VON DAGOBERT LIERS

Vorbemerkung

Der Verfasser, seit kurzem Erster Vorsitzender des Vereins zur Erforschung und Erhaltung schlesischer Orgeln, und zugleich Leiter des Instituts für Orgel- und Kantoreiforschung e. V. in Berlin, ist in der glücklichen Lage, über die Reste des Nachlasses von Otto Dienel zu verfügen. Es handelt sich hier um eine wertvolle Quelle in Bezug auf die Orgelwissenschaft, aber auch hinsichtlich der schlesischen Orgelbaugeschichte: Otto Dienel hat vielfach gutachterlich in Schlesien gewirkt. Hierüber wird in zukünftigen Arbeiten zu berichten sein.

Biografisches über Otto Dienel

Otto Dienel wurde als Sohn des Kantors und Lehrers C. W. Dienel am 11. Januar 1839 in Tiefenfurt, Kreis Bunzlau, geboren. Schon sein Großvater war Lehrer und Kantor. Daher ist es verständlich, daß der Knabe schon mit 10 Jahren Orgel spielte, wie er selber angibt¹.

Er besuchte das Gymnasium in Görlitz und danach das Seminar für Lehrerbildung in Bunzlau bis 1860. Seine Tätigkeit als Lehrer befriedigte ihn nicht, er wandte sich nach Berlin, wo er seit 1863 am Königlichen Institut für Kirchenmusik studierte. Von 1867 an war er auch Eleve an der Königlichen Akademie der Künste und betrieb Tonsatz- sowie Kompositionsstudien bei Bach, Schneider, Löschhorn, Grell, Haupt und Taubert.

1865 als Organist an der Bartholomäus-Kirche zu Berlin angestellt, vertauschte er diese wenig attraktive Stellung bald mit dem Organistenamt an der Kirche Zum Heiligen Kreuz. Im Jahre 1869 wurde er Nachfolger seines Lehrers Prof. A. W. Bach als Organist an der St. Marienkirche zu Berlin². Zu Dienels Organistentätigkeit kam seit 1877 das Amt des Musiklehrers am Berliner Seminar für Stadtschulen, das er bis 1898 ausübte. 1881 wurde Otto Dienel Königlicher Musikdirektor, was ihn in seiner

1 Bewerbungsschreiben vom 3. November 1886; Nachlaß Otto Dienel.

2 Zu A. W. Bach siehe C. ALBRECHT, August Wilhelm Bach (1796–1869), in: Studien zur Berliner Musikgeschichte, Berlin 1988, S. 105.

Tätigkeit sehr anspornte. Von 1895 bis 1902 war Dienel Vorsitzender des Berliner Organistenvereins; er beschäftigte sich mit Standesfragen und kämpfte insbesondere für die feste Anstellung von Organisten sowie deren Pensionsberechtigung.

Am 10. März 1905 starb Dienel. Er wurde am 13. März 1905 auf dem Steglitzer Friedhof Bergstraße beigesetzt. Sein Grab ist noch erhalten und wird als Denkmal gepflegt.

Dienels Bedeutung als Konzertgeber und Komponist

Dienel ist eine der führenden Persönlichkeiten der Berliner Kirchenmusik in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gewesen³. Er war als Konzertgeber, Konzertorganisator und als Komponist bedeutend. Seit 1871 organisierte er öffentliche Konzerte in der Marienkirche. Nach dem Umbau der alten Wagner-Orgel (1894) durch die Schweidnitzer Orgelbauanstalt Schlag & Söhne nahm seine Konzerttätigkeit zu. Als ihn der Tod 1905 ereilte, hatte er nach der Zählung durch seinen Sohn, Dr. Hans Dienel, 896 Orgelkonzerte gegeben. Die meisten Konzertankündigungen oder Programme befinden sich mit dem anderen Nachlaß im Besitz des Verfassers.

Die öffentlichen »Orgelvorträge« Dienels waren Mittwochs am Nachmittag und waren kostenlos. Infolgedessen war der Andrang groß; mitunter mußte die Marienkirche polizeilich gesperrt werden.

Im Nachlaß ist auch das Werkverzeichnis mit den genauen Entstehungsdaten vorhanden: Gleichfalls sind Verlag, Erscheinungsdatum und Vertrags Einzelheiten bei publizierten Werken angegeben.

Dienel war ein fruchtbarer, schöpferischer Komponist. Seinerzeit wurden besonders sein Requiem, ein Tedeum für Chor und Orchester, das Oratorium »Ein Tag im Leben des Herren«, eine größere Anzahl von Chorwerken geistlichen und weltlichen Inhalts für Männerchor und gemischten Chor, viele Motetten für mehrere Stimmen, Arien und Lieder, Psalmen, mehrere Quartette und Ouvertüren erwähnt⁴. Dieselbe Quelle rühmt seine Orgelkompositionen als mustergültig: mehrere große Orgelsonaten, Präludien, Fugen, Konzertsätze, Variationen, Adagien und Trauermärsche, die insbesondere in englischen Verlagen erschienen waren.

3 H. M. BALZ, Ein Gedenkblatt für Otto Dienel (1839–1905), in: Steglitzer Heimat 1985, H. 2, S. 14.

4 F. ABSHOFF, Lebenslauf von Otto Dienel, in: Bildende Geister. Bedeutende Komponisten der Gegenwart und Vergangenheit, Berlin 1906.

Dienels Tätigkeit als Orgelexperte und sein Verhältnis zur Orgelbaufirma Schlag & Söhne, Schweidnitz

In der preußischen Hauptstadt hatte Otto Dienel durch seine Orgelvorträge eine große Popularität erlangt. Er galt als außerordentlicher Orgelvirtuose. Daher wurde er immer wieder auch als Orgelexperte zu Rate gezogen. Während sich die beamteten Orgelbauverantwortlichen, wie Haupt und Schneider, mehr für die administrative Seite ihrer Tätigkeit engagieren mußten, konnte Dienel mehr seinen Neigungen nachgehen. Aus Schlesien kommend, wurden ihm besonders von dort Zeichen des uneingeschränkten Vertrauens zuteil. So gehörte er 1881 zur Jury anlässlich der Ausstellung zu Breslau⁵, wo er zuerst auf eine Orgel der Firma Schlag & Söhne aufmerksam wurde.

Für ihn als Künstler entschied der Klang. Und der Hauptvertreter der Orgelbaufirma, Oskar Schlag, hatte in England speziell das Intonieren perfektioniert. »Die Intonation der von ihm gebauten Register, vornehmlich der Rohrwerke (...) ist besser als bei den übrigen Konkurrenten⁶.« In der genannten Quelle bekräftigt Dienel sein Urteil über Oskar Schlag noch einmal, wenn er ausdrücklich wiederholend feststellt: »Ich halte ihn für den besten Intonateur in Deutschland.« Im Vergleich zu den anderen Orgelbaubetrieben, wie Dinse, Sauer, Walcker bekräftigt er nochmals in charakteristischer Weise: »Wenn auch von Sauer und Walcker nach dieser Richtung hin viel Lobenswertes gesagt werden kann (auch Dinse hat in letzter Zeit Fortschritte auf diesem Gebiete gemacht), so muß ich bekennen, daß ich eine so *gleichmäßig edle und charakteristische Intonation*, wie die neuen Schlag'schen Orgeln bieten, bei jenen nicht oder nur in einzelnen Stimmen gefunden habe⁷.«

Dienel führt weitere Argumente ins Feld: »Wollte ich meine persönlichen Interessen im Auge behalten, so würde ich dem routinierten Herrn Sauer, zu dem ich jetzt in freundschaftlichem Verhältnis stehe, der mir durch seine vor auszusehende Feindschaft wegen seiner zahlreichen Bekanntschaft in maßgebenden Kreisen in Zukunft viel schaden wird, ohne weiteres empfehlen und nicht für den bescheidenen Herrn Schlag eintreten, der sein Arbeitsfeld in Schlesien hat, und dessen Existenz mir persönlich ganz gleichgültig sein kann, da ich nie einen Vorteil von ihm zu erwarten habe⁸.«

Neben den mehr taktischen Argumenten verwendet Dienel hauptsächlich

5 Gutachten über die Kostenanschläge für den Bau der Konzertorgel in der Philharmonie zu Berlin; Nachlaß Otto Dienel, Bl. T. I/11.

6 Ebd., Bl. T. I/12.

7 Ebd.

8 Ebd.

aber fachliche, die den Orgelkenner und Experten verraten. So schreibt er über die damals von den Organisten hochgeschätzten Hilfsregister: »Ganz besondere Anerkennung verdient Schlag wegen seiner Kombinationen (Register-Zusammenstellungen). ... Schlag hat die in England allgemein üblichen festen Kombinationen projiziert. Durch Bewegung von Knopf oder Tritt wird je eine darauf gestellte Registermischung zum Erklängen gebracht. Er hat dabei die in der Orgel wie im Orchester vorkommenden Haupt-Klangfarben im Auge und setzt für jedes Klavier einen Knopf für die Flötenfarbe, ein zweiter gibt die Gamben- oder Violin-Wirkung und ein dritter den Rohrwerk- oder Trompetenklang. Dann bestimmt er noch drei Knöpfe für mf, f und ff. Der 7. Knopf, der Nullknopf, stellt die Kombination ab, ruft aber die vom Organisten vorher gemachte außer Kraft gesetzte Registrierung wieder zurück. Man erhält also ein mf, wenn man den mittelsten Knopf drückt, eine Trompetenfarbe durch den 7. Knopf, die eigene Registrierung durch den Nullknopf, das volle Manual durch den 2. Knopf etc. ... Außerdem ist ein Kollektiv-Null-Knopf disponiert, welcher sämtliche Nullknöpfe und den Null-Tritt bewegt und die vom Organisten gezogene Registrierung fürs ganze Werk herstellt. Auch ist ein Rohrwerk-Null-Knopf angesetzt, der sofort sämtliche Rohrwerke zum Schweigen oder Wiedererklingen bringt, eine Einrichtung, die für den Fall der Verstimmung dieser Register sehr von Nutzen ist⁹.«

Insbesondere weiß Dienel aber auch um Werkstoff-Fragen: »Die Firma Schlag (gemeint ist Fa. Schlag & Söhne, Schweidnitz. D. L.) besitzt ein sehr großes Holzlager. ... Anfangs schien es mir, als sei der umfangreiche Holzplatz zum Zwecke eines Holzhandels angelegt, bis ich inne wurde, daß nur ein kleiner abgesonderter Teil desselben, welcher die für Orgelbauten unbrauchbaren Hölzer enthält, dafür bestimmt ist, während im Hauptteile die Orgelbau-Hölzer in großer Ausdehnung unter Dach sorgfältig aufgestapelt zum Trocknen liegen. Bei keinem der übrigen Orgelbauer habe ich ein auch nur annähernd ausgedehntes Lager vorgefunden. Des Preises wegen wird bei der in Rede stehenden Orgel eine größere Benutzung des Holzes nötig werden; es ist deshalb, sowie auch wegen der Stellung des Werkes im geheizten Raume besonders nötig, daß Garantie geboten werde für vollständig ausgetrocknetes und gutes Material...¹⁰«

In der Zeit vom 15. Juli bis zum 7. August 1890 besucht Otto Dienel im Rahmen einer Studienreise über die Fortschritte des praktischen Orgelbaus auch die Orgelbau-Anstalt von Schlag & Söhne in Schweidnitz; er hielt sich dort 14 Tage auf. Auf dem »über 4½ Morgen«¹¹ großen Etablissement fallen

9 Ebd., Bl. T. II/16.

10 Ebd., Bl. T. II/12.

11 Reise zum Studium praktischen Orgelbaus; Nachlaß Otto Dienel, Teil K, Bl. 1.

ihm sofort die großen Holzlager auf: »Reihen hoher Schuppen enthalten Bretter und Bohlen verschiedener Stärke und Holzart, die zum Trocknen aufgestapelt und durch besondere Vorrichtungen gegen das Werfen und Zerreißen geschützt sind¹².«

Dienels Tätigkeit ist am besten in einem Gesuch durch ihn selbst beschrieben: »Dadurch daß ich für englische Orgeln gefertigte und arrangierte Kompositionen auf unseren allerdings für die an sie gestellten Anforderungen nicht ausreichenden Werke zu Gehör brachte, und in meinen eigenen Kompositionen Abwechslung in Klangfarbe und möglichst interessante Melodik und Rhythmik bei strenger Arbeit anstrebte, sowie dadurch daß ich in Fachblättern die in London gesehenen großen Orgelwerke und Werkstätten beschrieb und darauf aufmerksam gemacht habe, wie das Ausland deutsche Erfindungen auf dem Gebiete der Orgelbaukunst ausgebeutet hat, glaube ich einiges dazu beigetragen zu haben, daß auch hier trotz mancher Vorurteile seit einigen Jahren ein erfreulicher Fortschritt auf diesen beiden Gebieten bemerkbar wird.«¹³

Zusammenfassung und Schlußbemerkungen

Dienels Ruf als Orgelexperte festigte sich besonders in Folge des Umbaus der alten Wagner-Orgel in der Marienkirche 1893. Die damals ausgeführten Arbeiten müssen auch aus heutiger Sicht unter Berücksichtigung des damaligen Erkenntnisstandes in Bezug auf Denkmalpflegeprinzipien ganz hervorragend genannt werden: Es wurden die Wagnerschen Schleifladen beibehalten und von den 2231 alten Pfeifen wurden nur »341 für ungeeignet zur Verwendung für das neue Werk gehalten«¹⁴, das heißt rund 85 Prozent des alten Pfeifenwerks sind beibehalten worden.

Die Vorgänge beim Umbau sind Gegenstand eines Vortrags des Verfassers beim Wagner-Kolloquium 1990 in Brandenburg gewesen; daher soll hierauf nicht weiter Bezug genommen werden.

Infolge seines Rufes wurde Dienel, offenbar als Alternative zu den beamteten Revisoren in Preußen vielfach im Zusammenhang mit Orgelabnahmen gutachterlich tätig. Im Nachlaß sind eine Reihe dieser orgelwissenschaftlich interessanten Schriftstücke zu finden. Es sind beileibe nicht alle Instrumente, denen Dienels Gutachten galten, von der Orgelbauanstalt Schlag & Söhne, Schweidnitz, erbaut. Beispielsweise existieren ehrenvolle

12 Ebd.

13 Bewilligung eines Urlaubs für eine Reise nach London und anderen Städten Englands vom 18. Mai bis 9. Juni d. J.; Nachlaß Otto Dienel, H.D. 6/6.44, K, Bl. 1.

14 Die neue Orgel der Marien-Kirche zu Berlin/Schlag & Söhne. Prospekt vom September 1893, Schweidnitz.

Expertisen über Orgeln der »Hoforgelbauer Gebr. Jehmlich in Dresden«¹⁵ in Zwickau und Dresden. Die Ausführungen sind weitreichend; sie gehen auf alle Einzelheiten der Orgelwerke ein. Sie umfassen in der Regel 5 bis 8 Seiten Protokoll und Dienel gibt Vor- und Nachteile der beobachteten Konstruktionen an. Bezüglich der Klangfarben benutzt er charakterisierende Beschreibungsformen. In allen Fällen hat er es verstanden, Leistungen gebührend hervorzuheben.

Im Nachlaß finden sich aber hauptsächlich Gutachten, die sich auf die Firma Schlag & Söhne, Schweidnitz, beziehen. Die Gutachten zeigen, daß Dienel auch bei dieser von ihm hochgeschätzten Firma durchaus imstande war, Kritikwürdiges zu kritisieren und Abstellung zu fordern. Das galt ganz besonders für Gutachten über Kostenvoranschläge oder Dispositionsvorschläge. »Auch die Schlag'sche Disposition hat einige Fehler. ...« ist eine für Dienels Ehrenhaftigkeit charakteristische Aussage¹⁶. Allerdings ist das Resümee Dienels: »Der Anschlag von Schlag ist derjenige, welcher diese Bedingungen am besten zu erfüllen verspricht. Er überragt die übrigen Entwürfe im Einzelnen wie im Ganzen so bedeutend, daß es mir überflüssig erscheint, auf diese spezieller einzugehen und Vorschläge zur Verbesserung derselben zu machen¹⁷.« Die Orgelbauanstalt von Schlag & Söhne in Schweidnitz, Preußisch Schlesien, Hoflieferanten Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Albrecht von Preußen, Regenten von Braunschweig, verstand es eben am besten, die Wünsche des Königlichen Musikdirektors Otto Dienel zu erfüllen¹⁸!

15 Gutachten des Kgl. Musikdirektors Otto Dienel über die Abnahme-Prüfung der neuen Orgel in der Kreuzkirche zu Dresden; Nachlaß Otto Dienel, N I, Bl. 47–54, 24. Mai 1901.

16 Gutachten des Kgl. Musikdirektors Otto Dienel – Berlin über die Kostenanschläge für den Bau der Konzert-Organ in der Philharmonie in Berlin; Nachlaß Otto Dienel N I, Bl. 11–16, S. 13, o. J.

17 Ebd., S. 11.

18 Es ist dem Verfasser eine angenehme Pflicht, Herrn Pfarrer C. Dienel für seine weitreichende Förderung verbindlichst zu danken. In gleicher Weise muß Herrn Ing. Weigelt gedankt werden für seine Hinweise auf einen Nachkommen Otto Dienels. Herrn Ing. Schlag, einem Nachkommen der Orgelbauerfamilie in Schweidnitz, ist der Verfasser für Hinweise zur Familiengeschichte zu Dank verpflichtet. Seinem Kollegen Wolfgang J. Brylla verdankt der Verfasser vielfache bewährte Unterstützung sowie die uneigennützig Überlassung von Material.

Das Schicksal evangelischer Kirchen in Niederschlesien nach 1945

VON KRZYSZTOF R. MAZURSKI

Als Resultat des Zweiten Weltkrieges haben wir es in Niederschlesien mit einer Erscheinung zu tun, die in der bisherigen neuzeitlichen Geschichte Europas einmalig ist: es wurde die vollständige Aussiedlung der Bevölkerung, die dieses Gebiet bisher bewohnt hatte, beschlossen. Die deutsche Bevölkerung Niederschlesiens mußte Niederschlesien verlassen und wurde durch eine polnische Bevölkerung ersetzt, die sich nicht nur durch Sprache, Bräuche und Kultur, sondern auch – generell gesehen – durch eine andere Konfession unterschied. Das hatte zur Folge, daß die Kirchengebäude in Niederschlesien nach 1945 entweder als Gotteshäuser von völlig anderen Menschen übernommen wurden, oder auch, infolge schwerer Kriegsschäden, als Kirchen nicht mehr benutzt werden konnten.

Vor Ausbruch des Weltkrieges war die überwiegende Zahl der Kirchen in Niederschlesien und der Oberlausitz evangelisch. In den Verwaltungsgrenzen der Provinz Niederschlesien lebten am 1. Januar 1945 2032492 Evangelische und Christen anderer Konfessionen sowie 923635 Katholiken. Die Zahl der Evangelischen betrug somit in den westlichen Kreisen Niederschlesiens etwa 85 bis 100 Prozent und in den östlichen Kreisen etwa 60 bis 85 Prozent.

Es ist an der Zeit, das Schicksal, das die evangelischen Kirchen Niederschlesiens erfahren haben, genauer zu untersuchen. Dieser Artikel ist der erste Versuch einer Bilanz und Dokumentation des heutigen Zustands dieser Kirchengebäude.

Die Situation nach Kriegsende

In der Verwaltung des ersten polnischen Präsidenten der Stadt Breslau, Bolesław Drobner, befand sich auch Dr. Niemczyk als Vertreter der Polnischen Evangelisch-Augsburgischen Kirche und zugleich Bevollmächtigter des polnischen Staates für die Kirchen in Schlesien. Der polnische Staat verfügte am 31. Oktober 1946 die Eingliederung der evangelischen Gemeinden deutscher Sprache in die Evangelische Kirche Polens, jedoch die Zahl der polnischen Lutheraner war zu gering, als daß diese alle

evangelische Kirchen übernehmen konnte. So gingen sehr viele in den Besitz der römisch-katholischen Kirche über¹.

Die deutsche Bevölkerung mußte Schlesien in den Jahren 1946 bis 1947 verlassen, nachdem die Aussiedlung in Potsdam von den Alliierten beschlossen worden war. In Schlesien blieb nur eine geringe Zahl evangelischer Deutscher zurück, die zerstreut, hauptsächlich in Waldenburg, Neurode, Breslau sowie der Gegend um Kattowitz, wohnten. Dazu sind noch Autochtone, das heißt Polen evangelischen Glaubensbekenntnisses zu nennen, die im Gebiet Teschen, bei Groß-Wartenberg und Neumittelwalde wohnten². Die Zahl dieser Evangelischen war aber zu klein, um alle verlassenen Kirchen zu übernehmen und zu erhalten.

Die Katholiken nutzten zuerst die Kirchen, die vom Krieg verschont worden waren. Im Laufe der Zeit begann man auch mit Restaurierungsarbeiten an den Kirchen, die beschädigt oder zerstört waren. Das betrifft vor allem Ortschaften, wo es früher nur eine Kirche gab. Anfang der siebziger Jahre wurden in Niederschlesien in 21 ehemaligen evangelischen Kirchen Restaurierungsarbeiten durchgeführt³.

Leider wurde aber eine große Zahl von Kirchengebäuden, die sich zum Wiederaufbau geeignet hätte, der Vernichtung preisgegeben. Das gilt übrigens auch für katholische Kirchen. Am 20. August 1955 wurde vom Präsidenten der Polnischen Regierung ein Gesetz verabschiedet (Nr. 666 Monitor 92), das die Beseitigung der Kriegsspuren betraf. Dieser Beschluß wurde auf eine sehr primitive Art ausgeführt. Man begann mit dem Abbruch zerstörter oder schwer beschädigter Kirchen, ohne den kunsthistorischen oder konfessionellen Wert der Kirchengebäude zu berücksichtigen. Auf diese Weise kam es bis 1960, als diese Maßnahmen gestoppt wurden, zu endgültiger Vernichtung vieler wertvoller Denkmäler⁴.

Die Abbruchpsychose, die damals im Lande herrschte, und die mit übertriebenem Eifer realisierten Beschlüsse der Zentralbehörden waren stärker als die Proteste der Bevölkerung. So kam es zum Beispiel in Breslau zum Abbruch der Trinitatiskirche, obgleich diese nur zu 30 Prozent zerstört war.

Seit 1945 siedelten sich in Niederschlesien auch Polen evangelisch-augsburgischen Bekenntnisses an, die aus anderen Teilen Polens kamen. Die Verwaltung der Evangelischen Kirche Polens Augsburgischen Bekenntnis-

1 G. GRUNDMANN, *Der evangelische Kirchenbau in Schlesien*, Frankfurt a.M. 1970, S. 40–43.

2 Nasz Wrocław 1945, 1, 4.

3 W. SZETELNICKI, *Odbudowa kościołów w archidiecezji wrocławskiej w latach 1945–1972*, Roma 1975, S. 104–105.

4 Ebd.

ses wurde in der Form einer Diözese Wrocław (Breslau) organisiert. Diese Diözese umfaßt ein Gebiet von Stettin im Norden bis zum Riesengebirge im Süden. Heute ist die Evangelische Kirche Polens die drittgrößte Kirche in Polen (nach der Römisch-katholischen und der Orthodoxen). In Niederschlesien gibt es heute folgende evangelische Gemeinden: Hirschberg, Krummhübel, Liegnitz, Neumittelwalde, Groß-Wartenberg, Schweidnitz, Waldenburg, Breslau, Jauer, Glatz, Grünberg und Sorau, dann Stettin und Landsberg. Außerdem gibt es noch in Niederschlesien einige sehr kleine deutschsprachige Gemeinden, von denen die Gemeinde an der Christophori Kirche in Breslau die bekannteste ist. Seit 1984 ist an der polnischen evangelischen Gemeinde in Breslau eine Filiale der Polnischen Evangelischen Gesellschaft tätig, die das Gedankengut der Reformation und des Protestantismus verbreitet und auf diesem Gebiet Forschungen durchführt.

Vom Ausmaß der Kriegsschäden zeugt zum Beispiel die Tatsache, daß in Breslau 47 Kirchen beider Konfessionen schwer beschädigt oder zerstört wurden. Umso wichtiger ist es, die Veränderungen zu registrieren, die, hinsichtlich der Kirchengebäude infolge des letzten Krieges eingetreten sind. Als Ausgangspunkt diente hier die Zusammenstellung der evangelischen Pfarrgemeinden unmittelbar vor Kriegsausbruch⁵. Zwecks besserer Anschaulichkeit wurden die einzelnen Kirchen in Gruppen eingeteilt. Die erste Gruppe umfaßt Kirchen, die heute benutzt werden, die zweite solche, die zerstört wurden.

Von Evangelischen benutzte Kirchen

Diese Gruppe umfaßt 28 kirchliche Gebäude, das heißt Kirchen und Kapellen, darunter Haus- und Friedhofskapellen. Die evangelische Gemeinde in Breslau benutzt seit 1945 die Hofkirche – einen Barockbau, der 1749–1752 für die damalige Evangelisch-Reformierte Gemeinde gebaut wurde. Außerdem gehören dieser Gemeinde Predigtstellen in Öls (ehem. Synagoge) und in Wohrlau an. Die Gemeinde in Neumittelwalde verfügt über eine Kirche aus dem Jahre 1839, sowie eine Predigtstelle in Neurode (Pfarrei Neumittelwalde). Die Pfarrgemeinde Glatz hat eine Kapelle in Glatz, sowie eine Predigtstelle in Frankenstein und eine Kirche in Bad Kudowa-Strausdorf (neugotischer Stil aus dem Jahre 1848), Neurode und Giersdorf bei Wartha (eine neugotische Kirche aus dem Jahre 1865, nach 1945 kurze Zeit von Katholiken benutzt, dann wieder evangelisch). Die evangelische Gemeinde in Waldenburg benutzt eine bekannte Kirche, die nach dem Projekt von K. G. Langhans in den Jahren 1785–1788 erbaut

5 Silesia Sacra, Görlitz 1927.

wurde, sowie eine neugotische Kirche in Hermsdorf, die 1914 erbaut wurde und als Predigtstelle dient.

Ein besonders schönes und kostbares Kirchengebäude besitzen die Evangelischen in Schweidnitz. Jeden Sonntag findet dort der Gottesdienst in der berühmten Friedenskirche, die in den Jahren 1652–1657 erbaut wurde, statt. Außerdem verfügt diese Gemeinde über Predigtstellen in Langenbielau, Reichenbach und Striegau. In Groß-Wartenberg findet der evangelische Gottesdienst in einer charakteristischen, nach einem Projekt von K. G. Langhans errichteten Kirche statt. In Liegnitz besitzt die evangelische Gemeinde eine herrliche Marienkirche, einen für die Gotik typischen Bau. Die Gemeinde verfügt auch über Predigtstellen in Bunzlau und Glogau.

Ein großes Gebiet umfaßt die Gemeinde in Hirschberg, die ihren Mittelpunkt in der Barockkirche in Bad Warmbrunn hat⁶. Seit 1975 ist Bad Warmbrunn ein Stadtteil von Hirschberg. Predigtstationen gibt es in Reichenau/OL, Landeshut, Lauban, Bad Flinsberg und Zgorzelec. Berühmt ist die kleine evangelische Gemeinde in Krummhübel mit ihrer herrlichen Holzkirche Wang in Brückenberg.

Von der römisch-katholischen Kirche benutzte Kirchen

Zahlenmäßig ist das die größte Gruppe von Kirchengebäuden und umfaßt in den schon genannten Verwaltungsgrenzen 346 Kirchen. Die meisten wurden von den Katholiken in den Jahren 1945–1947 übernommen. Seit dieser Zeit befinden sich diese Kirchengebäude in einem verhältnismäßig guten Zustand, wobei in einigen von ihnen einige Bestandteile der Innenausstattung fehlten. Leider wurde aus vielen Kirchen alles Wertvolle gestohlen oder an andere Stellen verbracht. Es kam oft vor, daß die Kirche ihre konfessionelle Zugehörigkeit nicht nur einmal wechselte. So wurde zum Beispiel in Langenbielau das Bethaus im Jahre 1945 für kurze Zeit von Katholiken übernommen, dann wurde die Kirche den Lutheranern übergeben. In den Jahren 1952–1972 war die Kirche unbenutzt und erst in den siebziger Jahren wurde sie nach einer Restaurierung von der katholischen Fronleichnam-Gemeinde übernommen.

In Gottesberg-Rothembach wurde die im Jahre 1931 erbaute Kirche unmittelbar nach dem Kriege gemeinsam von Protestanten und Katholiken benutzt. Seit 1967 gehört die Kirche ausschließlich der römisch-katholischen Gemeinde. In Wiesenthal bei Löwenberg gab es zwei Kirchen. Da das katholische Kirchengebäude bereits im 19. Jahrhundert abgetragen worden

6 A. NEUMANN, Dwóhsetlecie kościoła ewangelickiego w Cieplicach, Kalendarz Ewangelicki 1979.

war, hat die heutige katholische Gemeinde das evangelische Bethaus übernommen. Ähnlich geschah es auch in Steinberg bei Zobten, Hermsdorf, Kynast, Kammerswaldau, Ketschdorf, Steckenbach, Neukirch an der Katzbach, Jannowitz, Langhelwigsdorf und Kunzendorf bei Bolkenhain, Poischwitz bei Jauer, Hohenfriedeberg und Seidorf.

An dieser Stelle muß hervorgehoben werden, daß viele Kirchen, die im oder nach dem Kriege stark beschädigt wurden, vor einer endgültigen Zerstörung nur dadurch gerettet werden konnten, daß sie von katholischen Gemeinden übernommen wurden. Auf diese Weise ist zum Beispiel die herrliche monumentale Kirche zu St. Maria Magdalena in Breslau nach mühseliger Aufbauarbeit gerettet worden. Sie ist heute Dom der Polnisch-Katholischen Kirche in Breslau. Auf ähnliche Weise wurde die neugotische Kirche in Hundsfeld bei Breslau, die 1947 verlassen und in den danach folgenden Jahren zerstört wurde, dank den in den Jahren 1952–1959 durchgeführten Restaurierungsarbeiten gerettet. Nachdem die deutschen Gläubigen 1945 ihre Kirche in Alt-Röhrsdorf verlassen hatten, wurde sie in ein Lager umgewandelt, später in den sechziger Jahren stand sie verlassen da. Nach 1970 hatte die dortige katholische Gemeinde die Kirche gründlich restauriert. Unbenutzt stand auch lange Zeit nach Kriegsende die 1756 errichtete Kirche in Bunzlau. Seit 1970 findet katholischer Gottesdienst darin statt.

Vor einigen Jahren wurde der Aufbau der sehr wertvollen Kirche in Domschau bei Breslau begonnen. Es ist eine Kirche, die aus dem Jahre 1254 stammt und zu den ältesten Kirchengebäuden in dieser Gegend gehört. Die Stahlkonstruktion des Daches ist inzwischen fertig.

Restauriert wurde im Jahre 1962 die Barockkirche in Boberröhrsdorf, später auch die in Giersdorf. Ähnliche Restaurierungsarbeiten hatte man auch im Jahre 1956 in Fürsten-Ellguth bei Bernstadt, in Gräditz bei Langenbielau sowie in Gebhardsdorf bei Greiffenberg durchgeführt. In Gebhardsdorf wurden leider während der Restaurierung die interessanten Emporen entfernt. Dasselbe geschah in der von den Katholiken übernommenen ehemaligen Zufluchtskirche Probsthain. Die Kirche in Gaulau bei Wansau stand seit 1946 verlassen und brannte 1960 infolge eines Blitzschlags aus. Sie wurde 1975 von der katholischen Gemeinde aufgebaut.

Dank durchgeführten Restaurierungsarbeiten wurde im Jahre 1953 die wertvolle gotische Kirche in Lüben gerettet. Dasselbe trifft auch auf die Kirche in Massau bei Trebnitz zu, die 1947 von polnischen Lutheranern übernommen wurde, später jedoch wegen der immer kleiner werdenden evangelischen Gemeinde den dortigen Katholiken überlassen wurde. In Heidau bei Ohlau wurde das, während der Kriegshandlungen zerstörte Nebengebäude aufgebaut.

Hussinetz bei Strehlen ist ein gutes Beispiel für Zusammenarbeit und Ökumene. Die dortige sogenannte böhmische Kirche, die einen großen kunsthistorischen Wert hat und der Evangelisch-Reformierten Gemeinde gehörte, verfiel immer mehr, da viele der Gläubigen den Ort verließen. Als die Gefahr bestand, daß die Kirche völlig verkommt, begann die dortige katholische Gemeinde mit der Durchführung von Restaurierungsarbeiten. Ein Teil der Kirche steht jetzt den Evangelischen zur Verfügung.

Eine völlig andere Situation ergab sich in Herrnlauersitz a. d. Bartsch, wo die dortige Kirche unmittelbar nach Kriegsende für kurze Zeit in katholische Hände überging, dann aber wegen Einsturzgefahr von der Gemeinde verlassen wurde. Im Jahre 1975 mußte die Kirche leider abgerissen werden, aber an ihrer Stelle entstand ein neues Kirchengebäude. Nachdem die Kirche in Marklissa ausgeplündert worden war, stand sie eine lange Zeit ungenutzt, bis sie nach Restaurierungsarbeiten im Jahre 1970 von der katholischen Gemeinde übernommen wurde. Ähnliche Arbeiten wurden in der St. Katharinen-Kirche in Bernstadt abgeschlossen und in der Hlg. Kreuz-Kirche in Neumarkt begonnen. Nach Durchführung unvermeidbarer Wiederherstellungsarbeiten wurden folgende Kirchengebäude als katholische Gotteshäuser genutzt: Oberau bei Lüben (1970), Obernigk (1970), Penzig (1951). Das Kirchengebäude in Parchwitz verwandelte man nach Kriegsende in ein Lager, 1961 wurde die Kirche restauriert. Dasselbe geschah mit den Kirchengebäuden in Rudelsdorf (1962), Reichenbach (ein K. Langhans-Bau, rest. 1976), Seifersdorf bei Lauban (1947–50), Seitenberg (Restaurierungsarbeiten wurden hier in den letzten Jahren durchgeführt). In Siegersdorf bei Bunzlau hatte man zum Turm, der den Krieg unversehrt überstanden und einen kunsthistorischen Wert hat, ein modernes Schiff hinzugebaut. Auf ähnliche Weise sind zwei weitere Objekte von kunsthistorischem Wert gerettet worden: die St. Laurentius-Kirche in Wohlau, die man im Jahre 1970 restauriert hatte, und die Peter- und Pauls-Kirche in Trebnitz, ein wertvoller gotischer Bau, der zuerst als Lager diente und seit 1986 als Kirche benutzt wird.

Kirchen, die nicht als Gotteshäuser benutzt werden

Eine andere Gruppe bilden Kirchengebäude, die während des letzten Weltkrieges nicht zerstört worden sind, jedoch weder von Katholiken noch von Evangelischen benutzt werden. Es sind insgesamt 23 Kirchen.

In Bolkenhain wurde die Kirche zu Anfang der sechziger Jahre in eine Turnhalle umgestaltet. In Bad Langenau vollzieht sich seit 1987 der Umbau der Kirche in ein Wohnhaus. Auch in Breslau dienen zwei Kirchen anderen Zwecken. Die schöne gotische St. Bernhardin-Kirche wurde nach gründli-

chem Umbau dem Museum für Architektur und Wiederaufbau übergeben. Die evangelische Gustav-Adolf-Kirche in Zimpel gehörte bis 1957 der evangelischen Gemeinde in Breslau. In dieser Kirche fanden aber keine Gottesdienste mehr statt, da die Evangelischen die Hofkirche benutzen. In dieser Zeit wurde aus der Gustav-Adolf-Kirche die Orgel ausgebaut und ohne Wissen der evangelischen Gemeinde in die nahegelegene katholische Kirche gebracht. Die Gustav-Adolf-Kirche wurde in ein Kino und in ein Kulturhaus umgestaltet.

Die Kirche in Habelschwerdt, erbaut im Stil des Klassizismus, wurde 1965 in ein Museum verwandelt. Auch die herrliche Friedenskirche in Jauer wird bis heute eigentlich nicht voll genutzt, da in Jauer nur sehr wenige Evangelische wohnen. Seit einem Jahr wohnt aber in Jauer ein evangelischer Pastor, der deutschsprachige Gemeinden in Niederschlesien betreut. Man beabsichtigt in der Friedenskirche ein Museum der Schlesischen Reformation einzurichten. Es wird aber sehr schwer sein, diesen Plan in der jetzigen finanziellen Lage zu realisieren. In Kamenz wurde die Kirche, die unterhalb des Schlosses liegt, das immer noch aufgebaut wird (eine Initiative in England lebender Polen), Anfang der achtziger Jahre in eine Kunstgalerie umgestaltet. Die Hallenkirche in Kanth (ein Werk von K. Schinkel) hat man umgebaut und heute dient sie als ein Geschäft und ein Lager. Ein ähnliches Schicksal traf die Kirchengebäude in Kauffung und Krommenau im Riesengebirge. Leider ist die Bausubstanz dieser Gebäude sehr schlecht. In einem etwas besseren Zustand befinden sich die Kirchen in Ludwigsdorf und Mittelsteine. In Lähn hat man die Kirche bis zum Erdgeschoß abgerissen und mit einem flachen Dach bedeckt. Heute ist hier ein Lager. Die Gotteshäuser in Mittelwalde und Münsterberg dienen seit den sechziger Jahren als Turnsäle. Auch die Kirche in Naumburg am Queis dient heute für Sportzwecke. In dem neugotischen Kirchenbau in Neurode wurde ein Lager errichtet. Die Doppelkirche in Öls (St. Maria und St. Georg) dient seit den siebziger Jahren der orthodoxen Gemeinde. Ähnlich ist es in Primkenau und Maltsch. In Schlegel – heute gehört dieser Ort zu Neurode – hat man aus der neugotischen Kirche, die im Jahre 1904 erbaut wurde⁷, Wohnungen errichtet, während das Gebäude der Kirche in Silberberg im Jahre 1965 für Hotelzwecke umgebaut wurde. In Ullersdorf stand eine zu Glatz gehörige Kapelle aus dem Jahre 1883. Sie wurde seit 1946 nicht mehr genutzt und dient seit einigen Jahren als Wohnhaus der katholischen Gemeinde. In der gotischen Kirche in Wahlstatt wurde nach Durchführung notwendiger Restaurierungsarbeiten das Museum der Schlacht bei Liegnitz im Jahre 1241 eingerichtet.

7 J. MARX, Graftschafter Kirchen in heutiger Zeit, Leimen-Heidelberg 1978.

Unbenutzte Kirchen

36 Kirchengebäude sind unbenutzt und verkommen langsam. In wenigen Jahren werden sie wohl nicht mehr zu retten sein. Zu dieser Gruppe von Kirchen gehören viele architektonisch wertvolle Gotteshäuser. Es sind teilweise gotische Bauten, teilweise wurden sie in der Barockzeit errichtet. Erwähnt werden muß an dieser Stelle die sehr interessante Kirche in Steinkirche bei Strehlen, die aus der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts stammt. Die Kirche wurde infolge einer Explosion eines Munitionslagers ernsthaft beschädigt, erst 1988 begann man mit Restaurierungsarbeiten an dieser Kirche. Keine Hoffnung auf Wiederaufbau besteht leider für eine der schönsten Kirchen in den Sudeten, die Kirche in Michelsdorf bei Liebau. Dasselbe betrifft auch die Kirche in Langenau im Bober-Katzbachgebirge. Es ist eine typische evangelische Kirche vom Zentraltyp. Sichergestellt wurde dagegen die wertvolle romanische St. Gothard-Kirche in Strehlen (Rotunde). Sie wird vielleicht zu Ausstellungszwecken eingerichtet werden.

Folgende Kirchengebäude haben keine Chancen, erhalten zu werden, oder nur unter der Bedingung, daß sich eine katholische Gemeinde ihrer annimmt und sie restauriert, anstatt eine neue Kirche zu bauen: Altreichenau, Arnsdorf Kr. Hirschberg, Bad Charlottenbrunn, Bad Kudowa, Bad Landeck, Beuthen a. O., Blüchertal, Buchwald bei Schmiedeberg, Friedeberg, Fürstenau, Giersdorf bei Löwenberg, Giesmannsdorf, Goschütz, Gottesberg-Rothbach, Gräditz bei Schweidnitz, Hartfelde, Heerwegen, Hertwigswaldau bei Jauer, Löwenberg, Lüben (Altstadt), Merzdorf im Bober-Katzbachgebirge, Minken, Niederwiese, Nieder-Groß Hartmannsdorf, Prausnitz, Rogau bei Zobten, Schönau a. d. Katzbach, Voigtsdorf, Weinhübel a. d. Neiße, Winzig, Wolfskirch bei Jordansmühl, Wünschelburg.

Nicht mehr existierende Kirchengebäude

Besonders traurige Gedanken erweckt die Liste der Kirchen, die während des Krieges entweder vollständig zerstört wurden oder auch später abgerissen werden mußten, da sich niemand um diese Kirchen gekümmert hat. Diesen Kirchen sollten wir unser besonderes Interesse widmen und heute aufzeichnen, was wir über das Nachkriegsschicksal dieser Kirchen wissen. Zu dieser Gruppe von Kirchen zählen 67 Objekte, die nachstehend aufgezählt werden (Momentan ist die Liste noch nicht vollständig).

Eine erste Gruppe bilden die Kirchen, die während des Krieges zerstört oder so stark beschädigt wurden, daß sie gleich nach Kriegsende abgerissen werden mußten. Viele solcher Kirchen befanden sich in Breslau, das drei

Monate als Festung belagert wurde und sehr große Vernichtungen erlitten hatte. Die Verluste umfassen hier die Christuskirche der Altlutheraner, die von den Nazis gesprengte Königin Luise Gedächtnis-Kirche an der Ohlauer Straße⁸ und die auf ähnliche Weise zerstörte Luther-Kirche, sowie die Salvathor-Kirche beim Hauptbahnhof (die Ruinen dieser Kirche wurden bis 1950 entfernt). Zerstört wurden auch die Erlöser-Kirche, die Paulus-Kirche auf dem alten St. Barbara Friedhof, die Trinitatiskirche sowie die Kirche in Brockau. Obwohl die letztgenannte verschont blieb, wurde sie später abgerissen, weil man Ziegelsteine für den Aufbau von Warschau brauchte.

Abgerissen wurden außerdem die Kirchen in Glogau, Konradswaldau, Köben (Fachwerkkonstruktion), Rankau (abgerissen nach 1967), Rostersdorf, Lehsewitz, Malen, Markt Bohrau, Neumarkt (Fachwerkkonstruktion, seit 1935 Museum), Rausse bei Neumarkt, Groß Tinz, Schöndorf bei Bunzlau, Steinau, Strehlen (Barockkirche St. Michael sowie die Kirche der Altlutheraner), Tillendorf, Waldenburg (am Weißstein, abgerissen bis 1950), Wischütz (Ruinen abgeräumt im Jahre 1946 und die Glocken in die katholische Kirche verbracht), Zobten am Bober.

Eine zweite Gruppe bilden jene Kirchen, die während der Kriegshandlungen nicht beschädigt wurden, jedoch später, nach der Ausweisung der deutschen Evangelischen geplündert wurden. Oft hatte sich lange Jahre niemand um diese Kirchen gekümmert, jeder hatte freien Zugang. Wind und Regen beendeten das Werk der Zerstörung. In diese Gruppe von Kirchen fallen sehr viele Fachwerkbauten; es sind vor allem die Bethäuser, die im 18. Jahrhundert entstanden sind, also sehr wertvolle Objekte⁹. Diese Liste umfaßt folgende Kirchen: Altkemnitz, Bad Altheide (Kaiser Friedrich-Kirche, erbaut 1916, der letzte Gottesdienst am 17. März 1946¹⁰, abgerissen Anfang der siebziger Jahre), Bad Flinsberg (verlassen 1947, die Ruine abgerissen im Jahre 1975), Dalkau, Dittmansdorf bei Waldenburg, Fischbach (die Ruinen der Kirche stehen noch), Friedland (verlassen 1946 und abgerissen Ende der siebziger Jahre), Giehren (verlassen 1946, diente dann als Lager, im Jahre 1973 abgerissen), Gnadenfrei, Gräflisch Kunzen-dorf (Bethaus mit einer Fachwerkkonstruktion, verlassen 1946, abgerissen 1985), Guhrau (abgerissen 1966), Harpersdorf (eine der schönsten Barockkirchen, neu erbaut 1726, das Kirchenschiff ist eingestürzt, nur der schlanke Turm steht noch), Heidewilxen, Heinzendorf bei Guhrau, Herrnsdorf (so-

8 Ulrich BUNZEL, *Entstehen und Vergehen der evangelischen Kirchen Breslaus*, München 1964.

9 B. MICHEJDA, *Architektura pierwszych kościołów ewangelickich na Śląsku*, Strażnica Ewangelicka 1955, 10, 12, 188–192.

10 Gerhard HULTSCH, *Schlesische Dorf- und Stadtkirchen*, Lübeck 1977.

genannte Landkirche), Hünern bei Ohlau (abgerissen nach 1975), Kunzendorf bei Polkwitz, Kaiserswaldau Kr. Hirschberg, Langwaltersdorf (abgerissen 1975), Lauban (trotz des Einspruchs des Kulturministeriums wurde die Kirche nach 1955 abgerissen), Leipe (aus den Ziegelsteinen der Kirche wurde ein Wirtschaftsgebäude in Oberlauterbach gebaut), Lesten, Liebau, Lichtenwaldau, Lomnitz (abgerissen nach 1965), Märzdorf, Maiwaldau (abgerissen nach 1965), Oelse (abgerissen nach 1959), Petersdorf (abgerissen 1971), Peterwitz bei Jauer (abgerissen nach 1960), Prausnitz bei Goldberg (verlassen nach 1946, liquidiert nach 1950), Reibnitz, Seitendorf, Sächsisch Haugsdorf, Schmiedeberg, Seifersdorf im Isergebirge, Rudelstadt, Seidenberg, Wederau, Wigandsthal und Wünschendorf bei Lähn.

Die erstellte Bilanz (das Schicksal einiger Kirchengebäude muß noch geklärt werden) macht einen deprimierenden Eindruck. Doch andererseits ist es ein Trost zu wissen, daß viele Kirchengebäude aufgebaut und gerettet wurden. In der gegenwärtigen günstigen Lage könnten noch weitere Kirchen gerettet werden!

Erinnerungen und Erfahrungen im polnisch besetzten Schlesien 1945–1946

VON WERNER BELLARDI

Die jüngste Vergangenheit hat unser Interesse an den geschichtlichen Ereignissen der Jahre 1945 und 1946 neu erweckt. Ich selbst war vom November 1945 bis zum Dezember 1946 als Pfarrer von Arnsdorf und Superintendent des Kirchenkreises Hirschberg (Riesengebirge) in der sowjetisch besetzten und polnisch verwalteten alten Heimat tätig. Die damals gemachten Erfahrungen wollen als Beitrag zur Aufhellung der Entwicklung im genannten Zeitraum verstanden werden.

Inzwischen hat der Görlitzer Altbischof Hans-Joachim Fränkel im Jahrbuch für Schlesische Kirchengeschichte 1988 (Seite 183–205) eine ausgezeichnete Darstellung der schlesischen Kirche in dem genannten Zeitraum aus der Sicht des Breslauer Konsistoriums gegeben. Insofern soll meine Darstellung seinen Aufsatz aus der Sicht der Kirchengemeinden ergänzen.

Zunächst erscheint es mir erforderlich, den politischen Zustand Deutschlands nach der Kapitulation im Mai 1945 in Erinnerung zu rufen. Schon auf der Konferenz der Alliierten in Casablanca im Januar 1943, auf der Roosevelt für Amerika und Churchill für England verhandelten, hatte man dem Anspruch der Sowjetunion auf das östlich der sogenannten Curzon-Linie gelegene, ehemals zu Polen gehörende Staatsgebiet anerkannt. Man ging dabei auf ein geheimes Zusatzabkommen zurück, das Molotow und Ribbentrop anlässlich der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Bündnisses im August 1939 in Moskau beschlossen hatten. Über die endgültige Form eines polnischen Staates scheint damals nicht verhandelt worden zu sein. Die Konferenz von Jalta (im Februar 1945), an der neben Roosevelt und Churchill auch Stalin teilnahm, beschloß eine Aufteilung des deutschen Staatsgebietes in Besatzungszonen. Die Frage nach der Gestaltung eines neuen polnischen Staates wurde erörtert, ohne daß bereits Beschlüsse gefaßt wurden.

Im Mai 1945 lebten in Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Pommern nur noch geringe Reste der deutschen Bevölkerung. In Schlesien, besonders in Niederschlesien, das nicht überall Kriegsgebiet gewesen war, befanden sich damals noch etwa 60 Prozent Deutsche in ihren Städten und Dörfern.

Die ersten polnischen Flüchtlinge aus Galizien erschienen im Sommer 1945 und suchten eine neue Heimat.

Es gab damals zwei polnische Exilregierungen, eine nationalpolnische in London und eine kommunistische in Lublin. Die polnische vorläufige Regierung beabsichtigte, ihren Verbündeten ein von Deutschen freies Ostgebiet, besonders Schlesien, vorweisen zu können. Deshalb wurde Anfang Juli 1945 der Versuch einer totalen Evakuierung unternommen, den man offiziell den »Adolf Hitler Marsch« nannte. In langen Kolonnen bewegten sich die Züge der Vertriebenen auf die Neiße zu, doch scheiterte dieser erste Versuch einer totalen Evakuierung daran, daß nur eine unzureichende Zahl von Begleitmannschaften, Miliz oder Soldaten zur Verfügung stand. So kehrte über die Hälfte der Vertriebenen in den Nächten wieder in die alte Heimat zurück.

Auf der großen Konferenz der Siegermächte im Juli 1945 in Potsdam war neben Stalin eine Gruppe von polnischen Beratern zugegen. Amerika wurde durch Truman, den Nachfolger des im Frühjahr verstorbenen Präsidenten Roosevelt, vertreten, für England war Winston Churchill als Ministerpräsident anwesend. Auf dieser Konferenz wurde das deutsche Reichsgebiet in vier Besatzungszonen aufgeteilt und Polen die Verwaltung der deutschen Ostgebiete, unter Ausschluß eines Gebietes um Königsberg und Verlegung der alten polnischen Ostgrenze mit Galizien nach Westen, übertragen. Berlin erhielt den Sitz des alliierten Kontrollrates und wurde nach dem Vorbilde von Wien in vier Sektoren aufgeteilt.

Die Tragödie der Potsdamer Konferenz war die politische Niederlage der Tories in England, die das Ausscheiden Churchills und seinen Ersatz durch Attlee und den britischen Außenminister Bevin zur Folge hatte. Während Churchill als Polens Westgrenze die Glatzer-Neiße vorgesehen hatte, gelang es jetzt Stalin und seinen polnischen Beratern als Westgrenze die Görlitzer (Lausitzer)-Neiße festzulegen. Weder Truman noch Bevin hatten ausreichende geographische Vorstellungen über den deutschen Osten. Außerdem war Japan noch nicht besiegt, deshalb verschob man eine endgültige Gebietsregelung auf einen späteren Friedensvertrag. Die Spannung zwischen den Westmächten und der Sowjetunion war in Potsdam deutlich.

Für Schlesien bedeutete die Entwicklung im Sommer und Herbst 1945, daß sich neben der militärischen Besatzung durch die Rote Armee in wachsendem Maße eine polnische Zivilverwaltung mit einer Miliz bildete. Die Rechtslage war ungeklärt. Lebten wir unter polnischer Verwaltung oder in einem polnischen Staatsgebiet? Die einzige legale deutsche Behörde waren die Kirchen, die sich auf die in der ersten polnischen Verfassung von Lublin (1944) erklärte Religionsfreiheit berufen konnten. Im Konfliktfall

war es möglich, daß wir uns in Schlesien auf die Militärgewalt der sowjetischen Armee berufen konnten. Das änderte sich nach den großen Evakuierungswellen des Jahres 1946.

Um die kirchliche Situation Schlesiens recht zu verstehen, muß ich noch einmal den Ablauf des Kirchenkampfes in unsere Erinnerung rufen. Der Kirchenkampf hatte es mit sich gebracht, daß nach anfänglicher Einheit der Bekennenden Kirche nach der Barmer Synode die Frage der rechtmäßigen Kirchenleitung die Bekennende Kirche spaltete. Einerseits gab es die sogenannten unzerstörten Kirchen wie etwa in Württemberg, Bayern und Hannover, deren Bischöfe ihr geistliches Führungsamt nach wie vor versehen konnten. Auf der anderen Seite standen die sogenannten zerstörten Kirchen, das heißt diejenigen, in denen das legale Kirchenregiment durch Einsetzung staatlicher Kommissare zerstört worden war. Das galt für die Provinzialkirchen der altpreußischen Union, in denen man die rechtmäßigen kirchenleitenden Persönlichkeiten, wie zum Beispiel Dibelius und Schian, abgesetzt hatte. In Schlesien war die Lage noch komplizierter. Während man Generalsuperintendent Zänker, der für Oberschlesien zuständig war, zunächst unbehelligt ließ, wurde Generalsuperintendent Schian, zuständig für Niederschlesien, Ende Juni 1933 durch den preußischen Kirchenkommissar abgesetzt.

Schon im Jahre 1932 hatte der damalige Direktor des evangelischen Presseverbandes in Breslau, Pfarrer Walter Schwarz, in Kohlfurt einen Kreis junger schlesischer Pfarrer für den Fall eines staatlichen Eingriffs in die Kirche vorbereitet. Alle Versuche dieses Kreises, im Juni 1933 Schian zum Widerstand zu bewegen, scheiterten. Ihren Bitten, den staatlichen Eingriff nicht anzuerkennen, versagte sich Schian. Nachdem auch der Konvent der schlesischen Superintenden ten in Liegnitz Anfang Juli sich einer Widersetzung gegen die staatlichen Gewaltmaßnahmen versagt hatte, zeigte ein Aufruf des Kohlfurter Kreises an die Pfarrer und Gemeinden Schlesiens geringe Wirkung. So stand ein Teil der Bekennenden Kirche schnell in einem Gegensatz zu der einigermaßen legalen Kirchenführung des Breslauer Konsistoriums unter Generalsuperintendent Zänker. Der eine Teil der Bekenntnispfarrer unterstellte sich dem Notkirchenregiment des Preußischen Bruderrates. Sie traten bald in der Gestalt der Naumburger Synode unter den Pfarrern Hornig, Berger, Glöge und anderen in Erscheinung. Der andere Teil der schlesischen Pfarrer bildete auf Weisung von Bischof Zänker, der inzwischen die geistliche Führung auch von Niederschlesien übernommen hatte, die sogenannte Christopherisynode unter Präses Viebig.

Nach der 1939 erfolgten Absetzung von Bischof Zänker hatte Oberkonsistorialrat Schwarz die Leitung der schlesischen Kirche als Geistlicher

Dirigent des Breslauer Konsistoriums übernommen. Im Februar 1945, als die Rote Armee sich Breslau näherte, mußte das Konsistorium auf staatliche Weisung Breslau verlassen. Es nahm seine Arbeit in Görlitz zunächst wieder auf. In Stolberg versuchte es später noch eine Zeitlang, die in die Westzonen verschlagenen schlesischen Pfarrer zu erreichen, ehe es sich dann auflöste. Unter Führung der Landesbruderräte und der Bischöfe der unzerstörten Kirchen trat bereits im Juni 1945 eine Kirchenkonferenz in Treysa zusammen, in der die Vertreter der preußischen Konsistorien, die mit den staatlich eingesetzten Kirchengremien zusammen gearbeitet hatten, nicht mehr anerkannt wurden. Die Hoffnung auf eine Erneuerung des Lebens der evangelischen Gemeinden erfüllte sich nicht. Wir mußten im Gegenteil ein Wiedererstarken der kirchlichen Bürokratie beobachten.

Im polnisch verwalteten und besetzten Schlesien ergab sich schnell, daß die in Breslau zurückgebliebenen evangelischen Pfarrer die konsistoriale Leitung der evangelischen Gemeinden übernahmen. Sie suchten und fanden bald die Verbindung mit der evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses in Warschau. Das also war die politische und kirchliche Lage, die ich bei meiner Rückkehr nach Schlesien im November 1945 antraf.

Damit bin ich bei meinen persönlichen Erinnerungen an dreizehn Monate meines Dienstes an Gemeinde und Kirchenkreis angelangt. Im Frühjahr 1943 war ich zum Superintendenten des Kirchenkreises Hirschberg berufen und zum Pfarrer von Arnsdorf gewählt worden. Schon ein halbes Jahr später erhielt ich die Einberufung als Landesschütze zur Reichswehr nach Schakowa in Oberschlesien. Nach den Ausbildungszeiten erlebte ich am 12. Januar 1945 den Zusammenbruch der deutschen Front im Weichselbogen bei Cielce. Nach der deutschen Kapitulation wurde ich durch eine amerikanische Streife verhaftet und als Kriegsgefangener interniert. Unser Lager Glauchau wurde beim Zurückweichen der amerikanischen Armee aus Sachsen und Thüringen den Sowjets übergeben. Ende September entließ man mich, und ich kehrte zunächst in meine erste Gemeinde Weißwasser zurück. Dem wiederholten Ruf der Gemeinde Arnsdorf und der Kirchenleitung Breslau folgend, versuchte ich mehrfach, die Neiße Grenze zu überschreiten. Das gelang mir schließlich durch Überklettern einer gesprengten Neißebrücke bei Ostritz. Als der wachhabende polnische Grenzsoldat das Leuchtkreuz, das ich mir aus der Wohnung meiner Mutter in Görlitz umgehängt hatte, erblickte, bekreuzigte er sich davor, und ich erteilte ihm meinen geistlichen Segen. Damit war der Weg nach Arnsdorf frei, das ich nach Wanderungen durch sechs Nächte zu Fuß erreichte. Es war wie ein Wunder, daß ich von keiner polnischen Streife aufgegriffen wurde. In Arnsdorf traf ich immerhin noch etwa ein Drittel

meiner früheren Gemeindeglieder an. Die polnische Regierung hatte alles Privateigentum der Deutschen enteignet, aber keine wesentlichen Zwangs-räumungen veranlaßt.

In meinem Pfarrhaus in Arnsdorf fand ich neben verschiedenen Flüchtlingen aus Gemeinde und Provinz meine alten Schwiegereltern vor, die seit Juli 1943, nach totaler Ausbombung in Hamburg, bei uns lebten. Meine Frau war mit unseren fünf Kindern Ende Februar 1945 durch die Partei zur Aussiedlung gezwungen worden. Sie hatte nach neuntägiger Irrfahrt durch die Tschechoslowakei, Bayern und Westfalen bei einem Verwandten in Schleswig-Holstein Zuflucht gefunden, mußte aber drei der Kinder an anderen Orten unterbringen. Ich wußte natürlich davon nichts, da nach dem Januar 1945 keine Postverbindung mehr bestand.

Im Laufe des Herbstes 1945 setzte dann spürbar die Einwanderung jener Polen ein, die aus dem früheren ostpolnischen Gebiet, wie zum Beispiel Galizien, als Vertriebene nach Schlesien kamen. Dadurch wurde der Wohn- und Lebensraum der zurückgebliebenen Deutschen natürlich immer kleiner. Es ist mir heute unvorstellbar, wie wir damals ohne regelmäßiges Einkommen und eigenen Besitz gelebt haben. Aber die dreizehn Monate, die ich noch in Arnsdorf bleiben und neben meinem geistlichen Amt auch als Bürgermeister und Landrat die Belange der Deutschen vertreten konnte, gehören zu den beglückendsten Gnadenzeiten meines Lebens.

Das gottesdienstliche Leben war schon deshalb so intensiv, weil die Kirche der einzige Versammlungsraum für die zurückgebliebenen Deutschen war. Dazu kam eine unerwartet große Aktivität unserer Jugend. Zwei Gottesdienste und drei Bibelstunden in der Woche führten uns in den beiden Kirchen in Arnsdorf und Krummhübel regelmäßig zusammen. Die Gemeinde brachte große Opfer an Geld und Lebensmitteln. An den Kirchentüren standen der »barmherzige Brotkorb« sowie der »barmherzige Kleiderschrank«. Gemeindeschwestern, Diakonissen aus Breslau-Betanien und dem Friedenshort Miechowitz, versorgten in selbstloser Weise die Alten und Kranken. Sie hielten auch regelmäßig Religionsunterricht in einzelnen Häusern.

Das eigentliche Problem war das Fehlen nahezu aller Informationen. Der Verkehr mit der Kirchenleitung in Breslau mußte zunächst durch Kuriere aufrecht erhalten werden. Immerhin konnten im Laufe des Jahres 1946 eine Superintendentenkonferenz in Schweidnitz, an der ich teilgenommen habe, sowie eine Provinzialsynode in Breslau gehalten werden.

Unser Leben als Deutsche war in diesen Monaten nicht ungefährlich. Ich habe nicht weniger als dreißigmal an den Gräbern von ermordeten Gemeindegliedern gestanden. Besonders traf uns der gewaltsame Tod von Pfarrer Wilhelm Schulz, dem Leiter der schlesischen Volksmission in Liegnitz, und

von Pfarrer Ernst Passauer von Kirche Wang, der im Arnsdorfer Bennostift in meiner Gegenwart den erlittenen Schußwunden erlag. Das Auftreten bewaffneter polnischer Banden erklärte sich daraus, daß alte Partisanengruppen aus den letzten Kriegsjahren ihr Treiben in Schlesien fortsetzten und durch Raubüberfälle sich ihre Existenzmittel verschaffen mußten. Es gab zwar in unseren Dörfern polnische Ortsvorsteher, aber noch keine polnische Miliz mit Polizeigewalt.

Unter den Deutschen erweckten infolge der fehlenden Informationen wilde Gerüchte Verwirrung. Hoffnung und Verzweiflung wechselten sich ab. Die besondere seelsorgerliche Aufgabe der Kirche bestand darin, die Gemeinden zu einer nüchternen Sicht und dem Glauben an Gottes Regiment zu führen. Wir trafen für den Fall einer Evakuierung besondere Vorsorgemaßnahmen. So stellten wir pfarramtliche Bescheinigungen über Sparguthaben aus, da die Mitnahme von deutschen Sparbüchern in den Westen verboten war. Diese Bescheinigungen haben manchem unserer Gemeindeglieder das Leben nach der Vertreibung ein wenig erleichtert.

Vor welchen Ratlosigkeit wir wiederholt standen, sei an einem Beispiel verdeutlicht. Ende Januar 1946 wurde ich nach Krummhübel gerufen, wo eine polnische Partisanenbande das Charlottenheim, ein evangelisches Altersheim mit 40 Insassen, meist alten Diakonissen, überfallen, geplündert und verwüstet hatte. Nun standen die alten Menschen mit ihren Betreuern auf der Straße. Die meisten von ihnen fanden bei unseren Jugendlichen und ihren Familien eine erste Zuflucht.

In Krummhübel befanden sich noch die leeren Baracken, die im Kriege für Teile des Auswärtigen Amtes erstellt worden waren. Dort konnten wir einen Teil der Alten zunächst unterbringen. Später bauten dann unsere jugendlichen Gemeindeglieder unter Anleitung der Gemeindegewestern die Baracken aus. Wie sie monatelang diese Altersheime haben unterhalten können, war uns ein täglich neues Wunder unseres Glaubens. Die Alten und ihre Betreuer haben mit der ersten Evakuierungswelle im Mai 1946 nach Westen ausreisen können.

Die Ermordung unseres Bruders Ernst Passauer von der Kirche Wang habe ich bereits erwähnt. Er hat in der Zeit meiner Abwesenheit mich in Gemeinde und Superintendentur treulich vertreten. Partisanen hatten sein Pfarrhaus überfallen und ihn so schwer verletzt, daß er wenige Stunden danach starb. Seine letzten Worte »Gott macht nie etwas falsch« waren uns Hilfe und Trost. Als der schlesische Dichter Gerhart Hauptmann Anfang Juni 1946 auf dem Wiesenstein in Agnetendorf starb, bat man mich, ihn zu beerdigen. Die Beisetzung sollte am Pfingstsonntag vor Sonnenaufgang erfolgen. Ich hatte an diesem Tage nicht weniger als fünf Gottesdienste zu halten und mußte deshalb eine Teilnahme an der Beerdigung ablehnen,

zumal Gerhart Hauptmann als Glied seiner Kirchengemeinde niemals im Gottesdienst erschienen war. Er ist dann nicht in Agnetendorf, sondern auf der Insel Hiddensee bei Rügen beigesetzt worden. Da polnische Demonstranten, die die Herausgabe angeblicher im Hause verborgener Wertsachen verlangt hatten, eine würdige Beerdigung in Frage stellten, übernahm der sowjetische General Schukow den Schutz des Hauses und stellte einen Sonderzug nach Hiddensee zur Verfügung.

Die erste planmäßige Evakuierung in die Britische Besatzungszone begann Anfang des Jahres 1946, ihre erste Welle erreichte den Kreis Hirschberg im Mai dieses Jahres. Aus verschiedenen Dörfern wurden je 30 Deutsche in Krummhübel gesammelt und in das Lager Straubitz bei Hirschberg verbracht. In Zügen von etwa 60 Wagen, das heißt einer Gruppe von 1800 Deutschen, erfolgte der Abtransport nach dem Westen. Wenn der Zug mit den Vertriebenen, von Krummhübel nach Hirschberg, Arnsdorf durchfuhr, läuteten wir mit unseren Glocken den Abschiedsgruß. Das wurde uns freilich sehr bald von der polnischen Staatspolizei untersagt.

Im Juni weigerte sich die Britische Zonenverwaltung, weitere »Umsiedlerzüge« aufzunehmen. Damit ergab sich für uns Zurückgebliebene die schwere Frage, wohin eine neue Evakuierung gehen würde. Viele fürchteten, man würde den Rest der Deutschen nach Sibirien verschicken. Glücklicherweise lehnten die Sowjets das ab und wiesen die Befehlshaber der sowjetischen Besatzungszone in Mitteldeutschland an, die Vertriebenen aufzunehmen.

Nachdem es mir zweimal gelungen war, den Evakuierungsbefehl zu umgehen, erreichte mich am 6. Dezember 1946 mein Schicksal. Ein Aufgebot bewaffneter polnischer Miliz räumte unser Pfarrhaus und brachte uns mit Handgepäck nach Krummhübel. Von dort fuhren wir dann in das Lager Straubitz. Man bestellte mich zum verantwortlichen Leiter unseres Vertriebenenzuges, der uns am 10. Dezember über Kohlfurt nach Taucha bei Leipzig in ein ehemaliges Arbeitslager brachte. Die Entlassung ging nur langsam voran, doch am 17. Januar 1947 konnte ich nach einem abenteuerlichen Marsch über die Grenzen der Besatzungszonen meine Familie in Schleswig-Holstein wiederfinden.

So endete die dramatische Odyssee der Jahre nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches. Die Tragödie der Räumung Schlesiens bestand in der Atomisierung der Gemeinden. Jeder Evakuierungszug umfaßte Vertriebene aus 30 bis 40 Dörfern. Das unterschied die Westwanderung von den geschichtlichen Emigrationen, wie denen der Salzburger oder der Hugenotten.

Rösnitz

VON FRITZ STRASSMANN

Im letzten Jahrbuch hat Pfr. i. R. Beer von seiner Zeit als Vikar in Rösnitz berichtet. Ich war der letzte Pfarrer von Rösnitz, der 1946 von den Polen ausgewiesen wurde. Darum möchte ich diesen Bericht kurz ergänzen.

Rösnitz war während des Kirchenkampfes ein Sonderfall. Der Pfarrer von Rösnitz, Pfarrer Hitzer, wurde 1937 von der Gestapo aus Schlesien ausgewiesen. Die Bekennende Kirche (BK) erkannte diese Maßnahme nicht an und sandte nacheinander einen Vikar nach dem andern nach Rösnitz. 1942 aber kam der Tag, an dem es keine Vikare mehr gab. Sie waren alle zu den Soldaten eingezogen. Auf diesen Augenblick hatte das Konsistorium gewartet und schickte, um die Gemeinde wieder an den Zügel zu bekommen, Pfarrer Kretschmer aus Boberröhrsdorf nach Rösnitz, der mit großen Vorbehalten in Rösnitz aufgenommen wurde. Ihm wurde nach der Annahme durch die Gemeinde die Pfarrstelle in Rösnitz versprochen. Wegen Schwierigkeiten durch die BK verzichtete er auf die Gemeinde. Nun berief das Konsistorium mich, der als Schwerverwundeter eben aus dem Lazarett gekommen war, zu der Verwaltung der Gemeinde. Von 1943 bis 1946 habe ich das Kirchspiel, zu dem auch Steuberwitz und Katscher gehörte, geleitet. Dabei habe ich die sehr schwere Zeit 1945/46 hautnah erlebt.

Unser Treck wartete in der späteren ČSSR das Ende des Krieges ab. Wir kamen Ende 1945 nach Rösnitz zurück, nachdem sich Teile des Trecks schon vorher von dem Haupttreck gelöst hatten und bis nach Bayern durchgestoßen waren, von wo sie nie wieder zurückkamen. Was bot sich uns, als wir endlich wieder nach Rösnitz kamen, für ein Anblick! Mehr als 50 Prozent des Dorfes waren zerstört. Das »reiche Rösnitz« war bettelarm geworden. Es gab kein Huhn, kein Rind, kein Schwein mehr im Dorf, und nun schlich durch das Dorf der Hungertyphus. Es hat Wochen gegeben, wo ich täglich an den Gräbern von Toten gestanden habe.

Das einzige, das uns als Rückhalt diente, war eine Rekordernte von Weizen vom Herbst 1944. Diese wurde zwar von den Russen beschlagnahmt. Aber alles, was die Russen taten, war ja schlampig.

Während die Russen nachts schliefen, holten wir mit den restlichen Pferden vom Treck das Getreide aus den Schobern in die leerstehenden Ställe. Dieses wurde dann nach und nach gedroschen. Von den Mühlen, die stehengeblieben waren, konnten wir eine wieder funktionsfähig machen, so daß wir Mehl hatten und Brot backen konnten. Daneben hatten wir Felder mit Raps, eine Ölfrucht, die ausgepreßt wurde, so daß wir unsere Brote mit Öl streichen konnten. Die Kartoffeln, die wir in einigen Kellern fanden, wurden schleunigst gesteckt.

Während beide Kirchen in Rösnitz und Steuberwitz abgebrannt waren (in Katscher hatte eine Bombe das Gustav-Adolf-Kirchlein getroffen und unbrauchbar gemacht) war mein Pfarrhaus stehen geblieben. Die Polen setzten mich heraus. Ich zog in die Wohnung des Organisten, der vom Treck nicht zurückgekommen war.

Das kirchliche Leben beschränkte sich im wesentlichen auf die Gottesdienste. Früh um 10 Uhr in Rösnitz in der Schule und nachmittags um 14 Uhr im Gemeinschaftshaus in Steuberwitz. In Katscher überließ uns die katholische Gemeinde gelegentlich einen kirchlichen Saal.

Unser letzter Gottesdienst fand am 30. Juni 1946 statt. Er stand ganz unter der nun auch öffentlich bekannten bevorstehenden Aussiedlung und war tief bewegt. Wenige Tage danach wurden die »Köpfe« abgeschlagen, das heißt alle, die irgendwie als Führer herausragten, wie Pfarrer und Lehrer, wurden ausgewiesen und in Piltsch gesammelt. Dann ging es nach Leobschütz, wobei wir nur das mitnehmen durften, was wir tragen konnten.

Noch im Oktober rief ich alle Rösitzer, deren Adresse ich erfahren hatte, zu einem Treffen in Ahlen zusammen. Dies Treffen findet noch heute statt.

DOKUMENTE

Die Zukunft unserer in der schlesischen Oberlausitz gelegenen evangelischen Kirche

VON JOACHIM ROGGE

Mit dieser vom Referenten selbst gewählten Überschriftsvariante ist der provozierende Steinwurf ins Wasser, der seine Kreise zieht, bereits erfolgt. Den einen ist diese Formulierung viel zu wenig, den anderen bereits viel zuviel. Ein nicht ganz kontextlos lebender Referent wird sich die Schar der Kritiker, Befürworter und Indifferenten verhältnismäßig mühelos ausrechnen können, wobei die bedenklich dreinschauenden Kritiker solch einschränkender Wortwahl auf dem Kirchentag der Gemeinschaft evangelischer Schlesier gewiß besonders zahlreich sein werden. Aber der Referent muß wieder nach Hause fahren und sich jetzt und künftig der ganzen Wirklichkeit der Beurteilungsvarianten stellen.

Der in der Sach- und Namensfrage Indifferenten gibt es in der »Evangelischen Kirche des Görlitzer Kirchengebietes« viele. Die letzte Provinzialsynodaldebatte (Synodaltagung vom 12.–15.4. 1991 in Görlitz) spiegelt wider, daß Synodale die hier erforderliche Meinungsbildung zum gegenwärtigen Zeitpunkt zugunsten vermeintlich wichtigerer aktueller Fragen nicht für opportun hielten. Eine Reihe von Synodalen favorisierten die Begrifflichkeit »Kirche von Schlesien«, vermutlich die Mehrheit trat für die Bezeichnung ein, die in der Überschrift für diesen Vortrag nun erneut signalisiert wurde. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit kam allerdings nicht zustande.

Die Analyse der Vorgänge ist kompliziert. Sie darf nicht erfolgen mit irgendwelchen Schuldzuweisungen, sondern muß einkalkulieren, daß unsere Kirche jahrzehntelang in einer relativen Isolation gelebt hat, daß die Politik des Staates, in dem sie lebte, Geschichtslosigkeit der Bürger geradezu produzierte und daß der lebendige geistliche und anderweitige Austausch mit den vielen in den Westen unserer deutschen Heimat gegangenen Schlesiern fast ganz unterbunden war. Sie, die in der »schlesischen Restkir-

che um Görlitz mit fünf Kirchenkreisen, 70 Gemeinden und etwa 100 Geistlichen, insgesamt ca. 250 000 Seelen« (Hellmut Eberlein) lebten, wußten immer weniger im Laufe der Zeiten von Joseph und seinen Brüdern. Eine neue Generation wuchs heran, die sich weder in der alten schlesischen Heimat jenseits von Neiße und Oder noch im Westen, wo viele Schlesier ihre Kirchlichkeit erhalten und stabilisieren wollten, orientieren konnten. Die Situation der Menschen zwischen Ruhland und Bad Muskau, zwischen Hoyerswerda und Deutsch-Ossig muß man sich vor Augen halten, bevor man ihre Indifferenz schilt oder ihre weitere Heimatverbundenheit postuliert.

1. Der biblische Zuspruch als Eröffnung von Zukunft

Und dennoch: Über die Zukunft der oben kurz in ihrer Befindlichkeit beschriebenen Kirche darf und muß geredet werden. Dieses kann aber nur sein, wenn es unter der biblischen Prämisse geschieht, die uns tröstet und bei der Freude erhält, die nicht aus uns kommt: »Die Freude am Herrn ist eure Stärke.« So heißt es angesichts des kläglichen Tempelaufbaus bei Nehemia (8,10). Und dazu gehört der andere biblische Satz, der uns zur Ruhe bringt und in Gottes Ruhe erhält: »Meine Zeit steht in deinen Händen.« (Psalm 31,16) Das schließt nicht Zeitläufe ab, sondern eröffnet Zukunft, auch für unsere Kirche. Unter dieser Reflexion und Glaubenszuversicht steht das nachfolgend Ausgeführte.

2. Der unerläßliche Blick zurück

Es ist dem Referenten wohl bewußt, daß das Thema des diesjährigen Kirchentages der Gemeinschaft evangelischer Schlesier lautet: »Die Zukunft der schlesischen evangelischen Kirche«. Darüber läßt sich sprechen, wenn man den status quo ante mit dem 1. Advent 1946 als Datum veranschlagt. Zu diesem Zeitpunkt wurde nach dem Wortlaut des Schlesien-Artikels in dem Handwörterbuch »Religion in Geschichte und Gegenwart« »die evangelische Kirchenleitung ausgewiesen«, und zwar aus ihrem Dienstsitz in Breslau. Der Verfasser, Gerhard Hultsch, der im Jahre 1961 schreibt, fährt wenige Zeilen weiter fort: »Die Evangelische Kirche der preußischen Provinz Schlesien, die vor dem Kriege 2236256 Mitglieder zählte ..., besteht nicht mehr. In der DDR besteht die Evangelische Kirche von Schlesien westlich von Oder und Neiße als selbständige Kirchenprovinz der EKV. Das Konsistorium ... hat seinen Sitz in Görlitz. Die Kirchenprovinz hat fünf Kirchenkreise, 74 rechtlich selbständige Kirchengemeinden und 78 tätige Geistliche (1955). Nach der »KO der Evangeli-

schen Kirche in Schlesien« vom 14.11. 1951 umfaßt diese »kirchlich die Gemeinden der bisherigen Kirchenprovinz Schlesien.«

Diese Angaben erfüllen viele der in der Vergangenheits- und Gegenwartsanalyse Betroffenen mit Wehmut. Das ist verständlich und muß von den Hinzugekommenen und Nachgeborenen beachtet werden, auch wenn Christen um das biblische Diktum wissen: »Wer seine Hand an den Pflug legt und sieht zurück, der ist nicht geschickt für das Reich Gottes.« (Luk 9,62) Jahrzehnte sind inzwischen vergangen, die die Menschen in einer nicht wegzudiskutierenden Verlaufsgeschichte geprägt haben.

3. Die Namensdiskussion als Pro-Vokation

Die »Evangelische Kirche von Schlesien« hat 1968 auf staatlichen Druck hin ihren Namen geändert, dessen neuen Wortlaut der Referent nur als zwar damals verständlich, aber sprachlich und sachlich unglücklich bezeichnen kann. »Evangelische Kirche des Görlitzer Kirchengebietes«, diese Bezeichnung inkludiert das Faktum, daß ein ganzes Kirchengebiet nach einem Städtenamen genannt wird, da Ruhland, Hoyerswerda und andere Superintendentensitze quasi als Suffragane einer anderen Stadt erscheinen, und daß der Begriff Kirche im Namen dieser Kirche gleich zweimal erscheint.

Es gab viele Stimmen, die mit dem zwangsweise einst eingeführten Namen nicht mehr leben mochten, und so kam sofort im Zeit- und Sachzusammenhang mit der »Wende« 1989/90 der Gedanke auf, im Blick auf die Sache und die Vergangenheit die Kirche anders zu benennen, zumal ohne ausführliche Diskussion die Pommersche Evangelische Kirche, früher Evangelische Landeskirche Greifswald, vorangegangen war. Konsistorium und Kirchenleitung sammelten die Stimmen, Presseverlautbarungen beteiligten sich an der Diskussion, in die auch das buchstäbliche Stimmengewirr im allgemein politischen Raum einbezogen war, und dann schien man sich in überwiegender Meinungsbildung und unter Berücksichtigung der untereinander divergierenden Begriffsvarianten auf einen Namen geeinigt zu haben: »Evangelische Kirche der schlesischen Oberlausitz«.

Vieles an Sachbezug, geographischer Rücksichtnahme, Vergangenheitsbewältigung und abgrenzenden Notwendigkeiten schien in dem neuen Namen eingefangen zu sein. Bis auf wenige Orte im Westen des Kirchengebietes liegen tatsächlich unsere Gemeinden in der Oberlausitz, die allerdings auch sächsische Landstriche umfaßt. Darum erscheint der Zusatz »schlesisch« gerechtfertigt, obwohl historisch exakter von preußischer Oberlausitz gesprochen werden müßte. Der Staat Preußen existiert allerdings seit Ende Februar 1947 nicht mehr. Er wurde durch alliierten Kontrollratsbeschluß aufgehoben. Die Einführung des Adjektivs »schle-

sisch« ist, abgesehen von der geographischen Rücksichtnahme, eine rein kirchliche Reminiszenz, die sich mit dem Gedanken an eine durch Gottes Gnade einst frömmigkeitsmäßig überaus lebendige Kirche verbindet.

Der Segensstrom der schlesischen Kirche, die weit über ihr Territorium hinaus bekannt war durch ihr mildes Luthertum, durch pietistische und in gewisser Hinsicht auch schwärmerische Frömmigkeit, hat bedeutende Beiträge für den Gesamtprotestantismus geliefert. Gesangbuchliederdichter, eine hervorragende Universität in Breslau, ein lebendig ausgebildetes diakonisches Wirken haben den Namen Schlesiens für große Teile des deutschen Protestantismus wichtig gemacht. Der weiter zu tradierende Begriff soll die Sache bewußthalten. Damit war in keinerlei Weise in Verbindung gebracht ein direkt oder indirekt beabsichtigter Rückzug hinter die Resultate des Zweiten Weltkrieges. Wir mußten auch eingedenk sein des Empfindens der Menschen, die, ohne persönlich beteiligt gewesen zu sein an den Ursachen für die eingetretene Entwicklung, in unserem ostmitteleuropäischen Raum mit uns zusammenlebten und leben. Es war wie ein freundliches Signal genereller Erleichterung, als ein polnischer Pfarrer, der Gast unserer Synode im April 1991 war, in seinem Grußwort zum Ausdruck brachte, der vorgeschlagene Name schiene ihm der beste zu sein. So kam es bei vielen Synodalen zu einem schmerzlich registrierten Enttäuschungseffekt, als bei der Abstimmung in der Synode die erforderliche Zweidrittelmehrheit für ein diesbezügliches Kirchengesetz um sechs Stimmen verfehlt wurde. Das Abstimmungsverhalten ist hier nicht ausführlich zu analysieren, aber das Ergebnis leitete sich vermutlich her aus der Ansicht einer Minderheit, die den Namen wieder ähnlich der alten Bezeichnung mit Schlesien als Hauptwort verbinden wollte, und der Auffassung einer anderen Minderheit, die die Namensänderung zum gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt nicht als erforderlich betrachtete.

Große Teile der Öffentlichkeit über die Landeskirche hinaus, auch was die außerlandeskirchlichen Gremien angeht, hatten sich bereits, bis hin zu Schriftsätzen, auf den neuen Namen eingestellt. Dem Abstimmungsverhalten der Synode nach kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine weitere Reflexion über die Namensgebung kein synodales Thema sein. Dem Meinungstrend in unserer Kirche nach ist allerdings zu erwarten, daß das Thema der Namensänderung keinesfalls vom Tisch ist.

4. Kriterien für jedes Weiterdenken

Obiger Bestandsaufnahme zur Namensreflexion muß noch etwas angefügt werden. Wer spricht wie zur Sache? Das hohe Maß an Sensibilität, das ohnehin im Gespräch zwischen den alten und den neuen Bundesländern erforderlich scheint, hat hier einen Spezialfall. Die Voraussetzungen zu qualifizierter Urteilsbildung müssen scharf ins Auge gefaßt werden. Dreierlei sollte im Blick auf Zukunft als unerlässliches Desiderat einbezogen bleiben, es sei denn, daß man Fehlurteile von vornherein als verschmerzbar einkalkuliert:

1. Die Verlaufsgeschichte Schlesiens und der Oberlausitz in ihrer Wechselhaftigkeit gehört unbedingt in die Reflexion über Zukunft hinein. Je nach dem eigenen politischen oder ethischen Standpunkt setzen Beurteiler beim Dreißigjährigen Krieg, bei den Befreiungskriegen im 19. Jahrhundert, bei 1945 oder bei einem anderen Datum der Nachkriegszeit an. Zwischen Schlesien und Oberlausitz ist auch noch einmal zu differenzieren.

2. Vorschläge im Blick auf Zukunft sollte sich nur der ernsthaft zutrauen, der in den letzten 40 Jahren das Leben der Menschen mitvollzogen oder zumindest engagiert begleitet hat, die ihren Erfahrungsbereich in unserem Kirchengebiet behielten. Genauso wesentlich ist es, die Bewahrung der Frömmigkeit und des Kulturgutes zur Kenntnis zu nehmen, die von Schlesiern in den alten Bundesländern wohl konstatierbar erfolgt ist. Die Bereitschaft, beides zusammenzusehen, ist vielleicht die wichtigste Prämisse für jedes gültige Ringen um Zukunftsinhalte.

3. Der Gedanke an Heimat, an Deutschland, an Schlesien ist nicht einfach durch einen noch undifferenzierten Europa-Gedanken zu ersetzen, aber zu ergänzen. Wer an Europa denkt, muß zuerst den Verhaltensmodus zu denen bedenken, die in einer ostmitteleuropäischen Region mit den Gliedern unserer Kirche zusammen wohnen. Die kürzliche Öffnung der Grenzen macht diesen Gedanken um so dringlicher.

Und nun ein Letztes im Kriterienkatalog zum Thema: Wenn irgendwo für eine hilfreiche Urteilsbildung geradezu wissenschaftliche Akribie, liebevolle Zuwendung zu einem Territorium und seinen Menschen und realitätsbezogene Nüchternheit zusammenkommen müssen, damit Unglück und Schmerz nicht perpetuiert werden, dann in der Frage nach der Zukunft unserer Kirche.

5. Gedanken zur heutigen Befindlichkeit mit dem unverzichtbaren Versuch der Vergangenheitsbewältigung

Vieles ist ernstzunehmen, fast zu vieles, bevor ein sachgerechter realistischer Blick in die Zukunft möglich ist:

1. Deutschland hat den Zweiten Weltkrieg begonnen und ihn verloren. Unser Nachbarland Polen hat als erstes unter den zahlreichen Ländern Europas die Kriegsfurie erlebt und große Verluste erlitten.

2. Bereits seit 1933 hatte die schlesische Kirche durch den Nationalsozialismus eine Notzeit erfahren, die auch durch Spaltungen in der Kirche selbst gekennzeichnet war. (Siehe dazu die Darstellungen und Dokumentationen bei Gerhard Ehrenforth: Die schlesische Kirche im Kirchenkampf 1932–1945, Göttingen 1968 und bei Ernst Hornig: Die Bekennende Kirche in Schlesien 1933–1945, Göttingen 1977)

3. Die mit viel Leid verbundene Vertreibung der Deutschen aus den schlesischen Gebieten jenseits der Neiße nach 1945 hat für unsere Kirche ein Doppeltes gebracht, die neue Sammlung von Pfarrern und Gemeindegliedern in dem Gebiet, das heute unsere Kirche bildet, aber auch die Zerstreuung der Schlesier über ganz Deutschland, allerdings ebenfalls mit der Tendenz zur Sammlung der kirchlichen und kulturellen Werte, die einmal die Identität von Schlesien ausgemacht haben. Dem Vernehmen nach gab es in diesem Zusammenhang wohl auch die Absicht, eine schlesische Kirche in der bundesrepublikanischen Diaspora aufrechtzuerhalten. Dieses Vorhaben durfte und konnte nicht gelingen, wenn nach dem gefragt wird, was nach dem Zeugnis des Neuen Testamentes Kirche zur Kirche macht.

4. Die Tatsache, daß fünfzehn Jahre nach der Vertreibung der Schlesier aus ihrer Heimat die schon lange eingeschränkte Möglichkeit, sich zu treffen, fast zur Unmöglichkeit wurde nach dem Bau der Mauer, wirkte sich für das wechselseitige Verstehen der Schlesier im sogenannten »Restschlesien« und der Schlesier in den bundesrepublikanischen Landeskirchen zunehmend kompliziert aus. Der unterschiedliche Lebensstandard in den beiden deutschen Staaten, die wirtschaftliche, besonders landwirtschaftliche und industrielle Retardierung in den Städten und Dörfern unseres Kirchengebietes, der allmähliche Verfall der Bausubstanz, zunehmende Mutlosigkeit der Gesamtbevölkerung, aber auch kirchlicher Mitarbeiter, legten sich wie ein Schleier auf unser Kirchengebiet.

5. Zunächst gab es an kirchlichen Mitarbeitern keinen Mangel; denn eine beträchtliche Zahl schlesischer Pfarrer blieben im Dienst ihrer auf ein Zehntel reduzierten Kirche diesseits der Neiße. Sie sind längst aus dem aktiven Dienst geschieden, größtenteils bereits gestorben. Nur einige ver-

mitteln zu unserer Freude im hohen Alter ihre mit dem alten Schlesien verbundene Spiritualität an die nachgewachsene Generation. Der Großteil der jetzt im Dienst befindlichen hauptamtlichen Mitarbeiter im Verkündigungsgeschehen kümmert sich wenig oder gar nicht um die Geschichte der Kirche und kann auch aus eigener Kenntnis und Erfahrung nichts mehr vom Reichtum und der Not der alten schlesischen Kirche wissen.

6. Der soeben charakterisierte Tatbestand hat nicht nur Gründe des Lebensalters und der Erlebnisbereiche. Noch einmal sei's gesagt: Es ist deutlich in den Blick zu nehmen, daß die Kommunikation mit dem Lande Schlesien jahrzehntelang ebensowenig möglich war wie der Kontakt mit den Schlesiern, die ihre Wahlheimat Bundesrepublik kirchlich mehr oder weniger akzeptiert hatten.

7. Es entstand eine Kesselsituation, die in bezug auf den fehlenden Austausch mit anderer Kirchlichkeit, Spiritualität und Bildungsprägung schwerwiegende Folgen hatte. Leider hat die Zugehörigkeit zur APU/EKU und zur EKD bzw. zum Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR nicht so nachhaltige Wirkungen gehabt, daß die lagebedingten Defizite hätten aufgewogen werden können.

8. Die soziale Lage im Kirchengebiet, vielleicht auch die Kirche selbst, waren für viele Mitarbeiter in anderen Teilen beider deutscher Staaten wenig attraktiv, so daß der Kräfteabzug den Kräftezugang in den letzten Jahrzehnten bei weitem überwog. Jeder Weggang eines Pfarrers, zumeist aus persönlichen Gründen, hat zu weiterer Entmutigung beigetragen. Es entstand offenbar im Görlitzer Kirchengebiet so etwas wie eine Allergie gegenüber Durchhaltungswünschen und guten Ratschlägen von ehemaligen Landsleuten, die woanders wohnten und denen es im allgemeinen wirtschaftlich und sozial unverhältnismäßig viel besser ging. Die jahrzehntelang gewünschte und geübte Praxis, daß Pfarrer beim Eintritt in den Ruhestand das Kirchengebiet in Richtung Bundesrepublik verließen, tat ein übriges, um natürliche geistliche und geistige Potenzen der älteren Generation wirkungsmäßig stark zu beeinträchtigen. Fehlende persönliche Präsenz war für den Lebensvollzug von Menschen unter uns nicht durch ganz gewiß herzlich gut gemeinte Paket- und Briefaktionen sowie gelegentliche Besuche auszugleichen.

9. Unsere Kirche hat ihre aufgezwungene Kleinheit, oft thematisiert und bespöttelt, nicht wirklich dahingehend evaluiert und kompensiert, daß sie den Vorteil der Überschaubarkeit und Konzentration zu vermehrter geistlicher Intensität nutzte. Die Frage stand vor Jahren deutlich im Raum, besonders angesichts einer neuen Bischofswahl, ob man dieses Kirchengebiet, das unter anderem auch als eine etwas groß geratene sächsische

Superintendentur karikiert wurde, nicht auflösen und an die Nachbarkirchen verteilen sollte.

10. Ratschläge von außen in der Vergangenheit und in der Gegenwart im Blick auf die Zukunft haben sich unter uns so lange als wirkungslos erwiesen, wie sie nicht mit persönlichem Einsatz auf Zeit oder Dauer verbunden waren. Es gibt unseres Wissens gegenwärtig keinen einzigen Fall, daß ältere oder jüngere Glieder aus schlesischen Familien sich für irgendeinen Dienst in der alten Heimat gemeldet hätten. Die Gründe dafür scheinen auf der Hand zu liegen. Sie werden oft diskutiert.

6. Mögliche Hindernisse auf dem Weg in die Zukunft

Was folgt für das gestellte Gesamtthema aus den oben mitgeteilten Beobachtungen? Auf keinen Fall sind die gemachten Mitteilungen mit der Tendenz oder Absicht genereller Schuldzuweisungen verbunden. Jeder nichtgeleistete oder geleistete Einsatz hat seine speziellen Beweggründe. Diese sind hier nicht abzuwägen, auch wenn nicht verschwiegen werden soll, daß manche geltendgemachten Gründe für das Verhalten oder Nichtverhalten zur Heimat vorgeschobene waren.

Charakterisieren nun aber die herausgestellten zehn Punkte nüchtern und klar nicht doch die Situation eines sinkenden Schiffes? Was geschieht, wenn die letzten Schlesier im Osten und im Westen unseres nun wiedervereinten Vaterlandes, die noch lebendige Traditionen mit dem ganzen Land Schlesien verbinden, gestorben sind? Müssen nicht die jungen Menschen, die aus westdeutschen Städten heraus eine Schlesienbegeisterung lautwerden lassen, befragt werden dürfen auf ihre Motive dafür? Ist die Aufarbeitung des glänzend Alten zu kompensieren mit dem zunächst bescheidenen Neuen, dessen Gestaltwerdung auf Dauer ja nur an Ort und Stelle geschehen kann? Gibt es hier vielleicht ansatzweise eine Parallele zur Situation des Volkes Israel, das nach dem babylonischen Exil 537 wieder in die Heimat zurückkehrte mit der Ideologie des prächtigen salomonischen Tempels in den Köpfen und Herzen, aber mit den dürftigen Schritten zu einem neuen Tempelbau vor Augen, wie es uns die nachexilischen Propheten Haggai und Sacharja schilderten?

Sind die Blicke in die Zukunft für unsere Kirche nicht verstellt durch den nüchternen, klaren, wenn auch nicht resignativen Blick auf die Realitäten des status quo? Diese sehen so aus: Die Kirche hat ein unvertretbar hohes Maß an Pfarrvakanz. In einem Kirchenkreis waren bis vor kurzem nur die Hälfte der Pfarrstellen besetzt. Die Kirche wirtschaftet mit einem sehr hohen Einsatz von Fremdmitteln, zumeist aus den Gliedkirchen der EKD in der alten Bundesrepublik. Nur etwa 20 % des erforderlichen Finanzvolu-

mens kommen gegenwärtig aus der eigenen Kirche. Das uns zufließende Geld ist wichtig und unerlässlich, und der Dank dafür ist groß, aber noch wichtiger, weil lebens-not-wendig sind Menschen, die uneigennützig direkt helfen. Die immer noch vorhandene Finanzschwelle und manches andere außerdem hindern offenbar Menschen, auf Dauer uns zu helfen durch ihre Gegenwart.

Die mit großer Freude zu begrüßende Wende läßt auf manchen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens und der Einflußnahme von Vertretern der alten Machtstrukturen auf die lokalen Verhältnisse die Gestalt des Neuen kaum erkennen. Der Enttäuschungseffekt ist deshalb bei vielen auch in der Kirche so groß, weil zu vieles zu schnell versprochen worden ist. Die alten Bundesländer haben es allmählich gelernt, nicht nur mit Marktwirtschaft, sondern auch mit Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsumverlagerungen umzugehen. Unsere Kirche muß zu schnell zu vieles mit großen Konsequenzen lösen. Und: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben dadurch, daß Entscheidendes verpaßt wird. Jetzt müssen Institutionen, die jahrzehntelang nicht hinterfragt waren, abgebaut, aufgelöst werden, so daß Menschen fast im Handumdrehen eingefahrene Geleise verlassen müssen. Ebenso rasch müssen Grundstücke erworben, einer anderen Nutzung zugeführt oder sonst finanziell konsequenzenreich behandelt werden, ohne daß wir dafür die erforderliche Deckung haben. Vieles sind Seilakte ohne Netz.

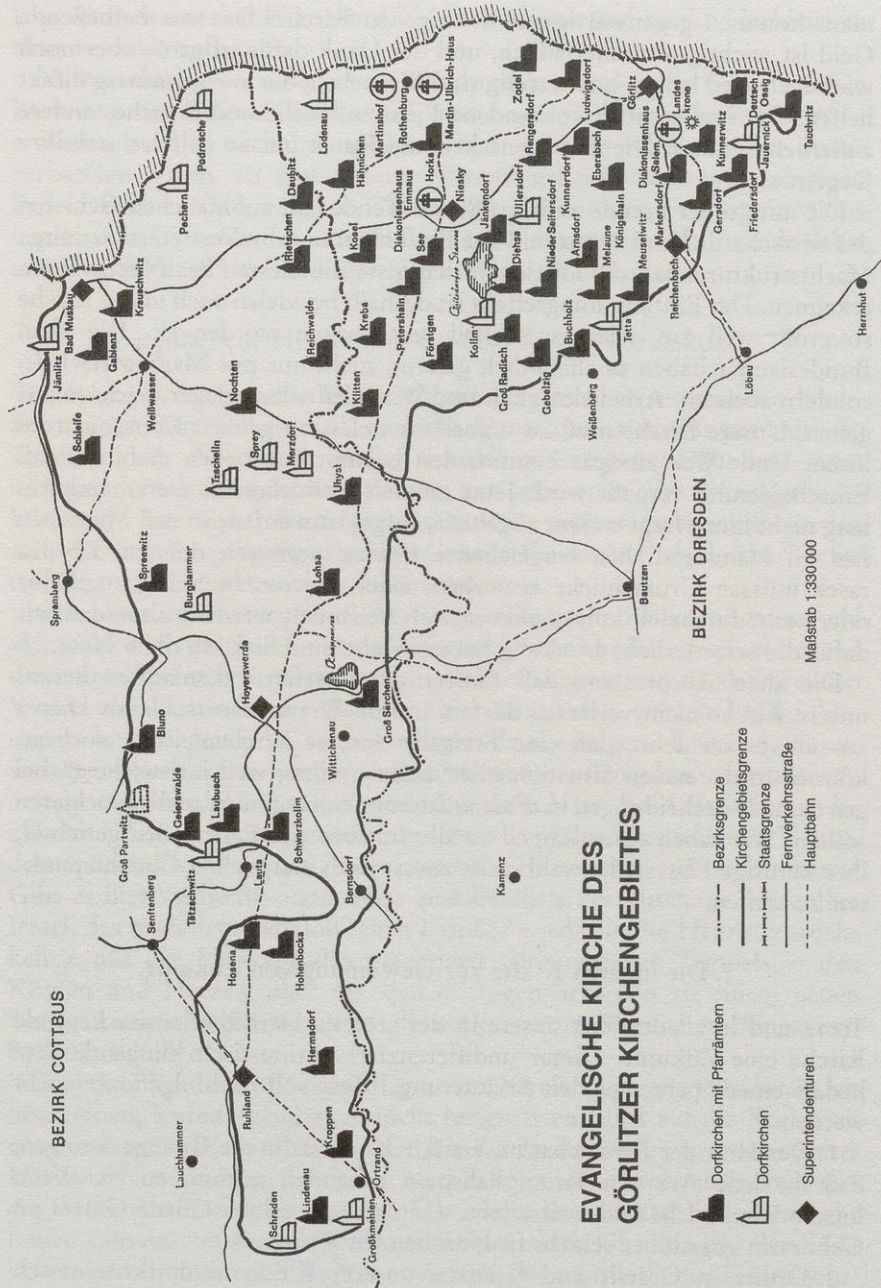
Die alten Absprachen, daß Pfarrer aus unseren Vakanznöten heraus unsere Kirche nicht verlassen dürfen, um im Westen Deutschlands Dienst zu tun, es sei denn, daß eine Freigabe unserer Kirchenleitung vorliegt, können in der neuen Situation nicht mehr greifen, weil juristische Hebel geistliche Entscheidungen in diesem Zusammenhang nicht mehr blockieren sollten. Wir haben einen Appell an alle Inhaber von Pfarrstellen gerichtet, ihre künftige Pfarrstellenwahl nicht zuerst nach materiellen Gesichtspunkten zu treffen.

7. Die inneren Kräfte zur Gewinnung von Zukunft

Trotz und in alledem hat unsere in der schlesischen Oberlausitz liegende Kirche eine Zukunft. Dieser undifferenziert optimistisch klingende Satz bedarf einer überzeugenden Erläuterung. Diese soll nachfolgend versucht werden.

1. Der Herr der Kirche hat unsere Kirche derart in die Knie gezwungen, daß ihr jede Art von Triumphalismus abhanden gekommen ist. Wenn unsere Kirche lebt und weiter lebt, dann aus der reinen Gnade Gottes im Gehorsam gegenüber seinem frohmachenden Wort.

2. Ordnung, Gestalt und Grenzen unserer Kirche sind nicht in sich



sakrosankt. Ob man Superintendenturen zusammenlegt, Leitungsstrukturen variiert und die Leitungsverantwortung von Nichttheologen in Kirchenräten und Gemeindegemeinderäten unverhältnismäßig stärker als in der Vergangenheit aktiviert, das alles sind anzupackende Fragen der Zukunft, die jedoch von entscheidender Bedeutung jetzt besonders dort werden können, wo eine Gemeinde über lange Zeit hindurch keinen Pfarrer hat.

3. Der Vorteil der kleinen Schar von nicht einmal mehr 100 000 evangelischen Christen in unserer Kirche kann sehr wohl zur Steigerung einer geistlichen Intensität Anlaß sein. Das historische und gegenwärtige Ferment einer kleinen kirchlichen Gruppe in unserer unmittelbaren Nachbarschaft – gemeint sind die Brüder und Schwestern der Herrnhuter Brüdergemeine – ist ein überzeugendes Zeichen dafür, daß die Quantifizierung von Kirche nicht ausschlaggebend und existenzstabilisierend zu sein braucht.

4. Ein mildes Luthertum, neupietistische Impulse, eine deutlich konstatierbare Bewegung in der Pfarrerschaft und in den Gemeinden allgemein hin zur geistlichen Gemeindeerneuerung, charismatische Aufbrüche und das Vorhandensein vieler Bezugspersonen mit Leitungsqualitäten ohne Ordination in unseren Pfarrvakanten zeugen von keinesfalls erstorbenem Leben.

5. In manchen Gemeinden finden sich weiterhin durchaus volksskirchliche Strukturen, auch unter den Gemeinden mit sorbischen Bevölkerungsanteilen.

6. Name ist nicht Schall und Rauch. Im Namen unserer Kirche könnte sich ihr Wesen ausdrücken. Die Diskussion darüber ist im Gange, sie zeugt von Leben gerade dort, wo kontrovers diskutiert wird. Es ist keineswegs so, daß nur die alte Generation an der Namensfrage interessiert ist. Die sächsische Regierung hat es in ihren führenden Leuten registriert, daß im Freistaat Sachsen nicht nur Sachsen, sondern auch Schlesier wohnen, die ihre kulturelle Identität zwar lebendig, aber nicht gegen andere Volksgruppen ausprägen wollen. Je nach dem historischen Einsatzdatum wird bisweilen das Oberlausitzische, das Preußische, das Sorbische oder auch die Amalgamierung mit dem Sächsischen betont. Diese Kontroversen sind nicht in jedem Falle alternativ. Sie provozieren zur Profilierung des eigenen Standpunktes, unter anderem auch dann, wenn der relativ unreflektiert gebrauchte Begriff Niederschlesien mit Institutionen unserer Region in Zusammenhang gebracht wird.

7. Der Begriff »Heimat« ist ein hoher, wenn auch kein in sich eigenständiger, sondern ein abgeleiteter Wert. Wenn Menschen in unserer Kirche oder sonst in der Welt damit Vorstellungen verbinden, die für ihren Lebensvollzug unverzichtbar sind, dann gebietet es die Liebe Christi, daß

wir solche Lebensgestaltungen aufmerksam und fürsorglich prüfen, ohne dabei unser Wohl und unser Heil zu verwechseln. Christentum und Kultur sind in Schlesien schwer trennbare Fusionierungen eingegangen. Unter der absoluten Prärogative des Wortes Gottes sind hier die Gewichtungen erneut rücksichtsvoll und ausgewogen vorzunehmen.

8. Die Geschichte unserer Kirche steht unter dem Zeichen von Schuld und Vergebung. Die gemeinsame Geschichte der Irrungen, Verwirrungen, deutlich erkennbarer Schuld und kläglichen Versagens bindet zusammen. Der Anschluß an diese oder jene andere Gliedkirche der EKD oder der EKD muß daraufhin untersucht werden, ob er einen deutlichen geistlichen Gewinn brächte. An sich schon selbst zu große Landeskirchen werden unser Kirchengebiet wahrscheinlich nicht integrieren können mit der Maßgabe, hierher besondere Zuwendungen geistlicher oder materieller Art zu leisten. Eher wäre eine Integration anderer Kirchengebiete in unsere klein gewordene Kirche hinein zu überlegen, aber dazu sollte unsere Kirche selbst nicht die ersten Anregungen geben.

9. Generell kann die Zukunft unserer Kirche nicht verbunden sein mit Gebietsforderungen, es sei denn, aus dem Frieden Christi heraus kämen Übereinkünfte zustande, die beide Seiten ohne jede Zwangseinwirkung von irgendwoher gemeinsam bejahen.

8. Die Zukunft unserer Kirche als der Schritt aus ihr heraus

1. Die Zukunft unserer Kirche muß dringend verbunden sein mit Besuchen nach außen und von außen. Schon auf Grund unserer geographischen Lage müßte die Zusammenarbeit mit Schwesterkirchen in Polen und in der CSFR in der neuen Situation intensiviert werden. Sicher sind Verwundungen, die in Jahrzehnten nicht geheilt sind und nach der Willensbildung mancher Machthaber in der Vergangenheit wohl auch nicht heilen sollten, weiterhin liebevoll und behutsam zu bedenken, aber der Austausch im Verkündigungsdienst dürfte zu künftigem Reichtum der evangelischen Kirchen mit dem einen Evangelium gehören. Hier sind aber wohl lange Wege zurückzulegen.

2. Wer von der Gemeinschaft evangelischer Schlesier, vom Verein für Schlesische Kirchengeschichte in den alten Bundesländern uns helfen will, ist nicht nur einfach willkommen. Er ist eingeladen, mit uns neue Wege zu beschreiten, die auf die Wege mit achten lassen, die die Evangelische Kirche des Görlitzer Kirchengebietes über 40 Jahre in relativer Isolierung hat gehen müssen. Der Lernprozeß muß ein wechselseitiger sein, und zwar so, daß die in den alten Bundesländern sehr dankenswerterweise entstandenen Gemeinschaften und Vereine dessen eingedenk sind, daß sie aus Sachgrün-

den in unser Kirchengebiet gehören, wie die Christen in unserer Kirche es lernen sollten, die Arbeit für Schlesien im bisherigen Bundesgebiet angemessen einzuschätzen und womöglich sich zu eigen zu machen. Zu den jetzt gut befahrbaren Brücken im uns verbindenden Straßen- und Schienenverkehr gehört möglichst rasch das Betreten und Befahren der geistigen und geistlichen Brücken, die uns von gemeinsamen Traditionen und vor allem von der Heiligen Schrift her verbinden.

3. Die Zukunft unserer Kirche ist unbedingt zusammen zu sehen mit der Gemeinsamkeit, die wir mit den anderen Kirchen und kirchlichen Zusammenschlüssen haben. Hier ist zunächst die uns immer hilfreich gewesene Institution der alten preußischen Landeskirche zu nennen, die geistlich viel mehr bedeutet als nur das Band durch eine Staatsmacht, die es nicht mehr gibt. In Preußen ist der Protestantismus mit dem gesamtreformatorischen Erbe in einer Größenordnung gewachsen wie sonst nirgendwo in der Welt. Wir haben an dieser Gemeinschaft teil und bedürfen dieser Gemeinschaft in unserer Fortexistenz. Eine große Zahl gemeinsamer Ordnungen, gemeinsamer Ausbildungsstätten und der Finanzausgleich im weitesten Sinn des Wortes haben uns kirchliches Leben erst ermöglicht. Wo unsere Kräfte nicht reichten, haben uns andere Gliedkirchen der APU/EKU vertreten. Die Gemeinsamkeit mit Rheinland und Westfalen ist für uns im Rahmen der neu- und wiedergewonnenen Gemeinsamkeit innerhalb der EKU überaus wertvoll. Die Isolierung unserer Kirche zwischen zwei uns leider immer noch viel zu fremden Völkern kann durch Lernschritte mit den anderen, besonders auch mit den großen Gliedkirchen der EKU, ganz einfach durchbrochen werden, wenn unsere Kandidaten auf Predigerseminare, die in anderen Gliedkirchen liegen, geschickt werden und mit einer hilfreichen Horizonterweiterung zurückkommen.

Die Tatsache der Gemeinschaft in der EKU bedeutet keinesfalls eine Entfernung oder gar Entfremdung von der größeren Gemeinschaft in der EKD. Unsere Kirche wird innerhalb der EKU und der Arnoldshainer Konferenz mit bestrebt sein, das Kirchewerden der EKD zu fördern.

4. Unsere ökumenischen Beziehungen zu anderen Kirchen sind ein unverzichtbarer Bestandteil unseres kirchlichen Lebens. Was die evangelischen Kirchen, samt und sonders Minderheitskirchen, im Osten geistlich eigentlich bewegt, unter welchen Bedingungen sie Kirche sind, das müssen wir buchstäblich erst in der neugeschenkten Freiheit erkunden. Unsere Kirche ist nicht am Ende, sondern am Anfang einer Fülle von wahrzunehmenden Aufgaben, deren Konturen wir erst präzisieren müssen, weil uns dazu jahrzehntelang die Möglichkeiten fehlten. Unsere Kirche als eine Gliedkirche der Evangelischen Kirche der Union hat mit ihrer kleinen Kraft in dem aufgezeigten Zusammenhang die lutherischen, reformierten und

unierten Kirchen zu stützen, wo es in Ost und West immer nur möglich ist. Welche Gemeinschaft, bis hin zu direkter konkreter Kirchengemeinschaft, sich daraus einmal ergeben wird, ist momentan nicht ganz abzusehen. Auf jeden Fall hat unsere Kirche schon durch ihre Lage an der Grenze von Staaten und Systemen eine Katalysator-Funktion, die nehmend und gebend schon unsere große amerikanische Schwesterkirche, die United Church of Christ, einschließt, mit der wir bereits volle Kirchengemeinschaft praktizieren. Ob uns dereinst Zeugen aus der Neuen Welt mit dem alten Evangelium dienen werden? Offenheit dafür ist bei einem letzten Besuch im mittleren Westen der U.S.A. durchaus schon signalisiert worden.

5. Ein wichtiger Punkt für die Zukunft verbindet sich mit der ökumenischen Gemeinsamkeit im Blick auf die römisch-katholische Kirche. Der polnische Katholizismus mit seiner besonderen Prägung ist vor unseren Toren. Die überaus lebhafteste Beteiligung römisch-katholischer Laienchristen im kommunalpolitischen Leben unseres Landes ist eine von uns bis jetzt kaum wahrgenommene und durchdachte Herausforderung im Blick auf evangelisches Kirchesein. Was ist »evangelische Kirche« überhaupt in der neuen Situation, die uns deutlicher Anlaß sein sollte, im Sinne Luthers unseren evangelischen Glauben mehr als bisher »ins Leben zu ziehen«. Wahrscheinlich muß unsere Kirche sich in mancher Hinsicht ein neues Verhältnis zu den neuen staatlichen Verhältnissen erarbeiten.

9. Die Quellen der Kraft

Im Ganzen und vor allem ist nun aber eines zu sagen: Der missionarische Impetus unserer Kirche wie auch der diakonische müssen neu entdeckt werden. Die Liederdichter unserer Kirche Jahrhunderte hindurch, die Vorkämpferin der dienenden Liebe Eva von Tiele-Winckler, die Eindeutigkeit des Christuszeugnisses gegen die Überfremdung der Kirche im Nationalsozialismus und vieles andere mehr sind, abgewandelt und auf die neue Situation bezogen, wieder zu gewinnen.

Wenn hier und da der Eindruck entstehen könnte, in unserem Kirchengebiet würde Kirche nur noch verwaltet, dann wäre klar dagegenzusetzen, daß es innerkirchliche Kräfte gibt, die engagiert darauf hinwirken, daß eine »Noch-Ideologie« zugunsten eines frohen Christuszeugnisses abgelöst wird.

Und schließlich: Reflexion über die Zukunft unserer Kirche ist so lange nicht viel wert, wie nicht zweierlei zusammenkommt, nämlich der Glaube an die Zukunft des Gekommenen, der war, ist und sein wird, und die Bereitschaft, dem Ruf für den eigenen Lebensvollzug in Sachverbindung mit der geistlichen Weinbergsarbeit in der so bezeichneten »schlesischen

Restkirche um Görlitz« (H. Eberlein) zu folgen, und zwar in Aufnahme des prophetischen Wortes: »Hier bin ich, sende mich!« (Jes 6,8) Es kommt alles darauf an, daß wir die Aufarbeitung von einst strahlender Vergangenheit verbinden mit der Aufgabe einer Neugestaltung unseres kirchlichen Lebens auf dem Hintergrund des akzeptierten Weges Gottes mit seinem Volk in diesem Land. Jeglicher Neuansatz zu dringend nötigem Blick zurück bedarf der Ergänzung für Gewinnung von Zukunft durch Engagement in einem Stück Lebenshingabe. Wie das bei jedem einzelnen aussehen mag, kann hier weder vorgezeichnet noch angeordnet werden.

Die beiden Ströme der Vergangenheitsbewältigung in West und in Ost müssen zusammenkommen, wenn ein – um im Bilde zu bleiben – künftiger kirchlicher Lebens- und Segensstrom erbetet und erreicht werden soll. Mögen uns dazu jetzt und weiterhin Fantasie, Energie und Mut, der uns selber miteinbringt, nicht fehlen!

Evangelische Kirche der schlesischen Oberlausitz

VON HANS-JOCHEN KÜHNE

»Lassen Sie mich heute Ihnen, die Sie im Reich oder in der Oberlausitz leben, die Grüße der Schlesischen Kirche und ihrer Leitung übermitteln.« So beginnt der erste, im Juli 1946 geschriebene Rundbrief von Präses (bald darauf Bischof) Ernst Hornig. In diesem Satz klingt uns alles entgegen, was ich ansprechen möchte:

- die Kirche, die ihre eigene Geschichte hat, weil sie in Christus gegründet ist und aus seinem Wort lebt, und die doch immer auch teil hat an der Geschichte eines Volkes, eines Landes,
- die Geschichte der Kirche in Schlesien,
- das leidvolle Geschehen, das über die Schlesier und ihre Kirche(n) gekommen ist,
- Schlesien und die Oberlausitz.

Bei der Oberlausitz möchte ich mit unserem Nachdenken über den Namen unserer Kirche einsetzen. Die Lausitz (Ober- und Niederlausitz), Schlesien und Böhmen bildeten eine traditionsreiche Einheit. Mit der deutschen Kolonisation im 12. Jahrhundert festigte sich in der Lausitz und in Schlesien der christliche Glaube, dessen Wurzeln hier bis ins 10. Jahrhundert zurückreichen. Das Zusammenleben von Slawen und Deutschen kennzeichnete fortan dieses Gebiet. Es entsteht eine enge politische Zusammengehörigkeit. Bereits 1158 erfolgt eine Übertragung des Bautzener Landes (Oberlausitz) an den König von Böhmen. 1335 kam das Herzogtum Schlesien an die böhmische Krone, 1368 die Lausitz in ihrer Gesamtheit (Markgrafen- und Niederlausitz). So entsteht über Jahrhunderte ein gemeinsamer Kulturraum. Erst als die Lausitz 1635 an Sachsen und Schlesien 1742 an Preußen kamen, wurde diese Zusammengehörigkeit unterbrochen und entstand eine neue Zuordnung.

Nach den Befreiungskriegen und der Besiegung Napoleons wurde Europa 1815 auf dem Wiener Kongreß neu »geordnet«. Damals mußte das Königreich Sachsen, das bis kurz vor der Völkerschlacht bei Leipzig an der Seite Napoleons gestanden hatte, fast zwei Drittel seines Gebietes an Preußen abtreten. Dazu gehörte die gesamte Niederlausitz und ein Teil der

Oberlausitz: von der Pulsnitz bis zum Queiß, von Bad Muskau bis nach Reichenbach. Während die Niederlausitz der Provinz Brandenburg eingegliedert wurde, kam der preußische Teil der Oberlausitz (Hoyerswerda erst 1825) zur benachbarten Provinz Schlesien. Die evangelische Kirche in Schlesien erfuhr dadurch einen starken Zuwachs an Gemeinden. »Von Bedeutung war, daß dadurch dem konfessionell gemischten Schlesien ein fast rein evangelischer Landstrich eingefügt wurde« (Eberlein). Sieben Kirchenkreise wurden für das neue Kirchengebiet gebildet (Görlitz I, II, III, Lauban, Rothenburg I, II und Hoyerswerda). Politisch geschah in jener Zeit zugleich eine Neugliederung Preußens in Regierungsbezirke. Für Schlesien waren das Liegnitz, Breslau und Oppeln. Kirchlich wurde die eine schlesische Generalsuperintendentur 1905 aufgeteilt in zwei Sprengel: Breslau-Oppeln und Liegnitz. Die alten regionalen Benennungen Oberschlesien und Niederschlesien blieben daneben in der Öffentlichkeit erhalten, mit ihnen aber auch die Bezeichnung Oberlausitz, nun präzisiert als »preußische Oberlausitz« – im Regierungsbezirk Liegnitz. (Auf diesem Hintergrund erscheint die heutige Bevorzugung der Bezeichnung Niederlausitz für unsere Region fragwürdig!)

Was sich nun in einer schlesischen Kirchenprovinz zusammenfand, war kirchengeschichtlich schon öfter aufeinander bezogen. In der Zeit der Gegenreformation, der Zurückdrängung des evangelischen Glaubens in Schlesien – vor allem vom Beginn des 30jährigen Krieges 1618 bis zur Altranstädter Konvention 1707 – waren die hart an der Grenze Schlesiens liegenden evangelischen Kirchen der Lausitz Zufluchtskirchen für die evangelischen Schlesier. Grenzkirchen wurden eigens zu diesem Zweck erbaut bzw. erweitert, u. a. Meffersdorf, Nieder-Wiesa, Thommendorf und Podrosche. Viele evangelische Christen verließen Haus und Hof und siedelten sich jenseits der schlesischen Grenzen an. Damals erwuchsen die im Queißtal liegenden Ortschaften Neuscheibe, Schwarzbach, Wiegandstal, Volkersdorf und Neugersdorf.

Die lutherischen Gemeinden der Oberlausitz wurden mit der nach 1817 einsetzenden Unionsbildung und der Auseinandersetzung um die durch König Friedrich Wilhelm III. verfaßte Agende von 1821 konfrontiert. Sie waren damit aber auch von Anfang an beteiligt an der Herausbildung der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union und an allen die Kirche der EKU bis heute formenden Geschehnissen. So haben die Gemeinden in der preußischen Oberlausitz eine eigene Prägung erhalten, auf der nicht zuletzt die Eigenständigkeit unserer nun kleinen Kirche beruht. 1948 schrieb Bischof Hornig: »Zweimal durfte ich in Basel bei Prof. Karl Barth einkehren, der mit großer Anteilnahme den Weg unserer Schlesischen Kirche verfolgt. Daß die Barmer theologische Erklärung für die Ausrichtung des

geistlichen Amtes in unserer Kirche grundlegend ist, was bei der Ordination wie bei der Berufung ins Pfarramt zum Ausdruck kommt, ist ihm wichtig und sollte auch bei unseren Pfarrern und Gemeindegliedern stärker beachtet werden. Die Schlesische und die Westfälische Kirche dürften wohl die einzigen in Deutschland sein, wo dies ausdrücklich der Fall ist.«

Es waren diese westlich der Neiße liegenden und erst 1815 zur Schlesischen Kirche gekommenen Gemeinden, in denen sich schließlich nach 1945 die Evangelische Kirche von Schlesien fortsetzte. »Die Schlesische Kirche bleibt, so Gott will, auch, falls die Kirche östlich der Neiße weiter ihren Auszug halten müßte, bestehen. Denn die 5 Kirchenkreise der Oberlausitz sind nach wie vor schlesisches Kirchengebiet. Die Synode der Evangelischen Kirche von Schlesien, Breslau 1946, hat diesen Sachverhalt bestätigt. Schon jetzt ist die Oberlausitz die Brücke zwischen der Schlesischen Kirche östlich der Neiße und der Evangelischen Kirche in Deutschland. Nachdem sich die weitere Entwicklung der evangelischen Kirche deutscher Zunge in Schlesien soweit abgezeichnet hat, daß wir auch bei fortschreitender Evakuierung mit dem Verbleib einer evangelischen Restkirche östlich der Neißegrenze rechnen müssen, wird die Kirche von Schlesien um so mehr an der westlich benachbarten Oberlausitz als ihrem Kirchengebiet festzuhalten haben, um dort der verbleibenden Heimatkirche nahe zu sein. Es braucht wohl nicht gesagt zu werden, wieviel dies in Zukunft für den Dienst am Evangelium im Kernlande Schlesien, aber auch für die kirchliche Entwicklung, die ja östlich wie westlich noch im Gange ist, bedeuten wird« (Präses Hornig 1946).

Die in Breslau verbliebene Kirchenleitung hatte im Dezember 1945 nach dem Potsdamer Abkommen die Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg gebeten, treuhänderisch das schlesische Kirchengebiet westlich der Neiße zu verwalten. Es war eine schwierige Situation. Auf der Synode in Breslau 1946 konnten Vertreter der Oberlausitzer Gemeinden nicht mitwirken, in Brandenburg waren sie nur als Gäste zugegen. Inzwischen mußte auch Präses Hornig Schlesien verlassen. Auf der Synode war bereits entschieden worden, daß der scheidende Präses beim Überschreiten der polnischen Verwaltungsgrenze die Amtsbezeichnung »Bischof« führen wird. Grundlegend für unsere Kirche wurden die Beschlüsse der Bezirkssynode (des Kirchentages) der fünf schlesischen Kirchenkreise der Oberlausitz westlich der Neiße vom 24. Februar 1947. In den Beschlüssen bat der »Kirchentag des schlesischen Gebietes der O/L.« die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche von Schlesien, das Kirchengebiet wieder in eigene Verwaltung zu übernehmen. Vier Mitglieder aus der Oberlausitz wurden in die Kirchenleitung berufen. Die nun in Görlitz arbeitende Kirchenleitung gliederte sich in eine »Abteilung Ost und Reich« und in eine »Abteilung Oberlausitz«

(Wortlaut dieses Beschlusses über das Schlesische Kirchengebiet der Oberlausitz im Anhang).

Ich habe diesen Text erst gelesen, nachdem ich bei unseren Reflexionen über den Namen unserer Kirche zum ersten Mal von der Evangelischen Kirche der »Schlesischen Oberlausitz« gesprochen hatte. Nun erweist sich beim Lesen jener Briefe und Beschlüsse eine große Kontinuität. Von der »schlesischen Oberlausitz« zu reden ist folglich keine Erfindung von 1990 (gegen Prof. Dr. Blaschke, Union vom 13./14. April 1991 – siehe auch sein Brief an die Synodalen zur Provinzialsynode 1991), sondern ist herausgewachsen aus der Kirchengeschichte unseres Gebietes.

Der Name »Evangelische Kirche der Schlesischen Oberlausitz« mag nicht so schnell eingängig klingen. »Schlesische Evangelische Kirche« – der andere Vorschlag auf der letzten Provinzialsynode – scheint klarer zu sein. Gewiß wird sich der Name einer Kirche im Munde der Gemeinde vereinfachen. Wir sprechen selbstverständlich von der Mecklenburgischen oder Bayrischen Kirche, auch wenn die korrekte Bezeichnung anders ist! Es ist wie bei unseren eigenen Namen. Was schwingt da alles mit, wenn Bischof Hornig von »unserer schlesischen Kirche« spricht! Die offizielle Bezeichnung einer Kirche will stärker bedacht sein. Der vorgeschlagene Name »Evangelische Kirche der Schlesischen Oberlausitz« trägt mit an der schmerzlichen Geschichte unseres Volkes und dieser Kirche. Er zeigt etwas von der Gebrochenheit, die unsere Kirche bestimmt. Er schließt in sich ein die Trennung der Lausitz (1815) und den Verlust von Schlesien (1945) wie auch die gegenwärtige Identitätssuche und unterschiedliche Identitätsbestimmung unter uns zwischen Ruhland und Görlitz.

Dieser Namensvorschlag variiert die ehemalige Bezeichnung »Preußische Oberlausitz«, weil Preußen als Staat 1947 aufgelöst wurde, und ist begründet in kirchlicher wie kultureller Einbindung von 130 Jahren. Der weitergehende Vorschlag »Schlesische Evangelische Kirche« sagt m. E. mehr, als wir von uns sagen können. Schlesische Kirche, das ist ein Jahrtausend, und die Gemeinden der preußisch/schlesischen Oberlausitz haben davon nur 130 Jahre erlebt. Schlesische Kirche, das wäre vor allem Nieder- und Oberschlesien, und wir sind Oberlausitz. Es gibt zu bedenken, was Lic. Hellmut Eberlein am Ende seiner »Schlesischen Kirchengeschichte«, die den ersten Band der Reihe »Das evangelische Schlesien« bildete, einst schrieb: »Ist es zu viel gesagt, wenn wir das Wort von der sterbenden Mutter auf unsere schlesische Kirche anwenden? Übrig von ihr ist z. Z. die schlesische Restkirche um Görlitz mit 5 Kirchenkreisen, 70 Gemeinden und etwa 100 Geistlichen, insgesamt ca. 250 000 Seelen. Ganz gewiß ist diese Rest-Kirche noch immer größer als manche kleine evangelische Kirche Deutschlands, aber sie ist nicht die alte schlesische Kirche, eher ihre

Tochterkirche, zumal die Oberlausitz erst seit 1815 zu Schlesien dazukam, und sie umfaßt nur knapp $\frac{1}{10}$ der Mutterkirche« (3. Aufl. 1952, S. 234). Auch er spricht verschiedentlich von der schlesischen Oberlausitz und verwendet diesen Begriff in seiner Kartendarstellung. Nachzulesen ist bei ihm auch

- daß es z. B. einen Oberlausitzer, niederschlesischen und oberschlesischen Zweig der Schlesischen Gemeinschaftsbewegung gab,
- daß R. Schian seit 1859 ein »Kirchliches Wochenblatt für Schlesien und die Oberlausitz« herausgab,
- daß die von Pastor Richter um die Jahrhundertwende ins Leben gerufene Schlesische Synodaldiakonie sechs Synodalbezirke gebildet hat, einer ist uns allen vertraut: die Oberlausitzer Synodaldiakonie.

In allen evangelischen Kirchenbezeichnungen weisen die geographischen Bestimmungen auf Land und Landschaft, wo man mit anderen Gemeinden zusammen Kirche bildet. Entsprechend erklärte 1950 unsere Kirchenleitung in den Auseinandersetzungen um den Namen unserer Kirche: »Die Evangelischen Landeskirchen bezeichnen sich seit Jahrhunderten nach ihrem Kirchengebiet, also nicht nach dem Sitz des Bischofs, wie dies in der katholischen Kirche auf Grund ihres hierarchischen Prinzips geschieht. Diese Art der Bezeichnung hat u. a. ihren Grund darin, daß die evangelischen Kirchen Volkskirchen mit synodalem Charakter sind, also das im Kirchengebiet zusammengefaßte Kirchenvolk bezeichnet werden soll. Die Kirchengrenzen decken sich seit langem keineswegs mit den Staatsgrenzen... Es ist also nichts außergewöhnliches, daß die Auflösung des Landes Preußen und die politische Eingliederung des schlesischen Restgebietes westlich der Neiße in das Land Sachsen nicht die Eingliederung des restlichen schlesischen Kirchengebietes in die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsen nach sich zog. Eine solche Eingliederung ist auch nicht möglich, die Sächsische Landeskirche ist eine lutherische Kirche und als solche in den Jahrhunderten besonders gestaltet und ausgeprägt. Die Schlesische Kirche ist jedoch eine Unionskirche, erwachsen und geprägt auf der Union zwischen Gemeinden des lutherischen und des reformierten Bekenntnisses. Beide Landeskirchen haben so eine ganz andere geschichtliche Entwicklung und Ausprägung in ihrem Kirchentum gehabt. Es ist von daher selbstverständlich und nicht anders möglich, daß die schlesische Restkirche eigenständig bleibt. Aus dieser Sicht ist es aber auch leicht zu erklären, weshalb die Synode die genannte Bezeichnung gewählt hat. Mit Bedacht ist nicht die Bezeichnung »in Schlesien« gewählt worden, um jeden Anschein zu vermeiden, als ob politische Anklänge gemeint wären. Vielmehr soll die gewählte Bezeichnung »von Schlesien« zum Ausdruck bringen, woher die kirchliche Eigenständigkeit, wie der Bekenntnisstand dieser

Kirche rühren, nämlich von der schlesischen kirchengeschichtlichen Entwicklung.«

Kirchennamen schließen regionale geistliche Prägungen immer mit ein, wenn man um die Geschichte weiß. Sie drücken sie jedoch nicht unmittelbar aus. Der Vorschlag, uns neu »Schlesische Evangelische Kirche« zu nennen, erwuchs gerade aus dem Gedanken, nicht eine geographische Umschreibung, sondern das geistliche Erbe im Kirchennamen aufzuzeigen. Eine solche Unterscheidung ist jedoch im Wortlaut nicht zu vermitteln. Und wenn wir diese Begründung wagten – würde sie denn für unsere heutige Kirche zutreffen? Hätte sie je so für die Gemeinden der Oberlausitz zugetroffen?

1968 hatte die Provinzialsynode beschlossen: »Die Evangelische Kirche von Schlesien führt unter Fortbestand ihrer Rechtspersönlichkeit künftig den Namen »Evangelische Kirche des Görlitzer Kirchengebietes«. Zuvor war unserer Kirche erklärt worden, »daß der Name der Ev. Kirche von Schlesien aus staatspolitischen Gründen im Interesse der Beziehung der DDR zur VR Polen nicht mehr tragbar sei« (Manuskript Bischof D. Fränkel). Es ist nun an uns, in neuer gesellschaftlicher Situation noch einmal über den Namen unserer Kirche nachzudenken.

»Evangelische Kirche der schlesischen Oberlausitz« – mit diesem Namen würde deutlicher als mit unserer jetzigen Bezeichnung, warum es im Freistaat Sachsen neben der Ev.-Lutherischen Landeskirche Sachsens noch eine zweite eigenständige evangelische (Landes-)Kirche gibt und warum sich im Landkreis Senftenberg landesmäßige und kirchliche Zugehörigkeit nicht decken.

»Evangelische Kirche der schlesischen Oberlausitz« – eine Bezugnahme auf die Oberlausitz war schon 1953 in der damaligen Auseinandersetzung um den Kirchennamen vom Rat der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union als Kompromiß angeregt worden. Man hielt es für vertretbar, entweder »Oberlausitz« oder »Konsistorialbezirk Görlitz« in Klammern als Näherbestimmung zum eigentlichen Kirchennamen zu führen.

»Evangelische Kirche der schlesischen Oberlausitz« – wie bisher würde das eigentlich Bestimmende unserer Kirche an erster Stelle stehen: das Evangelium, das evangelische Bekenntnis.

Man könnte auch alles beim alten lassen. Dann würde mit unserem Kirchennamen »Evangelische Kirche des Görlitzer Kirchengebietes« staatlicher sozialistischer Druck gegenüber einer Kirche weiterleben, der auch etwas, aber sehr wenig und wenig Entscheidendes von der Geschichte unserer Kirche weitersagen würde. »Blieb alles beim alten?« so fragte am 17. April 1991 der Kommentator im Deutschlandsender Kultur und meinte »Nein, diesmal handelte es sich um die freie Entscheidung einer Synode,

eines Kirchenparlamentes, nicht einer vom Staat aufoktroierten Entscheidung« (für den bisherigen Namen). Ich habe die Debatte unserer Provinzialsynode nicht so erlebt. Ich habe sie als ein Ringen um die bessere Namensgebung erlebt – im Wissen um die *Notwendigkeit einer Änderung*. Aus Liebe zu unserer Kirche sollten wir darüber in Ruhe in Gemeindegemeinderäten, in Gemeindekreisen und Kreissynoden miteinander beraten. Denn eine Namensänderung sollte von möglichst allen gewollt, mitgetragen und verstanden werden.

Anlage 1

Bericht

der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche von Schlesien über die Bezirkssynode der Oberlausitz westwärts der Neiße, Görlitz, den 24. 2. 1947, sowie die Übernahme dieses Kirchengebietes in die eigene Verwaltung.

Unter dem 24. 2. 1947 traten die fünf schlesischen Kirchenkreise der Oberlausitz westwärts der Neiße in der Peterskirche in Görlitz zu der Bezirkssynode zusammen. Die von der O/L. verlangte Einberufung dieser Synode war erforderlich gewesen, weil diese Kirchenkreise infolge der durch den interalliierten Beschluß von Potsdam 1945 ausgesprochenen Abtrennung des schlesischen Gebietes östlich der Neiße, dessen Unterstellung unter polnische Verwaltungshoheit und der durch diese Maßnahme geschaffenen Lage bei der Synode der Evang. Kirche von Schlesien, Breslau 1946, ihre Belange nicht hatten wahrnehmen können, und bei der Synode der Evang. Kirche von Berlin-Brandenburg, 6. 10. 1946, mit Rücksicht darauf, daß deren Kirchenleitung die treuhänderische Fürsorge über sie ausübte, lediglich als Gäste vertreten waren.

Aufgabe der Bezirkssynode auf Anregung sowohl der Preußischen Kirchenleitung als auch der Kirchenleitung der Evang. Kirche von Berlin-Brandenburg war es, ihre Meinung über die zukünftige Zugehörigkeit sowie die Verwaltung ihres Kirchengebietes durch klar umrissene Beschlüsse bei den zuständigen kirchlichen Stellen zu Gehör zu bringen.

Als Gäste der Bezirkssynode waren anwesend von der Kirchenleitung der Evang. Kirche von Berlin-Brandenburg, dem Evang. Konsistorium und dem Evang. Oberkirchenrate in Berlin, Bischof *D. Dr. Dibelius* und Direktor Lic. *Dr. Kammel*, von der Kirchenleitung der Evang. Kirche von Schlesien Bischof *Hornig*, Oberkirchenrat Pfarrer *Dr. Berger* und Kirchenrat *Dr. Bach*. Nach einer Morgenandacht, welche Pfarrer *Treu* hielt, wurde folgende Tagesordnung einstimmig angenommen:

1. »Gottes Ruf in der heutigen Zeit«,
2. Feststellung und Verpflichtung der Abgeordneten,
3. Wahl des Vorsitzenden,
4. die kirchliche Lage der O/L. in Gegenwart und Zukunft, Sup.-Vertreter *Reese*,
5. Aussprache und Stellungnahme zu den eingegangenen und zu stellenden Anträgen.

Die kirchliche Rede »Gottes Ruf in der heutigen Zeit« hielt *D. Dr. Dibelius*. Nach dem Referat des Sup.-Vertr. *Reese* und nach eingehender Erörterung sämtlicher durch das Referat ausgelöst und zur Aussprache gestellter Anträge kam es zu folgendem Beschlusse:

1. Der Kirchentag des schlesischen Gebietes der O/L. westlich der Neiße, Görlitz, den 24.2. 1947, dankt Gott, dem Vater unseres Herrn Jesu Christi, für die der O/L. durch die Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg und ihren geistlichen Leiter, Herrn Bischof *D. Dr. Dibelius*, gewährte treuhänderische Fürsorge, sowie für die durch die Kirchenleitung der Evang. Kirche von Schlesien in dem schlesischen Kirchengebiet ostwärts der Neiße an den evang. Gemeinden und Geistlichen entfaltete segensreiche Tätigkeit. Er befiehlt deren Mitarbeit auch für die Zukunft Seiner Gnade.

2. Der Kirchentag des schlesischen Kirchengebietes westlich der Neiße, Görlitz, den 24.2. 1947, weiß sich als Ergänzung der Synode der Evang. Kirche von Schlesien, Breslau 1946, und erkennt deren Beschluß betr. Zugehörigkeit der O/L. zum Kirchengebiet der Evang. Kirche von Schlesien als rechters an.

3. Der Kirchentag des schlesischen Kirchengebietes der O/L. westlich der Neiße, Görlitz, den 24.2. 1947, bittet die Kirchenleitung der Evang. Kirche von Schlesien auf Grund des Beschlusses der Synode der Evang. Kirche von Schlesien, Breslau 1946, betr. Zugehörigkeit der O/L. zu ihrem Kirchengebiet, durch Verhandlungen mit der Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg die Lösung der zwischen dieser und der Schles. Kirchenleitung im Dezember 1945 getroffenen Abmachung, nach welcher die Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg die Fürsorge für die Kirchenkreise der O/L. treuhänderisch ausübt, anzustreben und dieses Kirchengebiet alsbald wieder in die eigene Verwaltung zu übernehmen.

4. Der Kirchentag des schlesischen Kirchengebietes der O/L. westlich der Neiße, Görlitz, den 24.2. 1947, bittet die Kirchenleitung der Evang. Kirche von Schlesien, nach der Übernahme der Verwaltung drei Geistliche und einen Laien aus der O/L. als ordentliche Mitglieder in die Kirchenleitung zu berufen. Als solche werden vorgeschlagen:

- a) Pfarrer Lic. Kunze, c) Pfarrer Schulz,
- b) Sup.-Vertr. Reese, d) Kaufmann Bartos.

5. Nachdem vier Mitglieder aus der O/L. in die Schlesische Kirchenleitung eingetreten sind, gliedert sich die Kirchenleitung der Evang. Kirche von Schlesien in Görlitz

- a) in eine Abteilung Ost und Reich und
- b) in eine Abteilung Oberlausitz.

Die Abteilung O/L. besteht aus den unter Ziffer 4. a-d) genannten Mitgliedern sowie zwei weiteren Mitgliedern der Schlesischen Kirchenleitung. Den Vorsitz führt ein Mitglied der O/L.

6. Fragen von grundsätzlicher und allgemeiner kirchlicher Bedeutung werden von der Kirchenleitung der Evang. Kirche von Schlesien in ihrer Gesamtheit entschieden. Den Vorsitz führt Bischof *Hornig*.

Aus diesen Beschlüssen ergibt sich für die Neuordnung des schlesischen Gebietes westlich der Neiße folgendes:

1. Das schlesische Kirchengebiet der O/L. weiß sich mit der gesamten schlesischen Kirche als ein Glied der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union.

2. Die im Notstande der Schlesischen Kirche der Kirchenleitung der Evang. Kirche von Berlin-Brandenburg übertragene treuhänderische Verwaltung der fünf schlesischen Kirchenkreise der O/L. westwärts der Neiße ist mit Wirkung vom 30. 4. 1947 ab beendet. Die Schlesische Kirche ist unter der gemeinsamen Kirchenleitung der Evang. Kirche von Schlesien geeint.

3. Die Übernahme der fünf Kirchenkreise der O/L. westwärts der Neiße durch die Kirchenleitung der Evang. Kirche von Schlesien ist mit Wirkung vom 1. 5. 1947 ab in Aussicht genommen.

Wohl wissend, daß die Kirche nicht nach menschlichen Plänen geordnet wird, bitten wir den Herrn der Kirche, daß ER das angefangene Werk durch Seine Gegenwart in Wort und Sakrament segne und es vollführe nach Seinem Worte: »Seid fleißig zu halten die Einigkeit im Geist durch das Band des Friedens; ein Leib und ein Geist, wie ihr auch berufen seid auf einerlei Hoffnung eurer Berufung; ein Herr, ein Glaube, eine Taufe; ein Gott und Vater unser Aller, der da ist über euch allen und durch euch alle und in euch allen.«

Görlitz, den 18. März 1947.

gez. *Hornig*, gez. *Kunze*, gez. *Bach*, gez. *Bartos*, gez. *Berger*, gez. *Kellner*,
gez. *Reese*, gez. *Schulz*.

Buchbesprechungen

Herbert Patzelt: Geschichte der evangelischen Kirche in Österreichisch-Schlesien. Dülmen: Laumann Verlag 1989, 424 S., 3 Karten und zahlreiche Abb. (Schriften der Stiftung Haus Oberschlesien Band 5)

Der Verfasser des Buches, der in der Nähe von Teschen geboren wurde, hat mit diesem Werk die Geschichte seiner Heimatkirche aufgezeichnet. Stadt und Kirchengemeinde Teschen stehen – das ist auch sachlich begründet – im Mittelpunkt, aber der Verfasser verwendet ein intensives Studium auch auf die übrigen, zum Teil bedeutenden Orte des Territoriums wie etwa Tropaup, Jägerndorf, Freiwaldau, Freudenthal, Mährisch Ostrau und Bielitz.

Die Darstellung zerfällt in zwei Teile. Im ersten wird ein historischer Abriss über die Entwicklung von der Reformation bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg gegeben. Der zweite Teil enthält eine kurze Geschichte der einzelnen Kirchengemeinden des Territoriums.

Entsprechend der ungünstigen Quellenlage ist die Behandlung der Reformationszeit relativ knapp. Der Verfasser erörtert, welche Kirchengemeinden auf utraquistische Anfänge zurückgehen. Für die Reformationsgeschichte spielt der Adel, vor allem Herzog Wenzel II. Adam, Herzog Adam Wenzel und seine Frau Katharina Sidonia im Herzogtum Teschen sowie Markgraf Georg der Fromme im Herzogtum Jägerndorf eine hervorragende Rolle. Der Adel war es auch, der in der Zeit der Gegenreformation zur katholischen Partei überwechselte und damit die Gemeinden ihres Schutzes beraubte. Erst in der Zeit des Toleranzediktes Josephs II. 1781 setzt eine eigene Aktenüberlieferung der evangelischen Gemeinden ein und dementsprechend wird die Schilderung seit Ende des 18. Jahrhunderts detailreicher und intensiver. Der Verfasser, der die vorhandenen Archivalien und die Bibliothek der Teschener Gemeinde benutzen und einsehen konnte, widmet der noch erhaltenen Rudolf-von-Tschammer-Bibliothek einen eigenen Abschnitt. Bedeutendste Gestalt des 19. Jahrhunderts ist der Pfarrer, Superintendent und Politiker Dr. Theodor Haase, auf den mancherlei Gründungen in Teschen wie das Evangelische Krankenhaus zurück-

gehen und den er mit der Bedeutung von August Hermann Francke für Halle vergleicht. Der Verfasser erörtert die Herausforderung des Industriezeitalters für die Gemeinden am Beispiel des Ostrau-Karwiner-Kohlebeckens und der nun erheblich anwachsenden Einwohnerzahlen. Das Verhältnis der Kirchengemeinden zur polnisch nationalen Bewegung und die Rolle von Franz Michejda wie die Sprachenfrage generell kommen ausführlich zu Wort bei starker Zurückhaltung seines eigenen Urteils. Die schwierigen Verhältnisse der Kirche nach dem Untergang der habsburgischen Monarchie und ihre Aufteilung in einen polnischen und tschechischen Teil mit der Teilung der Stadt Teschen, die Gründung einer eigenen Kirche unter dem Namen »Deutsche Evangelische Kirche in Böhmen, Mähren und Schlesien« im Jahre 1920, die Unterstellung eines Teiles der Gemeinden unter die preußische Kirche im Jahre 1940, vor allem das Verbot des polnischen Gottesdienstes im Zweiten Weltkrieg haben das Gemeindeleben vor harte Zerreißproben gestellt, und doch ist die Kirche auch nach 1945 lebendig geblieben. Patzelt schließt seinen historischen Rückblick mit der eindrucklichen 250-Jahrfeier der Gnadenkirche im Jahre 1959.

Ich möchte die Bedeutung des Buches in zweierlei Hinsicht sehen. Patzelt setzt das gründlich und gediegen gearbeitete Buch von Oskar Wagner: Mutterkirche vieler Länder (Wien-Köln-Graz 1978) voraus. Er benutzt aber weitere Quellen und legt stärkeres Gewicht auf die Darstellung der innergemeindlichen Vorgänge, der Einzelgemeinden und herausragender Persönlichkeiten. So wertet er etwa die Bestände der Christentumsgesellschaft in Basel aus und gibt ein anschauliches Bild über den Freundeskreis der Gesellschaft in Bielitz. Er hat die Bestände des Gustav-Adolf-Werkes in Leipzig eingesehen und zeigt eindrucklich, wie die Arbeit dieses Werkes von den nationalpolnischen Gemeinden abgelehnt wurde. Als Beispiel für eine bewegende Biographie nenne ich das Leben von Paul Zahradnik (1893–1969), dem Pfarrer und späteren Kirchenrat der neu gegründeten lutherischen Kirchengemeinde in Tschechisch-Teschen (seit 1923).

Ein zweiter Vorzug liegt in der Tatsache, daß hier alle Gemeinden des Gebietes vorgestellt und mit ihrer kirchlichen Entwicklung skizziert werden. Auch in diesem ortsgeschichtlichen Teil sind einige Pfarrerberiographien eingestreut. Das Buch hat also einen lexikalischen Charakter, der es zur schnellen Information über kirchengeschichtliche Fragen an die Region empfiehlt. Es wird durch ein Personen- und Ortsregister sowie eine ausführliche Literaturliste erschlossen.

Die Lektüre des Buches ist gerade heute von Gewinn, da der Leser mit einem Territorium und Kirchentum vertraut gemacht wird, in dem Polen, Deutsche und Tschechen über einen langen Zeitraum friedlich miteinander

lebten und verbunden waren. Erst die Folgen der nationalen Bewegungen Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts haben die Kirche innerlich und dann auch äußerlich gespalten. Die Tragik einzelner Gemeinden und Lebensläufe vorzustellen und auf den Leser wirken zu lassen, um für Verständnis für diese auch heute lebendige Kirche zu werben, ist sein eigentliches Ziel.

Dietrich Meyer

Kontinuität und Wandel: Schlesien zwischen Österreich und Preußen.

Ergebnisse eines Symposions in Würzburg vom 29. bis 31. Oktober 1987. Hg. v. Peter Baumgart unter Mitwirkung von Ulrich Schmilewski. Sigmaringen: Thorbecke Verlag 1990, 399 S., Abb., 1 Karte (Schlesische Forschungen. Band 4)

Der Sammelband mit den Vorträgen des Symposions des Gerhard-Möbus-Instituts für Schlesienforschung an der Universität Würzburg behandelt die Besitzergreifung Schlesiens durch Friedrich II. von Preußen im Jahre 1740 und erörtert dieses Faktum aus dem Blickwinkel der verschiedensten Disziplinen. Das gestellte Thema erweist sich dabei als recht fruchtbar, denn es zwingt dazu, die Veränderungen der preußischen Zeit in Beziehung zu setzen zu der Situation der vorangegangenen habsburgischen Zeit, eben Kontinuität und Wandel unter den verschiedensten Aspekten zu vergleichen. Die 18 Beiträge sind in vier Abschnitte gegliedert, die die Bereiche 1. Politik und Kriegsführung, 2. Wirtschaft und Gesellschaft, 3. Staat und Kirche, 4. Bildung und Kultur behandeln.

Der Herausgeber, Dr. Peter Baumgart, Professor für Geschichte der Neuzeit an der Universität in Würzburg, stellt in einem einleitenden Kapitel die »europäischen Implikationen der Eroberung des Landes« Schlesien und damit die bei Friedrich zugrunde liegenden Motive seiner Einverleibung Schlesiens nicht nur im Blick auf die preußische Geschichte, sondern auch in Hinsicht auf die Reichspolitik und im Urteil der europäischen Nachbarn heraus: sein antihabsburgisches Erbe, sein Großmachtsstreben und Nutzen der günstigen Stunde, seine Machtpolitik und Staatsräson, seine erfolgreiche Reichspolitik. Nicht nur bei Baumgart, sondern auch in den weiteren Aufsätzen gelingt es gut, die überregionale Tragweite dieses historischen Schrittes und die Verknüpfung Schlesiens mit der Reichspolitik herauszuarbeiten. So auch in dem lesenswerten Beitrag von Johannes Kunisch über die »militärische Bedeutung Schlesiens und das Scheitern der österreichischen Rückeroberungspläne im Siebenjährigen Krieg«, der die entscheidenden Fehler Österreichs in strukturellen Mängeln

und dem vorsichtigen Abwarten und Taktieren der antipreußischen Koalition sieht.

Es ist unmöglich, hier auf alle Beiträge einzugehen. Wie lebendig und kenntnisreich ist etwa der Beitrag von Norbert Conrads über den »politischen Mentalitätswandel« der Schlesier. Für die Leser dieser Zeitschrift ist sicherlich das Kapitel über Staat und Kirche von größtem Interesse. Elisabeth Kovács aus Wien beschreibt die »österreichische Kirchenpolitik in Schlesien von 1707 bis 1790« und erläutert aufschlußreich die Hintergründe der antiprotestantischen Religionspolitik von Joseph I. bis zu Maria Theresia, etwa anhand der Apostatenedikte gegen die Evangelischen, die zum katholischen Glauben konvertiert waren und wieder evangelisch wurden, oder am Beispiel von Österreichisch-Schlesien, dessen Protestanten auch nach 1740 keine Erleichterung hatten. Die Verfasserin geht aber auch auf Freiherr Johann Christoph von Bartenstein und seine von Toleranz geprägten Reformideen ein, die sich dann bei Joseph II. auswirkten.

Für das Verständnis der preußischen Religionspolitik ist der Aufsatz Anton Schindlers über »Friedrichs des Großen Toleranz und seine katholischen Untertanen« beachtenswert. Er leitet sie aus dem »territorialistischen Staatskirchenrecht« ab, nach dem der König die *jura circa sacra* nicht nur der eigenen, sondern auch der anderen Kirchen seines Territoriums beanspruchen durfte. Darum schützte er die Katholiken und den Jesuitenorden in seinem Gebiet, aber intervenierte auch bei Bischofswahlen, er reformierte behutsam in Kontakt mit den Breslauer Bischöfen den Zugang zu den geistlichen Orden, die Zahl der Feiertage und die Mischehengesetzgebung. Der Saganer Abt Johann Ignaz Felbiger führte im Auftrag Friedrichs eine Reform des Volksschulwesens durch, die für ganz Deutschland vorbildlich wurde. Der Verfasser sieht in dem Bau der Hedwigskirche in Berlin ein Sinnbild der aufgeklärten, naturrechtlich verankerten Toleranz Friedrichs, die für ihre Zeit anziehend und fortschrittlich war.

Anregend ist der Aufsatz von Joachim Köhler mit bedenkenwerten Thesen zu einer Revision des Geschichtsbildes, aus der sich eine neue Sicht der Ereignisse ergibt. Er leitet das territorialistische Kirchenverständnis Friedrichs aus dem Eigenkirchenwesen des Mittelalters ab und stellt es dem nachtridentinischen Zentralismus der römischen Kirche gegenüber. Die Breslauer Oberhirten Sinzendorf und Schaffgotsch haben, so Köhler, ihr episkopales Selbstverständnis im landesherrlichen Kirchentum besser als im römischen Zentralismus verwirklicht gesehen. – Die unterschiedlichen Aspekte des »schlesischen Protestantismus vor und nach 1740« beschreibt Dieter Mempel. Er bringt Friedrichs Religionspolitik auf den Nenner: konfessionelle Befriedung der Provinz. Daß Friedrich dabei immer pragmatisch und wirtschaftlich dachte, zeigt der materialgesättigte und differenzie-

rende Beitrag von Manfred Agethen über »die Situation der jüdischen Minderheiten in Schlesien unter österreichischer und preußischer Herrschaft«.

Ein reichhaltiges, facettenreiches Thema, das in diesem Sammelband recht umfassend in Angriff genommen wird. Man erhält einen guten Überblick über den heutigen Forschungsstand. Ein Orts- und Personenregister erschließt den Inhalt hilfreich.

Dietrich Meyer

Konstanty Kalinowski: *Barock in Schlesien. Geschichte, Eigenart und heutige Erscheinung*. Aufnahmen von Mirosław Lanowiecki. München: Deutscher Kunstverlag: 1990, 160 S., farbige und s/w Abb.

Der bekannte Posener Kunsthistoriker Konstanty Kalinowski stellt in dem Band »Barock in Schlesien« seine jahrzehntelangen Forschungen zur schlesischen Barockkunst einem breiteren Publikum vor. Viele westdeutsche Leser verbinden mit Namen wie Heinrichau, Grüssau oder Wahlstatt kaum mehr etwas, allein im Bewußtsein der vertriebenen Schlesier sind diese Stätten barocker Kunst noch lebendig. Kalinowski legt keine vollständige Geschichte der Barockkunst in Schlesien vor, sondern versucht anhand einiger ausgewählter Themen, die sich aus der politischen und wirtschaftlichen Situation Schlesiens im 17. und 18. Jahrhundert ergeben, die Barockkunst dieser Region dem heutigen Leser verständlich zu machen. Dabei baut er nicht nur auf eigenen Forschungen auf, sondern bezieht ausdrücklich die deutsche Forschung mit ein: »Die polnische und die deutsche Forschung haben nun einen Stand erreicht, der gegenseitige Toleranz und Hilfe, ja auch Anerkennung selbstverständlich macht.« (S. 6)

Kalinowski will den Leser dahin führen, das Kunstwerk in seiner Entstehungszeit zu verstehen: »Der heutige Betrachter muß sich um Kenntnis der besonderen Konventionen bemühen, die damals gültig waren und das Bild ihrer Zeit so wesentlich geprägt haben.« (S. 8) Daneben ist für das Verständnis des Barock in Schlesien die konfessionelle Lage im Zeitalter der Gegenreformation immer mit heranzuziehen. Der evangelische Kirchenbau im 17. und frühen 18. Jahrhundert ist nicht nachvollziehbar, wenn man nicht um die Durchführung der Gegenreformation in den meisten schlesischen Fürstentümern weiß.

Der Verfasser behandelt neben dem Klosterbau und seinen katholischen Auftraggebern, die in dieser Zeit besonders aktiv waren und Barockbauten von europäischem Rang schufen, auch den evangelischen Kirchenbau. Er beschränkt sich allerdings in der Darstellung nur auf die Friedenskirchen in

Jauer und Schweidnitz, während die bedeutenden Gnadenkirchenbauten in Hirschberg, Landeshut und Teschen, sowie die frühen Beispiele des Bethauskirchenbaus in preußischer Zeit leider außen vor bleiben. Kalinowski stellt richtig heraus, daß alle drei Entwürfe der schlesischen Friedenskirchen in Glogau, Jauer und Schweidnitz von dem Breslauer Baumeister Albrecht von Säbisch stammen, der in seinen Entwürfen die Erfordernisse der Zeit, nämlich einfache, funktionale Formen zu schaffen, realisierte. Die evangelischen Kirchen dieser Zeit zeichnen sich besonders im Innern durch den Verzicht auf jegliche konfessionelle Polemik aus, denn »die Bilder und Kommentare [z.B. in den Friedenskirchen in Jauer und Schweidnitz] hatten eher die Gläubigen in der Richtigkeit ihrer gewählten Haltung zu festigen, in ihrem Glauben zu stärken«. (S. 67)

Im Anschluß an den darstellenden Teil bietet Kalinowski einen Katalog mit den wichtigsten schlesischen Barockbauten. Der Leser erhält durch die knappen historischen und kunsthistorischen Angaben einen guten Überblick über die Entstehung und weitere Entwicklung der Bauten einschließlich Hinweisen auf ihren Erhaltungszustand. Es soll an dieser Stelle allein auf seine Ausführungen zu evangelischen Kirchen eingegangen werden. Die Breslauer Hofkirche (S. 96), die in den Jahren von 1747 bis 1750 als Reformierte Kirche an der Karlstraße erbaut wurde, weist Kalinowski noch dem Barock zu, obwohl diese Kirche als erste evangelische Rokokokirche in Schlesien gilt. Es ist auch zweifelhaft, ob die Kirche von Jonas Friedrich Arnold stammt. Die Entstehung der Reformierten Kirche muß im Zusammenhang mit der Erweiterung des vorhandenen Schloßbaus gesehen werden, die unter Friedrich dem Großen durchgeführt wurde und mit der der preußische König seinen Berliner Baumeister Johann Boumann d. Ä. beauftragte. Dem gebürtigen Niederländer ist auch der Entwurf der Hofkirche zuzuschreiben.

Leider sind dem Verfasser bei den Bemerkungen zu den Friedenskirchen in Jauer und Schweidnitz einige bedauerliche Ungenauigkeiten unterlaufen (vgl. S. 116f. und S. 144f.). Der Maler, der die Friedenskirche in Jauer ausmalte, hieß nicht Georg Fleger, sondern Georg Flegel. Die Ausmalung der zweiten und vierten Empore stammt nicht aus den 60er Jahren, wie Kalinowski schreibt, sondern genau aus den Jahren 1678 und 1681. Die erste und vierte Empore wurden bereits Ende des 17. Jahrhunderts ausgemalt. Denn in der Festschrift zum 50. Jahresfest der Kirche im Jahre 1706 wurde diese Ausmalung bereits erwähnt (und nicht, wie Kalinowski schreibt, im Jahre 1710). Der Maler der Schweidnitzer Friedenskirche hieß nicht Christoph Kalicki, sondern Christian Kolitschky. Die Restaurierung der Friedenskirche fand nicht von 1956 bis 1958, sondern

von 1958 bis 1960 statt. Die Restaurierung, die im Jahre 1979 durchgeführt wurde, erwähnt der Verfasser nicht.

Trotz dieser kleineren Ungenauigkeiten hat Kalinowski einen übersichtlichen kunsthistorischen Abriss des schlesischen Barockzeitalters vorgelegt. Der zusätzliche Wert des Buches liegt in den qualitativ hochwertigen aktuellen Farb- und Schwarz-Weiß-Aufnahmen und in der weiterführenden Literatur. Der Leser erhält durch die deutschen und polnischen Literaturhinweise gute Möglichkeiten der Weiterarbeit.

Ulrich Hutter-Wolandt

D. Hellmuth Heyden: *Die Evangelischen Geistlichen des ehemaligen Regierungsbezirkes Stralsund. Die Synoden Wolgast, Stralsund, Loitz.* Als Manuskript gedruckt Greifswald o. J. [1972?], 250 S.

Auf die drei ersten Bändchen dieses Pfarrerbuches (1956 Insel Rügen, 1959 Kirchenkreise Barth, Franzburg und Grimmen, 1968 Greifswald, Land und Stadt) ist nach dem Tode des Verfassers (18. März 1972) dieser letzte, mir erst jetzt zugänglich gewordene Teil erschienen, und wie in den Kurzbesprechungen Jahrbuch 37 (1958) und Jahrbuch 41 (1965) sollen auch dazu die persönlichen oder amtlichen Beziehungen von pommerschen Pfarrern zu Schlesien nachgewiesen werden. Ergänzungen oder auch kleine Berichtigungen sind in Klammern gesetzt.

S. 12 Kurt Neumann, Wolgast, geb. 30. Juli 1915 in Mochholz Kr. Rothenburg O.-L.

S. 47 Christian Ike, Kröslin, geb. 6. Juli 1680 in Stralsund, 1708 Pastor in Deutsch-Ossig bei Görlitz. Er heiratete 1. (Bernstadt auf dem Eigen 25. Mai 1707 Maria Catharina Haußdorf, geb. 12. Juni 1689 in Bernstadt, Vater M. Salomon H., Pfarrer, gest. 10. Mai 1721 in Deutsch-Ossig).

S. 48 Otto Carl Friedrich Rühle, geb. 7. Mai 1821 in Liegnitz, 1852 Divisionspfarrer in Glogau, 1866 Pfarrer in Kröslin, 1871 Superintendent in Neustettin, em. 1889. Das Todesdatum fehlt (auch bei J. Rademacher, Predigergeschichte von Glogau, 1933, S. 14).

S. 49 Lic. Gustav Häußler, (geb. 15. September 1896 in Krakau, Vater Geigenbauer. Univ. Greifswald. Ord. in Kattowitz 18. März 1923. 1923 Vereinsgeistlicher der Inneren Mission, 1924 Kattowitz 4. Pfarrstelle). Er gab in Kattowitz ein evangelisches Gesangbuch in polnischer Sprache heraus. 1931 Pfarrer in Kröslin, 1936 Potsdam-Babelsberg, Oberlinhaus.

S. 54 Carl Siegfried Adolf Klopsch, Lassin, geb. 28. Dezember 1836

- (wahrscheinlich in Glogau, er studierte zuerst in Breslau), 1868 Pfarrer in Gramzow, 1878 in Lassen bis 1903. Die Angabe des Todesdatums fehlt.
- S. 63 Emil Franz Robert *Huffnagel*, Pinnow, geb. 10. Juli 1857 in Pyritz. Er wurde 1888 Pfarrer in Ochelhermsdorf Kr. Grünberg, 1921 Superintendent des Kirchenkreises Grünberg (Em. 1. 10. 1927, gest. 15. Juli 1929 in Berlin-Steglitz. Trauung Flensburg St. Marien 25. August 1898 mit Marie Clausen, Tochter des Hauptpastors C. in Sörup bei Flensburg, wo H. 1881 Hauslehrer gewesen war. Sohn Gerhard, geb. 21. April 1905, staatlich geprüfter Landwirt).
- S. 74 Robert Gustav Otto *Baumann*, geb. 24. Dezember 1859 in Pyritz, 1886 Pfarrer in Zarnekow (keine Beziehung zu Schlesien, aber Ergänzungen aus Otto Fischer, Pfarrerbuch für die Mark Brandenburg II, 1, 1941, S. 36: Vater Friedrich B., Schuhmachermeister, Mutter Dorothea Luise Hennig. Ord. in Greifswald 24. September 1884. 1901 nach Berlin, Emmaus, 1905 2. Pfarrer an Martha, Kr. Kölln-Stadt. Gest. 10. März 1924).
- S. 75 Paul Oskar Emil *Gröschel*, geb. 2. August 1871 in Kontschwitz Kreis Ohlau. Missionar in Bulongwa, Deutsch-Ostafrika, noch 1916, bis 1919 in englischer Gefangenschaft in Ägypten, danach bis 1926 Reiseprediger der Berliner Missionsgesellschaft in Breslau, 1929 Pastor in Zarnekow, 1938 als Emeritus nach Breslau, seit 1945 wohnhaft in Halle. Sein Sohn Johannes Gröschel, geb. 18. August 1901 in Kidugala, Deutsch-Ostafrika, von 1933 bis 1945 Pfarrer in Militsch.
- S. 84 Peter Friedrich *Hanisch*, Züssow, geb. 1799 in Küpper Kr. Lauban (nicht Kueppen bei Görlitz). 20. November 1812 bis Ostern 1818 Gymnasium Görlitz (K. G. Anton, Verzeichniß der Schüler des Gymnasiums zu Görlitz, Görlitz 1856, S. 23).
- S. 103 D. Salomo *Gefßner*, geb. 8. November 1559 in Bunzlau (Vater Paul G., Diakonus, Mutter Anna Cunrad), 1585 Rektor der Schule in Bunzlau, 1589 ebenso in Stettin, 1592 Oberpfarrer an St. Nicolai in Stralsund (wo ihm Luft und Wasser nicht zuträglich waren), 1593 Professor und Dr. theol. in Wittenberg (Lebenslauf bei Ehrhardt, Presbyterologie III, 2, 1784, S. 460–463).
- S. 109 Johannes *Schmidt*, Stralsund, geb. 16. November 1873 in Neuruppin, 1904 Kadettenhauspfarrer in Wahlstatt, 1912 Divisionspfarrer in Neiße, 1919 Stralsund.
- S. 111 Johannes *Knipstro*, Stralsund, geb. 1497 in Sandow bei Havelberg, er war Mönch in einem unbekannten schlesischen Kloster. 1535 Generalsuperintendent in Wolgast.

- S. 123 Balthasar *Krockisius*, geb. 1630 in Brieg. 1660 Prediger an Heiliggeist in Stralsund.
- S. 126 Werner *Fuhrmann*, geb. 10. September 1907 in Kattowitz. 1935 Vikar, 1936 Pfarrer in Gebhardsdorf Kr. Lauban bis zur Vertreibung August 1945, 1945 Pfarrer in Gillersdorf Kr. Arnstadt, 1947–1957 in Rudolstadt/Thür., 1959 Stralsund, St. Marien.
- S. 128 M. Joachim *Coppenius*, Stralsund, geb. 1618 in Tangermünde, steht nicht in der Frankfurter Universitätsmatrikel. Er hat zu Schlesien keine Beziehung, doch bietet das Album Academiae Vitebergensis 1602–1660 (Magdeburg 1934, S. 503, Anm. 3) eine wichtige Ergänzung zu den Angaben von D. Heyden: »Mag. phil. 26. 4. 1652 Joachimus Cöppenius Tanagramunda Marchicus, Pastor in Creutwitz b. Saringen.« Nach O. Fischer (Pfarrerbuch der Mark Brandenburg II, 1, S. 436) war er zuerst Konrektor in Brandenburg, ordiniert 6. November 1645 für Klein Kreutz und Saringen bei Brandenburg, 1656 Oberpfarrer und Superintendent in Eberswalde und kam 1666 als Diakonus an St. Marien nach Stralsund.
- S. 136 Bartholdus *Schäffer*, Stralsund, geb. 23. August 1639 in Görlitz, 1674 Diakonus an St. Jacobi in Stralsund.
- S. 143 Johannes Robert Gottfried Gerhard *Kanus*, geb. in Hummel Kr. Lüben (nicht Lübben), Sohn des Pfarrers Richard K., 1891–1931 in Hummel (gest. 10. März 1940 in Glogau). Er wurde 1934 dritter Pfarrer an St. Jacobi in Stralsund und ist am 8. September 1940 als Hauptmann der Luftwaffe gefallen.
- S. 147 Friedrich Gustav *Brinckmann*, Stralsund. Kein Schlesier, doch kann ergänzt werden: Geb. 19. Oktober 1835, 1894 Diakonus an St. Marien in Landsberg a. Warthe, em. 1. Januar 1900 (Fischer, Pfarrerbuch der Mark Brandenburg II, 1, S. 95).
- S. 158 Hermann Robert Rudolf *Brandt*, Lotz, geb. 22. Oktober 1832, 1862 Divisionsprediger in Stettin, 1866 Felddivisionspfarrer, 1867 Militäroberpfarrer des 9. Armeekorps in Schlesien, 1874 Pastor und Superintendent in Loitz.
- S. 159 Bernhard *Aebert*, Loitz, geb. 28. Juli 1833 in Heidau Kr. Liegnitz (nicht Heiden), ordiniert in Breslau 13. April 1859 als Hilfsprediger in Oppeln, 1861 Stadtvikar in Breslau, an Bethanien und bei der Stadtmission, 1863 Divisionspfarrer in Frankfurt/O., 1864 reicht er den Erstürmern der Düppeler Schanzen das hl. Abendmahl, nimmt 1866 am Feldzug in Böhmen und 1870/71 am Krieg in Frankreich teil. Seit 1881 Superintendent in Loitz, er starb als Emeritus am 26. Juli 1914 in Schwerin.

- S. 160 Walter Karl Ernst Albrecht *Fischer*, geb. 5. Januar 1869 in Namslau, Vater Albrecht F., Rechtsanwalt, Mutter Elfriede Herrmann, Tochter des Superintendenten Karl Samuel H. in Jauer. Seit 1895 in verschiedenen pommerschen Pfarrämtern, 1914 Superintendent in Gingst auf Rügen, 1922 bis zu seinem Tode am 19. April 1926 in Loitz.
- S. 170 Hansjörg *Nebe*, Groß Bisdorf, geb. 12. Mai 1904 in Posen, Vater Landrat Dr. Hans N. Nach dem ersten Examen 1929 in Berlin Vikar in Frankenstein, Falkenberg O.-S. und Muskau, Predigerseminar Frankfurt/O. studierte er noch nebenbei mehrere Semester in Breslau. Seit 1936 Pastor in Groß Bisdorf, ist er am 30. Juli 1941 in Rußland gefallen. Er war der ältere Bruder von Lic. Dr. Otto Henning Nebe, geb. 13. Mai 1908 in Posen, 1933 Pfarrer in Wirrwitz-Konradserbe bei Breslau, der als Leutnant d. R. am 2. September 1941 im Osten fiel.
- S. 171 Hermann *Stieb*, geb. 14. September 1907 in Karolinenhof, Prov. Posen, 1949(?), Prediger in Groß Bisdorf als Pfarrerverwalter, 1955 Pastor in See bei Niesky.
- Aus Ratibor stammt der am 6. Oktober 1929 geborene Diakon Siegfried *Bosem*, der die Pfarrei Groß Bisdorf bis 1962 verwaltete.
- S. 175 Johann August *Hartmann*, geb. 4. November 1815 in Königshain bei Görlitz (1833–1839 Gymnasium Görlitz), 1859 bis zu seinem Tode am 31. Juli 1886 Pfarrer in Deyersdorf Kr. Grimmen.
- S. 200 Ferdinand Karl Friedrich Joseph *Strehle*, geb. 1. Oktober 1834 in Radensleben bei Neuruppin. 1860 Hilfsprediger an den Gefangenenanstalten in Breslau, 1864 Pastor in Friedersdorf am Queis. 1868 nach Nehringen, Synode Loitz, gest. 2. März 1910. Ausführlicher Lebenslauf und Verzeichnis seiner Schriften.
- S. 200 Karl Friedrich Wilhelm *Menzel*, geb. 21. März 1893 in Merzdorf Kr. Bolkenhain. 1926 Pastor in Nehringen, seit 1932 Berlin, Elias-kirche (O. Fischer, Pfarrerbuch der Mark Brandenburg II, 2, S. 547).
- S. 208 Kurt Richard Eberhard von *Puttkammer*, geb. 5. Oktober 1877 in Jagow bei Prenzlau, Vater Karl v. P., Pfarrer, Mutter Helene Geisler, Tochter des Pastors Julius G. in Hohenliebenthal bei Schönau/Katzbach.
- S. 222 Karl Wilhelm *Knop*, Wotenick-Nossendorf, geb. 8. Januar 1871 in Darkow Kr. Belgard. Ord. in Breslau 18. März 1903. 1. November 1902 bis 30. November 1904 Pfarrvikar in Primkenau. 1904–1911 Pastor in Klaptow, Synode Körlin, 1912 bis 1925 Wotenick.
- Auffallend ist, daß für die ältere Zeit (16. Jahrhundert) weitgehend die Ordinationsdaten fehlen, obgleich die Ordinationsverzeichnisse des Gene-

ralsuperintendenten Jacob Runge oft zitiert werden (z.B. S. 14, 31, 51, 67, 162, 183, 205).

Als kleine Druckfehler sind zu verbessern: S. 10 Z. 12 v.o.: 1767 statt 1867, S. 25 Z. 20 v.o.: 1667 statt 1967, S. 54 Z. 13 v.o.: 1794 statt 1694, S. 63 Z. 6 v.u.: Strasburg (Uckermark), statt Straßburg.

Aus dem dritten Bändchen – Die Evangelischen Geistlichen des ehemaligen Regierungsbezirkes Stralsund (Greifswald-Land und Greifswald-Stadt) – sei noch nachgetragen S. 120: Dr. August Gottlob Ferdinand Schirmer, geb. 14. Mai 1791 in Hartmannsdorf Kr. Freystadt (Sohn des Pastors Christian Gottlieb Sch.), als berufener Pastor zu Greifswald ordiniert in Breslau am 18. Mai 1827. Er war bereits seit 1819 a.o. Professor in Greifswald, vorher seit 1818 Privatdozent an der Universität Breslau.

Johannes Grünewald
Jan Harasimowicz (Hg.): *Kultura artystyczna dawnej Legnicy*, Opole: Instytut Śląski, 1991, 128 S., 19 Abb. (Die künstlerische Kultur des alten Liegnitz).

Unter diesem Titel erschien vor kurzem eine von dem Breslauer Kunsthistoriker Jan Harasimowicz redigierte Sammlung von Aufsätzen zur Kunstgeschichte dieser alten Piaststadt. Von Harasimowicz selbst stammt der zusammenfassende chronologische Längsschnitt »Der Beitrag von Liegnitz zur künstlerischen Kultur Schlesiens vom Mittelalter bis zum Ende des 19. Jahrhunderts«. In seiner Studie »Taufbecken, Kanzel und Hochaltar in der Peter- und Paulkirche«, versucht Harasimowicz, anhand dieser drei für die Liturgie des protestantischen Gottesdienstes grundlegenden Elemente der Kirchengestaltung die Glaubenspositionen der Liegnitzer Gemeinde vom 16. bis ins 18. Jahrhundert, besonders aber den Einfluß des theologisch hochgelehrten Liegnitzer Pfarrers Leonhard Krantzheim auf das ikonographische Programm der vom Liegnitzer Plattner Alexander Eckstein 1586 gestifteten Kanzel nachzuzeichnen. In einem kurzen kulturhistorischen Abriss beschäftigt sich Harasimowicz mit der Geschichte der berühmten Liegnitzer Ritterakademie.

Jacek Witkowski stellt die Geschichte des Liegnitzer Schlosses im Mittelalter vor, wobei er sich vor allem auf die architektonischen Forschungen des Breslauer Professors Jerzy Rozpędowski und die kunsthistorischen Untersuchungen von Samuel Gumiński zur kulturhistorischen Stellung der Wandgemälde im sog. »grünen Zimmer« des Hedwigsturms stützt. Romuald Kaczmarek liefert einen Beitrag über die gotische Skulptur der Stadt,

Jakub Kostowski über das Piastenmausoleum und Bozena Gregorczyk über das im Jahre 1841 von Langhans projektierte Stadttheater.

Die kunsthistorisch wichtigste Feststellung des Bandes dürfte der Nachweis von Romuald Kaczmarek sein, daß die beiden vollplastischen Figuren eines Fürstenpaares in der Peter- und Paulskirche nicht, wie bisher ausnahmslos angenommen, den Liegnitzer Fürsten Wenzel I. († 1364) und seine Gattin Anna († 1367), sondern ein anderes Liegnitzer Herrscherpaar, d.h. Ludwig II. († 1436) und seine Gemahlin Elisabeth von Brandenburg († 1449) darstellen. Das Kleinod des Drachenordens, den Sigismund von Luxemburg erst 1408 gründete und welches der Fürst auf seiner linken Brusthälfte trägt, sowie der brandenburgische Adler auf dem Wappenschild seiner Partnerin stellen dies unter Beweis. Obgleich die vorliegende Publikation auch ihre Mängel hat und der Titel nicht ganz dem Inhalt entspricht – Fragen des Liegnitzer Kunsthandwerks werden beispielsweise nicht ein einziges Mal auch nur gestreift (der einzige – und das nur als Stifter der Kanzel der Peter- und Paulskirche – erwähnte Liegnitzer Kunsthandwerker ist der Plattner Alexander Eckstein) und man in der einleitenden Synthese von Harasimowicz den Namen des Liegnitzer Künstlers, der wohl für die Popularisierung der künstlerischen Werte Schlesiens am meisten getan hat, des Gymnasialprofessors Theodor Blätterbauer, vergeblich sucht, und ein verkürztes Verweissystem auf die übrigens sehr gute Bibliographie die Arbeit mit ihr entscheidend erleichtert hätte, kann sie als ein enormer Schritt in eine für wissenschaftliche Diskussionen bessere Zukunft betrachtet werden. Hierzu tragen auch die im Vergleich zu den meisten anderen polnischen Veröffentlichungen dieser Art recht gute deutsche Zusammenfassung, in der jedoch zu berichtigen ist, daß Alexander Eckstein, wie schon oben erwähnt, Plattner und nicht Waffenschmied war, sowie die deutlich über dem ortsüblichen Niveau stehenden zahlreichen Abbildungen bei. Da auch erstmals versucht wird, frei von der bisher üblichen propagandistisch-nationalistischen Rhetorik die Liegnitzer Kunst aus sich selbst und ihrem schlesischen und europäischen Kontext heraus zu verstehen, kann man den Autoren nur wünschen, daß es ihnen vergönnt sein möge, ihr ehrgeiziges Ziel, eine umfassende Kunstgeschichte dieser Stadt zu erstellen (der vorliegende Band sollte vor allem für dieses Projekt werben und den interessierten Kreisen diese Notwendigkeit voll zu Bewußtsein bringen), möglichst bald zu erreichen.

Rainer Sachs

Ulrich Schmilewski: *Verlegt bei Korn in Breslau. Kleine Geschichte eines bedeutenden Verlages von 1732 bis heute*. Würzburg: Bergstadtverlag Wilhelm Gottlieb Korn, 1991, 276 S.

Die Korn-Verlage in Breslau hatten für die evangelischen Gemeinden Schlesiens durch gut zwei Jahrhunderte eine herausragende Bedeutung. Denn hier wurden die großen Gesangbücher verlegt: Das Burgsche, das Gerhardsche, das Hahnsche, aber auch die Provinzialgesangbücher von 1878 und 1908; daneben aber auch das eine oder andere regionale Gesangbuch wie das Jauersche, aber auch Melodienbücher für Chöre und Kantoren, Predigtsammlungen, Gemeindeblätter.

Diese Verbindung mit der evangelischen Kirche begann 1740, dem Zeitpunkt, an dem Friedrich d. Gr. Breslau zum erstenmal erobert. Johann Jacob Korn, der 1732 eine Buchhandlung und einen Verlag in Breslau gegründet hatte, stellt sich entschlossen auf die Seite Preußens und damit auf die Seite der neuen Zeit. Friedrich überträgt ihm das Monopol für die einzige Zeitung Schlesiens, die zuerst unter dem Namen der »Schlesischen Privilegierten Staats-, Kriegs- und Friedenszeitung« erscheint, von 1848 bis 1945 »Schlesische Zeitung« heißt. In die frühe Zeit des Verlages fallen auch die ersten Ausgaben des Burgschen Gesangbuches (1742, 1743, 1745). Es wird – das mag hier ergänzt sein – vor allem darum offiziell gefördert, weil es dazu beitragen soll und von seiner umfassenden Anlage her auch dazu beitragen kann, daß die neue preußische (Kirchen-)Provinz auf dem Gebiet des Gottesdienstes und des Gemeindegesangs zu einer Einheit zusammenwächst.

Neben evangelisch-theologischem, verlegt Korn in geringerem Maße auch katholisches und jüdisches Schrifttum. Jura und Naturwissenschaften bilden weitere Schwerpunkte. Kriegsberichte, Militaria, Politisches, Landwirtschaft, Geschichte, Philosophie (vor allem Christian Garve [1742–1798]), Silesiaca, Kultur im weiteren Sinne kommen dazu, aber auch Medizin, Schulbücher und – besonders zu betonen – von Anfang an das Verlegen und der Verkauf von Büchern in polnischer Sprache. Korn in Breslau ist einer der großen kulturellen Mittler zwischen West und Ost, Deutschtum und Polentum. Belletristik bleibt vorerst ein Stiefkind.

Schmilewski beschreibt die Geschichte der Korn-Verlage in zwei großen Abschnitten: Zunächst zeichnet er die Persönlichkeiten, die den Verlagen von 1732 bis 1979 vorgestanden und sie geprägt haben. Sodann zeichnet er die Verlage – den deutschen Buchverlag, den polnischen Buchverlag, den Zeitungsverlag, den Zeitschriftenverlag – von 1732 bis 1945. Er zeigt, daß Richard von Bergmann-Korn ergänzend 1914 den »Verlag der Bergstadt Wilhelm Gottlieb Korn« mit nunmehr schöngeistigem Schwerpunkt grün-

det. Es ist der Verlag, der Paul Keller herausbringt. Er wird nach 1945 als einziger Verlagszweig des Hauses Korn zunächst in Gera, dann in München weitergeführt. 1974 veräußert ihn die Bergmann-Kornsche Erbgemeinschaft an Joachim Zeuschner. 1980 übernimmt ihn die Stiftung Kulturwerk Schlesien, die ihn als Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter dem Namen »Bergstadtverlag Wilhelm Gottlieb Korn« in Würzburg weiterführt.

Den dritten Teil (S. 176–258) bilden Illustrationen, eine instruktive Auswahl von Titeln aus den Verlagsprogrammen von 1742 bis zur Gegenwart. Sie zeigen, wie durch Jahrhunderte in einem Haus vereint sein konnte, was heute nur noch in Spezialverlagen möglich ist. Sie zeigen aber auch, welche Weite, Offenheit, geistige und kaufmännische Beweglichkeit in der Brückenlandschaft Schlesien und seinem führenden Verlagshaus lebendig gewesen sind.

Christian-Erdmann Schott

Gerlind Schwöbel: *»Ich aber vertraue«. Katharina Staritz eine Theologin im Widerstand.* Frankfurt/M.: Evangel. Regionalverband 1991, 204 S. (Schriftenreihe des Evangelischen Regionalverbandes Frankfurt am Main Nr. 15)

Ein Buch über Lic. Katharina Staritz (1903–1953) war schon lange ein Desiderat auch für die Schlesische Kirchengeschichte. Denn sie ist die mutige Breslauer Stadtvikarin, die sich in vielfältiger Weise für die vom NS-Regime verfolgten Juden eingesetzt hat und dann am 12. September 1941 in einem Rundschreiben an die Breslauer Pfarrerschaft für die jüdischen evangelischen Gemeindeglieder eintrat, denen ab 5. September 1941 das Tragen des gelben Sterns in der Öffentlichkeit zur Pflicht gemacht worden war. Dafür ist sie vom 4. März 1942 bis zum 18. Mai 1943 erst in Marburg, dann in Kassel, später im Arbeitshaus Breitenau gefangen gesetzt gewesen und schließlich ins Frauenkonzentrationslager Ravensbrück bei Neustrelitz in Mecklenburg deportiert worden.

Gerlind Schwöbel schildert die Jugend von K. Staritz und das Elternhaus in Breslau, das Studium zunächst der Germanistik, dann der Theologie unter dem besonderen Einfluß von Hans von Soden, bei dem sie später auch promoviert. Sie schildert die eingeschränkten Dienste, die Theologinnen damals in der Kirche nur tun durften, um dann besonders ihre Arbeit an den Juden und in der Breslauer Außenstelle des Büros Grüber nachzuzeichnen. Die Veröffentlichung im »Schwarzen Corps« zeigt den Ernst der Lage. Verhaftung und Deportation sind die Folge.

Nach dem Krieg ist K. Staritz kurze Zeit in der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, um dann von 1949 bis 1953 in Frankfurt/Main als erste Vikarin der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau das Amt für Frauenarbeit zu leiten.

»Dieses Buch soll ein Gedenkbuch sein und keine vollständige Dokumentation« schreibt Gerlind Schwöbel in der Einleitung. Trotzdem nimmt die Dokumentation über die Hälfte des Raumes (S. 92–197) ein. Eine Auswertung der Akten des Breslauer Konsistoriums würde manches vielleicht noch deutlicher hervortreten lassen, z. B. die Reaktionen des Konsistoriums, der Breslauer Pfarrerschaft oder anderer Teile von Schlesien. Das, was erreicht werden soll, ist aber erreicht worden: Die Bedeutung dieser tapferen Theologin und nachdenklichen Christin wird dem Leser einfühlsam vermittelt.

Christian-Erdmann Schott

Martin Luther und die Reformation in Ostdeutschland und Südosteuropa.

Wirkungen und Wechselwirkungen. Im Auftrag der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat hg. von Ulrich Hutter in Verbindung mit Hans-Günther Parplies. Sigmaringen: Thorbecke Verlag 1991, 134 S., 9 Abb. (Beihefte zum Jahrbuch für Schlesische Kirchengeschichte 8)

Die hier vorgelegte Sammlung von Vorträgen und Aufsätzen geht auf eine Veranstaltung der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat zum Lutherjahr 1983 in Bonn zurück. Das Gedenken an den 400. Todestag des Breslauer Theologen Zacharias Ursinus im Jahre 1983 und der 500. Geburtstag von Luthers Beichtvater Johannes Bugenhagen im Jahre 1985 ließen sich unschwer mit der Thematik verbinden, obwohl es bei beiden Aufsätzen streng genommen nicht mehr um Luther geht. Bücher haben ihre Geschichte, das gilt auch in diesem Fall. Das immer wieder verzögerte Erscheinen hat freilich jetzt einen Vorzug: Der Herausgeber, Ulrich Hutter, konnte in seiner Einführung eine Übersicht über die zum Thema erschienene Literatur geben, die angesichts der Fülle von Veröffentlichungen zum Lutherjahr sehr willkommen ist.

Im einzelnen enthält der Band folgende Beiträge: Professor Adalbert Hudak gibt anhand von Luthers Briefwechsel einen Gesamtüberblick über die Verbindungen des Reformators zu den östlichen Nachbarn und über seinen Schülerkreis in dem Gebiet vom Baltikum bis zur Adria, in dem die weitreichende Wirkung der deutschen Reformation zutage tritt. Seine abschließende Ablehnung der These der Kollektivschuld Deutschlands, mit der das Schicksal der Vertreibung ganzer deutscher Bevölkerungsteile

erklärt werden solle, ist verständlich, bedürfte aber weiterer Erläuterung. Luther hat zu dem Thema von Schuld, Verfolgung und Leiden Wichtiges zu sagen, das hier fruchtbar zu machen wäre.

Über »die Reformation im Preußenland« erhält man durch Professor Udo Arnold in Bonn eine differenzierte und die politische Motivation von Herzog Albrecht im Anschluß an Luthers Lehre sorgfältig erhellende Darstellung. Dr. Rita Scheller zeichnet in ihrem Beitrag über »Bugenhagen und die Reformation in Pommern« eine einfühlsame Würdigung Bugenhagens und seines realistischen und praktischen »Wirklichkeitssinnes«, der ihn als Seelsorger Luthers unentbehrlich machte. Ihre Anmerkung über die Reformation in Pommern: »Wohl in keiner anderen historischen deutschen Ostprovinz gab es nach 1945 einen so totalen Sieg der Gegenreformation wie in Pommern« (S. 54) macht nachdenklich, gilt aber wohl ebenso für Ostpreußen.

Mit Schlesien befassen sich drei Beiträge. Professor Ludwig Petry, Mainz, skizziert gekonnt das politische Gefüge Schlesiens und die sich daraus ergebenden Folgen für die Reformation. Er würdigt, in schlesischer Toleranz, das »fruchtbare Neben- und Miteinander« von Reformation und Gegenreformation am Beispiel des in Teschen geborenen Georg Tranoscius, einem dichterisch begabten Pfarrer, der sein Land um des Glaubens willen verlassen mußte und so zum »Slowakischen Luther« wurde. Dr. Werner Laug schildert die theologische Eigenständigkeit des Breslauer Reformators Johannes Heß anhand seiner Disputationsthesen von 1524. Der Beitrag von Ulrich Hutter über den Schlesier Zacharias Ursinus beleuchtet eine andere Seite schlesischen Luthertums, die Hinneigung zum Philippismus (Melanchthon), die dann zum Calvinismus führen konnte und zur Auswanderung zwang. Ursinus ist dafür ein Beispiel. Seine Bekanntheit erlangte er als der eigentliche Verfasser des Heidelberger Katechismus, dessen theologischen Standort Hutter im Vergleich mit Calvins Genfer Katechismus herausarbeitet.

Erik Turnwald, Bad Rappenau, der inzwischen verstorben ist, verdeutlicht nachdrücklich den Einfluß Luthers auf die deutsche Bevölkerung in Nordböhmen (Johannes Mathesius in St. Joachimsthal), in geringerem Maße auf die tschechische Bevölkerung. Ludwig Binder beschreibt in seinem Aufsatz über die »Reformation in Siebenbürgen« die für den dortigen Reformator Johannes Honterus eigentümliche Stellung zwischen Humanismus und evangelischer Erneuerungsbewegung und zeigt die nationale Bedeutung der Reformation am Beispiel der *natio saxonica* auf. Die Gemeinschaft der Siebenbürgener Sachsen kann als ein Ergebnis der Reformation angesehen werden.

An sich ist der Zeitpunkt der Veröffentlichung des Bandes nicht schlecht

gewählt, richtet sich doch gerade nach der politischen Umwälzung und Wende in Osteuropa unser Blick heute mit besonderem Interesse auf die Eigenart und Geschichte dieser Länder. Das Buch vermag auf gedrängtem Raum eine zur Weiterarbeit anregende Einführung in die Reformationsgeschichte und die Anfänge der evangelischen Bewegung in Osteuropa zu geben. Es empfiehlt sich für einen breiteren Leserkreis.

Dietrich Meyer

Mitteilungen des Vereins für Schlesische Kirchengeschichte e.V.

Im Berichtsjahr 1990 hat der Vorstand drei Sitzungen abgehalten: Am 12. Februar 1990 im Pfarrhaus Mainz-Gonsenheim, am 14. September und 16. September 1990 im Frankensteiner Mutterhaus Wertheim. Am 28. Mai 1990 hatte der Vorstand ein Gespräch mit Bischof Prof. Dr. Dr. Joachim Rogge in Görlitz, das dem Ziel einer ersten offiziellen Kontaktaufnahme nach der politischen Wende in Deutschland diene.

Die Arbeitstagung vom 14.–16. September 1990 stand unter dem Thema: »Die evangelische schlesische Kirche in der Weimarer Republik«. Sie war mit etwa 70 Teilnehmern wieder gut besucht. Die Vorträge sind in diesem Jahrbuch abgedruckt.

Leider wird es das letzte Mal gewesen sein, daß wir im Frankensteiner Diakonissen-Mutterhaus Wertheim zu Gast sein konnten. Die Überalterung der Diakonissen läßt eine andere Möglichkeit nicht mehr zu. Für die jahrzehntelange Gastfreundschaft in der besonderen Atmosphäre unseres heimatlichen Mutterhauses möchte ich auch an dieser Stelle aufrichtig danken. Es fällt uns allen schwer, an diese vertraute Stätte mit unseren Tagungen nicht mehr gehen zu können.

Bei der Mitgliederversammlung am 16. September 1990 wurde der Vorstand neu gewählt. Er setzt sich wie folgt zusammen:

Ehrevorsitzender Kirchenrat Dr. Dr. Gerhard Hultsch

Vorsitzender: Pfarrer Dr. Christian-Erdmann Schott

Stellv. Vorsitzender: Oberarchivrat Dr. Dietrich Meyer

Schriftführer: Pfarrer Reinhard Hausmann

Erster Beisitzer: Ulrich Hutter-Wolandt

Zweiter Beisitzer: Pastor Mag. phil. et theol. Dietmar Neß

Erstmalig konnten wir auf dieser Arbeitstagung auch Vertreter aus dem Görlitzer Kirchengebiet begrüßen. Die Ausweitung unserer Arbeit in dieses Gebiet ist dem Vorstand ein wichtiges Anliegen. Inzwischen haben wir bereits mehrere Beitritte von dort zu verzeichnen.

Noch nicht überwunden sind die Schwierigkeiten, die sich aus dem Wechsel vom Verlag »Unser Weg« zum Jan Thorbecke Verlag in Sigmarin-

gen ergeben haben. Sie bestehen darin, daß die »Jahrbücher« noch immer mit erheblicher Verspätung erscheinen. Wir sind aber bemüht, das schrittweise zu verbessern.

Christian-Erdmann Schott

Ich habe die traurige Pflicht, den Tod der nachstehenden Mitglieder bekanntzugeben:

1. OKR Propst i. R. Eberhard Schwarz, Blücherplatz 5, 2300 Kiel
2. Dr. Berthold Blomeyer, Berliner Str. 24, 8723 Gerolzhofen
3. KR Dr. Rudi Dienwiebel, Sartoriusring 11, 6500 Mainz 21
4. Pfr. i. R. Richard Börner, Hohenzollernstr. 40, 3000 Hannover 1
5. Paul Hoferichter, Hölderlinstr. 13, 3150 Peine
6. Bibl.-Dir. i. R. Dr. Robert Samulski, Staufenstr. 13, 4400 Münster

Wegen Krankheit und aus anderen Gründen traten aus:

1. Katharina Wilczek, Sprengerstr. 44, 3250 Hameln
2. Lehrer a. D. Richard Priebus, Akazienstr. 3, 4800 Bielefeld 14 (Ummeln)
3. Sparkassendir. a. D. Joachim Dietrich, Hohler Weg 10, 2057 Wentorf
4. Rechtsanwalt Joachim Brückner, Sendlinger Str. 55, 8000 München 2
5. Schwester Elfriede Jacob, Lehmgrubenerstr. 18, 8772 Marktheidenfeld
6. Gertrud Schwarz, Emil Faberstr. 17, 8630 Coburg
7. Marlies Dittrich, Hillerstr. 49, 5000 Köln 41

Als neue Mitglieder habe ich die Freude zu begrüßen:

1. Pfr. Reinhard Leder, Dorfstr. 1, 3252 Bad Münster-Hachmühlen
2. Pfr. Wolfgang Meißler, Sohrhof 6, 2000 Hamburg 52
3. Pfr. i. R. Ernst Gelke, Stauffenbergstr. 30, 7900 Ulm
4. Pfr. Heinz Stumpe, O-4307 Neinstedt/Harz
5. Pfr. Dietrich Blätterlein, Haus-Nr. 95, O-8901 Görlitz-Ebersbach
6. Edeltraud Blätterlein (Ehefrau)
7. Kons.-Rat i. R. Helmut Reese, Zittauer Str. 147, O-8902 Görlitz-Wein-
hübel
8. Dr. Helmut Eckert, Paul Ehrlichstr. 19, 6000 Frankfurt 70
9. Prof. Dr. Norbert Conrads, Keplerstr. 17, 7000 Stuttgart 1
10. Historisches Institut der Universität Stuttgart, Keplerstr. 17/8,
7000 Stuttgart 1

Christian-Erdmann Schott

Adressen der Vorstandsmitglieder

- Kirchenrat Dr. Dr. Gerhard HULTSCH, Gerhart-Hauptmann-Str. 53, 6980 Wertheim
Pfr. Dr. Christian-Erdmann SCHOTT, Eleonorenstr. 31, 6500 Mainz-Gonsenheim
Oberarchivrat Dr. Dietrich MEYER, Hans-Böckler-Str. 7, 4000 Düsseldorf 30
Pfr. Reinhard HAUSMANN, Trängasse 10, 6980 Wertheim-Bettingen
Ulrich HUTTER-WOLANDT, Friedrich Allee 3, 5300 Bonn 2
Pastor Mag. phil. et theol. Dietmar NESS, Im Wiesengrund 19, 3180 Wolfsburg 32 (Kästorf)

Verzeichnis der Mitarbeiter

- Pfarrer Dr. Werner BELLARDI, Eichendorffstr. 13, 7033 Herrenberg
Frau Eva BRAND, Kleverkämpchen 12, 4300 Essen-Steele 14
Professor Dr. Bernhard BUSCHBECK M. A., Am Löwentor 15, 6100 Darmstadt
Pfarrer Reinhard BUSCHBECK, Guntherstr. 8, 7500 Karlsruhe 21
Pfarrer i.R. Johannes GRÜNEWALD, Rohnsterrassen 6, 3400 Göttingen
Pfarrer Wilfried HILBRIG, Bahnhofstr. 72, 6420 Lauterbach
Herr Ulrich HUTTER-WOLANDT, Friedrich Allee 3, 5300 Bonn 2
Konsistorialrat Dr. Hans-Jochen KÜHNE, Berliner Str. 62, O 8900 Görlitz
Herr Dr. Dagobert LIERS, Rupprechtstr. 15c, O-1134 Berlin
Dozent Dr. habil. Krzysztof R. MAZURSKI, ul. Samolotowa 3/10, Pl 54-130 Wrocław
Oberarchivrat Dr. Dietrich MEYER, Hans-Böckler-Str. 7, 4000 Düsseldorf 30
Pfarrer Dietmar NESS, Mag. phil. et theol., Im Wiesengrund 19, 3180 Wolfsburg-Kästorf (32)
Bischof Dr. Joachim ROGGE, Berliner Str. 62, O 8900 Görlitz
Herr Rainer SACHS, ul. Zmudzka 19/20, PL 51-315 Wrocław
Pfarrer Dr. Christian-Erdmann SCHOTT, Eleonorenstr. 31, 6500 Mainz-Gonsenheim
Pfarrer Fritz STRASSMANN, Schweizerstr. 110, 4100 Duisburg